

GREIFSWALDER GEOGRAPHISCHE ARBEITEN

Geographisches Institut der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Band 32

Die raumstrukturelle Wirkung von Transformation und EU-Osterweiterung

**Zur Rolle der ortsansässigen Bevölkerung bei der Regionalentwicklung
im nördlichen deutsch-polnischen Grenzraum**

Birgit Deckers

Der vorliegende Band entspricht im Wesentlichen der von der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald im Jahre 2003 angenommenen gleichlautenden Dissertation

GREIFSWALD 2004

ERNST-MORITZ-ARNDT-UNIVERSITÄT GREIFSWALD

Der Inhalt dieses Bandes wurde zusätzlich digital veröffentlicht. Sie finden die entsprechenden Dateien im *.pdf-Format unter: <http://www.uni-greifswald.de/~geograph/gga>
Hier befindet sich ebenso ein Link für das Betrachtungsprogramm (Acrobat Reader™).

Impressum

ISBN: 3-86006-215-8
Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Redaktion: Birgit Deckers, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald,
Geographisches Institut

Satz/Grafik: Birgit Deckers

Herstellung: Copy-Partner Greifswald, KIEBU-Druck Greifswald

Kontakt: Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Geographisches Institut
Friedrich-Ludwig-Jahn-Str. 16
D-17487 Greifswald
e-mail: geogra@uni-greifswald.de

Für den Inhalt ist die Autorin verantwortlich.

Vorwort

In der vorliegenden Studie wird die Haltung der Bevölkerung zu regionalen Entwicklungsprozessen im nördlichen deutsch-polnischen Grenzraum untersucht. Mein Interesse an dieser Fragestellung entwickelte sich während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeographie der Universität Greifswald. Meinem Doktorvater Prof. Dr. W. Steingrube danke ich für den Freiraum, den er mir bei der Bearbeitung des Themas ließ.

Ausdrücklich möchte ich mich bei Prof. Dr. M. Dutkowski von der Universität Szczecin für seine Bereitschaft danken, das Zweitgutachten für meine Arbeit zu übernehmen.

Die empirische Erhebung wurde durch die Genehmigungen der zuständigen Institutionen auf deutscher wie auf polnischer Seite ermöglicht, von den Kultusministerien über die Schulämter bis zu den einzelnen Schulen. Für die problemlose Abwicklung sei ihnen gedankt, insbesondere jedoch den vielen Schülern und Eltern, die an der Befragung teilnahmen.

Die Erhebung auf polnischer Seite wurde vom Land Mecklenburg-Vorpommern durch das HWP-Fachprogramm zur „Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre“ finanziell unterstützt.

Die praktische Umsetzung war nur durch die Mitarbeit der polnischen Studenten Jarek Michałowski und Maja Gیزیcka möglich, denen ich herzlich für ihre Hilfe und die nette Zusammenarbeit danke.

Meinen Kollegen am Geographischen Institut Birgit Nolte und Michael Heinz verdanke ich wertvolle Anregungen aus den intensiven Gesprächsrunden. Kerstin Rönick war mit ihren bohrenden Fragen über die gesamte Zeit eine wichtige fachliche wie ideelle Unterstützung.

Frau Maria Burow von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Vorpommern e.V. danke ich für ihre unermüdliche Öffentlichkeitsarbeit nach Fertigstellung meiner Dissertation.

Meinem Mann Stefan danke ich für die moralische Unterstützung während aller Phasen der Arbeit. Nicht zuletzt trug Martje zum Abschluss meiner Dissertation bei.

Mein besonderer Dank gilt meinen Eltern, die meinen intensiven Bildungsweg wohlwollend begleiteten. Ihnen möchte ich diese Arbeit widmen.

Ich danke allen nicht genannten Freunden für ihre Unterstützung, ihre Aufmunterung und Anregung.

Birgit Deckers

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	7
Tabellenverzeichnis	7
1 Einleitung	9
1.1 Grenzraum- und Transformationsforschung in der Geographie	9
1.2 Regionale Abgrenzung	10
1.3 Problemstellung und Ziel der Arbeit	11
1.3.1 Ausgangssituation und Problemstellung	11
1.3.2 Fragestellungen, Thesen und Zielformulierung	12
1.4 Aufbau der Arbeit	13
1.5 Hinweise zum Sprachgebrauch	14
2 Theoretischer Bezugsrahmen	15
2.1 Grenzen und Regionen	15
2.1.1 Zum Verständnis von Grenzen	15
2.1.2 Raum, Regionen und Regionalbewusstsein	16
2.1.3 Grenzregionen	18
2.1.4 Interaktionen im Grenzraum	19
2.1.5 Zusammenfassung	21
2.2 Transformation aus geographischer Perspektive	22
2.2.1 Definition und Periodisierung der Transformation	22
2.2.2 Transformationssphären und das Dilemma der Gleichzeitigkeit	25
2.2.3 Transformation als Modernisierungsstrategie?	26
2.3 Modelle und Theorien der Humangeographie	28
2.3.1 Regionale Wachstums- und Entwicklungstheorien	28
2.3.2 Institutionen	30
2.3.3 Pfadabhängigkeit	32
2.3.4 Sozialkapital, Zivilgesellschaft, Embeddedness	33
2.3.5 Netzwerkansätze: Innovatives Milieu und Lernende Regionen	35
2.4 Zusammenfassende Betrachtung	37
2.4.1 Transformationsprozesse	37
2.4.2 Raumwirkung	38
3 Internationale Einbettung der regionalen Transformationsprozesse	40
3.1 Global – europäisch – regional	40
3.2 Die Europäische Union	41
3.2.1 Integration und Erweiterung der Europäischen Union	41
3.2.2 Die Osterweiterung der Europäischen Union	42
3.2.3 Instrumente der europäischen Regionalpolitik, insbes. zur Beitrittsvorbereitung	46
3.2.4 Kritische Betrachtung der Osterweiterung der Europäischen Union	48
3.2.5 Vergleich mit früheren Erweiterungen	55
4 Ist-Analyse des Untersuchungsraumes	57
4.1 Historisch-geographischer Überblick	57
4.2 Die aktuelle Situation - Stand der Transformation	59
4.2.1 Die politische Dimension	60
4.2.2 Die ökonomische Dimension	61
4.2.3 Die soziale Dimension	64

4.3	Raumstruktur und Verflechtungen	67
4.3.1	Siedlungsnetz und Bevölkerung	67
4.3.2	Infrastruktur	68
4.3.3	Regionale und überregionale Kooperation	70
4.3.3.1	Wirtschaftliche Kooperationen	70
4.3.3.2	Europaregion Pomerania	73
5	Empirische Basis	76
5.1	Ziel der Untersuchung	76
5.2	Methodisches Vorgehen	77
5.2.1	Zugang	77
5.2.2	Untersuchungsorte	78
5.2.3	Methodendiskussion	79
5.3	Ergebnisse	80
5.3.1	Rücklauf	80
5.3.2	Persönliche Angaben	82
5.3.3	Kontakte nach Polen	83
5.3.4	Region	89
5.3.5	Einstellungen zu den Nachbarn	91
5.3.6	Fremdenfeindlichkeit	94
5.3.7	Die EU-Osterweiterung	96
5.3.7.1	Erwartungen	99
5.3.7.2	Ängste	101
5.3.7.3	Forderungen an die Politik	103
5.3.8	Zusammenfassung	104
6	Bilanz und Fazit	107
6.1	Zusammenfassende Betrachtung	107
6.2	Charakterisierung des nördlichen deutsch-polnischen Grenzraumes	108
6.3	Potenziale der Grenzregion	109
6.3.1	In der sozialen Dimension	109
6.3.2	In der wirtschaftlichen Dimension	111
6.3.3	In der politischen Dimension	112
6.4	Raumstrukturelle Wirkungen und Szenarien	113
6.4.1	Entwicklungsoptionen	114
6.4.2	Szenarien der Entwicklung im nördlichen deutsch-polnischen Grenzraum	115
6.5	Handlungsempfehlungen	118
7	Zusammenfassung	121
7.1	Zusammenfassung	121
7.2	Summary	125
7.3	Podsumowanie	130
	Literatur- und Quellenverzeichnis	135
	Anhang	157
I	Polnische Aussprache, Namen und Begriffe	158
II	Schullisten für den deutschen Teil des Untersuchungsraumes	159
	Schullisten für den polnischen Teil des Untersuchungsraumes	161
III	Fragebögen	165

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1-1:	Untersuchungsraum	10
Abb. 2-1:	Modell der Interaktionsdichten von Grenzräumen	19
Abb. 2-2:	The Spatial Triad of Personality	20
Abb. 2-3:	J-Kurve des Transformationsverlaufes	24
Abb. 2-4:	Transaktionskosten	32
Abb. 2-5:	Raumwirkung – Synthese der Theorien	38
Abb. 3-1:	Die äußere europäische Integration	42
Abb. 3-2:	Umfrageergebnisse in Polen zum EU-Beitritt	45
Abb. 3-3:	Ergebnisse der Referenden in den Beitrittsländern	46
Abb. 3-4:	BIP/Kopf im Jahr 2000 in den EU- und Beitrittsländern	50
Abb. 3-5:	Migration zwischen Polen und Deutschland	54
Abb. 3-6:	Preisniveau für Waren und Dienstleistungen in den EU-Beitrittsländern	55
Abb. 4-1:	Relatives BIP per capita in deutschen und polnischen Regionen	64
Abb. 4-2:	Grenzübergänge im nördlichen deutsch-polnischen Grenzraum	69
Abb. 4-3:	Standorte von deutschen Unternehmen in Polen	71
Abb. 4-4:	Das Gebiet der Europaregion Pomerania	75
Abb. 5-1:	Befragungsorte im Untersuchungsgebiet	79
Abb. 5-2:	Streuung der Rücklaufquoten	81
Abb. 5-3:	Häufigkeit der Fahrten ins Nachbarland	84
Abb. 5-4:	Zweck der Fahrten ins Nachbarland	84
Abb. 5-5:	Wahl der Verkehrsmittel	85
Abb. 5-6:	Kontakt zu Nachbarn	86
Abb. 5-7:	Art der Kontakte	87
Abb. 5-8:	Kontakte nach Polen/in die DDR vor 1990	87
Abb. 5-9:	Sprachkenntnisse	88
Abb. 5-10:	Verbundenheit der Regionen	89
Abb. 5-11:	Heimatbegriff der deutschen und polnischen Befragten	90
Abb. 5-12:	Einschätzung des Interesses aneinander/an Europa	91
Abb. 5-13:	Soziale Distanz	92
Abb. 5-14:	Fremdenfeindlichkeit und Ausländeranteile nach Bundesländern	94
Abb. 5-15:	Fremdenfeindlichkeit in Vorpommern	95
Abb. 5-16:	Finden Sie es gut, dass Polen Mitglied der EU wird?	96
Abb. 5-17:	Bewertung der EU-Osterweiterung, Polaritätsprofil	97
Abb. 5-18:	Bewertung der EU-Osterweiterung und ihrer (persönlichen) Folgen	98
Abb. 5-19:	Erwartungen an die EU-Osterweiterung	100
Abb. 5-20:	Ängste bezüglich der EU-Osterweiterung	102
Abb. 5-21:	Forderungen an die Politik	104
Abb. 6-1:	Synthese	107

Tabellenverzeichnis

Tab. 2-1:	Dimensionen der Transformation	25
Tab. 3-1:	Beitrittsprozess für die EU +10 Kandidaten	43
Tab. 3-2:	Instrumente des Struktur- und Kohäsionsfonds	47
Tab. 3-3:	Übersicht über die Vorbeitrittshilfen	48
Tab. 5-1:	Auswahl der Untersuchungsorte und -schulen	78
Tab. 5-2:	Rücklaufquoten und Anzahl der Fragebögen im Untersuchungsraum	81

1 Einleitung

1.1 Grenzraum- und Transformationsforschung in der Geographie

Grenzen und deren Wirkung im Raum sind seit jeher Forschungsgegenstand der Geographie. Dabei erfuhr diese Forschungsrichtung unterschiedliche Zielprägungen, bis hin zur grundsätzlichen Frage nach der Definition des Raumes (vgl. Kap. 2.1). Nachdem das Fach in das Fahrwasser nationalsozialistischer Politik geriet und den Boden für eine expansive Geopolitik bereitete, wurde die Grenzfor- schung nach 1945 in Deutschland nur zögerlich verfolgt. In der Bundesrepublik wurden derartige Themen durchaus bearbeitet; hingegen waren sie in der DDR unerwünscht (vgl. GRIMM 1995: 5).

Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und der politischen Umstrukturierung Europas gewannen Fragen der Grenzraumforschung auch in Deutschland wieder an Aktualität. Zum einen vollzogen sich an der innerdeutschen Nahtstelle nach der Vereinigung beider deutscher Staaten raumstrukturelle Veränderungen in rasantem Tempo. Zum anderen entstand an der östlichen Grenze Deutschlands eine veränderte Situation, wo plötzlich zwischen den Transformationsregionen der neuen Bundesländer und Polens die wichtige EU-Außengrenze Richtung Osten verlief. Die Entwicklung der 90er Jahre brachte durch deutsch-polnische Abkommen, den NATO-Beitritt Polens und die Aufnahme der EU- Beitrittsverhandlungen eine Aufweichung der Grenze mit sich. Zudem wird diese Grenze in naher Zukunft an Relevanz verlieren, wenn Polen Mitglied der Europäischen Union wird und die EU- Außengrenze sich weiter nach Osten verschiebt. Diese rasante politische Entwicklung der deutsch- polnischen Grenzregion ist in dieser Geschwindigkeit einmalig.

Gleichzeitig laufen umfassende Transformationsprozesse ab und werden von denen der Europäisie- rung begleitet und teilweise überlagert. Aufgrund der Komplexität der aktuellen raumwirksamen Prozesse können Erfahrungen aus Vergleichsregionen nur bedingt herangezogen werden. Sie decken lediglich einen Teil der Problematik ab, so werden Parallelen zur Demokratisierung und Transformati- on der südeuropäischen Länder, zu vorherigen EU-Erweiterungen oder zur Situation an der Grenze zwischen den USA und Mexiko gezogen.

Die Transformationsforschung hat sich bislang v.a. auf die Makro- und Mesoebene konzentriert. Für die Mikroebene, speziell ländliche Gebiete und Grenzregionen, sieht FÖRSTER (2000: 57) ein entscheidendes Forschungsdefizit. So wurde der nördliche deutsch-polnische Grenzraum bislang recht stiefmütterlich behandelt. Dies ist sicherlich auch dem Umstand geschuldet, dass in anderen Regionen durch geteilte Städte¹ ein leichter Zugang zur Thematik besteht.

Der Schwerpunkt der humangeographischen Forschung liegt bislang auf der Untersuchung der ökonomischen und räumlichen Auswirkungen dieser rasanten Veränderungen an den Grenzen Europas sowie den Chancen der europäischen Integration für die Städte und Regionen. Weniger Beachtung fand, wie die Menschen, die Akteure in den Räumen, mit diesen Veränderungen umgehen. Die vorliegende Arbeit behandelt die angesprochenen humangeographischen Problemstellungen in einer raumbezogenen Gesamtsicht mit Konzentration auf sozialgeographische Aspekte.

¹ Als geteilte Städte im deutsch-polnischen Grenzraum wurden Frankfurt – Słubice, Guben – Gubin und Görlitz – Zgorzelec untersucht.

1.2 Regionale Abgrenzung

Auf der räumlichen Makroebene werden die Transformations- und Europäisierungsprozesse im östlichen Mitteleuropa betrachtet, wobei der räumliche Schwerpunkt auf Ostdeutschland und Polen liegt. Dieses „neue Mitteleuropa“ entstand mit dem Fall des sog. Eisernen Vorhangs, wodurch die Grenze zwischen Ost- und Westeuropa fiel und schließlich mit der deutsch-deutschen Vereinigung gänzlich verwischt wurde. Die ehemaligen Ostblockstaaten machten sich nun auf den Weg „zurück nach Europa“. Für diese Gruppe von Ländern, wozu Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn sowie Ostdeutschland zählen, wurde der neue Begriff *Ostmitteleuropa* geprägt. Dieses Begriffsverständnis ist allerdings nicht sicher und wird oftmals aufgeweicht; Ostmitteleuropa steht dann als Sammelbezeichnung für alle europäischen Transformationsländer. Im geographischen Verständnis äußerst fragwürdig ist die Verwendung der Bezeichnung *Mittelosteuropa*. Die durchaus gebräuchliche Abkürzung MOEL kann nur für Mittel- und Osteuropäische Länder stehen (nicht Mittelost) und schließt westliche mitteleuropäische Länder explizit aus der Betrachtung aus.

Bestimmte Fragen werden auf nationaler Ebene diskutiert. Mikroräumlich erstreckt sich das Untersuchungsgebiet über den nördlichen deutsch-polnischen Grenzraum (vgl. Abb. 1-1) und orientiert sich an administrativen Einheiten. Es umfasst den östlichen Teil des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern (also im Wesentlichen Vorpommern) und den westlichen Teil der Woiwodschaft Westpommern (*Województwo Zachodniopomorskie*). Für die Zielstellung der Arbeit ist v.a. der deutsche Teil des Untersuchungsraumes relevant. Da die föderativen Strukturen der Bundesrepublik für gesellschaftliche Steuerungsprozesse maßgebend sind, erfolgt die Konzentration auf das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Aus diesem Grund wird der an Brandenburg grenzende Teil Westpommerns in der kleinräumigen Untersuchung nicht betrachtet.

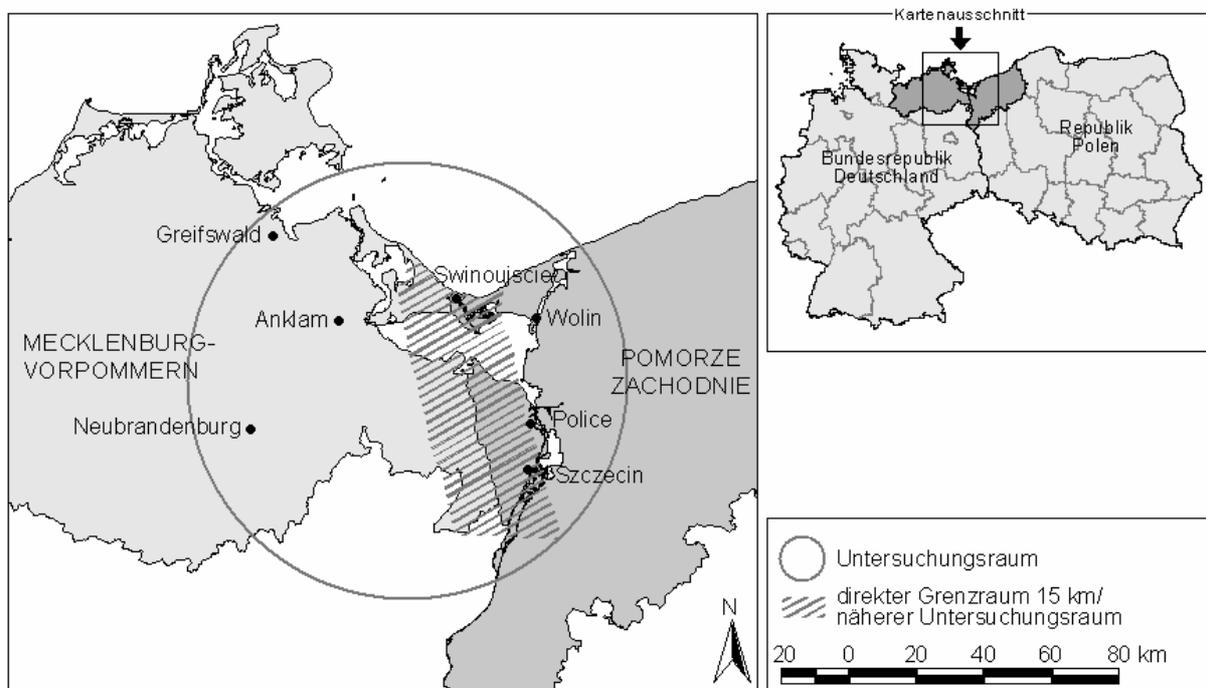


Abb. 1-1: Untersuchungsraum (Quelle: Eigene Darstellung)

Die primäre Untersuchung konzentriert sich auf den unmittelbaren Grenzraum. Dieser wurde definiert als Grenzzone im Bereich des sog. Kleinen Grenzverkehrs (hier 15 km). In der Praxis orientiert sich die Abgrenzung an den administrativen Einheiten: in Gemeinden, die teilweise in der Grenzzone liegen, greifen die Regelungen des kleinen Grenzverkehrs.

Die Orientierung an administrativen Einheiten folgt pragmatischen Gründen. Zum einen ist dieses Vorgehen der Datengrundlage geschuldet, die sich vielfach auf die Regionen (nach NUTS 2: Bundesland/Woiwodschaft) oder Kreise bezieht. Zum anderen ist dies durch die Realpolitik gerechtfertigt, die sich von der Verwaltung bis zur Regionalpolitik innerhalb bestimmter administrativer Einheiten bewegt.

1.3 Problemstellung und Ziel der Arbeit

1.3.1 Ausgangssituation und Problemstellung

Die räumlichen Strukturen des Untersuchungsgebietes sind relativ jung, sie entstanden in wesentlichen Teilen erst nach 1945. In Konsequenz der Grenzziehung an Oder und Neiße von 1945 erfolgte eine Teilung der Region Pommern. Verschiedene Faktoren trugen bei zu einer Auflösung und vollständigen Neuorientierung der räumlichen Beziehungen in den beiden Teilregionen entlang der deutsch-polnischen Grenze. An der Küste bewirkte die Grenzziehung das Zerschneiden der Insel Usedom, Swinemünde/Świnoujście wurde polnisch. Das ursprüngliche Zentrum Stettin/Szczecin wurde Teil des polnischen Staatsgebietes und verlor somit einen Teil seines westlichen Umlandes. Die auf deutscher Seite existierenden Zentren waren vergleichsweise schwach. Mittelstädte wurden als Ersatzzentren im Zuge der DDR-Territorialplanung künstlich entwickelt. Maßnahmen der sozialistischen Stadtentwicklung waren u.a. die gezielte Ansiedlung von Industrie und der Wohnungsbau.

Aufgrund der Bevölkerungsumsiedlung in den darauf folgenden Jahren im Zuge der „Westverschiebung“ Polens gab es kaum noch verwandtschaftliche Beziehungen und persönliche Kontakte über die Grenze hinweg. Die neu angesiedelte Grenzbevölkerung hatte keine Beziehung zur deutschen Sprache und Kultur, wodurch die mentale Realisierung der neuen Grenzziehung erleichtert wurde. Nach 1945 gab es bis auf einen kurzen Zeitraum freier Reisemöglichkeiten von 1972 bis 1980 eine Grenze mit starker Trennungsfunktion.

Nach Jahrzehnten der geschlossenen Grenze ist seit 1989/1990 wieder eine Annäherung beider Seiten zu beobachten, die durch die Osterweiterung der Europäischen Union unterstützt wird, jedoch aufgrund des ökonomischen Gefälles und bestehender Vorurteile nicht unproblematisch ist. Die mit dem EU-Beitritt Polens einhergehenden Veränderungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich werden mittelbar Auswirkungen auf den Raum haben. Erwartungen und Unsicherheiten bestehen bei der Bevölkerung beiderseits der Grenze. Befürchtungen werden auf (ost-)deutscher Seite laut, die durch den Beitritt zur Bundesrepublik gewonnene ökonomische Stärke in einem erweiterten Europa nun wieder zu verlieren, auf polnischer Seite, nun schleichend über wirtschaftliche Instrumente „germanisiert“ zu werden. Als Bedrohung wird der Ausverkauf polnischen Grund und Bodens angesehen. Im Gegenzug lässt sich aber auch eine Aufbruchstimmung finden, da positive wirtschaftliche Effekte erwartet werden. Aus heutiger Sicht bestehen Chancen und Risiken – unklar ist bislang, wie sich diese für die Grenzregion darstellen. Grundsätzlich existiert die Option, die historische

Entwicklung der Regionsteilung umzukehren bzw. alte Raumstrukturen neu zu beleben oder sogar zu einer (starken?) Region zusammenzuwachsen. Gleichzeitig besteht aber für die oft vernachlässigten, peripheren Grenzräume die Gefahr, von der Entwicklungsdynamik eines zusammenwachsenden Europas ausgelassen und übersprungen zu werden.

Die Besonderheit des Untersuchungsgebietes im Vergleich zum mittleren und südlichen deutsch-polnischen Grenzraum besteht darin, dass das starke Zentrum mit der Stadt Szczecin/Stettin auf polnischer Seite liegt. Zum Vergleich: Szczecin hat 420.000 Einwohner, die größten Städte im östlichen Mecklenburg-Vorpommern besitzen nur etwa 70.000 Einwohner. Erwartet wird, dass von diesem Zentrum Entwicklungsimpulse ausgehen, die auch in die deutsche Grenzregion ausstrahlen und evtl. eine Annäherung der beiden Räume befördern. Die grenznahen Städte auf deutscher Seite sind insofern von der Entwicklung betroffen, da ihnen möglicherweise ein Bedeutungsverlust droht (Entwicklung des *Oberzentrums* Szczecin). Für die ländlichen Räume der Landkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow in unmittelbarer Grenznähe bietet sich hingegen die Chance, von den starken polnischen Zentren Szczecin und Świnoujście zu profitieren und von der Peripherie aus deutscher Sicht zum Agglomerationsraum aus polnischer Sicht zu werden.

1.3.2 Fragestellungen, Thesen und Zielformulierung

Untersucht wird die Wirkung der Prozesse von Transformation und Europäisierung auf den Raum. Dazu werden die Bereiche Politik, Wirtschaft und Soziales betrachtet. Der Schwerpunkt liegt auf der Untersuchung der Einstellungen der Bevölkerung beiderseits der deutsch-polnischen Grenze und deren Agieren im Grenzraum.

Die Hauptthese der Untersuchung ist, dass politische und ökonomische Prozesse unter bestimmten Rahmenbedingungen auf den Raum wirken, die Bevölkerung im Untersuchungsraum die angestrebte Entwicklung jedoch (bislang) aus verschiedenen Gründen nicht mitträgt. Der Rückhalt in der Region ist jedoch Voraussetzung für den Erfolg der Bestrebungen. Aus dieser Situation ergeben sich entsprechende raumrelevante Konsequenzen. Denkbar ist, dass die beiden Grenzräume politisch und ökonomisch zusammenwachsen, es jedoch bei einer starken sozialen Separation bleibt, da die Menschen nicht bereit für ein solches Zusammenwachsen sind.

Aus der Analyse lassen sich Potenziale, Chancen und Risiken der regionalen Entwicklung herleiten – wiederum unter besonderer Berücksichtigung der ortsansässigen Bevölkerung. Das Ziel der Arbeit ist es, Szenarien für die Entwicklung der Region herzuleiten. Aus der Bewertung dieser ergeben sich Handlungsempfehlungen in Form flankierender oder gegensteuernder Maßnahmen für die entsprechenden Institutionen.

Die Situation im östlichen Teil Mecklenburg-Vorpommerns unterscheidet sich von der anderer Regionen an der deutsch-polnischen Grenze, wo die stärkeren Zentren auf deutscher Seite liegen und von dort Impulse der regionalen Entwicklung ausgehen. Nachzufragen ist, ob aus dieser Situation Unterschiede der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit resultieren. Kooperationsmodelle und Erfahrungen anderer Regionen bei der Vorbereitung des EU-Beitritts Polens wären damit nur bedingt übertragbar.

1.4 Aufbau der Arbeit

Nach dem einleitenden Teil, in dem Problemstellung und Ziel der Forschungsarbeit formuliert werden, schließt sich das *Kapitel 2* mit dem theoretischen Bezugsrahmen der Arbeit an. Zunächst wird die Grenz(raum)forschung näher betrachtet und werden bestehende Theorieansätze auf ihre Übertragbarkeit geprüft. Von der Grenze über den Grenzraum führt die Betrachtung zur Bevölkerung und zu deren grenzüberschreitendem Interagieren.

Anschließend wird die Transformation aus geographischer Perspektive diskutiert, wobei politik- und sozialwissenschaftliche Fragestellungen einfließen. Das *Kapitel 2.3* besteht aus einem Konglomerat theoretischer Ansätze aus verschiedenen Wissenschaftszweigen, die in der Humangeographie Niederschlag gefunden haben. Diese reichen von regionalen Wachstums- und Entwicklungstheorien über Forschungsansätze der Neuen Institutionenökonomik bis zu Netzwerktheorien. Schließlich werden die dargestellten Theorieansätze zusammengefasst, deren Synthese der Erklärung raumwirksamer Prozesse dient.

In *Kapitel 3* wird die Einbettung der regionalen räumlichen Prozesse in internationale Rahmenbedingungen insbesondere der Europäisierung behandelt. Nach der Darstellung der Entwicklung der Europäischen Union wird die bevorstehende Osterweiterung unter besonderer Berücksichtigung des Beitritts Polens zur Europäischen Union diskutiert. Eine kritische Betrachtung der Erweiterung folgt; die Übertragbarkeit von Erfahrungen früherer Erweiterungen wird abschließend behandelt.

Das *Kapitel 4* umfasst die Analyse der bestehenden Raumstrukturen. Zunächst wird ein kurzer historischer Abriss der regionalen Entwicklung gegeben, um die Besonderheit des geschichtlichen Hintergrundes des deutsch-polnischen Grenzraumes besser zu verstehen. Anschließend wird die aktuelle Situation in den drei gesellschaftlichen Sphären der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Dimension dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen der Transformationsprozesse. In diesem Kapitel werden die Besonderheiten des Siedlungsnetzes im Untersuchungsraum behandelt sowie die infrastrukturellen Voraussetzungen grenzüberschreitender Interaktion. Mit dem auf die wirtschaftlichen Kooperationen und die Europearegion gerichteten Hauptaugenmerk werden die Verflechtungen im Grenzraum beschrieben und diskutiert. Dabei wird teilweise auf sekundäres empirisches Datenmaterial zurückgegriffen.

Das *Kapitel 5* beinhaltet den empirischen Teil der Untersuchung. Nach einer einleitenden Beschreibung des Vorgehens und der Methodik werden die Fragen einzeln ausgewertet, Ergebnisse grafisch aufbereitet und diskutiert. Daraus werden anschließend Schlussfolgerungen gezogen. Eine zusammenfassende Betrachtung des empirischen Teils rundet das Kapitel ab.

In *Kapitel 6* erfolgt die Synthese des bisher dargestellten Materials. Auf Grundlage der vorangegangenen Kapitel wird der Untersuchungsraum charakterisiert und dessen Potenzial herausgearbeitet. Anschließend wird die Raumwirksamkeit der Prozesse überprüft, so dass sich Szenarien darstellen lassen. Auf diesen basierend folgt die Formulierung von Handlungsempfehlungen.

Kapitel 7 enthält eine Zusammenfassung der Arbeit in deutscher, englischer und polnischer Sprache.

1.5 Hinweise zum Sprachgebrauch

Aufgrund der historischen Entwicklung existieren für eine Vielzahl geographischer Objekte im Untersuchungsraum eine deutsche und eine polnische Bezeichnung. Somit stellt sich die Frage nach dem Umgang mit dieser Zweisprachigkeit (vgl. auch DROTH et al. 2000: 7). Es wird der Grundsatz verfolgt, dass die heutige Landessprache entscheidet: Für Objekte auf deutscher Seite wird ausschließlich der deutsche Name verwendet, für Objekte auf polnischer Seite ausschließlich die polnische Bezeichnung. Ausnahmen gibt es lediglich für größere Städte, da deren deutsche Namen in der Alltagssprache verbreitet sind. Dort werden beide Bezeichnungen aufgeführt, z.B. Szczecin/Stettin (vgl. Anhang I mit Aussprachehilfen für die polnischen Namen).

Räumlich verallgemeinernd wird der deutsche Teil des Untersuchungsraumes als Vorpommern bezeichnet, der polnische Teil als Westpommern. Im Interesse der deutschen Leser wird hier auf die entsprechende polnische Bezeichnung *Pomorze Zachodnie* verzichtet. Bei der Auswertung des empirischen Datenmaterials wird auch von den deutschen und polnischen Befragten gesprochen, was sich natürlich auf den eingeschränkten Untersuchungsraum bezieht.

Im Text wird aus Gründen der Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form für allgemeine Personenbezeichnungen verwendet. Dies wird als eine sich entwickelte historische Form der Sprache akzeptiert. Grundsätzlich werden dabei Frauen und Männer bedacht.

2 Theoretischer Bezugsrahmen

Aus dem Zusammenspiel verschiedener Modelle und Theorien entsteht ein System, das der Erklärung aktueller Prozesse und ihrer räumlichen Wirkung dient. Zunächst werden verschiedene Raumbegriffe wie Grenzen und Regionen erläutert, um nachfolgend die Interaktion speziell in Grenzräumen mit Hilfe eines Modells zu kategorisieren. Des Weiteren fließen psychologische Komponenten in die Betrachtung grenzüberschreitender Aktivitäten ein. Daran schließt sich die Betrachtung von Transformationsprozessen aus geographischer Perspektive an, deren Phasen und Dimensionen dargestellt werden. Zudem wird die Diskussion um die Transformation als Modernisierungsstrategie aufgegriffen. Den umfangreichsten Beitrag nehmen relevante Theorieansätze aus der Humangeographie ein. Dazu zählen auch Theorien, die aus Nachbardisziplinen stammen und in der Geographie Niederschlag gefunden haben. Zunächst werden geographische Wachstums- und Entwicklungstheorien dargestellt, die zur Erklärung der Raumwirksamkeit gesellschaftlicher Prozesse herangezogen werden. Die theoretischen Ansätze aus der Neuen Institutionenökonomik werden in ihrer Begrifflichkeit und thematischen Relevanz beleuchtet. Schließlich fließen stärker sozialgeographisch geprägte Modelle und Ansätze in die Betrachtung ein.

2.1 Grenzen und Regionen

Räumliche Grenzen sind ein traditionelles Untersuchungsgebiet der Geographie. Die wissenschaftliche Diskussion rankte sich im 18. Jh. zunächst um natürliche Grenzen und führte schließlich zu verschiedenen Systematisierungsversuchen, bevor das Interesse an dieser Thematik Mitte des 20. Jh. stagnierte. Mit der politischen Entwicklung in Europa nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Blocks wurde das Thema der räumlich-politischen Grenzen wieder belebt, als Staaten auf der politischen Weltkarte verschwanden und andere neu oder wieder entstanden. Derzeitige Prozesse der Europäisierung und Globalisierung tragen zur Veränderung von räumlichen Grenzen bei, deren Folgeerscheinungen die Thematik weiterhin aktuell machen.

2.1.1 Zum Verständnis von Grenzen

Die Vorstellung von Grenzen als Linien entwickelte sich erst allmählich, bis dahin waren aneinandergrenzende Gebiete lange Zeit durch einen fließenden Übergang bestimmt. Für diese Grenzsäume gibt es im Deutschen das Wort Mark, von lat. *margo* (Rand); mit LUTHER findet das aus dem Slawischen kommende Wort *Grenze* Verbreitung. Durch die Entwicklung der Kartographie und Vermessungsmethoden wurde der Grenzsäum schließlich abstrahiert zur Linie und immer genauer markiert. Doch bestand zunächst die Frage, wie diese Grenzen zu finden seien. In Frankreich reaktivierte man ab dem 17. Jahrhundert die antike Idee der *natürlichen Grenzen*, um die Arrondierung zu einem räumlich geschlossenen souveränen Territorialstaat zu begründen (vgl. MEDICK 1993). Nunmehr wurde versucht, die Abgrenzung von Staaten an natürlichen Grenzen verschiedener Art festzumachen, wobei ein wissenschaftlicher Streit entbrannte, ob Flüsse, Wasserscheiden, Gebirgszüge oder andere physio-geographische Elemente am besten geeignet seien.

Die Idee der natürlichen Grenzen kann als Verbindungselement zwischen den Konzepten von Territorialstaat und Nationalstaat verstanden werden. Im Territorialstaatskonzept basierte die Abgrenzung des Staates auf der Machtpolitik eines absoluten Souverän, unabhängig davon, welche Völker auf diesem Territorium leben. Erst im 18. Jahrhundert entwickelte sich der Begriff der Nation. Diese definiert sich hauptsächlich in ihrem Selbstverständnis als Gemeinschaft einer bestimmten Charakteristik, die sich von anderen unterscheidet. In Frankreich entsteht in Verbindung mit den Prinzipien der französischen Revolution zuerst die Idee des Nationalstaates (vgl. u.a. MEDICK 1993).

Es entwickelte sich der Anspruch der Nationen (allerdings nur der starken!) auf ein Territorium innerhalb bestimmter natürlicher Grenzen. Damit wurde der Gedanke verknüpft, dass natürliche Grenzen Konflikte zwischen Nationen beenden, da quasi Naturgesetze über allen anderen Interessen stehen würden (vgl. SCHULTZ 2000: 14).

Der Gedanke natürlicher Grenzen zieht sich weiter durch die - nicht nur geographische - Wissenschaft. Im deutschsprachigen Raum, wo die Idee erst relativ spät greift, stehen dafür u.a. Namen wie KANT, HEGEL, ARNDT und PENCK (vgl. MEDICK 1993: 201; SCHULTZ 2000). Gleichzeitig wurde hier die Grundlage einer - später missbrauchten - politischen Geographie gelegt, dem sich auch RATZEL mit seiner „Politischen Geographie“ von 1903 nicht entziehen kann, obwohl er darin eine Revision des Konzeptes der natürlichen Grenzen vornimmt (vgl. FÖRSTER 2000a: 74-76).²

Selbst nach 1945 konnten sich die deutschen Geographen nicht völlig von der Idee einer physiogeographisch begründeten Abgrenzung der Staaten trennen bzw. greift die Idee außerhalb des Faches noch immer, wie SCHULTZ (2000: 49-50) darlegt.

Es existieren zahlreiche Ansätze einer Systematik von räumlichen Grenzen, die von wissenschaftlichen über rein pragmatische bis zur simplifizierten Unterscheidung von „guten“ und „schlechten“ Grenzen reichen.³ Sie legen jeweils unterschiedliche Kriterien zu Grunde und lassen sich daher nicht zusammenfassen und verallgemeinern.

Generell kann unterschieden werden nach

- a) den Objekten (materiell/immateriell), die durch Grenzen getrennt werden (Ethnien, Staaten, Länder, Einzugsgebiete etc.) und
- b) nach der Wirkung der Grenzen (Art und Stärke der Trennung bzw. Verbindung).

Je nach Betrachtungsweise ändern sich Grenzen und variieren mit dem betrachteten Maßstab. Grenzen sind also eine Konstruktion des Menschen, ebenso wie der Raum, deren Abgrenzung sie bilden.

2.1.2 Raum, Regionen und Regionalbewusstsein

Die Humangeographie trennt sich immer stärker von dem positivistischen Verständnis des *Behälter-Raumes*. An deren Stelle tritt die postpositivistische Idee⁴, dass abgegrenzte Räume lediglich Abstraktionen darstellen, die dem Ziel der Erfassung von Raumbezügen sozialer Systeme nur bedingt

² Zur Entwicklung der politischen Geographie vgl. u.a. KAMPSCHULTE 1999: 7-16; FÖRSTER 2000a; SCHULTZ 2000.

³ Eine Übersicht der geographischen Grenzforchung findet sich u.a. bei LEIMGRUBER 1980, HELLER 1993 und KAMPSCHULTE 1999: 16-22.

⁴ Anfänge lassen sich bereits in den späten 1970er Jahren feststellen (vgl. LEIMGRUBER 1980).

gerecht werden können (vgl. u.a. BLOTEVOGEL 1996: 67). Diese Entwicklung ging einher mit einer zunehmenden Soziologisierung der Geographie, verstärkt seit Mitte der 1990er Jahre unter dem Stichwort des *cultural turn* (vgl. BOECKLER/LINDNER 1999). Das soziale Geschehen im Raum tritt nunmehr stärker in den Vordergrund, betrachtet wird auch der soziale Rahmen, in den bspw. das wirtschaftliche Handeln eingebettet ist.

Dennoch muss die wissenschaftliche Betrachtung von Räumen die Abgrenzung im Sinne eines Behälters als Hilfskonstruktion der Empirie akzeptieren. Auch wenn Region heute eher als „ein auf institutioneller und räumlicher Nähe basierender Verflechtungszusammenhang und Handlungskontext“ (SARETZKI et al. 2002: 37, nach BLOTEVOGEL 1999) verstanden wird, bleiben geographische und administrative Abgrenzungen relevant. Ohne diese als einen festen Container zu verstehen, bilden sie doch Rahmenbedingungen für die sich formierende Verflechtungsregion.

Einen weiteren Ansatz entwickelt KLÜTER (1986/2000), der das funktionale systemtheoretische Modell LUHMANNs auf den Raum überträgt und mit seiner Raumtheorie ein systemtheoretisches Modell für die Geographie entwickelt. Dabei geht KLÜTER von der Dreiteilung der Gesellschaft in Wirtschaft, Politik und Familie aus. Basis ist der kleinste geographisch definierte Raum, das Grundstück. Dieses wird als Behälter für wirtschaftliche Aktivitäten verstanden. Der sog. *Ergänzungsraum* steht für das Netz der Akteure. Als dritter Raumabstraktionstyp steht der Informations- bzw. *anonyme Adressatenraum*, der die Informationen zu bestimmten topologischen Punkten beinhaltet. Politische Raumabstraktionstypen sind der Administrativraum und das Vaterland sowie für die Familie die Heimat. KLÜTER verbindet somit soziologische Erkenntnisse mit klassischen, positivistischen Raumbegriffen, um diese für die Geographie in Wert zu setzen.

In der geographischen Forschung wird zumeist ein bestimmter Raumausschnitt betrachtet. Dieser wird oftmals als *Region* bezeichnet, ohne dass eine einheitliche Definition des Begriffes vorliegen würde, der bereits in den 80er Jahren aus der Fachsprache heraustrat und heute in diversen Zusammenhängen verwendet wird. BLOTEVOGEL (2000: 491-497) verweist auf die verschiedenen Dimensionen des Begriffes in Politik, Ökonomie, Sozialkultur, Ökologie und Planung, was das Verständnis und den Umgang mit dem Begriff erschwert. In der Geographie wird die Region

- als geographisch bestimmter Teilraum (Raumbezug),
- von mittlerer Größe (Maßstabsbezug) und
- zusammengehörig, d.h. als funktional oder strukturell abgrenzbare Einheit (Sachbezug) definiert.

BLOTEVOGEL (2000: 499) entwirft ein Schema der Typologie von Regionskonzepten, die er den Hauptgruppen *Realregionen*, *Aktivitätsregionen* und *Wahrnehmungs-/Identitätsregionen* zuordnet. Diese werden für die empirische Forschung i.d.R. miteinander verknüpft. Basis der Raumforschung bildet (aus pragmatischen Gründen) die Realregion als klassisches Raumkonzept, das sich zumeist an administrativen Einheiten orientiert, um darin Aktivitäts- und Wahrnehmungsregionen zu untersuchen und möglicherweise zu einer bestimmten Raumdefinition (Abgrenzung) zu gelangen (bspw. Verflechtungsräume). Die Aktivitätsregionen entsprechen den *Tätigkeitsregionen* einzelner Akteure sowie wirtschaftlicher und politisch-administrativer Organisationen. Wahrnehmungsregionen werden

bestimmt durch Regionalbewusstsein und regionale Identität, die im Gegenstromprinzip entstehen, wobei Hierarchien und *local actors* entscheidend sind. Formend wirken zum einen *top down* gerichtete Maßnahmen einer (administrativen) Gliederung. Zum anderen ist die *bottom up* wachsende regionale Identität bestimmend über die Abgrenzung bzw. Zugehörigkeit zu einer Region (vgl. WAACK 2000a: 177, nach VEGGELAND 1993). Durch ein „Identitätsmanagement“ der politischen und/oder regionalbewussten Eliten kann das regionale Bewusstsein gebildet und instrumentalisiert werden (vgl. POHL 1993: 86-87). Die Wahrnehmungsregion stellt somit die Verbindung zwischen der sozialen und räumlichen Dimension dar.

2.1.3 Grenzregionen

Eine besondere Form der Region ist die Grenzregion. Diese wird als Gebiet im Einzugsbereich von Grenzen definiert, wobei die Größe von der Intensität und Reichweite der Interaktionen bestimmt wird (vgl. LEIMGRUBER 1980: 72; MARTINEZ 1994a: 5). Die Abgrenzung ist daher maßstabsabhängig und nicht allgemeingültig definierbar.

„Eine Grenzregion stellt ein Gebiet gegenseitiger Beeinflussung und Durchdringung dar, in dem die traditionellen gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Werte beider Völker aufeinanderstoßen und tradiert werden.“ (LISIECKI 1996a: 13) Als Grenzregion kann somit der Teilraum diesseits der Grenze verstanden werden, aber auch das gemeinsame grenzüberschreitende Gebiet zweier (oder mehrerer) Teilräume. Von außen betrachtet sind Grenzräume periphere Gebiete eines Staates, die gleichzeitig (mehr oder weniger stark) den Grenzsaum zu einer anderen territorialen Einheit bilden.

Daraus entstehen gewisse Schwierigkeiten: Historisch bedingt sind Grenzräume durchaus homogener als es dem Nationalstaatskonzept entsprechen würde, was Interaktionen erleichtert (vgl. LEIMGRUBER 1980: 73). Die (Teil-)Grenzregionen fühlen sich daher oftmals stärker miteinander verbunden als mit dem jeweiligen Nationalstaat, unterliegen aber dennoch den nationalstaatlichen Bestimmungen. Daher ist die sog. *border-style diplomacy* zur Lösung lokaler Probleme ein probates Mittel, das jedoch möglicherweise kontrovers zu nationalen Interessen steht (vgl. MARTINEZ 1994a: 15).

„Nevertheless, [...] sources of friction are still present because fundamental questions about economic advantage, nationality, assimilation, and identity continue to cause distress. [...] source of friction does not disappear unless the border itself completely disappears.“ (MARTINEZ 1994a: 15)

In den Grenzregionen besteht daher nach LEIMGRUBER (1980: 70) ein Wechselspiel zwischen den zentrifugalen Kräften der Wirtschaft und den zentripetalen des Staates: die wirtschaftlichen Aktivitäten wirken in dem Drang nach Ausdehnung dem staatlichen Bemühen nach Abgrenzung entgegen. Durch Prozesse der Internationalisierung werden diese Kräfte nach außen verlagert, wobei Staaten nach wie vor protektionistisch (zentripetal) tätig sind bzw. Staatenbündnisse wie die Europäische Union zentripetale Funktionen übernehmen (Europäisierung). Die wirtschaftlichen Aktivitäten wirken weiterhin zentrifugal (Globalisierung). Überlagert wird die Wirkung dieser Kräfte von den raumwirksamen Entscheidungen der einzelnen Individuen im Grenzraum, die Träger der Interaktion sind.

2.1.4 Interaktionen im Grenzraum

MARTINEZ (1994a: 6-10) entwickelt ein graduelles System der Interaktionsdichte von Grenzräumen (vgl. Abb. 2-1). Er unterscheidet *alienated*, *co-existent*, *interdependent* und *integrated borderlands*.

Bei den a) entfremdeten (*alienated*) Grenzräumen behindert eine geschlossene Grenze die grenzüberschreitende Interaktion (fast) völlig. Die Bevölkerung beiderseits der Grenze sieht sich gegenseitig als fremd an. Spannung herrscht vor.

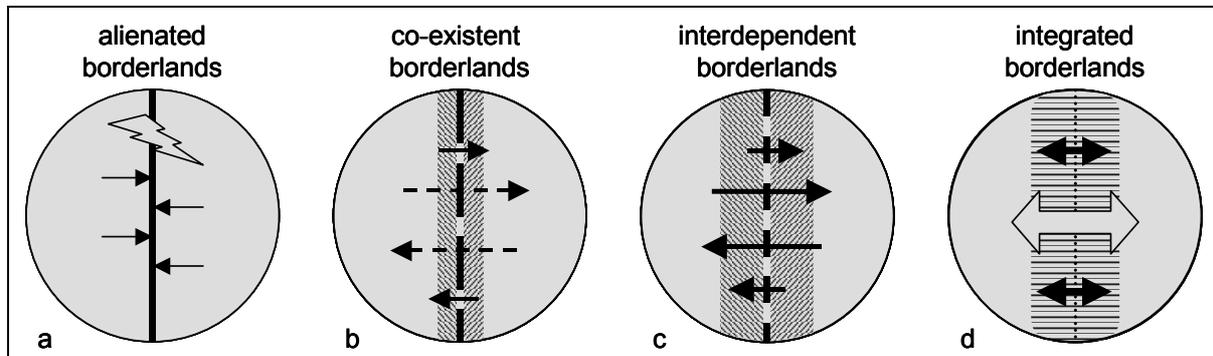


Abb. 2-1: Modell der Interaktionsdichten von Grenzräumen
(Quelle: veränderte Darstellung nach MARTINEZ 1994a: 7)

Die Situation von b) nebeneinander existierenden (*co-existent*) Grenzräumen wechselt zwischen Stabilität und Instabilität. Die gering geöffnete Grenze erlaubt ein gewisses Maß an Interaktion. Unter der Bevölkerung gibt es gelegentliche Kontakte. Zumeist stabile Beziehungen besitzen die c) voneinander abhängigen (*interdependent*) Grenzräume. Wirtschaftliche und soziale Ergänzungen bewirken grenzüberschreitende Interaktionen und eine Ausdehnung des miteinander verflochtenen Grenzraumes. Die Bewohner stehen zueinander in kooperativen Beziehungen. Die d) integrierten Grenzräume kennzeichnet eine starke und permanente Stabilität. Die Ökonomien beider Länder sind funktional miteinander verbunden. Die Bewegung von Personen und Gütern über die Grenze hinweg ist in keiner Weise eingeschränkt. Die Bevölkerung beiderseits der Grenze versteht sich als Mitglied eines gemeinsamen gesellschaftlichen Systems.

Diese Stufen geben keine Entwicklungsrichtung vor. Ebenso wie eine (allmähliche) Öffnung von Grenzen mit zunehmender Interaktion zwischen den Grenzregionen ist eine Verstärkung der trennenden Wirkung einer Grenze möglich.

Grundlegende Voraussetzung für Interaktionen zwischen den Grenzräumen mit unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systemen ist, dass die Bevölkerung die darin enthaltenen Potenziale wahrnimmt bzw. wahrnehmen kann. Die Interaktion im Grenzraum wird daher von den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie von psychosozialen Grenzen der einzelnen Akteure bestimmt. Zudem existieren physiogeographische Rahmenbedingungen, die die Interaktion an Grenzen trotz Fortentwicklung der Kommunikation durch Gewässer, Gebirgszüge o.ä. behindern.

Die Rahmenbedingungen der grenzüberschreitenden Interaktionen können mit Blick auf Europa heute als stabil bezeichnet werden. Aktuelle Prozesse der Europäisierung bewirken in weiten Teilen eine

Aufweichung der politischen und wirtschaftlichen Grenzen. Im Unterschied zu den relativ simplen Grenzformen, die ökonomische bzw. politische/administrative Einheiten trennen, sind psychologische Grenzen komplexer strukturiert. Sie werden nach LEIMGRUBER (1980: 69-76) gebildet aus dem individuellen, beschränkten Aktions- und Wahrnehmungsraum, die unterschiedlich groß und unterschiedlich stabil sind. Der persönliche Aktionsraum wird durch ständig wachsende individuelle Mobilität, bessere Verkehrsträger und Infrastruktur sowie die wachsende Bereitschaft zur Mobilität erweitert. Ebenso verändert sich der Wahrnehmungsraum aufgrund verbesserter Information und erhöhter Mobilität. Ergänzt wird dieses Raumkonzept durch den Prozessraum, worunter der jeweilige Wirkungsraum verschiedener Prozessträger zu verstehen ist (Staaten, Organisationen, Verbände etc.). Dieser Dreiklang bestimmt die individuelle psychologische Grenze von Akteuren im Grenzraum.

Um die Bildung individueller Räume zu erklären, betrachtet VAN HOUTUM (1999a: 331-333) insbesondere die psychologischen Einflussfaktoren auf grenzüberschreitende Interaktionen: Ausgehend davon, dass der Raum ein soziales Konstrukt ist und nicht nur Ergebnis, sondern auch Erklärung bestimmter Prozesse, überführt er die drei Komponenten *action*, *affection* and *cognition* (vgl. Abb. 2-2) aus der Psychologie in die Raumwissenschaft.

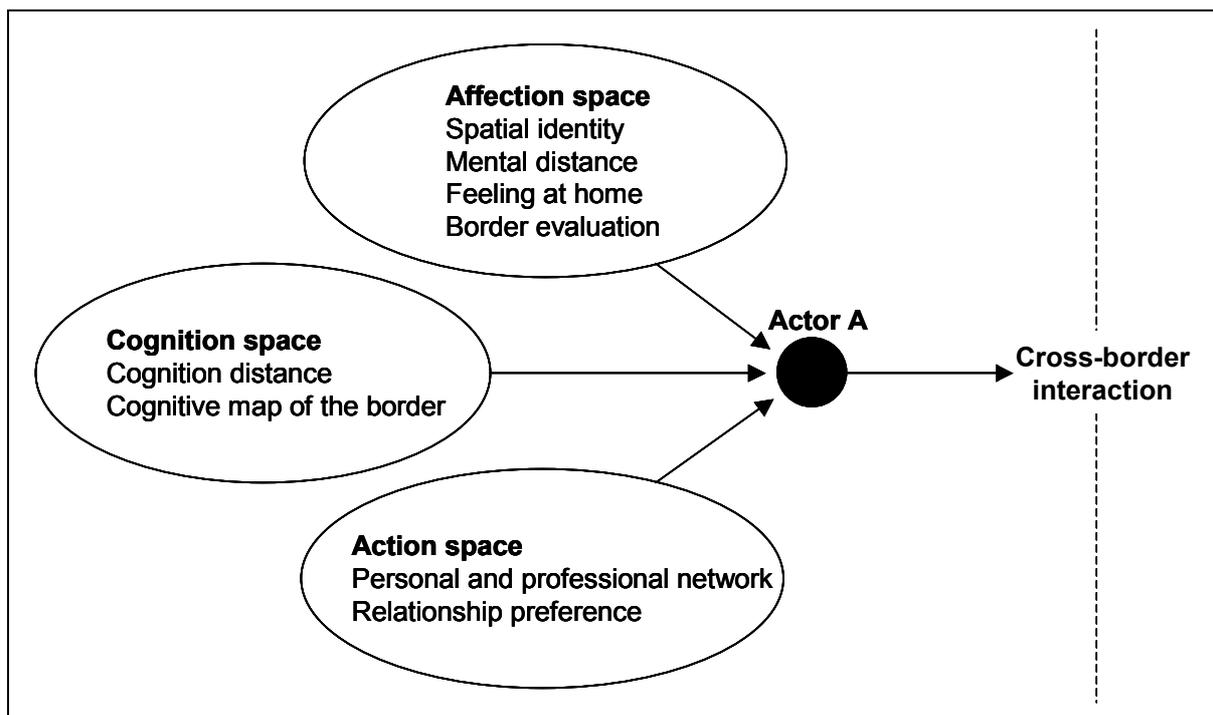


Abb. 2-2: The Spatial Triad of Personality (Quelle: VAN HOUTUM 1999a: 331)

VAN HOUTUM schließt aus dieser Triade auf Einflussfaktoren, die grenzüberschreitende Interaktionen beeinflussen: Der Handlungsraum (*action space*) wird bestimmt durch das aktuelle Handeln über die Grenze hinweg. Der Erfahrungsraum (*cognition space*) ist geprägt durch subjektive Kenntnisse des anderen Grenzraumes, wodurch eine mental map entsteht. Gefühle und die emotionale Verbindung zum Grenzraum bestimmen den Emotionalen Raum (*affection space*), woraus sich regionale Identität, mentale Distanz, Fremdheit und kulturelle Verbundenheit entwickeln.

Soziologisch betrachtet entstehen im Raum Gruppen und führen zur Bildung von Grenzmilieus. Diese sind somit Ausdruck einer Form der Sozialisierung; die Gruppe ordnet sich einem Platz, einem Raum zu und formuliert Grenzen zu ihrem eigenen Schutz (vgl. VAN HOUTUM 1999b: 108-109). Zwischen dem Raum und der Gruppe bestehen Wechselwirkungen (vgl. auch Kap. 2.3.5).

TURNER beschrieb bereits 1893 in seiner klassischen Frontier-Hypothese, dass Grenzen die Gesellschaft beeinflussen; offene Grenzen seien Bedingung einer offenen Gesellschaft (vgl. u.a. MEDICK 1993: 197). „Grenzen prägen die Struktur und Dynamik der Gesellschaften, deren Rand sie bilden. Die Grenze eröffnet den in ihrer Nähe lebenden Individuen und Gemeinschaften Handlungsspielräume, sie bedingt aber als ein in besonderer Weise herrschaftlich kontrollierter Raum auch besondere Verhaltensweisen.“ (MEDICK 1993: 206) Diese Gemeinschaften lassen sich als Milieus, hier Grenzmilieus bezeichnen, worunter „relativ homogene soziale Beziehungsformen mit erhöhter Binnenkommunikation“ verstanden werden (MATTHIESEN 2002a: 125).

MARTINEZ (1994b: 8) definiert das *borderland milieu* als Gesamtheit der Elemente „transnationalism, international conflicts and accommodation, ethnic conflicts and accommodation, otherness, and separateness“. Grenzlandbewohner haben aufgrund ihrer Situation besondere Merkmale herausgebildet: Zum einen besitzen sie aus sprachlichen, kulturellen und ökonomischen Gründen eine doppeldeutige Identität, zweitens fühlen sie sich aufgrund ihrer besonderen Stellung dem Nationalstaat weniger verbunden und drittens bildet sich ein extrem defensiver Nationalismus heraus aufgrund realer oder imaginärer Bedrohungen von jenseits der Grenze. Aus diesen drei typischen Merkmalen Ambivalenz, Rationalität und Angst leitet MARTINEZ (1994a: 19-25) bestimmte Chancen ab. Grenzlandbewohner sind potenziell in der privilegierten Position, dass sie die besonderen Fähigkeiten im Land einsetzen oder mittels dieser in der Lage sind, den Aktionskreis auf das Nachbarland auszudehnen. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen nationaler Loyalität und grenzüberschreitenden Kontakten: je geringer der Nationalismus, desto stärker die Verbindungen. So unterscheidet MARTINEZ (1994b: 6) zwischen *national borderlanders* und *transnational borderlanders*. Die nach innen (national) orientierten Bewohner haben keinen oder kaum Kontakt zur anderen Seite der Grenze, die nach außen (transnational) orientierten Bewohner besitzen hingegen vielfältige Kontakte und sind von äußeren Einflüssen geprägt. Wie offen eine Gesellschaft im Ganzen ist, hängt von den Anteilen beider Gruppen ab.

2.1.5 Zusammenfassung

In der Raumforschung wurde erkannt, dass das starre Konzept des Behälter- oder Containerraumes den Anforderungen einer modernen, soziologisch beeinflussten Humangeographie kaum gerecht werden kann. Dennoch dienen Abgrenzungen von Räumen als Basis der empirischen Forschung; sie können jedoch nur Hilfskonstruktionen darstellen.

Grenzen sind ebenso wie der Raum Konstruktionen des Menschen. Bedeutung erlangen sie erst dadurch, dass sie das Interagieren von Individuen limitieren.

Indem Akteure einen Raum begrenzen, tragen sie gleichzeitig zur Abgrenzung einer Gruppe bei, die ein bestimmtes Milieu bilden kann. Das Grenzmilieu entsteht aufgrund der besonderen räumlichen Spezifik und durch die Wechselwirkung zwischen Raum und Mensch: Ein positives Milieu baut Grenzen ab und befördert Interaktionen, ein negatives Milieu bremst Interaktion. Starke Interaktionen

im Grenzraum beeinflussen wiederum das Grenzmilieu positiv, geringe Interaktion besitzt kaum Einfluss auf das Grenzmilieu.

Allerdings ist zwischen einer *potenziellen* und einer *realen* Verflechtung von Grenzräumen zu unterscheiden. So kann eine Grenze zwar durchlässig (aus physiogeographischer, politischer und wirtschaftlicher Sicht) sein, aber dennoch eine nur geringe Interaktionsdichte aufweisen. Die Ursache dieser Differenz lässt sich bei den Akteuren im Grenzraum finden. (Eine umgekehrte Konstellation ist ebenfalls denkbar, z.B. die Umgehung von Grenzbestimmungen in Form illegaler Grenzübertritte oder Schmuggelaktivitäten.)

In den Ansätzen zur Grenzraumforschung bleibt diese Differenz zwischen der realen und der potenziellen Verflechtung ein Unsicherheitsfaktor, der aus den individuellen Entscheidungsprozessen als quasi black box resultiert. So ist auch MARTINEZ' Modell deskriptiv und schließt Gründe für das Entstehen der verschiedenen Interaktionsdichten aus. VAN HOUTUM gelingt es, Ansätze aus der Psychologie in die Raumwissenschaft zu integrieren, um die psychosozialen Einflussfaktoren zu erhellen. Er entwickelt damit ein Untersuchungsschema für die Erfassung von Grenzinteraktionen, wobei auch dieses Modell eher deskriptiv orientiert ist. Erst durch die Verknüpfung mit anderen theoretischen Ansätzen lassen sich Erklärungsmuster bilden (vgl. Kap. 2.4).

2.2 Transformation aus geographischer Perspektive

Die Transformationsforschung hat hinsichtlich der Begrifflichkeiten und Definitionen eine Spezifik in den einzelnen Wissenschaftszweigen. Die Suche nach einer Transformationstheorie als *grand theory* bzw. die Ablehnung deren Existenz wird davon mitbestimmt. Die geographische Transformationsforschung bedient sich der Erkenntnisse aus Nachbardisziplinen wie Sozial-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften, um als Eigenbeitrag schließlich die räumlichen Wirkungen von Transformationsprozessen in den Vordergrund zu stellen.

2.2.1 Definition und Periodisierung der Transformation

Der Begriff Transformation entwickelte sich im frühen 16. Jh. aus dem Lateinischen von *transformatio* und beinhaltete die mystische Verwandlung von Personen u.ä. Seit dem 18. Jh. wurde der Begriff ausgeweitet zur allgemeinen Umwandlung (Modifikation). Er fand kaum Verwendung, bis BUCCHARIN ihn 1920 aufgriff⁵ als Bezeichnung für die sozioökonomische Periode der Umwandlung kapitalistischer Gesellschaften in kommunistische, basierend auf der Marxschen Formationstheorie bzw. der Hegelschen Inhalt-Form-Dialektik (vgl. KOLLMORGEN 1994: 383). Der Begriff wurde nach dem Zusammenbruch des Ostblocks auf den gegensätzlichen Prozess des Wandels von kommunistischen (bzw. realsozialistischen) in kapitalistische Gesellschaften übertragen. Noch Anfang der 1990er Jahre gab es allerdings eine intensive Diskussion um die Begriffe *Transition* und *Transformation*, die jedoch im Wesentlichen beigelegt ist. Vor allem im englischsprachigen Raum hatte sich bereits

⁵ KLÜTER (2000: 37) weist allerdings darauf hin, dass dies wahrscheinlich eher ein Verdienst der Übersetzerin ist, die aus „perechodnyj period“ (Übergangsperiode) Transformationsperiode machte.

transition etabliert. Dieser Begriff entstand Mitte der 1980er Jahre im Zusammenhang der Erforschung von Demokratisierungsprozessen in Südeuropa und Lateinamerika. Etymologisch bedeutet Transition aber lediglich Übergangszustand (vgl. MERKEL 1999: 75). Zudem unterschlägt Transition das aktive Moment der Umgestaltung: die Transition passiert, Transformation hebt die politische Handlung hervor (vgl. FASSMANN 1997: 14). Transition wird heute - zumindest im deutschsprachigen Raum - als Bestandteil der Transformation angesehen.

Bislang gibt es keine allgemeingültig formulierte Definition der Transformation, worunter MERKEL (1999: 15) „den grundlegenden Wechsel von politischen Regimen, gesellschaftlichen Ordnungen und wirtschaftlichen Systemen“ versteht, wobei Interdependenzen zwischen den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sphären existieren.

PÜTZ (1998a: 56) formuliert eine zusammenfassende Definition der postsozialistischen Transformation, die geographisch-räumliche Aspekte berücksichtigt und auf die hier v.a. Bezug genommen wird. Demnach steht Transformation als „Überbegriff für die sachliche und zeitliche Gesamtheit der landesspezifischen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wandlungsprozesse in den postsozialistischen Staaten Ostmitteleuropas.“

Differierende Auffassungen gibt es darüber, ob Transformationsprozesse generell offen sind oder auf ein bekanntes Ziel zusteuern. Der Ansatz einer offenen Entwicklung geht davon aus, dass es zwar bestimmte (politische) Zielvorstellungen gibt, die jedoch eine spezielle Ausformung erhalten. Zudem wird betont, dass es kein allgemeines westliches Modell gibt, das von den Transformationsländern übernommen werden könnte. Der zweite Ansatz einer konkreten Zielfixierung beinhaltet, dass grundlegende Muster westlicher Gesellschaften existieren (Marktwirtschaft, Demokratie und Rechtsstaat). Der unterschiedlichen Ausprägung wird weniger Bedeutung zugemessen. In der vorliegenden Arbeit wird insbesondere auf die regionale Spezifik von Transformationsprozessen Bezug genommen, so dass der offene Ansatz geeigneter erscheint.

Als Bestandteil der Transformation kann der *Strukturwechsel* oder *Strukturbruch* angesehen werden, der den Wechsel von einem wirtschaftlichen System zu einem anderen beinhaltet. Im Unterschied dazu laufen Prozesse des *Strukturwandels* langsamer und unabhängig von der Transformation i.e.S. ab. Sie umfassen den ökonomischen Teilbereich einer Gesellschaft; aktuelle Erscheinungen des Strukturwandels sind u.a. Deindustrialisierung und Tertiärisierung. Prozesse des Strukturwandels und Strukturbruchs gehen jedoch teilweise gleichzeitig einher, was die wirtschaftliche Transformation erschwert (vgl. auch GAEBE 1998: 128).

In den 1990er Jahren entwickelte sich eine intensive Debatte um Transformationstheorien, deren verschiedene Ansätze sich zum Teil verknüpfen ließen und eine gute Diskussionsbasis boten (vgl. u.a. KOLLMORGEN 1994). Nunmehr hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass es eine *grand theory* der Transformation nicht geben wird/nicht geben kann. Allerdings dominiert bislang scheinbar die Retrospektive der theoretischen Sicht, bei der die Theorie dem aktuellen Geschehen folgt bzw. Prognosen spezifiziert werden müssen. Insofern lohnt eine Weiterentwicklung der Theorieansätze, zumal die Transformationsprozesse in Osteuropa und Asien noch längst nicht abgeschlossen sind.

Für die Periodisierung der Transformation existieren verschiedene Modelle (vgl. u.a. MERKEL 1999: 119-169; KOLLMORGEN 2001). Zusammenfassend lässt sich der Prozess der Transformation in zwei Stufen gliedern, wobei eine Phase des Niedergangs des alten Systems vorangestellt wird:

0. Niedergang, Liberalisierung
1. Transition/Übergang
2. Strukturierung/Konsolidierung.

Diese Phasen lassen sich weiter in (länder-/regionsspezifische) Zyklen unterteilen, die „durch Regierungs- und Strategiewechsel, durch neue Machtkonstellationen, aber auch neue kulturelle Moden“ geprägt werden (vgl. KOLLMORGEN 2001: 18).

Anfänglich gab es zwei entgegenstehende Ansichten über das Vorgehen der Transformation als gradualistischer Prozess (Bsp. Tschechien) oder Big-Bang-Strategie (Bsp. Polen).⁶ Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass weder dem einen noch dem anderen Vorgehen der Vorzug zu gewähren ist. Vielmehr entscheiden Abfolge und Konsequenz einzelner Schritte über den Erfolg des Transformationsprozesses. Dabei kann in Teilbereichen durchaus eine zügige Umgestaltung erforderlich sein, die eingebettet ist in einen längerfristigen (auch sozial abgefederten) Prozess.

Das Modell der J-Kurve versucht, den Prozess der (ökonomischen) Transformation darzustellen (vgl. Abb. 2-3). Am Anfang der Kurve steht die Zerstörung der alten, überflüssigen Produktion. Dieser Schritt der *kreativen Zerstörung* ist nach SCHUMPETER Voraussetzung dafür, dass das Wirtschaftssystem auf den Wachstumspfad gelangt. Anderenfalls hemmen die Altlasten obsoleter Strukturen den Fortgang und schränken die kreative Freiheit ein (vgl. GORZELAK 2001: 744-745).

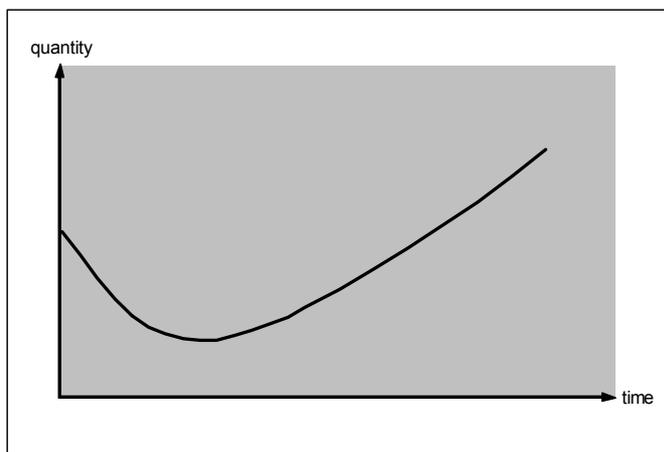


Abb. 2-3: J-Kurve des Transformationsverlaufes
(Quelle: Darstellung nach GORZELAK 2001: 745, nach BRADSHAW/STENNING 2000)

⁶ Die beiden unterschiedlichen Positionen lassen sich gut mit Hilfe von Metaphern darstellen (vgl. ACKERMANN 2001: 198, nach NIELSEN et al. 1995): Wird die Transformation als Erklimmen eines Berges verstanden, erscheint die Strategie der kleinen Schritte (*Gradualismus*) angemessen. Wird Transformation hingegen als Überwindung eines Abgrundes betrachtet, erscheint ein großer Sprung (*big bang*) als passende Lösungsstrategie. Selbst bedeutende Wirtschaftsberater wie SACHS gingen noch 1991 davon aus, dass die Umgestaltung des Systems innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein könne (vgl. EISSRICH 2001: 38).

Weiter zeigt GORZELAK, dass dieser Transformationsverlauf auf die polnischen Regionen anzuwenden ist: In den weniger entwickelten östlichen Regionen wurde die Transformation aufgrund der Wirtschaftsstrukturen (Landwirtschaft, Individualwirtschaft) gedämpft. Nachdem die Talsohle 1991/92 erreicht wurde, erholten sich die anderen Regionen schnell, während die östlich-peripheren Regionen Polens wirtschaftlich äußerst schlecht situiert sind. Ein treffendes Beispiel ist ebenso die Transformation der Werftindustrie: Die Umstrukturierung der Stettiner Werft verlief (zumindest anfänglich) außerordentlich erfolgreich. Demgegenüber steht die von der Gewerkschaft gebremste Transformation der Werft in Gdańsk.

2.2.2 Transformationssphären und das Dilemma der Gleichzeitigkeit

Die Transformation umfasst zwangsläufig das gesamte gesellschaftliche System.⁷ Die Systemtransformation kann also differenziert nach Dimensionen (oder Sphären) betrachtet werden (vgl. Tab. 2-1). In den einzelnen Dimensionen verläuft die Transformation mit unterschiedlicher Geschwindigkeit, was OTT (1997b: 221) auf ein unterschiedlich starkes Beharrungsvermögen zurückführt. Ebenso spielen die Konzentration auf einzelne Dimensionen und die Steuerfähigkeit eine Rolle: Die wirtschaftliche und die politische Transformation genießen sehr hohe Aufmerksamkeit. Beide Dimensionen unterliegen starker äußerer Einflussnahme. Demgegenüber findet die soziale Dimension der Transformation weniger Beachtung und lässt sich nur schwer steuern.

Tab. 2-1: Dimensionen der Transformation (Quelle: nach OTT 1997b: 220-221; LANG 2001: 13-14)

<i>Dimension/Sphäre</i>	<i>Beispiel</i>
• wirtschaftliche Dimension	Privatisierung
• politische Dimension	Demokratisierung, rechtsstaatliche Institutionen
• soziale Dimension	
◦ soziokulturell	Differenzierung der Lebensstile, Umwertung von Normen, soziale Desorganisation
◦ psychosozial	Verunsicherung, demographische Einbrüche

Das *Dilemma der Gleichzeitigkeit* besteht darin, dass wirtschaftliche und politische (sowie zum Teil staatliche, d.h. staatsbildende) Transformationen gleichzeitig verlaufen (vgl. u.a. MERKEL 1999: 377). Dieses Dilemma, v.a. die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Politik, wurde vielfach unterschätzt: Die ökonomische Transformation ist stark an die jeweilige Regierung und ihr Programm gebunden. Deren (Wieder-)Wahl hängt erheblich von ihren wirtschaftlichen Erfolgen ab. Da notwendige Reformen jedoch oftmals mit Einschnitten, auch mit nicht intendierten Wirkungen, verbunden sind, werden sie u.U. behindert. Beispiele extremer politischer Wechsel und verschleppter Reformen finden sich in allen postsozialistischen Transformationsländern. Erschwerend kam in einigen Fällen die staatliche Transformation hinzu, bei der der politische Wechsel mit einer Lösung und Neubildung eines Staates verbunden war (z.B. baltische Republiken, ehem. Jugoslawien). Gleichzeitig laufen

⁷ Auch Versuche, die Transformation auf Teilbereiche zu beschränken, bleiben nicht ohne Auswirkung auf andere Gesellschaftsbereiche, wobei dieser *dritte Weg* (bspw. Wirtschaftsreformen in China) ein interessantes Untersuchungsfeld bildet.

umfassende gesellschaftliche und tiefgreifende soziokulturelle Prozesse ab und wirken auf den Transformationsprozess zurück. Statt einer *tabula rasa* besteht das „soziale Gewebe von informellen Beziehungen, Regeln, Routinen“ weiter, werden überkommene Muster angepasst und leiten eine neue Entwicklungsdynamik ein (vgl. TATUR 1998: 341). Die Gleichzeitigkeit der Transformationsprozesse der verschiedenen Sphären schafft regionale Spezifika, woraus Probleme wie Chancen resultieren (vgl. Kap. 2.3.3).

2.2.3 Transformation als Modernisierungsstrategie?

Im transformationstheoretischen Diskurs wurden verschiedene Richtungen verfolgt. Ein Überblick über die Theorieansätze in der (sozialwissenschaftlichen) Transformationsforschung, die bereits Mitte der 1990er Jahre ihre Hochzeit erlebte, findet sich bei KOLLMORGEN (1994) und REIBIG (1994/1997), die auch eine Systematisierung der verschiedenen Ansätze liefern. Ohne Zweifel gehört die Modernisierungstheorie zu den bedeutendsten Erklärungsversuchen der postsozialistischen Transformation und zeitweilig auch zu den dominanten.

Die Modernisierungstheorie geht auf die (soziologische) Systemtheorie von TALCOTT PARSONS Ende der 1960er Jahre zurück. „Nur wenn Gesellschaften bestimmte ‚evolutionäre Universalien‘⁸ ausbilden, nämlich Bürokratie⁹, Marktwirtschaft, universalistische Normen im Rechtssystem, demokratisches Assoziationsrecht und allgemeine freie Wahlen, können sie langfristig ihren Bestand sichern.“ (PÜTZ 1998a: 56, nach PARSONS 1969) Die *Universalien* sind zum einen wichtig, um zunehmend komplexe Gesellschaften mittels einer funktionalen Differenzierung zu organisieren. Zum anderen bilden sie die notwendige Basis der „Legitimationszufuhr aus der Gesellschaft“. Erst aus dieser Wechselwirkung ergibt sich die Stabilität eines politischen Systems. Bereits PARSONS’ – und nachfolgend LUHMANN’S Systemtheorie sahen das zwangsläufige Scheitern der realsozialistischen Gesellschaftsformation voraus: Indem das Politische die funktionale Differenzierung beeinträchtigt und sich die anderen Teilbereiche unterordnet drohen Effizienzminderung und Legitimationsverlust, ergo Systeminstabilität (vgl. MERKEL 1999: 79-81; PÜTZ 1998a: 56).

Die Weiterentwicklung der Universalien ist demzufolge zwingend notwendig, um moderne Gesellschaften effizient zu organisieren. Ein solches Defizit kann auch als Begründung für aktuelle Probleme der westlichen Gesellschaften angesehen werden (vgl. u.a. KOLLMORGEN 1994: 388-389).

Die Modernisierungstheorie besagt, dass mit wirtschaftlichem Wohlstand die Chancen auf Durchsetzung demokratischer Strukturen steigen. Allerdings kann nicht bestimmt werden, wo die Grenze einsetzender Systeminstabilität liegt. So hatte das BIP/capita zu Beginn der sog. dritten Demokratisie-

⁸ Universalien: „Erfindung“, die mit hoher Wahrscheinlichkeit unter verschiedenen Bedingungen entwickelt wird, da sie für die weitere Entwicklung notwendig ist (vgl. STOJANOV 2001: 6).

Die Anforderung der Universalisierbarkeit von Regeln findet sich bereits 1797 bei KANT, worauf u.a. HAYEK Bezug nimmt (vgl. VOIGT 2002: 261; vgl. Kap. 2.3.2).

⁹ SCHRADER (2001: 7) nennt es eine „rationale Bürokratie i.S.v. Weber“, die berechenbar ist und nach Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, formalen Gleichheit, Subsidiarität und Effizienz funktioniert. Demgegenüber steht eine in Teilen Osteuropas käufliche Bürokratie „mit geringen ethnischen, moralischen und realen Grenzen“, die ihre „moralische Einbettung“ verloren habe.

rungswelle¹⁰ eine Spannbreite von 340 US\$ in Albanien bis 6.500 US\$ in Slowenien.¹¹ Sie bietet keine Erklärung dafür, wann undemokratische Systeme zusammenbrechen, wann eine Demokratisierung einsetzt und weshalb relativ hochentwickelte, demokratische Gesellschaften kollabieren. Außerdem werden kulturelle und religiöse Rahmenbedingungen nicht berücksichtigt (vgl. MERKEL 1999: 88).

Aufgrund der Kritik an der Modernisierungstheorie (vgl. zusammenfassend KOLLMORGEN 1994: 388-389) wurde das Konzept zur sog. *nachholenden Modernisierung* weiterentwickelt.¹² Demnach werden in Osteuropa Prozesse der gesellschaftlichen Transformation des Westens nachgeholt, deren Ergebnis im Gegensatz zur *evolutionären Modernisierung* bekannt ist (vgl. ZAPF/HABICH 1994: 329). Damit wird jedoch explizit ausgeschlossen, dass aus der Transformation neue, moderne Entwicklungsmuster entstehen und diese als evolutionäre Modernisierung wirksam wird.¹³

Ein grundsätzlicher Kritikpunkt bezieht sich auf die Begrifflichkeit der Modernisierung, demnach das westliche System allgemein als modern gilt, der Realsozialismus vereinfacht als unmodern dargestellt wird. Die realsozialistischen Gesellschaften waren jedoch in Teilen durchaus modern, wofür Indikatoren wie Pro-Kopf-Einkommen, Urbanisierung, Alphabetisierung oder auch Säkularisierung sprechen.¹⁴ Die positiven Entwicklungen bis in die 1970er Jahre wurden durch das politische System nach und nach gebremst. „The real problem was the crisis of socialism and the failure of reforms attempted during the preceding 30 years.“ (HAMILTON 1999: 136) Unbestritten fehlten der realsozialistischen Gesellschaft bestimmte Merkmale moderner Strukturen wie durchlässige Schichten, Pluralisierung der Lebensstile und Individualisierung (vgl. ZAPF/HABICH 1994: 329). Dennoch ersetzt das westliche System nach einer Transformationsphase nicht einfach das alte System im Sinne einer Modernisierung der Strukturen. Vielmehr wirken historische Prozesse nach, gibt es eine „Kontinuität im Wandel“¹⁵ (vgl. Kap. 2.3.3).

OFFE (1998: 103) weist darauf hin, dass die Basisinstitutionen der westlichen Moderne auch deshalb übernommen wurden – statt eine eigene Alternative oder einen dritten Weg zu entwickeln – da der Westen gerade dies zur Voraussetzung für die benötigte Unterstützung machte. Er spricht daher von einer *nachahmenden* Modernisierung. Dabei wird davon ausgegangen, dass ein universales Entwicklungsmuster (= westeuropäisch/nordamerikanisch) existiert, dass regionale und temporäre Spezifik

¹⁰ Die erste Welle umfasst die Entstehung der ersten Demokratien überhaupt; die zweite Welle bilden die Nachkriegsdemokratien Deutschland, Österreich, Italien, Japan; die dritte Welle beginnt in Südeuropa und führt über Asien und Lateinamerika bis nach Osteuropa (vgl. MERKEL 1999).

¹¹ Möglich erscheint, dass nicht alle Regime per se instabil wurden, sondern erst die Entwicklung im Ostblock diese Instabilität verursachte und damit den Transformationsprozess in Gang setzte.

¹² Den Begriff der „nachholenden Revolution“, der in die Modernisierungsdebatte einging, prägte HABERMAS 1990.

¹³ Das Modell geht außerdem von einem geradlinigen Entwicklungspfad in die Moderne aus, obwohl die Entwicklung insbesondere in Osteuropa gezeigt hat, dass das Ziel der Transformation keineswegs klar ist (Beispiel Russland).

¹⁴ An dieser Stelle wird deutlich, wie problematisch es ist, von den realsozialistischen Gesellschaften als Einheit zu sprechen, da es extreme strukturelle Unterschiede gab und in der Nachfolge weiterhin gibt.

¹⁵ „Der Begriff der ‚Kontinuität im Wandel‘ findet sich heutzutage in verschiedenen Schriften zur Transformation, die die Pfadabhängigkeit des Wandels hervorheben (vgl. Dittrich 2001). Er wurde in den sechziger und siebziger Jahren bzgl. der Entwicklung nichtwestlicher Gesellschaften verwendet (vgl. Dalton 1971, Eisenstadt 1972, Geertz 1963).“ (SCHRADER 2001: 6, Fußnote 8)

überdeckt. Für die Transformationsländer bedeutet dies, dass der aktuelle Status an eben dieser Norm, ihr Fortschritt (i.S. von Erfolg) also an der Angleichung gemessen wird. Insofern stecken die postsozialistischen Transformationsgesellschaften tatsächlich in einem Dilemma, da sie sich den westlichen Gesellschaften anpassen, die bereits reformbedürftig und selbst auf der Suche nach Wegen der Modernisierung sind.

Demgegenüber steht das Verständnis der *doppelten* Modernisierung: Aufgrund der Erfahrungen und Strukturen bietet sich dem Osten die Chance zur einfachen und gleichzeitig reflexiven Modernisierung, ergeben sich „Chancen eines effektiveren und demokratischeren Modernisierungsschubes“ (vgl. KOLLMORGEN 2001: 31, nach KLEIN 1991).

Es kann nämlich nicht a priori ausgeschlossen werden, dass im Zuge der Transformation statt nur nachzuholen, bessere, moderne Modelle entstehen und der Westen quasi überholt wird (vgl. OTT 2000: 23). In Deutschland sind mögliche Beispiele dafür die Stadtentwicklung (Gentrifizierung, Einkaufszentren vs. Innenstadt), Deindustrialisierung oder die Probleme der Überalterung der Gesellschaft, für die nun im Osten (aufgrund der massiven Abwanderung) bereits Lösungen erarbeitet werden müssen und die im Westen erst in einigen Jahren akut werden.

Die Kritik an der Modernisierungstheorie hat eine gewisse Weiterentwicklung bewirkt, die allerdings nicht zur Akzeptanz als umfassende Transformationstheorie führte. Sie kann insgesamt kein schlüssiges Konzept für die Transformation der postsozialistischen Gesellschaften entwerfen. Für Ostdeutschland als Sonderfall wird von Angleichung gesprochen, für die ostmitteleuropäischen Staaten von nachholender Modernisierung, für die asiatischen Transformationsländer fehlt ein Modell.

Alle Formen der Modernisierungstheorie (nachholend, doppelt, reflexiv etc.) sind zu hinterfragen, inwieweit sie die Spezifik der einzelnen Transformationsländer und -gesellschaften berücksichtigen können. Weder kann von einem einzigen Weg noch von einem pauschalen Ziel der Transformation gesprochen werden.

2.3 Modelle und Theorien der Humangeographie

Die Humangeographie besitzt als Gesellschaftswissenschaft einen engen Bezug zu benachbarten Disziplinen. Insbesondere gibt es Wechselwirkungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, deren Theorieansätze sich in der Geographie niederschlagen. Insbesondere wird in der Geographie die Raumwirksamkeit der gesellschaftlichen Prozesse untersucht.

2.3.1 Regionale Wachstums- und Entwicklungstheorien

Polarisationstheoretische Ansätze sind als Antwort auf neoklassische Theorien entstanden, die von prinzipiellen Ausgleichsströmen im Raum, in und zwischen den Regionen ausgehen. Demgegenüber steht die Beobachtung, dass sich Regionen unterschiedlich entwickeln, wobei sich (inner-) regionale Disparitäten persistent zeigen und sich durchaus verstärken können. Besonders deutlich wird diese ungleiche Entwicklung bei der Betrachtung von Zentren und peripheren (Grenz-)Räumen. Polarisati-

onstheorien versuchen, evolutionsbasierte Erklärungen für die bestehenden Unterschiede zwischen einzelnen Räumen zu finden.¹⁶

Ausgehend von der *sektoralen* Polarisierung nach SCHUMPETER und PERROUX, wurde nachfolgend von BOUDEVILLE und LASUÉN in den 1960er Jahren das Konzept der *regionalen* Polarisierung entwickelt, das räumliche Aspekte einbezieht. Dies führt zur Entwicklung des Begriffes von *Wachstumspolen*, in denen Innovationen schneller greifen und sich von dort in das Umland ausbreiten. POTTIER entwickelte daraus das axiale Modell, demnach sich die Entwicklung entlang von Achsen (v.a. Verkehrsachsen) konzentriert (vgl. SCHÄTZL 1998: 151-154, 175-181).

Ebenfalls im Widerspruch zu den Gleichgewichtskonzepten der Neoklassik steht der Ansatz *zirkulärer Verursachung kumulativer Prozesse* von MYRDAL (1957). Er argumentiert im Sinne positiver Rückkopplungen¹⁷. Kumulative Effekte verstärken demnach den einmal eingeschlagenen Entwicklungspfad. Das Zentrum kann dabei unterschiedlich auf das Umland wirken: Die *spread effects* bezeichnen die Ausstrahlung positiver Effekte von einem Zentrum ausgehend in die Region; *backwash effects* sind als Entzug von Ressourcen aus der Region durch ein Zentrum zu verstehen. Entsprechend der MYRDALSchen Prämisse, dass die backwash effects größer sind als die spread effects, folgt daraus eine Tendenz ungleicher regionaler Entwicklung und zwangsläufig die Herausbildung räumlicher Disparitäten, wobei staatliche Einflussmöglichkeiten beschränkt sind. HIRSCHMAN (1958) geht von ähnlichen Grundannahmen wie MYRDAL aus. Seine *trickling-down-* und *polarization-effects* entsprechen den Ausbreitungs- und Entzugseffekten MYRDALS. Allerdings kommt HIRSCHMAN zu einem anderen Schluss: Nach einer Phase, in der sich die Entwicklungsunterschiede vergrößern, kommt es aufgrund ökonomischer und politischer Gegensteuerungsprozesse zu Abbau der Unterschiede und langfristig zu einer Angleichung beider Regionen (vgl. SCHÄTZL 1998: 154-158).

Vor allem in der Entwicklungsländerforschung wurde FRIEDMANS Zentrum-Peripherie-Modell (1973) aufgegriffen, in dem er verschiedene ökonomische Ansätze und zusätzlich soziologische, politische und psychologische Aspekte integriert. Explizit werden menschliche Aktivitäten als raumformend berücksichtigt. FRIEDMAN geht v.a. auf die Abhängigkeit der Peripherie vom Zentrum ein. Diese basiert in erster Linie auf der Konzentration von politischer Macht im Zentrum; von dort aus wird über die Peripherie mitbestimmt (vgl. SCHÄTZL 1998: 184-187).

Die Polaritätskonzepte versuchen, die Entwicklung und Persistenz räumlicher Disparitäten zu erklären. Als Ergebnis sehen sie eine Verfestigung der bestehenden Raumstruktur mit den vorhandenen Divergenzen. Einflussmöglichkeiten bestehen durch den Staat, welche zu einem Abbau der Disparitäten führen können. Polaritätskonzepte sind somit wissenschaftliches Fundament der Strukturpolitik.

¹⁶ Vgl. umfassend dazu u.a. SCHÄTZL 1998: 151-187; BATHELT/GLÜCKLER 2002: 69-74.

¹⁷ Positiv ist hier nicht normativ zu verstehen, sondern im Sinne von selbstverstärkend; negative Rückkopplungen wirken demnach entgegengesetzt.

2.3.2 Institutionen

In den vergangenen Jahren haben sich institutionentheoretische Ansätze als Erklärungsmuster ökonomischer und gesellschaftlicher Prozesse zunehmend verbreitet. Die sog. *Neue Institutionenökonomik*¹⁸ wurde als Reaktion auf die neoklassischen und keynesianischen Wirtschaftstheorien entwickelt¹⁹, die Institutionen als gesellschaftliche Rahmenbedingungen außer Acht lassen. In der Geographie (v.a. der Wirtschaftsgeographie) wurden die Institutionen in die Betrachtung der Raumausstattung einbezogen, da harte Faktoren allein nicht mehr ausreichten, Entwicklungsunterschiede zu erklären. Wenn es auch nicht gelingen kann, das menschliche Handeln mit Hilfe von Institutionen vollständig zu erklären, so ist dennoch eine komplexere Betrachtung von Entscheidungen und Interaktionen möglich als beispielsweise mit dem alleinigen Bezug auf die Idee des *homo oeconomicus*. Der ausschließliche Bezug auf Rationalität ist keine hinreichende Erklärung menschlichen Interagierens. Über die Institutionen kann außerdem das individuelle Handeln berücksichtigt werden, das Einfluss auf das Gesamtsystem hat (vgl. EISSRICH 2001: 53).

Dies ist allerdings keine neue Erkenntnis, sondern wiederentdeckt: Bereits in der klassischen ökonomischen Theorie des 18. Jahrhunderts gab es verschiedene Ansätze, die sich mit der Wirkung von Institutionen auseinandersetzen, als *Alte Institutionenökonomik* jedoch zweitrangig blieben (vgl. zur Entwicklung der Neuen Institutionenökonomik ausführlich ERLEI et al. 1999: 27-51).

Die Neue Institutionenökonomik stellt heute keine geschlossene Einheit dar, sondern besteht aus verschiedenen Ansätzen, die miteinander verbunden sind. Dazu zählen u.a. die Property-Rights-Theorie, der Prinzipal-Agent-Ansatz, die Transaktionskostenökonomik, die Theorie des institutionellen Wandels²⁰ (vgl. u.a. EISSRICH 2001: 50).

ZUM BEGRIFF DER INSTITUTIONEN

In der Begriffsdiskussion dominiert das Verständnis von NORTH (1990: 3):

„Institutions are the rules of the game in a society or, more formally, are the humanly devised constraints that shape human interaction.“

Als Regeln gelten „gemeinhin bekannte Vorschriften, die von einer Gruppe von Teilnehmern genutzt werden, um wiederholt auftretende Interaktionen zu ordnen.“ (VOIGT 2002: 34) Diese strukturierende Funktion der Institutionen schafft stabile Erwartungen, eine gewisse Kontinuität im Verhalten und somit Sicherheit für das zwischenmenschliche Agieren. Hier gibt es eine Übereinstimmung zum sozialwissenschaftlichen Begriff des *Vertrauens*, das nach LUHMANN der Reduzierung der Unsicherheiten der Lebenswelt dient (vgl. SCHRADER 2001: 9).

Institutionen treten in allen gesellschaftlichen Bereichen, von der Politik über die Wirtschaft bis in die Familie, auf. Es werden verschiedene Gruppen von Institutionen unterschieden, wobei die Klassifika-

¹⁸ Gleichzeitig ist die Bezeichnung *Neue Institutionenökonomie* verbreitet. Da Ökonomik stärker den wissenschaftstheoretischen Aspekt betont, soll im Folgenden *Neue Institutionenökonomik* verwendet werden.

¹⁹ Einflüsse gab es durch institutionentheoretische Ansätze aus den Sozial- und Politikwissenschaften (vgl. SCHULZE 1997; HALL/TAYLOR 1996).

²⁰ Dieser theoretische Ansatz stammt von DOUGLAS NORTH, der dafür 1993 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt (vgl. u.a. VOIGT 2002: 18).

tion von internen und externen Institutionen sowie formellen und informellen Institutionen dominiert.²¹

Interne Institutionen sind innerer Bestandteil einer Gesellschaft (Werte und Normen), die von den Mitgliedern mittels sozialer Sanktionen (bspw. Ausschluss) durchgesetzt werden. Externe Institutionen werden von außen, d.h. bestimmten Organisationen²², i.d.R. der staatlichen Exekutive, durchgesetzt.

Ähnliches beinhaltet die Unterscheidung von formellen und informellen Institutionen: Formelle Institutionen sind bestimmte Regeln für menschliches Interagieren (politische Hierarchien, Gesetze und Verträge). Informelle Institutionen decken den darüber hinaus bestehenden Spielraum ab, um weitere Handlungssicherheit zu schaffen. Dies können Konventionen, Verhaltensnormen und individuelle Beschränkungen (wie bspw. Ehrlichkeit) sein, die über soziale Sanktionen durchgesetzt werden. Bedeutsam ist, dass informelle Institutionen durchaus gruppenspezifisch sein können, wodurch sie nicht frei zugänglich sind und gleichzeitig der Abgrenzung nach außen dienen (vgl. EISSRICH 2001: 74-79). Zwischen formellen und informellen Institutionen bestehen Wechselwirkungen, indem sie spezifische Rahmenbedingungen für die Entstehung bzw. den Wandel von Institutionen bilden.

TRANSAKTIONSKOSTEN

Im Gegensatz zur Neoklassik mit der Grundannahme vollständiger Information (dem Individuum sind alle Handlungsalternativen und deren jeweilige Wirkung bekannt) geht die Neue Institutionenökonomik von der wirklichkeitsnäheren Situation eines beschränkten Informationszuganges (und damit beschränkter Rationalität des handelnden Individuums) aus. Gleichzeitig sind die Informationen nicht frei verfügbar, sondern deren Erlangung ist mit einem bestimmten Aufwand, den sog. *Transaktionskosten*, verbunden. Diese Idee wurde von RONALD COASE 1937 in die Ökonomik eingeführt (der Begriff Transaktionskosten erst 1969 von ARROW; vgl. ERLEI et al. 1999: 42). Inzwischen geht man davon aus, dass nicht nur in der Wirtschaft Transaktionskosten existieren, sondern ebenso in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Diese Kosten erschweren Transaktionen bzw. verringern ihre Effizienz, so dass die Anzahl der Transaktionen mit Höhe der Transaktionskosten abnimmt (vgl. VOIGT 2002: 30-31). Der wirtschaftliche Erfolg von Regionen ist u.a. davon abhängig, inwieweit es gelingt, die Transaktionskosten durch eine gezielte institutionelle Anpassung zu senken (vgl. ERLEI et al. 1999: 523).

Die Transaktionskosten können herangezogen werden, um den Wandel von Institutionen zu erklären: Versprechen die Transaktionen trotz hoher Transaktionskosten einen Gewinn, werden sich neue Institutionen herausbilden, um die Kosten zu senken. Der Institutionenwandel erfolgt in der Regel kontinuierlich und wird von einzelnen Individuen oder Gruppen angestoßen, die von einer Änderung profitieren würden (vgl. ERLEI et al. 1999: 527-528; EISSRICH 2001: 87). Diskrepanzen zwischen

²¹ Weitere Möglichkeiten der Klassifizierung sind: ex-post- (Regeln für zukünftiges Handeln) und ex-ante-Regeln (Regeln zur Konfliktlösung), tätigkeitsbezogene Untergliederungen (kollektiv bindend, umsetzend, schlichtend, überwachend) sowie positive/negative Beschränkungen (Gebote/Verbote) (vgl. EISSRICH 2001: 74-79).

²² Im Zusammenhang mit Institutionen werden Organisationen als personelle und sachliche Dimension von Institutionen verstanden (vgl. ERLEI et al. 1999: 25).

formellen und informellen Institutionen erhöhen die Transaktionskosten (vgl. Abb. 2-4). Dies tritt bspw. im Transformationsverlauf auf, wenn formelle Institutionen reformiert werden, die Anpassung der informellen Institutionen sich jedoch verzögert.

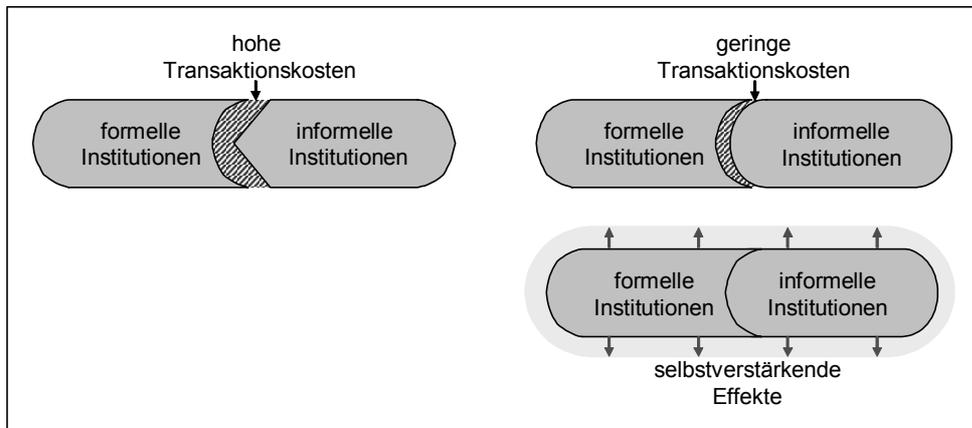


Abb. 2-4: Transaktionskosten (Quelle: Eigene Darstellung nach ERLEI et al. 1999)

Harmonisieren die Institutionen, kommt es zu selbstverstärkenden Effekten, die wiederum eine gewisse *Pfadabhängigkeit* verursachen. Je länger Institutionen nämlich existieren, desto schwieriger ist eine Änderung (vgl. ERLEI et al. 1999: 526-528).

2.3.3 Pfadabhängigkeit

Das Konzept der Pfadabhängigkeit versucht, die Wirkung historischer Bedingungen auf aktuelle Geschehnisse zu berücksichtigen. Implizit bedeutet Pfadabhängigkeit, dass ein einmal gewählter Weg nur bestimmte Optionen des weiteren Vorgehens erlaubt.

Die einfachste Definition der Pfadabhängigkeit formuliert NORTH (1990: 100): „Path dependence means that history matters.“ Mit diesem Verständnis hat sich der Begriff mittlerweile inflationär verbreitet, greift jedoch sehr kurz. Nach ACKERMANN (2001: 11-21) sind pfadabhängige Prozesse dadurch gekennzeichnet, dass zum einen mehrere Ergebnisse möglich sind, wobei nicht vorhersagbar ist, welches Ergebnis eintreten wird. Entschieden wird dies an den sog. *Bifurkationspunkten*, an denen ein bestimmtes Ereignis den weiteren Verlauf des Entwicklungspfades bestimmt (bildlich verstanden als Weggabelung). Zum anderen ist das Ergebnis abhängig vom zeitlichen Verlauf. Im Gegensatz dazu kann bei erratischen Prozessen zu jeder Zeit alles passieren. Die vorherigen Bedingungen fließen in die weitere Entwicklung stets ein (Nonergodizität). Nicht gewährleistet ist, dass unter diesen Bedingungen das optimale Ergebnis eintritt; suboptimale Lösungen sind möglich.

Das Konzept der Pfadabhängigkeit steht in enger Nähe zu institutionentheoretischen Ansätzen, da es zur Erklärung von Entstehung und Wandel der (insbesondere informellen) Institutionen herangezogen werden kann. Institutionen sind historisch bedingt, teilweise nicht intendiert entstanden und stellen nicht zwangsläufig die optimale Lösung dar. Sie sind per definitionem stabil und somit zu einem gewissen Grade inflexibel, da sie anderenfalls ihre Sicherheit schaffende Funktion nicht erfüllen könnten. Daher lassen sie sich nicht beliebig verändern. Vor allem die informellen Institutionen sind stark pfadabhängig und besitzen eine hohe Stabilität, was zu einem Teil auf die langsame Bildung kollektiver Handlungsweisen zurück zu führen ist. Formelle wie informelle Institutionen sind somit

Resultat pfadabhängiger Prozesse, die wiederum auf die fortschreitende institutionelle Entwicklung Einfluss nehmen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den Bifurkationsereignissen zu, die den einzuschlagenden Pfad bestimmen und damit weit in die Zukunft reichende Folgen tragen.

2.3.4 Sozialkapital, Zivilgesellschaft, Embeddedness

Das Set informeller Institutionen, das innerhalb einer Gruppe das Interagieren und Kooperieren erleichtert, wird als *social capital* bezeichnet.²³ Dieser etwas diffuse Begriff wurde u.a. durch BOURDIEU (1983) geprägt und durch COLEMAN und PUNTAM weiterentwickelt und verbreitet (vgl. KRÄTKE 2001a: 159). So wie das Humankapital als Potenzial zur produktiven Nutzung des Sachkapitals verstanden wird, entspricht das Sozialkapital dem Potenzial, das Institutionensystem in Wert zu setzen (vgl. SAUERLAND 2001: 488).

Aus dem Sozialkapital als Summe bestimmter Institutionen resultieren Vertrauen und Netzwerke. Es verringert die Handlungsunsicherheiten, indem es Regeln für den Spielraum setzt, den die formellen Institutionen lassen, wodurch die Transaktionskosten sinken (vgl. FUKUYAMA 2000). Als Kollektivgut²⁴ stabilisiert es die Gruppe (vgl. SAUERLAND 2001: 488) und grenzt sie in gewissem Maße nach außen ab. Aus der unterschiedlichen Stärke dieser Bindungen resultieren positive wie negative Effekte. SCHAMP (2000: 142) beschreibt „the weakness of strong ties versus chances of weak ties“. Lockere Bindungen sind zwar nach innen schwach, ermöglichen aber einen Austausch zwischen den Mitgliedern verschiedener Gruppen, das System bleibt offen. Demgegenüber können die strong ties auch einen zu starken Druck nach innen ausüben. Sind die Bande zu eng und bleiben die Gruppenmitglieder zu stark innerhalb ihrer Organisation verhaftet, kommt es zum Stillstand der Entwicklung (vgl. FUKUYAMA 2000). Andererseits sind starke Bindungen Schutz vor zu schneller Anpassung, die bei Gruppen den Verlust der Eigenständigkeit und Spezifik bewirken kann.

Der Verflechtungsgrad der Akteure in einer Region entscheidet nicht zwangsläufig über deren wirtschaftlichen Erfolg. Diesbezüglich liegen widersprüchliche Untersuchungsergebnisse vor: PUTNAM geht davon aus, je mehr Gruppen in einer Region existieren, desto stärker sind (aufgrund des Wettbewerbes) die positiven Effekte. OLSON setzt dem entgegen, dass viele verschiedene Gruppen starke *rent-seeking-Effekte*²⁵ verursachen, die dem Allgemeinwohl eher schaden. Entscheidend für die positive oder negative Wirkung der Einflussnahme verschiedener Interessengruppen ist somit, welche Möglichkeiten sich ihnen bieten und wie empfänglich das System diesbezüglich ist (vgl. SAUERLAND 2001: 488-489).

²³ Vor allem bei der Untersuchung von Unternehmenskooperationen wird das Sozialkapital untersucht, das bspw. als Erklärung für die positiven Effekte ethnisch homogener Netzwerke herangezogen wird (vgl. u.a. TAYLOR/LEONARD 2002).

Ein illustratives Beispiel für Sozialkapital stellen BATHELT/GLÜCKLER (2002: 58) vor: So kann eine Sportmannschaft die besseren Einzelspieler haben, aber dennoch der eigentlich schwächeren Mannschaft mit dem höheren Sozialkapital (besseres Zusammenspiel, Koordination etc.) unterliegen.

²⁴ Kennzeichen von Kollektivgütern sind, dass sie keinen individuellen Eigentümer besitzen und kein Markt für sie existiert (vgl. KRÄTKE 2001a: 160).

²⁵ Unter rent seeking wird die Einflussnahme von Interessengruppen an der „Nahtstelle von Gesellschaft und Staat“ verstanden: Die Regierung kann sich die Unterstützung bestimmter Gruppe über die Zubilligung von Privilegien verschaffen, die dann nicht ohne weiteres zurück zu nehmen sind. Rent-seeking-Effekte werden als eine wichtige Ursache für Reformstaus angesehen (vgl. ACKERMANN 2001: 48-51).

Politisch ist das vorhandene Sozialkapital wichtig für die Herausbildung einer *Zivilgesellschaft*, die Basis der Demokratie ist. FRANTZ (2000: 39-40) versteht darunter eine „autonom handlungsfähige Gesellschaft der aktiv am politischen Prozeß partizipierenden Bürger. [...] Besonderes Merkmal ist ein kollektives Bewußtsein der gemeinsamen Teilhabe an der Gesellschaft (Bürgersinn) als regulatives Element und Einhegung des natürlichen Egoismus.“ Das Konzept der Zivilgesellschaft kann in diesem Sinne auch als Sozialkapital einer Gesellschaft verstanden werden. Sie umfasst die intermediäre Sphäre zwischen dem Privaten und dem Politischen, in der vor allem kollektive Akteure ihre Interessen organisieren und artikulieren. Darunter fallen alle Zusammenschlüsse, die nicht rein ökonomische oder private Interessen vertreten (vgl. CROISSANT et al. 2000: 16).

Die Entwicklung der Zivilgesellschaft unterliegt einem Lebenszyklus mit einer Aufschwung-, Boom- und Abschwungphase. Für die eintretende Rezession gibt es folgende Ursachen: Zum einen führt die fortschreitende Institutionalisierung in feste Strukturen zu einer Einengung der Handlungsspielräume. Damit verbunden ist oftmals eine Enttäuschung der persönlichen Motive, woraus ein Rückzug ins Private folgt. Zum anderen entfällt mit der Demokratisierung die ursprüngliche Motivation für das zivilgesellschaftliche Engagement (vgl. CROISSANT et al. 2000: 53).

Fehlen in einer Gesellschaft informelle Institutionen, übernimmt der Staat (als totalitäres Regime) die koordinierenden Funktionen. Die horizontalen Verflechtungen werden durch vertikale ersetzt. Ergebnis ist eine paternalistische Gesellschaft, die den Bürger abhängig macht und seiner Eigenverantwortung beraubt, wodurch Chancen der endogenen Erneuerung verloren gehen (vgl. auch FUKUYAMA 2000).

So wichtig die Existenz des Sozialkapitals ist, es kann top down kaum implementiert oder gefördert werden. Nur totalitäre Regime beeinflussen das gesellschaftliche System durch die Einführung/Überformung informeller Institutionen. Entscheidend sind pfadabhängige Prozesse, die zur Entstehung und Ausprägung des Sozialkapitals beitragen, wozu nicht zuletzt religiöse und kulturelle Einflüsse zählen. Die wichtigsten Einflussmöglichkeiten bestehen daher über entsprechende gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die eine günstige Atmosphäre für individuelle Initiativen schaffen. Außerdem konstituiert Bildung nicht nur das klassische Humankapital als technisches Wissen, sondern legt auch den Grundstein für die Kultur als Sozialkapital einer Gesellschaft.

EMBEDDEDNESS

In einem engen Zusammenhang mit Institutionen und Sozialkapital steht das Konzept der *embeddedness*, das auf POLANYI (1944) und GRANOVETTER (1985) zurückgeht. Demnach ist der Erfolg lokaler Ökonomien u.a. von der lokalen Einbettung abhängig, wo Vertrauen, Gegenseitigkeit, Loyalität und Zusammenarbeit etc. wurzeln (vgl. GRANOVETTER 1985; TAYLOR/LEONARD 2002a: 1).

Unterschieden werden können *cognitive*, *cultural*, *political* und *structural embeddedness*. Die kognitive Einbettung bezieht sich auf das lokale Wissen und die begrenzte Rationalität der Akteure. Die kulturelle Einbettung betrachtet das kollektive Handeln der lokalen Akteure und Gruppen unter Berücksichtigung von gemeinsamen Werten wie Vertrauen, aber auch ethnischen und religiösen Werten und entspricht dem Sozialkapital. Die politische Einbettung bezieht sich auf die vorhandenen formellen Institutionen, was auch die politischen Entscheidungsstrukturen vor Ort umfasst. Strukturelle Einbettung fasst die Einbindung in Netzwerke und ihre Wirkungsweise zusammen (vgl. TAYLOR/LEONARD 2002a: 2; BOSCHMA et al. 1999: 26). Eine allgemeinere Differenzierung bezieht sich auf die

Einbettung der Akteure und deren Handeln in die gesellschaftlichen Sphären. Die politische, wirtschaftliche und soziale Einbettung wird auf allen räumlichen Ebenen realisiert und reicht von den lokalen bis zu globalen Rahmenbedingungen.

Die Vorteile, die sich aus der Einbettung ergeben sind: niedrigere Transaktionskosten (vgl. Kap. 2.3.2), die Entstehung neuer kooperativer Organisationen, eine größere Flexibilität sowie das Lernen von Organisationen. Wie bereits in Zusammenhang mit dem Sozialkapital aufgezeigt, kann eine zu starke Einbettung allerdings zu einem *lock-in* führen, womit das Verhaften in alten Mustern und Strukturen gemeint ist (z.B. aufgrund von Loyalität oder langfristigen Absprachen). Aus neoklassischer Sicht ist diese lokale Einbettung daher ineffizient und kontraproduktiv; je stärker sie ist, desto geringer ist die Leistung. Das stellt jedoch eine einseitige Betrachtungsweise dar. Wichtige soziale Faktoren und positive Effekte, die aus Organisationen resultieren, werden vernachlässigt (vgl. BOSCHMA et al. 1999: 28-30).

Um eine zu starke Einbettung zu vermeiden, spielen die Außenkontakte einer Gruppe bzw. der einzelnen Mitglieder eine wichtige Rolle. Für den Austausch zwischen den Mitgliedern verschiedener Gruppen ist der Streuungsradius der positiven Effekte entscheidend, der durch räumliche Nähe befördert wird. Darauf basieren verschiedene theoretische Ansätze der Wirtschaftsgeographie wie Netzwerke und innovative Milieus (vgl. u.a. KRÄTKE 2001a).

2.3.5 Netzwerkansätze: Innovatives Milieu und Lernende Regionen

Netzwerke sind als soziale Organisationen zu verstehen, die als solche eine Dynamik in Form eines Lebenszyklus mit verschiedenen Entwicklungsphasen besitzen. Ausgangspunkt für die Entstehung sind erwartete Ziele oder Nutzen aus Sicht der Mitglieder des Netzwerkes. Sie können Ziele spezifizieren und dadurch die inneren Strukturen eines Netzwerkes entsprechend ändern (vgl. BUTZIN 2000: 149-150). Diese Zielformulierung muss nicht explizit geschehen, vielmehr entstehen Netzwerke allmählich. Dabei sind unterschiedliche Erwartungen der Teilnehmer durchaus möglich und führen zu einer entsprechenden Ausprägung des Netzwerkes (Entscheidung über weitere Teilnahme/neue Mitglieder, Zielausrichtung etc.).²⁶

Für das networking sind gemeinsame formelle und informelle Institutionen (Vertrauen etc.) Voraussetzung. Daher können Bedingungen der Einbettung und das Vorhandensein von Sozialkapital als Voraussetzung für die Entstehung bzw. als Ursprung von Netzwerken (Entwicklungsphase) angesehen werden.

Mit zunehmender Bedeutung weicher Standortfaktoren erlangten auch die Netzwerkansätze einen Bedeutungszuwachs, wobei insbesondere der Faktor Wissen die klassischen Produktionsfaktoren relativiert (vgl. GENOSKO 1996: 138). Die Schaffung und Verbreitung *kodifizierten* (expliziten) Wissens durch Interaktion ist weitgehend räumlich entankert; es ist praktisch ubiquitär und beliebig

²⁶ Auch hier gilt die *voice and exit-Option* wie in der Politik: per Abstimmung kann über den zukünftigen Kurs entschieden werden oder die Entscheidung fällt zu Gunsten der Lösung vom Netzwerk aus (vgl. BUTZIN 2000: 151).

transferierbar. Demgegenüber erfordert der Transfer von *tacit knowledge*²⁷ (implizitem Wissen) die direkte/persönliche Interaktion. Auf dieser Idee basieren das Konzept des *innovativen Milieus* ebenso wie das der *Lernenden Region*.

Milieus als „relativ homogene soziale Beziehungsformen mit erhöhter Binnenkommunikation“ betten Institutionen ein, wirken auf deren Bildung und stellen somit eine wichtige „Strukturebene gesellschaftlicher Entwicklungsdynamiken und raumrelevanter Prozesse“ dar (MATTHIESEN 2002a: 125; vgl. auch Kap. 2.1.4).

Der Begriff der *Innovativen Milieus*²⁸ wurde durch die GREMI-Forschungsgruppe²⁹ geprägt. Es ergibt sich aus der Kombination von lokalem (räumlich verankertem) Wissen und Informationen aus nicht-territorialen Netzwerken (vgl. KRÄTKE 2001a: 152). BATHELT und GLÜCKLER (2002: 190-192) beschreiben das innovative Milieu wie folgt: Ein lokalisiertes Produktionssystem mit einem umfangreichen Beziehungsnetzwerk ist eingebettet in sozio-institutionelle Strukturen. Es entsteht ein Milieu mit bestimmten (formellen wie informellen) Institutionen. Durch Interaktion nach außen und interne Lernprozesse kann dieses Milieu zu einem kreativen werden.

Das Konzept der *Lernenden Region* bezeichnet das Vorhandensein einer „kollektiven Lernfähigkeit“. Notwendig sind spezifische Bedingungen der lokalen und regionalen Umwelt wie Netzwerke, eine bestimmte Infrastruktur sowie kulturelle und institutionelle Voraussetzungen. Gefördert wird das Entstehen einer Lernenden Region durch eine gewisse Dichte von Institutionen und Organisationen sowie durch den Austausch der Akteure aufgrund räumlicher Nähe (vgl. KRÄTKE 2001a: 151-152). Das Konzept der innovativen Milieus wird hier erweitert um lern- und innovationstheoretische Ansätze.

Die vorgestellten Konzepte besitzen in weiten Teilen Übereinstimmung, so dass die Abgrenzung ungenau bleibt. BUTZIN (2000: 154) sieht den wesentlichen Unterschied darin, dass das innovative (hier auch territoriale) Milieu immobil ist, also territorial, zeitlich und räumlich verwurzelt und demnach nicht produzierbar ist. Das Netzwerk stellt demgegenüber einen intentionalen, mobilen Typus dar, der der Einbettung in ein territoriales Milieu bedarf und leichter strukturellen Eingriffen zugänglich ist.

Insgesamt ist die Erforschung von Netzwerken einschließlich der Begrifflichkeiten noch sehr diffus. SCHAMP (2000: 119) merkt an, dass in diesem Zusammenhang u.a. unklar bleibt, inwieweit Regionen sich unabhängig von den nationalen Bedingungen entwickeln können. So werden zwar Institutionen auf regionaler Ebene berücksichtigt, aber keine abschließenden Erklärungen für die Entstehung von Netzwerken geliefert. Insofern sieht BUTZIN (2000: 153-154) zu Recht Mängel in der Strategiefähigkeit der Netzwerkansätze im Sinne einer milieuorientierten Regionalpolitik.

²⁷ Der Begriff des *tacit knowledge* wurde von Polanyi eingeführt und ist Antonym zu *codified knowledge*. Demnach fließt Wissen in unser Handeln ein, ohne dass wird dieses vollständig artikulieren könnten (vgl. u.a. BATHELT/GLÜCKLER 2002: 57).

²⁸ Die Begriffe innovatives und kreatives Milieu sind synonym zu verwenden. Zunehmende Konvergenz lässt sich zum Konzept der Industriedistrikte herstellen, die anfänglich soziale Prozesse vernachlässigten (vgl. auch BATHELT/GLÜCKLER 2002: 189-193).

²⁹ GREMI – Groupe de Recherche Européen sur les Milieux Innovateurs (REICHART 1999: 170)

2.4 Zusammenfassende Betrachtung

2.4.1 Transformationsprozesse

Die erste Phase der postsozialistischen Transformation der ostmitteleuropäischen Länder gilt als beendet (vgl. EISSRICH 2001: 10; KOLLMORGEN 2001: 10). In dieser ersten Phase der Transformation (Transition) wurden demokratische Strukturen und Grundlagen einer Marktwirtschaft geschaffen. Trotz der Implementierung marktwirtschaftlicher und rechtstaatlicher Institutionen blieb der erwartete wirtschaftliche Aufschwung bislang aus (vgl. SCHRADER 2001: 16). Zudem zeigen sich starke regionale Differenzen.

Gründe für diese Entwicklung sind zum einen die Pfadabhängigkeit der Transformationsprozesse, die nicht intendierte Folgen verursacht; zum anderen intendierte Folgen durch Einfluss der alten Nomenklatura, worauf an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden soll (vgl. auch ACKERMANN 2001: 197). SCHERRER (2001: 19) weist darauf hin, dass (v.a. die soziokulturelle) Pfadabhängigkeit schwer zu operationalisieren sei.

Die Transformation der formellen Institutionen bildet den Rahmen für die allmähliche Anpassung informeller Institutionen. Dabei erfolgt die Übernahme von Institutionen nicht als *blueprint* wie ursprünglich angenommen, sondern diese passen sich den spezifischen sozio-kulturellen und sozio-ökonomischen Bedingungen an, da keine pfadunabhängige Entwicklung (i.S. einer *tabula rasa*) möglich ist. Es existiert daher eine gewisse gesellschaftliche – und daraus folgend regionale – Spezifik der Transformation, die über die soziale Dimension wiederum auf die politische und wirtschaftliche Dimension wirkt (vgl. KALTHOFF/ROSENBAUM 2000: 11). Der Transformationsprozess greift tief in die gesellschaftlichen Strukturen ein und bewirkt daher eine Veränderung soziokultureller Ausprägungen wie der Lebensstile, Normen und Werte, aber auch eine allgemeine, psychosoziale Verunsicherung (vgl. OTT 1997b: 220-221). Durch die neuen Regeln erhöhen sich Unsicherheit und Transaktionskosten (vgl. Eissrich 2001: 23-24). Das Verhaften in alten informellen Institutionen ist demzufolge rational, kann jedoch als positive Rückkopplung den Transformationsprozess bremsen.

Aus evolutionstheoretischer Sicht bringt die weitgehende Übernahme vorhandener, westlicher Systeme eine kurzfristige Anpassung. Langfristig ist damit ein Verlust an „organisatorischer Diversität“ verbunden sowie eine Beeinträchtigung der Anpassungsfähigkeit. Durch die Übernahme bewährter Muster wird das Entwicklungspotenzial nicht ausgeschöpft und die Kreativität zur Entdeckung neuer Lösungen eingeschränkt (vgl. GRABHER/STARK 1998: 46-47). Da auch die vorhandenen Systeme einer pfadabhängigen Entwicklung unterliegen, stellen sie nicht zwangsläufig optimale Lösungen dar.

Zu berücksichtigen bleibt, dass auch das intendierte Handeln nicht intendierte Folgen verursachen kann. Für die Transformation der postsozialistischen Länder Ostmitteleuropas fehlt ein Vorbild, so dass nicht alle eingeschlagenen Wege automatisch erfolgreich sind. Informelle Institutionen übernehmen eine wichtige Funktion, indem sie Lücken des Institutionensystems schließen und deren Weiterentwicklung den Weg bereiten.

Aus der kulturellen Einbettung folgt die anhaltende Bedeutung der Transformationsforschung, die sich im Grunde lediglich mit der kurzen Übergangsperiode vom Plan zum Markt beschäftigt. „Das planwirtschaftliche System hat Strukturen hinterlassen, die nicht mehr rückgängig zu machen sind, und hat damit im Sinne einer Pfadabhängigkeit (path dependency) eine Ausgangsbasis für etwas ‚Neues‘ erzeugt.“ (FASSMANN 2000: 18) Daher entstehen mit zunehmender Konvergenz von West und Ost neue gesellschaftliche Entwicklungsmuster. Zudem wirken die endogenen Prozesse der Transformation mit den exogenen der Globalisierung (vgl. Kap. 3.1) zusammen, woraus sich interessante raumstrukturelle Konsequenzen ergeben.

2.4.2 Raumwirkung

Die dargestellten Theorieansätze lassen sich über ihre Raumwirksamkeit koppeln und stellen schließlich ein komplexes Gefüge dar (vgl. Abb. 2-5). Durch die Einbeziehung von Institutionen und deren pfadabhängiger Entwicklung in die Betrachtung des Interagierens im Grenzraum kann die Entstehung individueller Aktionsmuster erklärt werden.

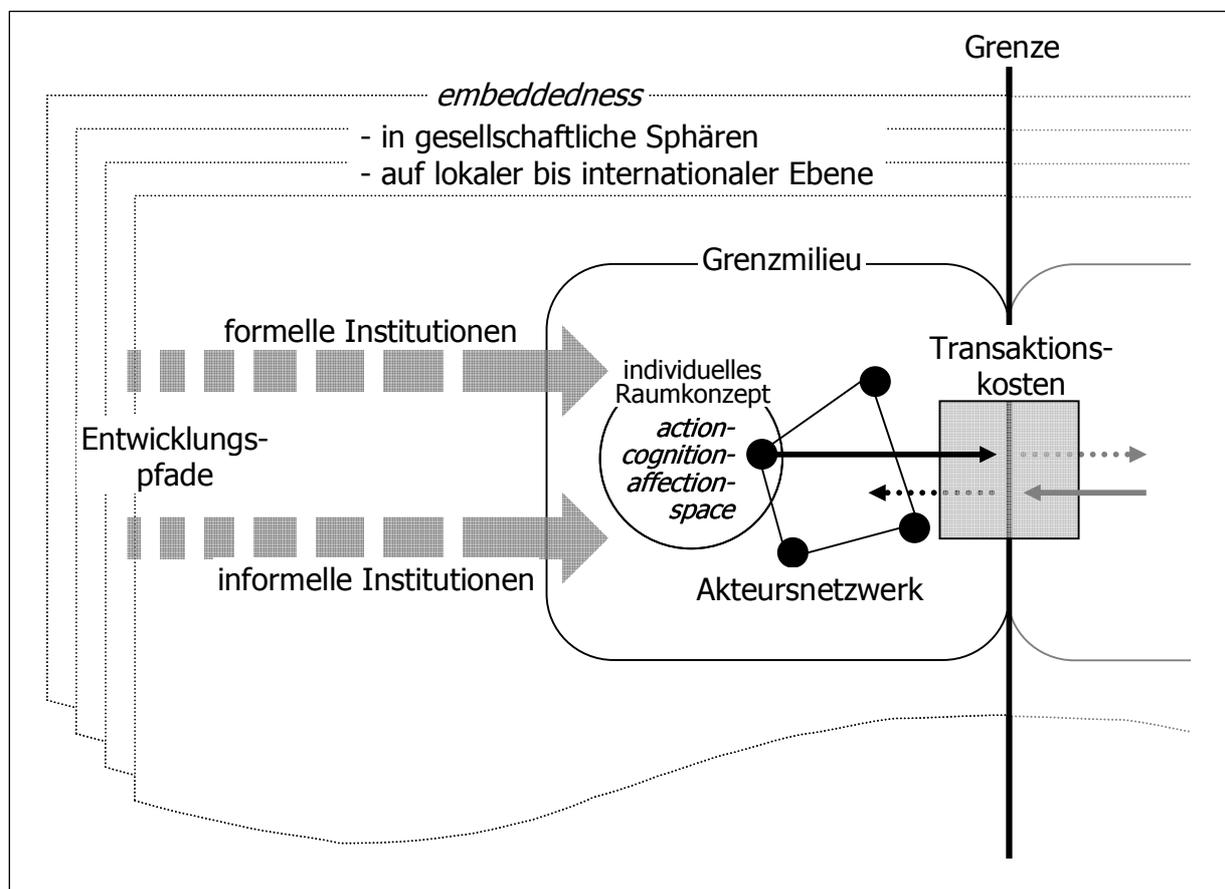


Abb. 2-5: Raumwirkung – Synthese der Theorien (Quelle: Eigene Darstellung)

Grenzräume sind trotz ihrer strukturellen, wirtschaftlichen und sonstigen Besonderheiten eingebettet in die Rahmenbedingungen verschiedener Ebenen (lokal-regional bis global). Zudem wirken die Prozesse in den verschiedenen gesellschaftlichen Dimensionen, die eine jeweilige Spezifik besitzen und das Geschehen im Grenzraum einbetten bzw. Rahmenbedingungen bilden.

Es konstituiert sich ein Grenzmilieu, das durch formelle (Grenzformalitäten bspw.) und informelle (Vorurteile bspw.) Institutionen bestimmt wird. Diese Institutionen sind pfadabhängig entstanden und

entwickeln sich auf den eingeschlagenen Pfaden fort. Es gibt Wechselwirkungen zwischen den Einbettungsprozessen und den Institutionen: Einerseits werden die einbettenden Rahmen selbst durch Institutionen geschaffen, andererseits haben sie durch ihre Spezifik Einfluss auf deren Fortentwicklung. Wichtige Bestimmungsfaktoren im Grenzraum sind u.a. die Entstehung und Persistenz der Grenze sowie die Beziehungen der Bewohner zueinander.

Das Agieren des einzelnen Akteurs im Grenzmilieu wird geprägt durch sein Handeln, seine Erfahrungen und die emotionale Bindung zum Raum (action, cognition and affection space; vgl. VAN HOUTUM 1999a: 331). Das individuelle Handeln im Grenzraum wird also bestimmt durch die rahmengebende Einbettung und durch das individuelle Raumkonzept. Auf die Stärke der Interaktion wirken zudem die Transaktionskosten, die im Zuge der interregionalen Zusammenarbeit als Koordinations- und Administrationskosten entstehen (vgl. SAUERLAND 2001: 485). Je homogener ein Grenzraum ist, d.h. je ähnlicher sich zwei Grenzregionen sind (dies beginnt bereits bei den Sprachkenntnissen), desto geringer fallen diese Transaktionskosten aus.

Alle Faktoren werden von formellen und informellen Institutionen beeinflusst. Insgesamt ist dadurch die Orientierung der Akteure stärker nach innen oder nach außen gerichtet, was sich in der Intensität der interregionalen Verflechtung niederschlägt. Der Anteil der *national* und der *transnational borderlanders* (vgl. MARTINEZ 1994b: 6) bestimmt die Offenheit oder Abgeschlossenheit des Grenzmilieus, woraus sich Konsequenzen für dessen Innovationsfähigkeit ergeben. Prinzipiell ist der Kontakt nach außen für Lernimpulse bedeutsam und befördert das Entstehen eines *innovativen Milieus* bzw. einer *Lernenden Region*. Dominiert eher die Orientierung nach innen, gekoppelt mit starken internen Netzwerkbindungen, können aufgrund positiver Rückkopplungen Erscheinungen wie negative Stereotype, Abschottungen etc. verfestigt werden. In diesem Fall behindern starke Milieus und Netzwerke die grenzüberschreitenden Aktivitäten. Dies ist möglicherweise eine Erklärung dafür, weshalb Initiativen scheinbar vorrangig von Zugewanderten ausgehen. Dieser Lock-in kann als „Wahrnehmungs- und Denkbarriere“ der einheimischen Bevölkerung verstanden werden (vgl. BÜRKNER/MATTHIESEN 2002a: 31).

Die regionale Identität konstituiert sich ebenfalls aus dieser Summe von Faktoren und wirkt zurück auf das Grenzmilieu. Entscheidend für dessen Bildung ist die Wahrnehmung durch die Akteure sowie der Einfluss von außen. So kann aus der Selbstbewertung der besonderen Situation im Grenzraum eine starke regionale Identität resultieren (Stärke aufgrund der sprachlichen, räumlichen u.a. Besonderheiten) oder sich keine regionale Identität herausbilden, da die Besonderheiten vorrangig als Schwäche verstanden werden und die Bindung an die Region gering halten. Auch hier wirken positive Rückkopplungen und führen zu sich selbst verstärkenden Prozessen, die schwer von außen zu beeinflussen sind.

3 Internationale Einbettung der regionalen Transformationsprozesse

3.1 Global – europäisch – regional

Die endogenen Prozesse der Transformation wirken in den postsozialistischen Ländern zusammen mit den exogenen Prozessen der Globalisierung. Zwischen beiden Einflüssen mit Relevanz für die gesellschaftliche Entwicklung bestehen enge Wechselbeziehungen. Einerseits ist die Transformation für die postsozialistischen Staaten der Weg zur globalisierten Gesellschaft, andererseits befördert die Globalisierung die Transformationsprozesse. Über ausländische Direktinvestitionen und die Einbindung in internationale Märkte trägt sie ökonomisch entscheidend zur Konsolidierung der Transformationsländer bei. Internationale Institutionen (wie Weltbank und IWF) besitzen bedeutenden Einfluss auf die Transformationsprozesse in den einzelnen Ländern und entscheiden mit über einzuschlagende Entwicklungspfade (vgl. STADELBAUER 2000: 61-62).

Globalisierung wird als *räumliche Entankerung* verstanden. „Technologische Neuerungen, ökonomische Integration und politische Zusammenschlüsse führen zu einer immer stärkeren Abhängigkeit des Alltagslebens von Entscheidungen, die an anderen Orten, deren Entfernung letztlich beliebig ist, getroffen werden. [...] Abstrakt lässt sich die gegenwärtige Tendenz der Globalisierung als Beschleunigung und Schrumpfung bzw. als ‚Vernichtung von Zeit und Raum‘ beschreiben.“ (DANIELZYK/OSSENBRÜGGE 1993: 210, nach HARVEY 1990)

Die Diskussion um die Globalisierung konzentriert sich zumeist auf ökonomische Prozesse; diese findet jedoch in allen gesellschaftlichen Dimensionen statt. So sind die postsozialistischen Staaten politisch eingebunden in die globalisierte Welt, bspw. als Mitglieder der NATO. Im soziokulturellen Bereich haben sich die Globalisierungsprozesse nach der Grenzöffnung verstärkt und werden heute v.a. von den Medien getragen.

Ein enger Zusammenhang besteht zwischen Globalisierung und der *Internationalisierung*, die die Ausbreitung von Aktivitäten über nationale Grenzen hinweg beinhaltet und als Vorstufe der Globalisierung betrachtet werden kann. Prozesse der *Denationalisierung* sind darin eingebettet, wonach Handlungszusammenhänge und Entscheidungen von der lokalen auf höhere Ebenen verlagert werden (vgl. BATHELT/GLÜCKLER 2002: 265).³⁰

In Europa werden Denationalisierung und Globalisierung vorangetrieben durch die zunehmende *Europäisierung*, d.h. einerseits durch die zunehmende Integration nach innen und andererseits durch die angestrebte Erweiterung der Europäischen Union. Bereits im Mai 2004 werden zehn Transformationsländer sowie Malta und Zypern der EU beitreten. Die Europäisierung hat entscheidenden Einfluss auf die Transformation in den postsozialistischen Staaten und diktiert den Transformationsprozess mit. Die Diskussion um die Osterweiterung der Europäischen Union zielte jedoch nicht nur auf die *Beitrittsfähigkeit* der Kandidatenländer in Mittel- und Osteuropa ab, sondern gleichzeitig auf die *Aufnahmefähigkeit* der Europäischen Union. Im Gegenzug zur Einflussnahme europäischer Politik in

³⁰ ZÜRN (1998: 16) argumentiert hingegen, dass anstelle des Begriffes Globalisierung Denationalisierung denselben Sachverhalt präziser beschreibt, da trotz der Ausweitung von Prozessen diese noch weit von Globalität entfernt seien.

den postsozialistischen Staaten setzte die bevorstehende Aufnahme von neuen Mitgliedern die EU und ihre Institutionen unter starken Handlungsdruck einer inneren Reform.

Trotz räumlicher Entankerung verlieren der Raumbezug und damit die regionale und lokale Ebene nicht an Bedeutung, stattdessen gibt es eine „Renaissance des Regionalismus“ (FÖRSTER 2002: 41). So wird auch auf europäischer Ebene seit längerer Zeit eine Stärkung der Regionen diskutiert.³¹ Unter *Regionalisierung* wird ein Prozess verstanden „der relativ kleinräumigen territorialen Integration und Vernetzung von Aktivitäten, der häufig mit einer Wiederaufwertung besonderer regionaler Qualitäten und Beziehungsgefüge verbunden ist“ (KRÄTKE 1995: 207). Beispielsweise ist die Einbettung von Unternehmen in ein bestimmtes Milieu wichtig für dessen globale Wettbewerbsfähigkeit, so dass in diesem Zusammenhang oftmals von *Glokalisierung* gesprochen wird (vgl. u.a. SCHAMP 2000: 134). Vice versa greifen Prozesse auf europäischer Ebene bis auf die regionale und lokale Ebene durch, z.B. durch die europäischen Förderstrukturen.

3.2 Die Europäische Union

3.2.1 Integration und Erweiterung der Europäischen Union

Die Entwicklung der Europäischen Union³² ist von Beginn an durch Prozesse der Integration gekennzeichnet, die sich sowohl nach innen als auch nach außen richten. Die innere Integration (Vertiefung) reichte von der sog. Schumann-Erklärung 1950 über den Vertrag von Maastricht, der 1993 in Kraft trat, bis hin zur Wirtschafts- und Währungsunion im Jahr 2002.³³

Die äußere Integration vollzog sich mit Assoziierungsabkommen und dem Beitritt mehrerer Staaten in alle Richtungen Europas (vgl. Abb. 3-1): Mitglieder in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) sind 1952 zunächst Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

1973 findet die erste Erweiterung Richtung Norden statt: Großbritannien, Irland und Dänemark treten bei. In den 1980er Jahren folgt die Süderweiterung, 1981 mit dem Beitritt Griechenlands sowie 1986 mit dem Beitritt Spaniens und Portugals. Durch den Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung gehören diese automatisch zur Europäischen Union. 1995 folgt der Beitritt Finnlands, Schwedens und Österreichs zur Europäischen Union; in Norwegen scheitert der Beitritt am Referendum.³⁴

³¹ Erster Ansatz dafür war die Bildung des Ausschusses der Regionen 1993. In der aktuellen Diskussion um die Verfassung der Europäischen Union wird eine Stärkung der Gebietskörperschaften und des Ausschusses der Regionen angestrebt (vgl. EU-NACHRICHTEN 5/2003: 1).

³² Der Einfachheit halber wird durchgehend die Bezeichnung Europäische Union/EU verwendet, obwohl bis 1992 korrekterweise von den Europäischen Gemeinschaften/EG gesprochen werden müsste.

³³ Zur Entwicklung der Europäischen Union liegen zahlreiche ausführliche Darstellungen und Diskussionsbeiträge vor. Beispielhaft sei auf HERZ 2002 verwiesen.

³⁴ Norwegen hatte mit 88,8 % die höchste Beteiligung am Referendum, jedoch stimmte eine Mehrheit von 52,2 % gegen den EU-Beitritt (vgl. KAISER et al. 1995).

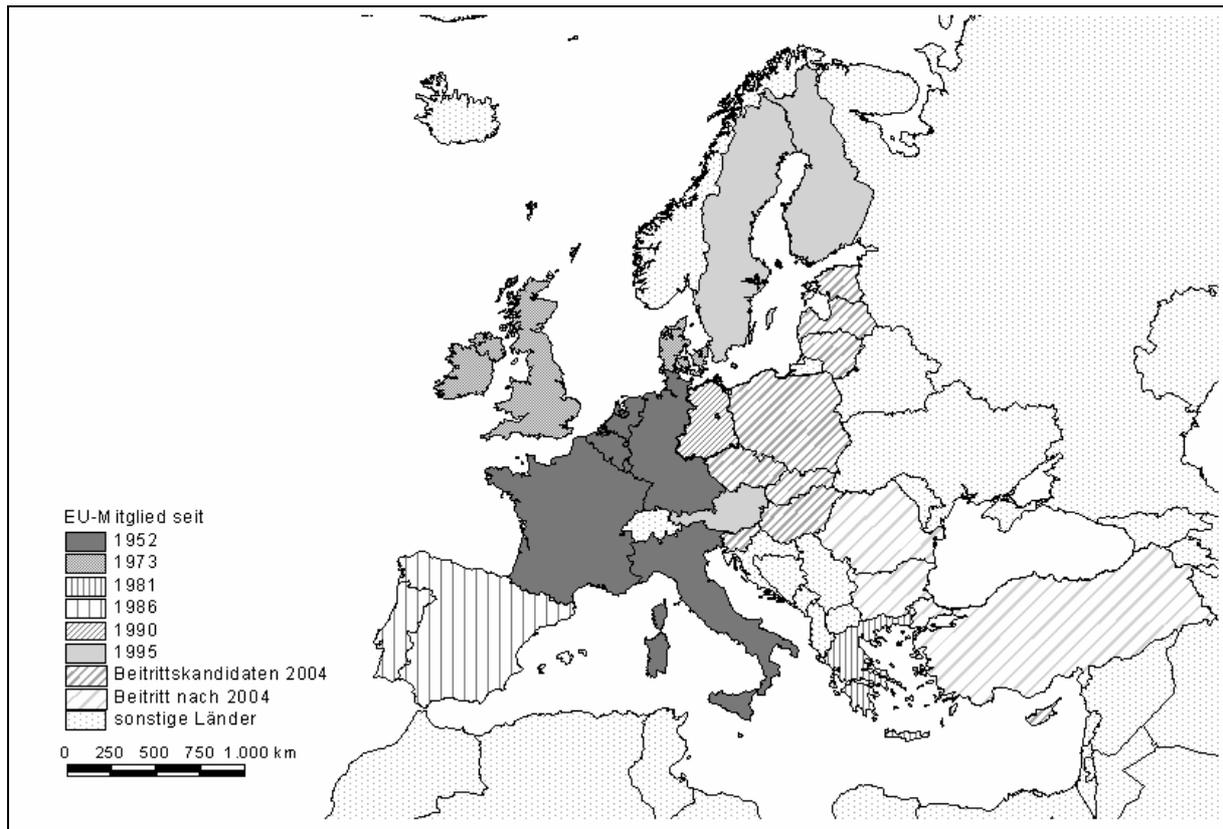


Abb. 3-1: Die äußere europäische Integration (Quelle: Eigene Darstellung)

Weitere europäische Staaten wurden in den entstehenden Europäischen Wirtschaftsraum integriert durch die Annäherung von EWG und EFTA.³⁵

3.2.2 Die Osterweiterung der Europäischen Union

Die Osterweiterung³⁶ der Europäischen Union begann genau genommen bereits 1990 mit dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik, wodurch die neuen Bundesländer Teil der Europäischen Union wurden. Diese erste Stufe der Osterweiterung erhielt als solche allerdings wenig Beachtung.

³⁵ Die EFTA – European Free Trade Assoziation wurde 1960 unter Führung Großbritanniens gegründet – als Reaktion auf die Gründung der EWG – Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Durch den Beitritt mehrerer EFTA-Staaten zur EWG verlor die EFTA an Bedeutung. Seit 1989 gab es Bestrebungen von Seiten der EWG und der EFTA zur Etablierung eines Europäischen Wirtschaftsraumes, der 1994 realisiert wurde und dem neben den 12 EU-Mitgliedern Österreich, Liechtenstein, Island, Norwegen, Finnland und Schweden angehörten (vgl. HERZ 2002: 73-74).

³⁶ Gleichzeitig mit der Osterweiterung der EU werden Malta und Zypern der EU beitreten. Bei Betrachtung des Gesamtprozesses müsste daher besser von der vierten Erweiterung der EU gesprochen werden. Da der Beitritt der beiden Staaten in diesem Rahmen nicht gesondert betrachtet und diskutiert werden soll, wird weiter der Begriff der Osterweiterung verwendet.

Vor allem der Beitritt Zyperns bietet jedoch politische Brisanz (vgl. u.a. JENKIS 2000). Da eine politische Lösung des Zypernkonfliktes (Vereinigung) bislang nicht erreicht werden konnte, „wird die Anwendung des Acquis auf den Nordteil der Insel ausgesetzt“ (WWW.AUSWAERTIGES-AMT.DE 16.07.2003a).

Die politischen Prozesse in den 1990er Jahren zwangen die ehemaligen Ostblockstaaten zu einer politischen wie auch wirtschaftlichen Neuorientierung. Für die mittel- und osteuropäischen Länder war nach dem Zusammenbruch des Ostblocks die Lösung aus dem Einflussbereich Russlands politisch wichtig. Wiederholt wurde für Polen die „Rückkehr nach Europa“ postuliert. Damit verbunden waren nach dem Zusammenbruch des RGW/COMECON wirtschaftliche Argumente einer Neuorientierung Richtung Westen.

Vor der Konzentration auf den EU-Beitritt gab es verschiedene andere Initiativen: „1991 haben die Staaten Österreich, Italien, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Restjugoslawien und Bosnien-Herzegowina die ‚Pentagonale‘ mit dem Ziel einer verstärkten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kooperation gegründet. Ebenfalls 1991 unterzeichneten in Višegrad (Ungarn) die Staaten Polen, die damalige ČSFR und Ungarn ein Abkommen zur Stärkung der ökonomischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit.“ (FASSMANN/WARDENGA 1999: 30) Der Višegrad-Bund wurde 1993 erweitert zur CEFTA - Central European Free Trade Association, in der neben Polen, Ungarn und den nunmehr geteilten Staaten Tschechien und Slowakei 1996 auch Slowenien Mitglied wurde. Ziel war die schrittweise Schaffung einer Freihandelszone untereinander sowie später mit der Europäischen Union, außerdem die Vorbereitung des EU-Beitritts (vgl. HARENBERG 1996: 549). 1992 wurde der Ostseerat gegründet, der allerdings „wenig konkrete Kooperationsformen“ bildet und eher politische Bedeutung besitzt (vgl. DROTH et al. 2000: 108).

Mit den offiziellen Mitgliedschaftsanträgen der ehemaligen Ostblockstaaten zwischen März 1994 (Ungarn) und Juni 1996 (Slowenien) wurde die Osterweiterung der Europäischen Union konkret. Damit rückten andere politische und wirtschaftliche (regionale) Kooperationen in den Hintergrund bzw. wurden dem Ziel der Beitrittsvorbereitung untergeordnet.

Die Annäherung der mittel- und osteuropäischen Staaten an die Europäische Union bis zur Mitgliedschaft vollzieht sich ähnlich wie bei den vorherigen Erweiterungen mit einigen Spezifizierungen (vgl. Tab. 3-1).

Tab. 3-1: Beitrittsprozess für die EU +10 Kandidaten

(Quelle: EUROPÄISCHE KOMMISSION o.J.; EU-NACHRICHTEN)

Handels- und Kooperationsabkommen	<i>ab 1989</i>
↓	
Assoziierungs- bzw. Europaabkommen	Mit den zehn mittel- und osteuropäischen Ländern wurden erstmals sog. Europa-Abkommen geschlossen, die den Assoziierungsabkommen im Wesentlichen entsprechen. Ziel ist die allmähliche Einrichtung einer Freihandelszone, die asymmetrisch, d.h. durch eine schnellere Liberalisierung von Seiten der EU, geschaffen wird. <i>(1970/72 bzw. 1991-1996)</i>
↓	
Antrag auf Mitgliedschaft <i>(1990-1996)</i>	Die Europäische Kommission formuliert eine Stellungnahme zu jedem einzelnen Mitgliedschaftsantrag für den Europäischen Rat, die gleichzeitig die erste Prüfung zum Stand der Beitrittskandidaten beinhaltet. Die Kommission gibt in der Stellungnahme eine Empfehlung zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen ab. <i>(1993/1997)</i>
↓	

Erweiterungsprozess	
• Europakonferenzen	Mit den Beitrittskandidaten findet in unregelmäßigen Abständen eine Europakonferenz statt, auf der Themen gemeinsamen Interesses diskutiert werden. (<i>ab 1998</i>)
• Beitrittsprozess	
○ Heranführungsstrategie	Die Heranführungsstrategie für die derzeitigen Beitrittskandidaten umfasst die Umsetzung der Assoziierungs- bzw. Europa-Abkommen, Beitrittspartnerschaften und Förderprogramme zur Übernahme des <i>Acquis Communautaire</i> , Vorbeitrittshilfen sowie die Öffnung der Europäischen Gemeinschaftsprogramme und -agenturen.
○ Prüfungsverfahren	Auf Grundlage der Überprüfungen von Stand und Fortschritt der Beitrittskandidaten werden regelmäßige Berichte von der Europäischen Kommission herausgegeben.
○ Beitrittsverhandlungen auf Grundlage der Beitrittskriterien	Die Beitrittskriterien wurden vom Europäischen Rat in Kopenhagen 1993 festgelegt. Sie beinhalten: Stabilität der Demokratie, Existenz einer funktionierenden Marktwirtschaft und die Fähigkeit zur Übernahme der Mitgliedspflichten.
○ Screening	Die Beitrittsverhandlungen basieren auf dem Screening, das die Prüfung aller Bereiche (31) des <i>Acquis Communautaire</i> beinhaltet. Daraufhin werden für die einzelnen Bereiche die Verhandlungen eröffnet (<i>31.03.1998/15.02.2000</i>). Die Kommission stellt die gemeinsame Position der EU vor, die von allen Mitgliedsländern einstimmig angenommen werden muss.
↓	
○ Beitrittsvertrag	Nach Abschluss der Verhandlungen (<i>13.12.2002</i>) entsteht der Entwurf eines Beitrittsvertrages. Auf dessen Grundlage beschließt der Rat der Europäischen Union über den Mitgliedschaftsantrag jedes Staates (<i>14.04.2003</i>) nachdem die Kommission (<i>19.02.2003</i>) angehört wurde und das Europäische Parlament mit absoluter Mehrheit dem zustimmt (<i>09.04.2003</i>). Der Beitrittsvertrag wird von allen Mitglieds- und Beitrittsländern unterzeichnet (<i>16.4.2003</i>).
↓	
○ Ratifizierung	Anschließend erfolgt die Ratifizierung des Beitrittsvertrages in den Mitglieds- und Beitrittsländern. Dem gehen in den Beitrittsländern (außer Zypern) Referenden (<i>03-09/2003</i>) voraus.
↓	
• Beitritt (<i>01.05.2004</i>)	Der Beitritt der 10 Kandidatenländer ermöglicht ihnen die Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004.

Von März bis September 2003 fanden die Referenden zur EU-Mitgliedschaft in den Beitrittsländern statt. Bereits in den vergangenen Jahren wurden Wahlprognosen erstellt und deren Entwicklung kritisch beobachtet. So war in fast allen Ländern die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft rückläufig, was darauf zurückzuführen ist, dass mit näherrückendem Beitritt Einzelheiten konkret und publik

wurden. Aus diesem Grund sind die höchsten Zustimmungsqoten zur EU-Mitgliedschaft in Bulgarien und Rumänien zu verzeichnen³⁷, wo der Beitritt noch relativ fern ist.

In Polen war es weiten Teilen der Bevölkerung unklar, dass auch Polen einen nicht geringen Beitrag an die EU zahlen muss. Die (realen und vermuteten) negativen Begleiterscheinungen des EU-Beitritts wurden 2001 im Wahlkampf zu den Parlamentswahlen genutzt und missbraucht. Aufgrund der rückläufigen Zustimmung (vgl. Abb. 3-2) und der schlechten Wahlbeteiligungsprognosen wurden in Polen ein Minister für Europa-Informationen installiert sowie kommunale Europa-Informationszentren geschaffen. Durch gezielte Information sollte der breiten Bevölkerung – v.a. im ländlichen Raum – die Bedeutung der Entscheidung für Polen deutlich gemacht werden, um so eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erreichen (vgl. DIALOG 62-63/2003: 10-11).

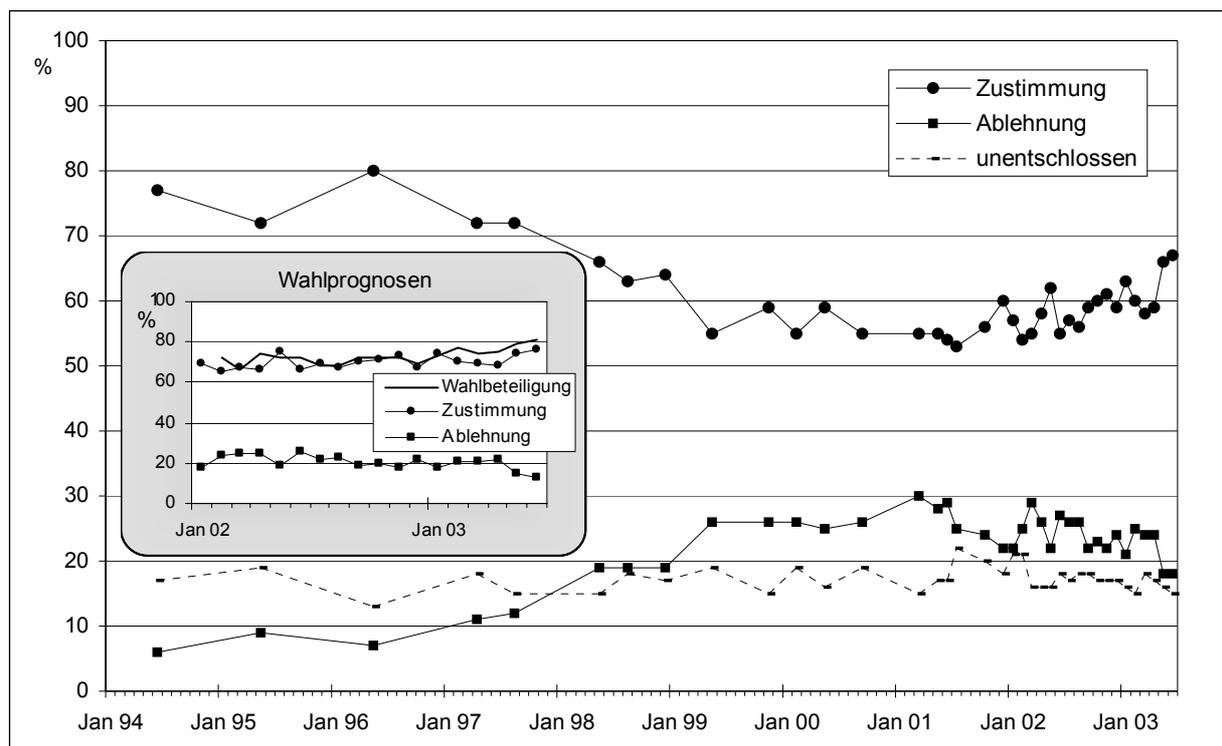


Abb. 3-2: Umfrageergebnisse in Polen zum EU-Beitritt (Quelle: CBOS 2002, 2003b/c)

Diese Bestrebungen können als erfolgreich bewertet werden: Im Jahr vor der Abstimmung erreichten die Prognosen der Wahlbeteiligung Werte zwischen 68 und 81 %. Allerdings wurde in Polen auch ein „Notausgang“ eingerichtet: Liegt die Wahlbeteiligung über 50 %, ist die Entscheidung bindend für das Parlament. Sollte die Wahlbeteiligung geringer ausfallen, entscheidet das Parlament mit 2/3-Mehrheit über den Beitritt Polens zur Europäischen Union (vgl. WWW.AUSWAERTIGES-AMT.DE 16.07.2003b).

³⁷ Laut Eurobarometer würden 85 % der rumänischen und 80 % der bulgarischen Wahlberechtigten für einen EU-Beitritt stimmen; dagegen 3 bzw. 4 %. 6 bzw. 9 % machten keine Angaben, 7 bzw. 8 % gehen nicht wählen. Diese Werte der Zustimmung sind mit Abstand die höchsten unter den Beitrittskandidaten dieser und der nächsten Erweiterung (vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION 2001a: 57).

Die Bevölkerung in den Beitrittsländern stimmte mehrheitlich für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union (vgl. Abb. 3-3).

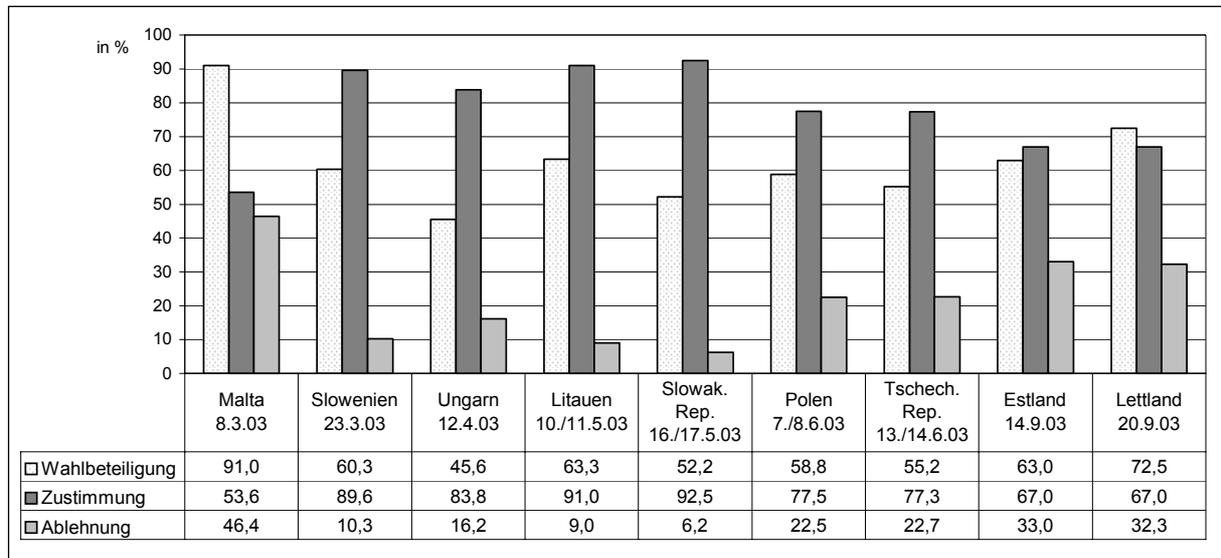


Abb. 3-3: Ergebnisse der Referenden in den Beitrittsländern
(Quelle: EU-NACHRICHTEN 10/2003-22/2003; WWW.MEHR-EUROPA.DE 30.09.2003)

In den meisten Ländern lag die Wahlbeteiligung zwischen 50 % und 63 %. Lediglich in Ungarn nahmen nur 46 % der Wahlberechtigten an der Abstimmung teil. Hier erforderte der Wohlmodus allerdings nur eine Zustimmung von 25 % der Wahlberechtigten als bindendes Ergebnis für das Parlament (vgl. WWW.AUSWAERTIGES-AMT.DE 16.07.2003b)

An den Ergebnissen wird deutlich, dass es den EU-Gegnern gelang, die Wählerschaft zu motivieren. So erreichte Malta den Höchstwert der Wahlbeteiligung von 91 %, wobei das Votum für den Beitritt mit 54 % relativ knapp ausfiel.

In Polen beschloss das Parlament das Erstrecken des Referendums über zwei Tage, um so bessere Bedingungen für die Abstimmung zu schaffen und dadurch möglicherweise eine höhere Beteiligung zu erreichen. Schließlich nahmen 59 % der Wahlberechtigten an der Abstimmung teil, was im Vergleich zu den anderen Referenden ein durchschnittliches Ergebnis darstellt. Die Zustimmung zum Beitritt fiel mit 78 % jedoch deutlich aus.

Mit dem positiven Ergebnis der Referenden (in Zypern wird keine Volksabstimmung stattfinden) ist der nächste Schritt zur Aufnahme aller Länder der Beitrittsgruppe zum 1. Mai 2004 in die Europäische Union vollzogen. Lediglich die Ratifizierung der Beitrittsverträge durch die nationalen Parlamente steht noch aus. An den nächsten Wahlen zum Europa-Parlament im Juni 2004 werden neben den jetzigen 15 EU-Ländern auch die 10 neuen Mitglieder teilnehmen.

3.2.3 Instrumente der europäischen Regionalpolitik, insbesondere zur Beitrittsvorbereitung

Die europäische Regionalpolitik ist auf Konvergenz ausgerichtet. Dieses Ziel einer allmählichen Angleichung (v.a. strukturell und ökonomisch) bestimmte auch die bisherigen Erweiterungen der Europäischen Union. Das 1999 von den Raumordnungsministerien der EU-Mitgliedsländer verabschiedete Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK) zeigt Ziele der europäischen Raum-

entwicklung auf und formuliert entsprechende politische Handlungsoptionen. In diese Ziele passen sich die Instrumente der europäischen Regionalpolitik ein (vgl. HINRICHER 2001).

Die wichtigsten Instrumente der europäischen Regionalpolitik sind der Strukturfonds und der Kohäsionsfonds (vgl. Tab. 3-2). Letzterer wurde 1993 geschaffen und unterstützt die jüngeren, weniger wirtschaftsstarken EU-Mitgliedsländer Irland, Griechenland, Spanien und Portugal, um Defizite in den Bereichen Umweltschutz und Verkehr auszugleichen.

Ein für die Grenzregionen wichtiges Programm ist INTERREG, aktuell in der dritten Förderperiode. Es wird unterteilt in drei Bereiche: INTERREG III A fördert die Zusammenarbeit von Grenzgebieten innerhalb der Europäischen Union. Das Programm wird an der EU-Außengrenze ergänzt durch PHARE. INTERREG III B unterstützt transnationale Gemeinschaften und hat insbesondere eine Verbesserung der Raumordnung in großen geographischen Bereichen zum Ziel. INTERREG III C ist kleinräumiger angelegt und fördert die interregionale Zusammenarbeit zwischen Trägern der regionalen und lokalen Entwicklung. An den INTERREG-Programmen III B und C können sich Drittländer, v.a. die Beitrittskandidaten beteiligen. So gibt es Kooperationen im sog. CADSES-Raum (Central European, Adriatic, Danubian and South-Eastern European Space), der 18 Länder umfasst. Bedeutsam für den Untersuchungsraum in diesem Rahmen ist die Zusammenarbeit im Ostseeraum (vgl. GÖRMAR et al. 2001: 8-9).

Tab. 3-2: Instrumente des Struktur- und Kohäsionsfonds (Quelle: EUROPÄISCHE KOMMISSION 2001d)

EU-Regionalpolitik				
Strukturfonds				Kohäsionsfonds
Vorrangige Ziele	Gemeinschaftsinitiativen	Fischerei	Innovative Maßnahmen	
<ul style="list-style-type: none"> o Ziel 1 o Ziel 2 o Ziel 3 	<ul style="list-style-type: none"> o Interreg III o Leader+ o Urban II o Equal 			
Fonds:				
EFRE, ESF, EAGFL, FIAF		FIAF	EFRE, FIAF, ESF	
Verteilung des Gesamtetats 2000-2006:				
213 Mrd. €				
Ziel 1:	135,90 Mrd. €	10,44 Mrd. €	1,11 Mrd. €	1,00 Mrd. €
Ziel 2:	22,50 Mrd. €			
Ziel 3:	24,05 Mrd. €			
ges.	182,45 Mrd. €			18 Mrd. €

Zu den Instrumenten der europäischen Regionalpolitik, die den Beitritt weiterer Länder unterstützen, zählen verschiedene Programme: Die Beitrittspartnerschaften sind seit 1998 wichtigster Bestandteil der Heranführungsstrategie und haben das Ziel, unterstützende Maßnahmen der Vorbereitung auf die Mitgliedschaft zu bündeln. Die Beitrittspartnerschaften legen für jedes Land kurz- und mittelfristige Prioritäten fest, für Polen beispielsweise den industriellen Wandel mit einer vollständigen Privatisierung der Stahlindustrie. Die Partnerschaften werden nach und nach auf alle Bereiche des Acquis

Communautaire ausgedehnt, zur Umsetzung gibt es jeweilige nationale Programme (vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION o.J.: 18-21).

Als Vorbeitrittshilfen stehen für die mittel- und osteuropäischen Kandidaten die Programme PHARE, ISPA und SAPARD zur Verfügung (vgl. Tab. 3-3). Die mit der EU assoziierten Länder in Mittel- und Osteuropa können auch an dem LIFE-Programm teilnehmen, was zunächst allerdings nur Rumänien nutzte. LIFE (Financial Instrument for the Environment) existiert seit 1992 und fördert Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen. Für die dritte Phase bis 2004 stehen insgesamt über 600 Mio. € zur Verfügung (vgl. HOMEYER et al. 2001: 96).

Tab. 3-3: Übersicht über die Vorbeitrittshilfen

(Quelle: EUROPÄISCHE KOMMISSION o.J.; EUROPÄISCHE KOMMISSION 2001d; HOMEYER et al. 2001: 87-96; FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG 2001b: 33)

PHARE Poland and Hungary Assistance to Economic Restructuring	ISPA Instrument for Structural Pre-Accession Aid	SAPARD Special Aid for Pre-Accession in Agriculture and Rural Development
1990-2006	2000-2006	2000-2006
erstes Finanzinstrument zur Vorbereitung auf den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Kandidatenländer; institutioneller Auf- und Ausbau in allen Sektoren einschließlich integrierter regionaler Entwicklungsprogramme; unterstützt Verwaltungs- und Institutionenaufbau (30 %) und Investitionen (70 %); drei Programme: <ul style="list-style-type: none"> • Nationale Programme • Multi-Country-Programme • Cross Border Cooperation CBC (ergänzt INTERREG) 	Strukturpolitisches Instrument: Anpassung an die gemeinschaftlichen Verkehrs- und Umweltinfrastrukturstandards	Beitrittssonderprogramm für die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung in Ergänzung zu ISPA
ursprünglich nur für Polen und Ungarn vorgesehen werden nun 13 Staaten unterstützt	Unterstützung erhalten die 10 mit der EU assoziierten mittel- und osteuropäischen Länder	
jährliches Budget ab 2000: 1.560 Mio. €	jährliches Budget: 1.040 Mio. €	jährliches Budget: 520 Mio. €
davon Polen: 398 Mio. €	davon Polen: mind. 312 bis max. 384,8 Mio. €	davon Polen: 168,7 Mio. €

3.2.4 Kritische Betrachtung der Osterweiterung der Europäischen Union

Die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten ist von Seiten der EU zum einen politisch motiviert durch das Streben nach Stabilität im östlichen Europa sowie einer Stärkung des gesamten Europas. Zum anderen und vor allem aber existieren wirtschaftliche Interessen, die neue Absatzmärkte und Investitionsstandorte im Osten Europas bieten (vgl. u.a. HEITZER-SUŠA 2001: 50-56). Diese politischen wie wirtschaftlichen Beweggründe setzten zunächst den Erweiterungsprozess in Gang. Mit

näher rückendem Beitrittstermin schienen allerdings Befürchtungen v.a. finanzieller Art die Diskussion um die Osterweiterung auf beiden Seiten zu bestimmen.

WIRTSCHAFTLICHE ASPEKTE UND IHR EINFLUSS AUF DIE EUROPÄISCHE REGIONALPOLITIK

Aktuell wird die Diskussion um die EU-Osterweiterung bestimmt von den Befürchtungen um die finanzielle Belastung. Für einen längeren Zeitraum werden die östlichen EU-Regionen zu den Netto-Empfängern gehören. Dennoch ist es falsch, nur diese Kostenseite für die Europäische Union zu sehen: Bereits heute profitiert die Union von dem wachsenden Handel mit den Beitrittsländern. Durch die Integration werden sich die wirtschaftlichen Verflechtungen intensivieren. Der neue Markt bietet zudem nicht nur neue Absatz-, sondern auch Bezugsmöglichkeiten. Außerdem wird ein Teil der europäischen Fördermittel zurückfließen in die Länder der EU-15 und dort die Konjunktur beleben (vgl. BERTELSMANN STIFTUNG 2000: 8).

Von Seiten der EU (vgl. VAN DER PAS³⁸ 2001) wird betont, dass der Erweiterungsprozess finanziell gesichert sei. Mit Hinweis auf weitere Untersuchungen schlussfolgert QUAISSER (2001), dass sich trotz einiger Unsicherheiten die finanziellen Belastungen für Deutschland in engen Grenzen halten werden. Unter Berücksichtigung möglicher Wachstums- und Wohlfahrtsgewinne durch die EU-Osterweiterung, von der v.a. Deutschland und Österreich profitieren werden, könnte diese Entwicklung für Deutschland kostenneutral oder sogar mit leichten Wachstums- und Wohlfahrtseffekten ausfallen.

Der derzeitige wirtschaftliche Entwicklungsstand ist in den ostmittel- und osteuropäischen Beitrittsländern weit geringer als in der EU-15, was Auswirkungen auf die europäische Regionalpolitik haben wird (vgl. dazu auch Kap. 3.2.3). Für die Strukturfonds werden weiterhin nicht mehr als 34 % der EU-Gesamtausgaben zur Verfügung stehen. Eine Erhöhung dieser Quote ist nicht vorgesehen. Zwei Drittel der finanziellen Mittel aus den Strukturfonds stehen für die Ziel 1 - Gebiete (Regionen mit großem Entwicklungsrückstand) zur Verfügung. Auch wenn sich das Gesamtbudget durch Einzahlungen der neuen Mitglieder etwas vergrößert, wird weniger Geld für ein größeres Gebiet der Ziel 1-Förderung vorhanden sein. Die Bevölkerung dieser Förderregion hat sich dann etwa verdoppelt.

Der Entwicklungsrückstand der Ziel 1 - Gebiete wird mit dem Indikator BIP pro Kopf gemessen. Derzeit werden Regionen mit einem BIP/Kopf unter 75 % des EU-Durchschnittes gefördert.³⁹ Mit dem Beitritt von zehn Staaten zur Europäischen Union wird dieser EU-Durchschnitt sinken (vgl. Abb. 3-4). Das bedeutet, dass heutige Fördergebiete über der Bemessungsgrundlage liegen und zukünftig keine Förderung erhalten werden. Nach den derzeitigen Bestimmungen und dem BIP/Kopf für 2000 verlören 16 Regionen, darunter (bis auf den Regierungsbezirk Chemnitz) das gesamte Gebiet der neuen Bundesländer, den Förderstatus. Aber auch Regionen in den Beitrittsländern würden aus der Ziel 1-Förderung herausfallen. Dies betrifft v.a. die Hauptstadtregionen wie Prag, Budapest und

³⁸ Nikolaus van der Pas war zum Zeitpunkt der Konferenz, auf der dieser Beitrag gehalten wurde, Chefunterhändler der EU-Kommission für die Beitrittsverhandlungen.

³⁹ Außer diesen Regionen mit einem unterdurchschnittlichen BIP/Kopf werden sehr dünn besiedelte Regionen (weniger als 8 Einwohner/qkm) und Regionen in äußerster Randlage gefördert (vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION 2001d: 20).

Bratislava (vgl. WWW.EUROPA.EU.INT 25.03.2003). Für Regionen, die dann keine Zuwendungen mehr erhalten, wird es entsprechende Übergangsregelungen (*Phasing out*) geben.

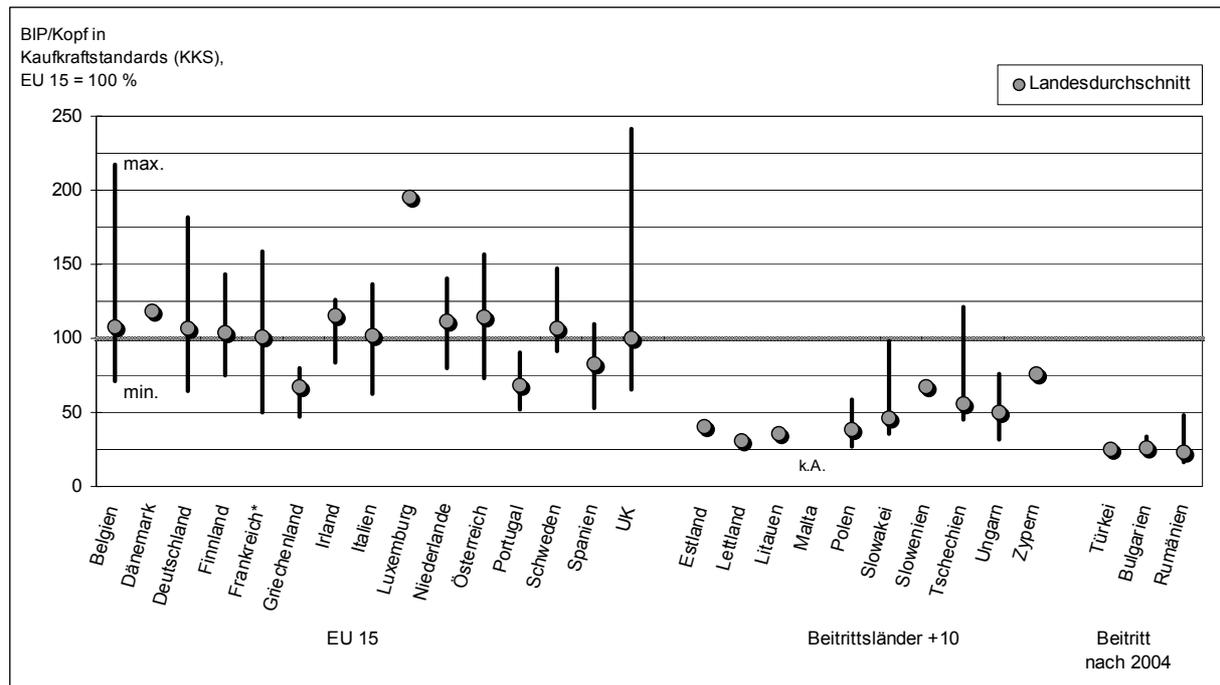


Abb. 3-4: BIP/Kopf im Jahr 2000 in den EU- und Beitrittsländern, Min/Max nach NUTS-2-Regionen⁴⁰ und Landesdurchschnitt (Quelle: WWW.EUROPA.EU.INT [EUROSTAT] 25.03.2003)

* Die niedrigen Minimumwerte Frankreichs resultieren aus den Angaben für die französischen Überseegebiete (Dep. D'Outre-Mer). Für die europäischen NUTS-2-Regionen beträgt der Min-Wert 76 %.

Noch herrscht allerdings keine Einigkeit über die nach 2006 anzuwendenden Regeln. Diskutiert wird u.a., die Strukturfondsmittel auf bedürftige Länder (nicht Regionen) zu konzentrieren, wodurch auf nationaler Ebene die gezielte Förderung von Wachstumsmotoren möglich wäre, was allerdings der bisherigen Kohäsionspolitik der Europäischen Union widerspräche (vgl. KRÄTKE 2001b: 772). Ebenso steht die 75 %-Grenze zur Diskussion (vgl. ausführlich zur Reformdiskussion ELTGES 2001).

In diesem Zusammenhang macht BANÚS (2002) gleichzeitig auf das Dilemma der europäischen Förderpolitik aufmerksam: Einerseits müsste jedes Land die Konvergenz zu den anderen EU-Mitgliedern anstreben, wodurch es von den Nehmer- zu den Geberländern würde. In der Realität gibt es allerdings eine starke Fixierung auf die europäischen Fonds mit einer geradezu lähmenden Wirkung durch die Subventionsmentalität.

Mit dem Beitritt von zehn wirtschaftschwächeren Staaten werden sich die regionalen Disparitäten innerhalb der Europäischen Union verschärfen, ohne dass bis dahin die Unterschiede in der EU-15 abgebaut wären (zu den regionalen Unterschieden auf nationaler Ebene vgl. auch Abb. 3-4). Obwohl ein Drittel des EU-Haushaltes für die Kohäsionspolitik aufgewandt wird, ist der Erfolg nur mäßig. Die

⁴⁰ Dänemark, Luxemburg, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Slowenien und Zypern bilden jeweils eine NUTS-2-Region. Für Malta liegen keine Daten vor, für die Türkei existieren bislang keine Daten auf Regionsebene.

interregionalen Unterschiede wachsen, der Prozess der Polarisierung wurde bislang nicht aufgehalten, so dass provokant von sozialer Umverteilung statt Impulsen zur Regionalentwicklung gesprochen wird (vgl. GORZELAK 2001: 744).

Es werden daher Zentrum-Peripherie- sowie West-Ost-Disparitäten entstehen bzw. wo bereits vorhanden wachsen (vgl. GÖRMAR et al. 2001: 5). Bereits heute liegen die Hauptstadtregionen der Beitrittsländer weit über den nationalen Durchschnittswerten und sind Anziehungspunkt für (v.a. ausländische) Investitionen. Bislang konnten sie jedoch keine Streuungseffekte als Wachstumspol entfalten, sondern führen zu einer Polarisierung innerhalb der Länder (vgl. auch Kap. 2.3.1). Zudem wirken sozialistische Raumentwicklungsmuster nach, die (RGW-orientierte) Industriezentren förderten und periphere Regionen vernachlässigten. Dort stellen heute Wirtschaftswandel, Struktur-schwäche und Abwanderung einen Teufelskreis der Regionalentwicklung dar. Nur teilweise werden diese Prozesse durch die Strukturmittel der Europäischen Union aufzuhalten sein.

SICHERHEITSPOLITIK

Neben den wirtschaftlichen Interessen stehen sicherheitspolitische Interessen im Blickpunkt der EU-Osterweiterung, wobei die bislang östlichen EU-Länder, v.a. Deutschland und Österreich, von der Osterweiterung stärker profitieren werden als der Mittelmeerraum oder Irland. Da sich durch die Freizügigkeit in der Europäischen Union, wenn auch nach einer bestimmten Übergangszeit, die Kontakte intensivieren werden, sind positive Effekte auf die zwischenstaatlichen Beziehungen zu erwarten (vgl. BERTELSMANN STIFTUNG 2000: 9). Insbesondere gilt die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen als Vorbild für die deutsch-polnische Kooperation.

Zu den positiven sicherheitspolitischen Effekten v.a. aus deutscher Sicht zählt, dass nunmehr andere Länder die Außengrenze der EU nach Osten bilden und die Verantwortung der Grenzsicherung übernehmen müssen.

Die ökonomischen und politischen Konvergenzprozesse bewirken eine Stabilisierung Europas. Allerdings ist damit gleichzeitig eine neue Polarisierung verbunden, indem der ehemalige Ostblock gespalten wird in Länder, die bereits jetzt oder zukünftig der Europäischen Union angehören und denen, die eher Russland verbunden sind. Die Integration nach Westen bedeutet für einige Regionen, bspw. Kaliningrad oder den ostpolnischen-ukrainisch/belorussischen Grenzraum, die schmerzhaft Trennung von den östlichen Nachbarn, da die Europäische Union eine strikte Grenzsicherung fordert, wodurch historische Wirtschaftsverflechtungen unterbunden werden.⁴¹

Bereits der NATO-Beitritt Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik im März 1999 bedeutete die politische und militärische Lösung aus dem Einflussbereich Russlands. Die GASP – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union ist jedoch noch weit von der Realisierung

⁴¹ Kaliningrad ist ein besonderer Streitfall in der Diskussion um die Erweiterung der Europäischen Union. Mit dem Beitritt Polens und Litauens wird die Exklave Kaliningrad vollständig vom Mutterland Russland abgetrennt.

Durch die Verlagerung der EU-Außengrenze an die Ostgrenze Polens ist die dortige Basarwirtschaft nicht mehr möglich, was gerade in diesen peripheren, wirtschaftsschwachen Räumen eine wichtige Lebensgrundlage für die Bevölkerung ist (vgl. u.a. HAASE 2002).

entfernt. Dies zeigte sich im Irak-Konflikt, als sich EU-Mitgliedsländer wie auch Beitrittsländer gegen das Votum der Union auf die Seite der USA stellten. Insbesondere Polen fiel mit seiner pro-amerikanischen Positionierung auf.

Unter die sicherheitspolitischen Effekte fallen auch die Zusammenarbeit im Kampf gegen die organisierte Kriminalität sowie positive Umweltentwicklungen. Die zu übernehmenden EU-Standards entschärfen Risiken, die beispielsweise durch alte Atomkraftwerke⁴² bestehen (vgl. BERTELSMANN STIFTUNG 2000: 9).

MIGRATION

Mit der Umsetzung der Freizügigkeit einher gehen Befürchtungen vor einer großen Migrationswelle aus dem Osten, die vor allem den Arbeitsmarkt weiter unter Druck setzen wird. Diese Befürchtungen, v.a. der Anrainerstaaten Deutschland und Österreich, waren ausschlaggebend für die Einführung von Übergangsfristen (u.a. für den Personenverkehr) bis zur vollständigen Freizügigkeit.⁴³

Obwohl es Übergangsfristen auch bei der Süderweiterung und nach dem Beitritt Irlands gab, wird die jetzige Entscheidung darüber in den Beitrittsländern äußerst kritisch gesehen. KRÄTKE (2001b: 777) spricht von einem „Kollateralschaden“ der Politik der Übergangsfristen, da sich Polen nun als Mitglieder zweiter Klasse fühlen (s.a. Ergebnisse der Befragung, Kap. 5.3.7). Durch den allmählichen Annäherungs- und Konvergenzprozess ist es allerdings möglich, soziale Spannungen in Europa nach und nach abzubauen und somit die vorwiegend ökonomisch motivierte Migration einzudämmen.

Um den Umfang der Migration einzuschätzen, ist eine Betrachtung der Push- und Pull-Faktoren in der Quell- wie auch in der Zielregion notwendig. Die Entscheidung für oder gegen Migration ist prinzipiell eine Kosten-Nutzen-Abwägung (vgl. ALECKE/UNTIEDT 2001: 126-127). Die Reduzierung der Migrationsentscheidung auf den *homo oeconomicus* lässt jedoch keine reale Einschätzung zu, da sich der Grund für Migration nicht singular auf das Einkommensgefälle reduzieren lässt. Weitere Einflussfaktoren sind die Arbeitsmarktsituation, die geographische und die kulturelle Distanz, politische und ethnische Konflikte sowie relevante Regulierungsmechanismen (vgl. u.a. KUNZE 2000: 138). Außerdem befördern Netzwerke die Migration, indem sie Informationen zugänglich machen, also Transaktionskosten senken; zudem bestimmen sie die Richtung der Migration (vgl. WERNER 2001: 14). Dieses Paket an Einflussfaktoren macht die Entwicklung von Szenarien der Migration des *homo socialis* entsprechend schwierig, so dass sich differierende Aussagen gegenüber stehen.

⁴² Das bekannteste Beispiel dafür ist das tschechische Kraftwerk Temelin. Der Streit um das Kraftwerk direkt an der österreichisch-tschechischen Grenze zog weite politische Kreise. Schließlich mussten auf Druck Österreichs erhöhte Investitionen zur Sicherheit in den Kraftwerksaufbau fließen (vgl. u.a. PEĐZIWOL 2003).

⁴³ Die Übergangsfristen für den freien Personenverkehr gestalten sich nach der Formel 2+3+2. Dies bedeutet, dass die EU-15-Mitglieder in den ersten zwei Jahren ihre nationalen Regelungen beibehalten. Danach erfolgt eine allmähliche Öffnung des Arbeitsmarktes, wobei temporäre, regionale und fachspezifische Schutzklauseln weiterhin möglich sind. Nach fünf Jahren sollen Arbeiterlaubnisse nur noch in Ausnahmefällen gefordert werden können; nach sieben Jahren ist die vollständige Freizügigkeit des Personenverkehrs umgesetzt (vgl. SEKRETARIAT EUROPEJSKI 2002; WWW.EUROPA.EU.INT 30.09.2003)

Eine Auswertung der wichtigsten Zuwanderungsprognosen liefern FREUDENSTEIN/TEWES (2001)⁴⁴ und ALECKE/UNTIEDT (2001)⁴⁵. Erstgenannte kommen zu dem Schluss, dass in den ersten 10 Jahren nach dem Beitritt jährlich etwa 160.000 Personen aus den 10 mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern zuwandern werden. (Diese Zahl ist allerdings um bis zu 30 % zu kürzen, da Rumänien und Bulgarien nicht zur ersten Beitrittsrunde zählen werden.) Die in die Gegenüberstellung einbezogene polnische Studie (ISP) schließt aus der Auswertung des Migrationsgeschehens der vergangenen Jahre allerdings, dass es keine massive Emigration aus Polen in die Europäische Union geben wird, vielmehr wird eine deutliche Rückwanderung polnischer Arbeitskräfte einsetzen. FREUDENSTEIN/TEWES konstatieren nach Auswertung der fünf Studien, dass der Druck auf den deutschen Arbeitsmarkt zu verkräften sein wird; eine spezielle Reglementierung könnte dies unterstützen.

Nach ALECKE/UNTIEDT (2001) lassen die Ergebnisse der betrachteten Untersuchungen keine verlässlichen Aussagen bezüglich der zu erwartenden Migration aus den MOEL zu. Sie beziehen Studien in die vergleichende Betrachtung ein, die auf Umfrageergebnissen basieren. Diese liefern jedoch wenig verlässliche Werte, da die reale Umsetzung der Migration weitaus seltener erfolgt als die positive Migrationsentscheidung im Vorfeld vermuten lässt wie Erfahrungen belegen. Insgesamt gehen sie von einem hohen Zuwanderungsdruck aus den MOEL nach Deutschland nach dem EU-Beitritt und nach Eintreten vollständiger Freizügigkeit aus. Demnach beträgt das gesamte Migrationspotenzial 2 bis 10 % der Bevölkerung der MOEL und wird von temporärer Migration dominiert. Auch ALECKE/UNTIEDT befürworten Übergangsbestimmungen ähnlich den Regelungen im Zuge der EU-Süderweiterung.

Das primäre Zielland der Migration für alle MOEL (außer Slowenien) ist Deutschland, wohin im Durchschnitt 21 % der Migranten auswandern wollen. In Polen ist die Bereitschaft zur Migration in die EU drei- bis viermal so hoch wie in den anderen Beitrittsländern. Jedoch für nur 14 % der Migrationswilligen kommt eine dauerhafte Auswanderung in Betracht; es dominieren Vorstellungen von „ein paar Wochen/Monaten“ (46 bzw. 37 %). Temporäre Migration ist zum einen attraktiv, da innerhalb kurzer Zeit ein hoher Verdienst erzielt werden kann (Bsp. Bau- oder Landwirtschaft), zum anderen erhöht ein Auslandsaufenthalt die Fähigkeiten und Kenntnisse, die sich positiv auf dem heimischen Arbeitsmarkt in Wert setzen lassen (sprachliche und kulturelle Kenntnisse z.B.). Allerdings zeigen Erfahrungen der türkischen Zuwanderung nach Deutschland, dass temporäre Migration oftmals zur dauerhaften wird (vgl. ALECKE/UNTIEDT 2001).

Demgegenüber stehen Untersuchungsergebnisse, weshalb *keine* Migration eintritt. Gründe dafür sind das soziale Umfeld, nicht transferierbare Kenntnisse, Risikoscheu, Angst vor Diskriminierung, *option value of waiting* (durch Abwarten Informationen sammeln und Unsicherheiten verringern), legale Hemmnisse und/oder Unterschiede der Sozialsysteme (vgl. WERNER 2001: 15-16). Zudem gibt es neben der Risikoaversion eine Präferenz der kurzen Fristen (hohe anfängliche Kosten werden höher

⁴⁴ INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (ifo) 2001, INSTITUT ZUR ZUKUNFT DER ARBEIT (IZA) 1999, DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (DIW) 2000, EUROPÄISCHE KOMMISSION 2001, INSTITUT FÜR ÖFFENTLICHE ANGELEGENHEITEN (ISP) Warschau 2001

⁴⁵ DIW 1997 und 2000, ORLOWSKI/ZIENKOWSKI 1999, BAUER/ZIMMERMANN 1999, HILLE/STRAUBHAAR 2000, FERTIG/SCHMIDT 2000, IFO-INSTITUT 2001

bewertet als spätere unsichere Erträge) bei potenziellen Migranten, was die „Verharrungstendenz“ befördert (vgl. ALECKE/UNTIEDT 2001: 128). Insgesamt wird deutlich, dass letztlich ein Set individueller Gründe über die Migration bestimmt und die makroökonomischen Determinanten überlagert.

Zu berücksichtigen ist, dass Polen im Unterschied zu Tschechien oder der Slowakei ein klassisches Auswanderungsland ist. In Polen gab es in jüngerer Zeit mehrere Auswanderungswellen, ab 1956 auch mit dem Ziel Bundesrepublik. Dies waren zum einen sog. Aussiedler, von denen bis 1990 ca. 1,5 Mio. in die Bundesrepublik migrierten, was von der deutschen Regierung unterstützt wurde. Zum anderen gab es v.a. nach 1980 eine große Anzahl politischer und/oder wirtschaftlicher Flüchtlinge (vgl. FASSMANN 1998). Als Folge dessen bilden polnische Staatsangehörige nach der türkischen, jugoslawischen, italienischen und griechischen bereits die fünftgrößte ausländische Nationalität in Deutschland. Ende 2001 lebten mehr als 310.000 Polen in der Bundesrepublik, was eine gewisse kulturelle Brücke schafft (vgl. HÖNEKOPP/WERNER 1999; HAUG 2002: 11). Diese polnischen Netzwerke, v.a. in den Agglomerationen, senken Transaktionskosten der Migrationswilligen und erhöhen somit die reale Zuwanderung.

Betrachtet man die Migration der vergangenen Jahre zwischen Polen und Deutschland, so zeigt sich, dass nach einem Hoch der Migration von Polen nach Deutschland im Jahre 1989 diese darauffolgend stark zurück ging (vgl. Abb. 3-5). Seit Ende der 1980er Jahre ist eine starke Remigration von Deutschland nach Polen zu verzeichnen. Zu vermuten ist, dass dies v.a. politische Flüchtlinge sind, die nach Ausrufung des Kriegszustandes 1980 migrierten und nach der politischen Wende in Polen zurückkehrten. Der aktuelle Wanderungssaldo zwischen Polen und Deutschland ist daher relativ gering und beträgt zwischen 10.000 und 20.000 Personen pro Jahr.

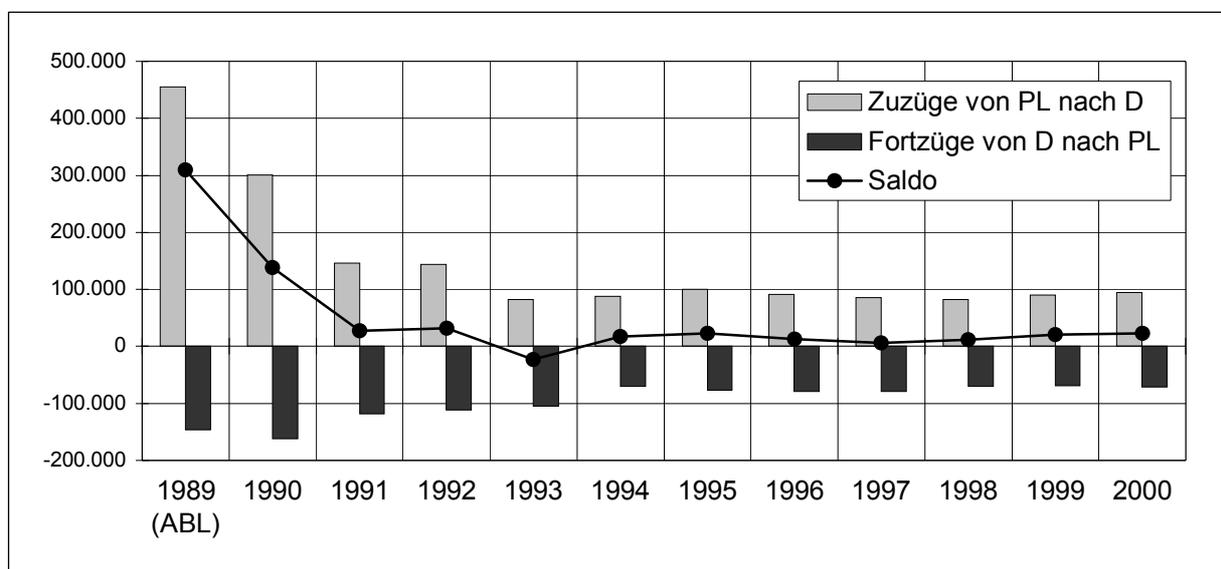


Abb. 3-5: Migration zwischen Polen und Deutschland (Quelle: STBA div. Jg.)

Die derzeitige Migration von Polen nach Deutschland wird dominiert von temporären Arbeits- (und Studien-)Aufenthalten. HAUG (2002: 17-18) schließt daraus, dass dauerhafte Zuzüge aus den MOEL auch nach der Osterweiterung die Ausnahme bilden werden, so dass das Migrationspotenzial als gering eingeschätzt werden kann.

Insgesamt ist eine große Unsicherheit bezüglich der zu erwartenden Migration aus den Beitrittsländern zu konstatieren. Diese Unsicherheit beförderte die mit der EU-Osterweiterung verbundenen Ängste, woraus die sehr langen Übergangsfristen für den freien Personenverkehr resultierten.

3.2.5 Vergleich mit früheren Erweiterungen

Vielfach wird die bevorstehende Osterweiterung der Europäischen Union mit früheren Erweiterungen verglichen, v.a. mit der Süderweiterung um Griechenland (1981), Spanien und Portugal (1986). Die Integration dieser drei Länder unter dem Dach der Europäischen Union hatte ebenso wie die Osterweiterung einen in Teilen politisch motivierten Hintergrund: Nach dem Zusammenbruch der diktatorischen Regime sollten die jungen Demokratien unterstützt werden. Zum Zeitpunkt des EU-Beitritts war die wirtschaftliche Lage der drei Länder sehr ungünstig. Die besondere Situation im Vergleich zu den Mitgliedsländern machten die Beitrittsverhandlungen schwierig und lange Übergangsfristen notwendig (vgl. u.a. HERZ 2002: 52-53).

Vor allem zwischen Spanien und Polen mit fast identischer Größe (ca. 39 Mio. Einwohner) werden nun Parallelen hinsichtlich des EU-Beitritts und den damit verbundenen Problemen und Entwicklungschancen gezogen. In Spanien mussten die gleichen strukturellen Schwierigkeiten bewältigt werden wie heute in Polen: tiefgreifender Strukturwandel der Wirtschaft, Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft senken, Rückbau in der Eisen- und Stahlindustrie einschließlich Schiffbau sowie im Kohlebergbau, womit gleichzeitig eine Verbesserung des Umweltschutzes verbunden ist (vgl. BANÚS 2002: 82-85). Diese Umstrukturierung gelang in Spanien erfolgreich, wenngleich über einen langen Zeitraum.

Zum Zeitpunkt ihres EU-Beitrittes lag das Preisniveau in Portugal und Spanien bei 60 bzw. 72 % des EU-12-Durchschnittes. Bei den jetzigen Beitrittskandidaten liegt das Preisniveau zwischen 41 % in der Slowakei und 87 % in Malta (vgl. Abb. 3-6). Jedoch ist ebenso wie bei den früheren Erweiterungen bereits eine Preiskonvergenz festzustellen (vgl. EU-NACHRICHTEN 17/2003: 4).

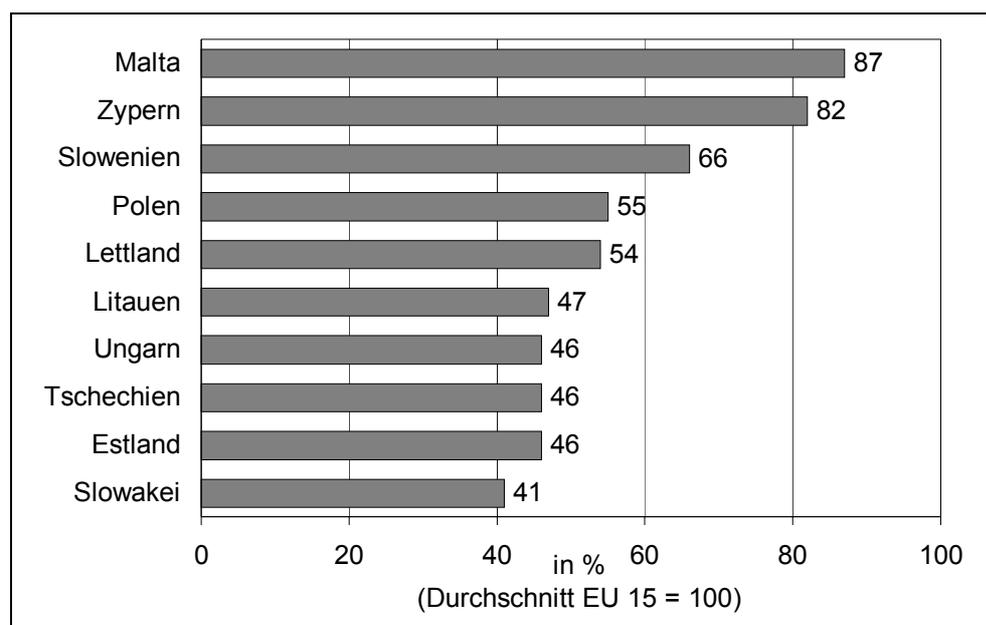


Abb. 3-6: Preisniveau für Waren und Dienstleistungen in den EU-Beitrittsländern im Jahr 2000 (Quelle: EU-NACHRICHTEN 17/2003: 4)

Trotz des erheblichen Lohngefälles gab es bei der Süderweiterung der EU „kein Ansteigen der Zuwanderung aus den Beitrittsländern [...], weder zum Zeitpunkt des Beitritts, noch nach dem Auslaufen der Übergangsregelungen zur Freizügigkeit. Die Spitzenwerte der Zuwanderung aus Spanien und Griechenland wurden vielmehr um 1973 erreicht, lange vor Aufnahme in die EU.“ (KUNZE 2000: 142)

Zusammenfassend lassen sich aus den bisherigen Erweiterungen der Europäischen Union folgende Schlussfolgerungen ziehen: Der Beitritt in die Europäische Union wird den MOEL das Aufholen erleichtern. Dabei ist die Konvergenz mit den EU-Kernländern allerdings ein langfristiges Ziel, was durchaus diskontinuierlich (mit Höhen und Tiefen) verlaufen kann; ein Einholen ist nicht garantiert. Für schwache Volkswirtschaften kann der verfrühte Beitritt durchaus mit Gefahren verbunden sein. Nicht zuletzt hängt der Erfolg trotz aller Hilfen von Seiten der Europäischen Union stark von den Beitrittsländern selbst ab. Das positive Beispiel Irland, das bei den Beitrittsländern große Erwartungen geweckt hat, ist nicht einfach nachzuahmen. Dem gegenüber steht das Negativ-Beispiel Griechenland, das sich 10 Jahre nach dem Beitritt noch auf einem Abwärtstrend befand. Eminent wichtig für eine erfolgreiche Integration und den weiteren Konvergenzprozess ist das endogene Potenzial der Beitrittskandidaten, wozu eine wettbewerbsfähige Industrie, eine kleine, aber produktive Landwirtschaft, eine gut ausgebildete Bevölkerung, makroökonomische Stabilität, ein effektiver Wohlfahrtsstaat und ausländische Direktinvestitionen zählen (vgl. DELHEY 2002).

Letztlich muss unterschieden werden zwischen Beitritt und Integration. Der relativ lange Beitrittsprozess der vierten Erweiterung von bis zu 10 Jahren war bereits verbunden mit dem Beginn des Konvergenzprozesses, indem die Beitrittskandidaten nach und nach den *Acquis Communautaire* übernahmen. Die vollständige Integration in die Europäische Union ist mit dem Beitritt längst nicht abgeschlossen.

Eine Herausforderung für alle Beitrittsländer besteht in dem großen Förderbedarf und der gleichzeitig geringen Absorptionsfähigkeit. Befürchtet wird, dass die vorhandenen Institutionen und administrativen Strukturen mit der Umsetzung der EU-Förderprogramme überfordert sein werden. Dem wird allerdings durch die Vorbeitrittsprogramme entgegengewirkt, die den entsprechenden Strukturaufbau unterstützen (vgl. FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG 2001b: 59, 81; BANÚS 2002: 93).

Die ostmittel- und osteuropäischen Länder erhöhen den Druck auf die Europäische Union, „eine überholte und immer kostspieligere Status-quo-Mentalität durch innovatives und flexibles Verhalten zu ersetzen.“ (BERTELSMANN STIFTUNG 2000: 8) Dieser Prozess ist eine Chance der Erneuerung, jedoch nicht einfach und schmerzfrei für die Länder auf den eingefahrenen Gleisen des alten Europas. Dies gilt gleichfalls für institutionelle Reformen der Europäischen Union, die längst überfällig sind. Der nunmehr starke Druck durch die Aufnahme von zehn neuen Mitgliedern ermöglicht eine grundsätzliche Debatte zur Struktur der Union. Damit verbunden ist eine Wiederbelebung des europäischen Gedankens der Integration, der den bisherigen Euro-Skeptizismus und die mangelnde Akzeptanz ablöst (vgl. BERTELSMANN STIFTUNG 2000: 10-11). Nur unter dem Druck einer so immensen Erweiterung war die Installierung des EU-Konvents möglich, der 2002/03 über die zukünftigen Aufgaben und Strukturen der Europäischen Union beriet. Im Juni 2003 wurde dem Europäischen Rat ein Verfassungsentwurf für die EU vorgelegt, der weiter diskutiert wird (vgl. EU-NACHRICHTEN 5/2003: 5 und 13/2003: 4).

4 Ist-Analyse des Untersuchungsraumes

4.1 Historisch-geographischer Überblick

Zum besseren Verständnis der besonderen Grenzsituation im Untersuchungsgebiet soll im Folgenden ein kurzer historischer Überblick gegeben werden, der Schlüsse auf bestimmte Entwicklungspfade in der Region zulässt.

Das Gebiet des heutigen nördlichen deutsch-polnischen Grenzraumes wurde durch die sog. deutsche Ostkolonisation besiedelt; im 12. und 13. Jh. erfolgte die Gründung der meisten Städte in diesem Gebiet. Durch den Westfälischen Frieden (1648) wird Pommern geteilt: Vorpommern fällt an Schweden, Hinterpommern an Preußen. Nach dem Zweiten Nordischen Krieg erwirbt Preußen 1720 den südlichen Teil Schwedisch-Pommerns bis zur Peene. Es bestehen nunmehr Schwedisch-Pommern, Preußisch-Vorpommern und Preußisch-Hinterpommern. Auf dem Wiener Kongress (1815) wird die Einigung erzielt, dass auch Schwedisch-Vorpommern an Preußen geht, womit Pommern wieder vereint ist. Es entsteht die preußische Provinz Pommern mit den Regierungsbezirken Stettin, Stralsund und Kröslin. 1932 werden die Regierungsbezirke Stettin und Stralsund vereinigt (vgl. LZPB MV 1995b).

Am 1. September 1939 erfolgte der Angriff Deutschlands auf Polen. Bereits im April hatte Hitler den Nichtangriffspakt aufgekündigt. In dem Geheimen Zusatzprotokoll zum Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion wurde schon die Teilung Polens vorbereitet. Am 17. September 1939 folgte der Einmarsch sowjetischer Truppen in Polen, nach offiziellem Wortlaut, um die ukrainische und belorussische Bevölkerung zu schützen. Am 28. September 1939 wurde der Grenz- und Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion geschlossen, es folgte die Eingliederung der östlichen polnischen Gebiete in die Sowjetunion. Deutschland verfolgte das Ziel einer ethnischen Säuberung. Es begannen umfangreiche Umsiedlungsmaßnahmen, wozu ab 1939 mit den baltischen Ländern und der Sowjetunion Abkommen geschlossen wurden. Gleichzeitig sollten die eingegliederten Gebiete „entpolonisiert“ werden, um Lebensraum im Osten zu schaffen. Nicht nur von deutscher, sondern auch von sowjetischer Seite gab es Bestrebungen, die soziale Oberschicht in den besetzten polnischen Gebieten zu eliminieren. So wurden bis zu 2,5 Mio. Polen nach Osten deportiert. Zum Symbol für die von sowjetischer Seite verübten Morde an Polen wurden die 1943 entdeckten Massengräber von Katyn.

Bereits während des Krieges verhandelten die Sowjetunion und die polnische Exilregierung über die zukünftige Grenze Polens. Der Vorschlag der Westverschiebung als Kompensation wurde von polnischer Seite schließlich aufgegriffen. Durch die dauerhafte Umsiedlung der Deutschen sollte die Bevölkerungsmischung vermieden werden, um zukünftig Konflikte auszuschließen, was auch im Interesse der Alliierten war. Von der neuen Grenzziehung waren 8-10 Mio. Deutsche betroffen.

Auf der Jalta-Konferenz wurde keine endgültige Einigung über die Grenzziehung Polens im Westen erzielt und eine Entscheidung auf spätere Verhandlungen im Zuge der Friedenskonferenz verschoben. Stalin räumte jedoch der polnischen Regierung alle Verwaltungsbefugnisse in den eroberten Gebieten ein, woraufhin die Polonisierung der sog. *wiedergewonnenen Westgebiete* begann. Auf der Potsdamer

Konferenz protestieren die Westmächte, aber die Geschehnisse in Polen waren nicht mehr rückgängig zu machen (vgl. BZPB 1991).

Zwischen 1945 und 1947 gab es einen fast vollständigen Bevölkerungsaustausch in den polnischen *wiedergewonnenen Westgebieten*. Die Besiedlung erfolgte teilweise zögerlich, v.a. wegen der Unsicherheit der Grenzziehung. Angesiedelt wurden Polen, die aus den nun zur Sowjetunion gehörenden Gebieten stammten; nach Pommern kamen Kaschuben, Bromberger und Wilnaer. Außerdem wurden gezielt ehemalige Soldaten als Schutzwall angesiedelt. In den 1970er Jahren war der Vorkriegs-Bevölkerungsstand erreicht. Diese neue Grenzbevölkerung besaß keinen Bezug zur deutschen Sprache und Kultur, wodurch die mentale Realisierung der neuen Grenzziehung erleichtert wurde (vgl. SZCZEGÓŁA 1999: 33).

In den deutschen Grenzregionen stellten die Umsiedler bzw. Vertriebenen aus den Ostgebieten eine hohe Belastung dar. Im Mai 1948 waren 43,6 % der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern Umsiedler. In einigen Gemeinden verdoppelte sich die Bevölkerungszahl (vgl. LISIECKI 1996b: 101).

Ab 1950 siedelten mehr als eine Mio. Deutsche aus Polen in die Bundesrepublik über. Dies waren v.a. Deutschstämmige aus Oberschlesien, den Masuren und dem südlichen Ermland, die nach dem Krieg als Autochthone deklariert und nicht ausgewiesen worden waren bzw. als Arbeitskräfte zurückgehalten wurden. Ab 1975 erhielt Polen auf Grundlage des deutsch-polnischen Ausreiseprotokolls für die Aussiedler Zahlungen von deutscher Seite (vgl. BZPB 1991: 51-59).

Aufgrund der dargestellten Entwicklung als regionale Problemlösung nach dem Zweiten Weltkrieg war die Grenzziehung für die Bevölkerung auf beiden Seiten mit einer gewissen Unsicherheit verbunden. Vor allem die Umsiedler hofften lange Zeit, doch noch in *die Heimat* zurückkehren zu können. Auch wenn diese Hoffnung enttäuscht wurde, war sie lange Zeit präsent und beeinflusste die Mentalität der lokalen Bevölkerung. Verständlicherweise hielt sich ein großer Teil dieser Bevölkerungsgruppe beim Engagement und bei Investitionen vor Ort zurück. Möglicherweise resultiert daraus eine gewisse Lethargie, die Außenstehende in der Region wahrzunehmen meinen.

Die Entwicklung an der Grenze zwischen der DDR und der VR Polen durchlief verschiedene Phasen (vgl. u.a. LISIECKI 1996a): Von 1945 bis 1956 diente sie in erster Linie als Barriere. Politisch wurde die Abgrenzung 1947 manifestiert durch die Streichung Vorpommerns aus dem Landesnamen Mecklenburg-Vorpommern. Mit der Bildung neuer Gebietsstrukturen 1952 in der DDR in Form von Bezirken wurden historische Strukturen vollkommen überdeckt.

Bereits mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die DDR im Oktober 1949 und dem 1950 folgenden Görlitzer Abkommen, begann sich die Situation an der deutsch-polnischen Grenze zu entspannen. Die Zusammenarbeit hatte jedoch zunächst ausschließlich politischen Charakter. Eine Anerkennung der Grenze durch die Bundesrepublik erfolgte nicht. Der 1970 in Warschau unterzeichnete deutsch-polnische Vertrag, der bis zu seiner Ratifizierung 1972 umstritten war und diskutiert wurde, enthielt (jedenfalls nach bundesdeutscher Interpretation) lediglich ein Gewalt- nicht aber Gebietsverzicht (vgl. BZPB 1991: 56-59).

Die 60er Jahre brachten eine Vertiefung der Beziehungen. 1967 wurde zwischen der DDR und der VR Polen der Bündnisvertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung

geschlossen. Der Touristenverkehr wuchs stark. Über Regelungen des kleinen Grenzverkehrs wurden polnische Arbeitskräfte in der DDR beschäftigt. Dies war für die polnische Seite eine wichtige Unterstützung, da v.a. Frauen in der Textilindustrie Arbeitsplätze fanden.

Mit dem Abkommen von 1971 begann die Phase des pass- und visafreien Personenverkehrs zwischen der DDR und Polen. In diesen Jahren der offenen Grenze gab es eine intensive Zusammenarbeit. Polen wurde zu einem beliebten touristischen Reiseziel der Ostdeutschen und natürlich gab es auch einen bedeutenden Heimattourismus, der zunächst Ängste bei der polnischen Bevölkerung in den Westgebieten auslöste (vgl. auch LISIECKI 1996c: 102). Polen nutzten die Möglichkeiten der offenen Grenze, um in der ökonomisch besser situierten DDR einzukaufen. Dies führte wiederum zu Spannungen und zum Bild der „hamsternden Polen, die den Einheimischen alles wegkaufen“.

Mit der politischen Entwicklung in Polen sah sich die DDR-Regierung gezwungen, das Abkommen 1980 einseitig zu kündigen. Es folgten wiederum Jahre mit einer Grenze als Barriere. In der DDR wurde die Entwicklung in Polen äußerst kritisch gesehen. In der öffentlichen Meinung wurden alte Stereotype wiederbelebt, die die streikenden Polen als Faulpelze darstellten (vgl. LISIECKI 1996b: 99; vgl. auch Kap. 4.2.3). Polen galt als unsicherer Wirtschaftspartner; der Entschluss zum Bau des Hafens Mukran auf Rügen für die Verbindung nach Klaipeda fiel, der den Transit durch Polen vermeiden sollte.

Die Jahre 1989/90 können als Übergangsphase angesehen werden. Nach der deutsch-deutschen Vereinigung wurde am 14.11.1990 der deutsch-polnische Grenzvertrag geschlossen, der die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der polnischen Westgrenze beinhaltet. Am 17.6.1991 folgte der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit (vgl. BZPB 1991: 74).

Seit 1990/91 besteht ein entspanntes Verhältnis, wenn von kurzzeitigen Irritationen abgesehen wird, die von den Vertriebenenverbänden ausgingen. 1991 wurde die Visapflicht abgeschafft, seitdem verstärkt sich die Zusammenarbeit an der Grenze; Euroregionen sind entstanden, wodurch die Idee der miteinander verbundenen Grenzregionen eine neue Belebung erfährt. Aktuell gibt es Spannungen im deutsch-polnischen Verhältnis, die mit der geplanten Errichtung eines Zentrums für Vertriebene verbunden sind. Diese werden jedoch auf politischer Ebene gelöst werden ohne langfristige Nachwirkungen.

4.2 Die aktuelle Situation - Stand der Transformation

Trotz vieler Gemeinsamkeiten im Transformations- und Entwicklungsprozess der vergangenen Jahre bestehen deutliche Unterschiede zwischen den Grensräumen auf deutscher und auf polnischer Seite. Bezug nehmend auf die gesellschaftlichen Dimensionen, in denen die Transformationsprozesse ablaufen (vgl. Kap. 2.2.2), soll nachfolgend die aktuelle Situation im Untersuchungsraum in den drei Dimensionen Politik, Wirtschaft und Soziales unter Berücksichtigung der nationalen und regionalen Rahmenbedingungen, dargestellt werden.

4.2.1 Die politische Dimension

Die politische Entwicklung in Polen wurde sehr stark von externen Faktoren beeinflusst, wozu in erster Linie der angestrebte Beitritt zur Europäischen Union zählt. Außenpolitisch hat sich Polen mit dem Europaabkommen und der Aufnahme in die NATO rasch in die neuen Strukturen Europas eingepasst. Dabei vertritt Polen durchaus eine eigene politische Linie, wie die Positionierung während des Irak-Krieges verdeutlichte. Innenpolitisch war Polen von rasanten Wechsels geprägt. Dies betrifft die Parteienlandschaft ebenso wie die Verwaltungsebenen (vgl. u.a. BINGEN 1999).

Der „Transformationssonderfall Ostdeutschland“⁴⁶ ist durch die vollständige Einbindung in die Außenpolitik der Bundesrepublik nicht vergleichbar. Auch innenpolitisch wurden westdeutsche Strukturen – mit einigen Modifizierungen – übernommen, da auf gemeinsame Wurzeln bspw. in der Parteienlandschaft zurückgegriffen werden konnte.

Mit der Bildung der Länder aus den ehemaligen Bezirken der DDR im Jahr 1990 erschien Vorpommern wieder im Landesnamen. Wenn auch nicht in den historischen Grenzen wird heute zumeist der östliche Landesteil Mecklenburg-Vorpommerns mit den Kreisen Rügen, Nord- und Ostvorpommern, Uecker-Randow sowie den kreisfreien Städten Stralsund und Greifswald darunter subsummiert. Dies entspricht der Planungsregion Vorpommern. Allerdings stimmen administrative Strukturen und oberzentrale Einzugsbereiche nicht überein. Die nicht vorhandene Passfähigkeit administrativer und sonstiger kooperativer Strukturen wie IHK, Handwerkskammern, Arbeitsamtsbezirken etc. (vgl. BLUM 1995: 290-292) erschwert die regionale, erst recht die überregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, was erhöhte Transaktionskosten zur Folge hat.

Auf regionaler Ebene erreichte Vorpommern schneller politische Stabilität als das polnische Westpommern, wo die Situation u.a. durch häufige politische und dadurch bedingte Personalwechsel schwieriger war. Die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und der Woiwodschaft Westpommern wurde zunächst durch inadäquate Verwaltungsstrukturen und Zentralismus erschwert. Nach der Verwaltungsreform in Polen (mit Wirkung zum 1.1.1999) entsprechen die administrativen Strukturen den Anforderungen einer europäischen Regionalpolitik. Allerdings ist die Zusammenarbeit für die regionale Ebene unterhalb von Bundesland und Woiwodschaft nach der Verwaltungsreform schwieriger geworden: Vormals war eine Kooperation zwischen Vorpommern und der Woiwodschaft Szczecin möglich, wodurch ein enger Bezug zum Grenzraum bestand. Mit der Vergrößerung der Woiwodschaft entsprechen die Entscheidungsstrukturen nun der Ebene des Bundeslandes. Auf polnischer Seite ist noch immer Szczecin als Hauptsitz der Woiwodschaftsverwaltung zuständig. Auf gleicher Ebene wird nun zwischen Szczecin und Schwerin verhandelt und Vorpommern praktisch übersprungen.

Zudem wurden Ressourcen für die interne Integration der beiden Woiwodschaften Szczecin und Koszalin zur Woiwodschaft Westpommern (*Województwo Zachodniopomorskie*) benötigt und ließen Probleme der Grenzregion zumindest zeitweilig in den Hintergrund treten. Nicht zuletzt nahm auch die Vorbereitung des Referendums zum EU-Beitritt Polens Kräfte in Anspruch.

⁴⁶ Die Besonderheiten der Transformation Ostdeutschlands werden in dem Sammelband von WIELGOHS/WIESENTHAL 1997 ausführlich diskutiert.

4.2.2 Die ökonomische Dimension

AUF NATIONALER EBENE

Das Ziel der wirtschaftlichen Transformation war in Ostdeutschland wie in Polen mit dem Balcerowicz-Plan die schnelle Schaffung freier Märkte. Der Schocktherapie wurde von Wirtschaftsexperten am ehesten zugetraut (im Unterschied zu graduellen Reformen), nach einer kurzen, wenn auch schwierigen Zeit mit wirtschaftlichen Einbußen, einen Wirtschaftsaufschwung zu befördern.⁴⁷ Die Erwartungen an diese Form der Transformation waren zeitlich wie inhaltlich überzogen und führten zwangsläufig zu einer Enttäuschung sowie kritischeren Betrachtung (vgl. u.a. EISSRICH 2001: 37-41). Vor allem wurden die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Politik unterschätzt (vgl. *Dilemma der Gleichzeitigkeit*, Kap. 2.2.2).

In Ostdeutschland übernahm die Treuhandanstalt die zentralistisch gesteuerte Privatisierung. Bis zu ihrer Auflösung Ende 1994 war die Aufgabe der Privatisierung der volkseigenen Betriebe der DDR nahezu vollständig erfüllt. Im Unterschied dazu gab es in Polen einen Methoden-Mix, in dem Voucher eine wichtige Rolle übernahmen. Der Privatisierungsprozess verlief teilweise zögerlich, v.a. bei den staatlichen Großbetrieben; bis 1997 waren nur knapp 25 % vollständig privatisiert (vgl. BINGEN 1999: 178). Obwohl die Privatisierung nach dem Regierungswechsel 1997 wieder forciert wurde, gibt es weiterhin Verzögerungen im Stahl- und Agrarsektor. Polen konnte jedoch auf Erfahrungen bei dieser Aufgabe zurückgreifen. So kam es im sog. Polnischen Oktober 1956-58 zur Reprivatisierung in der Landwirtschaft, in den 70er Jahren folgten Privatisierungsmaßnahmen im Wohnungssektor und ab 1981 auch in der Industrie mit dem ‚Gesetz über die Selbstverwaltung der Belegschaft‘ (vgl. KORCELLI 1997: 196; PÜTZ 1998a: 61).

Im Unterschied zu den staatlichen Großbetrieben war der polnische Einzelhandel bereits 1991 zu 90 % privatisiert. Unmittelbar an den Grenzen entstanden Märkte, die binnen kürzester Zeit ihre Strukturen verfestigten. Nach Schätzungen erhöht der Grenzhandel die polnische Handelsbilanz um 6-7 Mrd. US\$ (vgl. ROTHACHER 1999: 69). Die sich entwickelnde starke Handelsaktivität (Einkaufstourismus) ist ein typisches Phänomen in Grenzregionen mit einem starken Einkommensgefälle. Die Marktplatzwirtschaft war wichtig für die Entwicklung des Unternehmertums und zur Dämpfung der Folgen der Schocktherapie (vgl. STRYJAKIEWICZ 2002: 110).

GORZELAK (1996: 85) führt die rasche Entwicklung der Marktplatzwirtschaft u.a. auf tradierte Strukturen in Polen zurück, da bereits in den 1970er Jahren *private business belts* um Warschau und Poznań entstanden. Auf diese Strukturen konnte in den 1990er Jahren zurückgegriffen werden, so dass das Unternehmertum eine ganz andere Tradition besaß als beispielsweise in der DDR. Mit dem geringeren Lohnniveau und der allgemein schlechten wirtschaftlichen Lage gingen in Polen Erscheinungen „sozialer Pathologie“ einher, wie häufige Arbeitsplatzwechsel, eine schlechte Arbeitsmoral und Kriminalität (vgl. ZIEMER 1991: 106). Daraus resultierte die Organisation von Nebenverdiensten in diversen Branchen mit einer Teiletablierung flexiblerer marktwirtschaftlicher Strukturen. Dieser

⁴⁷ MACHIAVELLI „Il Principe“ (1513) erlebte eine Renaissance mit seiner Empfehlung, alle schlechten Taten auf einmal auszuführen, um dann mit Wohltaten die Menschen wieder für sich zu gewinnen (vgl. u.a. VON BEYME 2001).

Wandel formeller Institutionen nahm starken Einfluss auf die informellen Institutionen; marktwirtschaftliche Mentalitäten bildeten sich heraus, die mit der offiziellen Einführung der Marktwirtschaft ihre Erprobungsphase bereits hinter sich hatten. Darauf basierend hatte der Privatsektor schon 1992 einen Anteil am BIP von 45 % (vgl. JUCHLER 1994: 496). Insofern ist die strikte Unterscheidung von plan- und marktwirtschaftlichen Strukturen unvollständig. Teilweise bildeten sich auch in den Planwirtschaften aufgrund der praktischen Erfordernisse (und Möglichkeiten) privatwirtschaftliche Marktstrukturen heraus, die allerdings unterschiedlich bewertet werden: FASSMANN (1997: 16) spricht von *Protomärkten*, JUCHLER (1994a: 488) von einer „ziemlich chaotischen Mischwirtschaft“, mit Elementen der Planwirtschaft, partiellen Marktbeziehungen und informellen Tauschbeziehungen.

In der Landwirtschaft führte die ökonomische Situation zur Entstehung zahlreicher Betriebe im Nebenerwerb: etwa 1 Mio. landwirtschaftliche Betriebe besitzen heute weniger als 1 ha Nutzfläche; 56 % der landwirtschaftlichen Betriebe produzieren nur für den Eigenbedarf und nicht für den Markt (vgl. GÓRZ/ULISZAK 2002: 77). Diese werden dennoch in den offiziellen Statistiken mit berücksichtigt und stellen heute die polnische Landwirtschaft als extrem rückständig und reformbedürftig dar.⁴⁸

AUF REGIONALER EBENE

Die deutsche und die polnische Grenzregion des Untersuchungsraumes besitzen historisch bedingt strukturelle Gemeinsamkeiten jedoch in unterschiedlich starker Ausprägung. Vorpommern ist landwirtschaftlich dominiert, wobei aufgrund historischer Entwicklungspfade immer großflächige Strukturen existierten, die in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der DDR ihre Fortsetzung fanden. Aus dieser fehlenden Tradition heraus entwickelte sich auch mit Einführung der Marktwirtschaft kein Bauerntum, es blieb bei der Dominanz großflächiger Landwirtschaftsbetriebe. In Westpommern ist die Landwirtschaft zwar kleinteiliger, entspricht aber den Strukturen in der Europäischen Union und ist nicht zu vergleichen mit agrarischen Strukturen Ostpolens. Industrielle Basis beider Regionen ist die maritime Wirtschaft, wobei Westpommern aufgrund der natürlichen Voraussetzungen und durch die größeren Städte im Vergleich zu Vorpommern stärker industriell geprägt ist. Vor allem für den unmittelbaren Küstenraum ist beiderseits der Grenze der Tourismus als Wirtschaftsfaktor bedeutsam.

In der Woiwodschaft Westpommern ist die Privatisierung weit fortgeschritten. 1996 gehörte die Woiwodschaft Szczecin zu denen mit der höchsten Dichte privater Firmen je 1.000 Einwohner. Im Jahr 2000 waren bereits 97 % der Unternehmen in privater Hand (vgl. KORCELLI 1997: 199). Die Stettiner Werft, die durch technische Modernisierung und modernes Management Konkurrenz für deutsche Werften ist, wurde lange Zeit als Musterbeispiel einer Privatisierung staatlicher Großbetriebe angesehen (vgl. u.a. ROTHACHER 1999: 64).⁴⁹ Allerdings ist die derzeitige Situation außerordentlich schwierig, wozu u.a. Probleme der maritimen Wirtschaft weltweit, die zögerliche Privatisierung der polnischen Großbetriebe und die teilweise inkonsequente Weiterführung der Transformation beigetra-

⁴⁸ Eine Verbesserung der statistischen Analyse soll eine reale Bewertung des Agrarsektors und dessen Reformbedarf ermöglichen. ORŁOWSKI (2001: 79-82) beziffert den realen Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft auf 9-14 % (laut offizieller Statistik 26-27 %).

⁴⁹ Auf die aktuellen Probleme des europäischen Schiffbaus sei hier nur am Rande verwiesen. Ausführlich dazu EICH-BORN 2003.

gen haben, was sich in der Region Szczecin negativ niederschlägt. So stieg die Arbeitslosenquote in der Woiwodschaft Westpommern in den vergangenen Jahren kontinuierlich an, von 13,9 % im Jahr 1998 auf 26,4 % im Jahr 2002. Dabei gibt es sehr starke regionale Disparitäten: In den grenznahen Kreisen liegen die aktuellen Werte (6/03) teilweise unter 20 % (in Szczecin 15,2 %), in den östlichen Kreisen der Woiwodschaft über 35 %. Im Vergleich dazu hat Mecklenburg-Vorpommern eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 19,6 %, in den östlichen Landesteilen mit Spitzenwerten von über 25 % (vgl. WWW.STAT.GOV.PL 11.08.2003; StLA MV 2002).

Ein weiterer wichtiger Faktor für die Bewertung der ökonomischen Situation einer Region ist die Entwicklung der außerregionalen Nachfrage.⁵⁰ Mecklenburg-Vorpommern hat eine sehr geringe Exportquote von lediglich 4,5 % des BIP. Der sogar in wichtigen Branchen des Landes negative Außenhandelsaldo weist auf eine geringe Wettbewerbsfähigkeit der Region hin und lässt Nachteile für die weitere Entwicklung vermuten. Von einer Grenzöffnung nach Osten kann das Bundesland daher nur eingeschränkt profitieren (vgl. MAB MV 2001: 136).

Für Westpommern liegen zwar keine aktuellen regionalen Daten vor, aber die Import- und Exportquote entspricht mindestens dem polnischen Durchschnittes von 28 bzw. 18 % (vgl. MAB MV 2001: 59). Mit der weiteren Grenzöffnung werden vermehrt ausländische Investitionen in Polen erwartet, wobei v.a. dem Kauf von Grund und Boden durch Ausländer mit großen Befürchtungen entgegen gesehen wird (vgl. Kap. 5.3.7.2). Bislang floss ausländisches Kapital überwiegend in Regionen mit günstiger Infrastruktur, einem hohen Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte und einem großen Marktpotenzial. Des Weiteren ist die Nähe zu Zentren der ökonomischen und politischen Entscheidungen bedeutsam. Aus diesem Grund konzentrieren sich die ausländischen Direktinvestitionen wie in allen Transformationsländern auf die Hauptstadtregion. Allerdings gibt es in Polen bereits seit 1976 ausländische Investitionen. Bis 1988 entstanden 651 Firmen (v.a. in Warschau) mit insgesamt 73.600 Arbeitsplätzen. Viele der seit 1986 gegründeten Joint Ventures haben ihren Sitz in der früheren Woiwodschaft Szczecin (vgl. KORCELLI 1997: 201-204).

Trotz erfolgreicher Transformation, d.h. der Implementierung marktwirtschaftlicher Institutionen, ist die ökonomische Situation in der deutschen Grenzregion angespannt. Da Vorpommern eines der Schlusslichter der ostdeutschen Wirtschaft bildet, die Region Szczecin zu den sich positiv entwickelnden Räumen Polens zählt (vgl. Abb. 4-1), sind allerdings die inter-regionalen Unterschiede weitaus geringer als im nationalen Maßstab. Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern hat ein BIP/Kopf in Höhe von 69 % des EU-Durchschnittes, in der Woiwodschaft Westpommern beträgt es 38 %. Auf nationaler Ebene ist die Differenz mit 67 Prozentpunkten mehr als doppelt so groß (106 % und 39 %; vgl. WWW.EUROPA.EU.INT 25.03.2003). Zu berücksichtigen ist dabei, dass sich die statistischen Werte auf die NUTS-2-Ebene beziehen. Da Vorpommern schlechter situiert ist als das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, die Region Szczecin besser als die gesamte Woiwodschaft Westpommern, fallen die realen Unterschiede im direkten Grenzraum geringer aus als die Statistik vermittelt.

⁵⁰ Die theoretische Grundlage dafür liefert die *Exportbasis-Theorie*; vgl. dazu ausführlich SCHÄTZL 1998: 142-148.

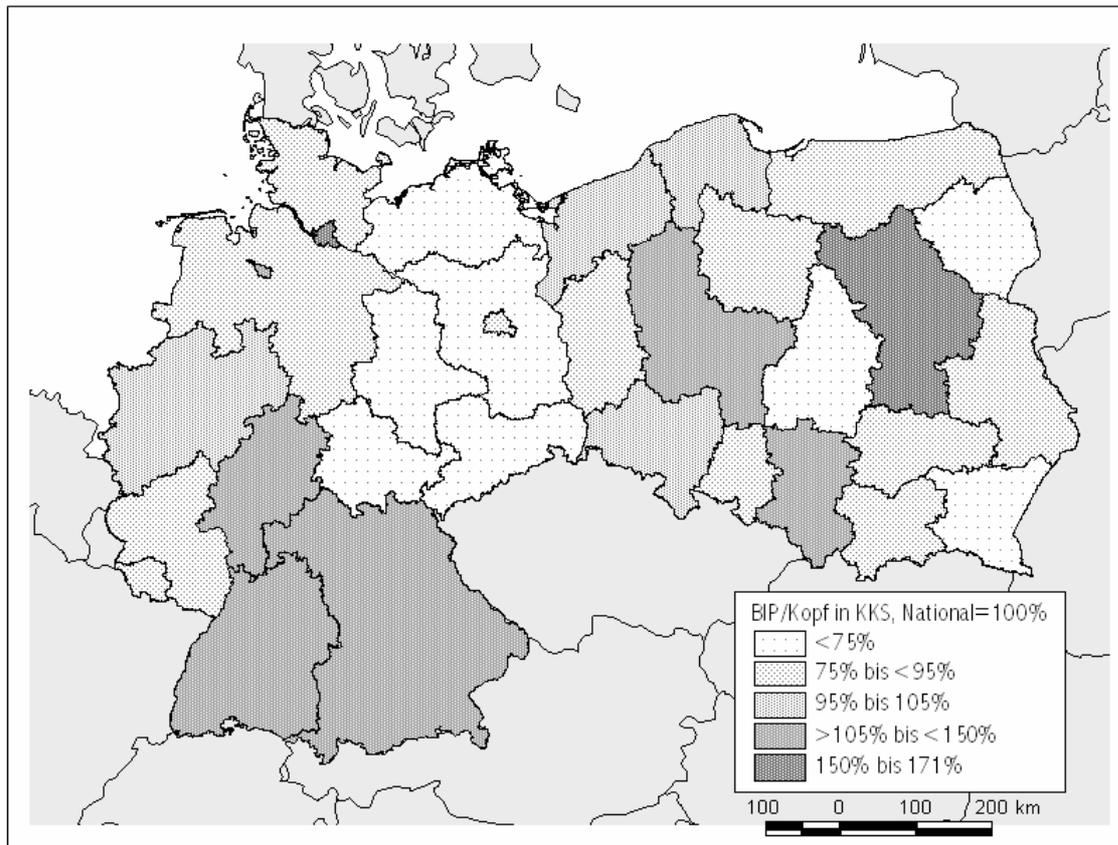


Abb. 4-1: Relatives BIP per capita in deutschen und polnischen Regionen im Jahr 2000 (Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach WWW.EUROPA.EU.INT 25.03.2003)

Dennoch ist die regionale wie auch die nationale wirtschaftliche Situation Polens schwierig. STRYKIEWICZ (2002: 111-115) weist darauf hin, dass die Marktplatzwirtschaft ebenso wie die Exportquote rückläufig ist. Das bedeutet, dass die wirtschaftlichen Beziehungen, die allein auf dem Lohn- und Preisgefälle basieren, nicht dauerhaft tragfähig sind.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die wirtschaftliche Transformation in Westpommern günstigeren Entwicklungspfaden folgt als in Vorpommern, da sowohl formelle Strukturen als auch informelle Werte mit marktwirtschaftlichen Einstellungen und einem bereits erprobten Unternehmertum vorhanden waren. In Polen konnte im Gegensatz zu Ostdeutschland kein *ready-made-state* übernommen werden. Der Institutionen-, Finanz- und Akteurstransfer aus dem Westen fand in weit geringerem Umfang statt, so dass es erforderlich war, angepasste Lösungsstrategien zu entwickeln. Dadurch fehlten allerdings auch Puffer der Schocktherapie. Sie führte zu einer starken sozialen und ökonomischen Polarisierung der polnischen Gesellschaft, in der vormals stark egalitäre Zielsetzungen dominierten.

4.2.3 Die soziale Dimension

Der Wandel der sozialen Dimension ist im Gegensatz zur politischen und wirtschaftlichen Dimension nur schwer von außen zu steuern. Zudem wirken hier stärker die nicht intendierten Folgen der gezielten Transformationsprozesse. Daher bleiben die Möglichkeiten der Beeinflussung begrenzt und auf die Beobachtung der Entwicklung reduziert, um daraus Schlussfolgerungen für weitere und ähnliche Vorgänge herzuleiten.

Die gesellschaftliche Transformation der sozialen Sphäre kann differenziert nach dem soziokulturellen und dem psychosozialen Bereich betrachtet werden (vgl. Kap. 2.2.2), die beide relativ schwer zu erfassen sind. In der sozialen Dimension spielen v.a. die informellen Institutionen und ihr Wandel eine wichtige Rolle, wobei Entwicklungspfade als „sozialistisches Erbe“ weiter verfolgt werden. Dazu zählen der starke Paternalismus in den postsozialistischen Gesellschaften wie auch „Restbestände ideologischer Vorstellungen über die Vorzüge kollektiver und egalitärer Werte“. Demzufolge sind liberale Ideen wie individuelle Freiheit und Selbstverantwortung schwächer vertreten, was das Funktionieren einer aktiven Zivilgesellschaft behindert (vgl. LEIPOLD 2000: 48). In Polen gab es allerdings mit der katholischen Kirche und der Gewerkschaft Solidarność pluralistische Ansätze einer Zivilgesellschaft. Da diese jedoch unterentwickelt war und kaum Muster kollektiven Handelns anbot, entstand eine Ellenbogengesellschaft wie im Frühkapitalismus. Die mangelnde gesellschaftliche Identität wurde in den ehemaligen Ostblockländern teilweise kompensiert durch populistische ethnische Identifikation (vgl. MERKEL 1994: 471).

Im Zuge der Transformation hat sich (unerwartet) eine starke ostdeutsche Identität herausgebildet, die auf der gemeinsamen Vergangenheit und den Erfahrungen des Systemwechsels basiert (vgl. OFFE 1998: 113; PICKEL 1997: 34). Das schnelle Zusammenwachsen von Ost- und Westdeutschland gestaltet sich weitaus schwieriger und langwieriger als angenommen. VON BEYME (2001: 20) sieht die Ursache für den schwierigen Umgang mit Statusverfall und Arbeitslosigkeit in den „altmodernen sekundären Tugenden“ in Ostdeutschland. Positiver formuliert gab es in der DDR eine starke Standardisierung der Lebensläufe, mit einer hohen Planungssicherheit der eigenen Biographie. Dies führte zu einer hohen subjektiven Stabilitäts- und Sicherheitserwartung, zumal die gesellschaftlichen Strukturmuster eher erstarrten als sich zu lockern. Neben der ideologischen Aufwertung von Arbeit gab es eine umfassende „Einbindung in die Erwerbssphäre“ und eine starke „Betriebszentrierung“ des Lebens. Die mit der Transformation verbundenen Brüche in den Biographien der Ostdeutschen erschütterten dieses stabile Gefüge. Untersuchungen zeigen zwar, dass es eine Anpassung an westdeutsche Strukturen gibt, die tiefe Verwurzelung der Mentalitätsstrukturen jedoch nicht komplett aufgelöst wird (vgl. BERGER 2001).

Die nicht unkomplizierte Annäherung von West und Ost setzt sich in den *deutsch-deutsch-polnischen* Beziehungen fort. Neben der historischen Belastung der deutsch-polnischen Grenze durch die Ereignisse bis 1945 sollte m.E. nicht übersehen werden, dass es darauffolgend zwei sehr unterschiedliche deutsch-polnische Beziehungen gab, die bis heute in den Transformations- und Entwicklungspfadern nachwirken. So ist die negative Einstellung der Polen gegenüber den Deutschen im Grenzraum stark von den Positionen der 80er Jahre geprägt, als sich das Bild der Deutschen für die Polen zunehmend polarisierte: In der Bundesrepublik, wo in den 60er und 70er Jahren noch ein sehr negatives Stereotyp der Polen vorherrschte, beginnt ein Wandlungsprozess. Polen werden häufiger mit Eigenschaften wie fleißig und friedliebend versehen. In Polen treten die Emotionen hinter pragmatischen Aspekten zurück; die Bundesrepublik wird aufgrund der wirtschaftlichen Unterstützung und als Migrationsziel zunehmend positiver bewertet. In der DDR geschieht das Gegenteil; alte Stereotype werden neu belebt, Polen als „streikende Faulpelze“ bezeichnet. Die problematische Situation auf dem DDR-Binnenmarkt und die Schließung der Grenze zu Polen 1980 sind verbunden mit antipolnischen Vorurteilen und Ressentiments. Im Gegenzug wird die DDR misstrauisch als potenzieller Gegner angesehen (vgl. LISIECKI 1996b: 99; SAKSON 1998). Zudem gab es in der DDR – zumindest im

halboffiziellen Sprachgebrauch – antipolnische Stimmen, die für Agitationszwecke benutzt wurden (vgl. CROME/FRANZKE 1998: 206-209).

In den vergangenen zehn Jahren sind die Sympathiewerte der Polen für die Deutschen deutlich gestiegen: 1993 bekundeten 23 % der Polen Sympathie, im Jahr 2002 waren es bereits 38 %. Allerdings liegen die Deutschen damit nur im Mittelfeld von 28 Nationen (vgl. CBOS 2003d). Obwohl das Bild der Deutschen in Polen immer positiver wird und negative Stereotypen abgebaut werden, vollzieht sich die analoge Entwicklung in Deutschland nicht (vgl. ZIEMER 2001: 170). Das aktuelle Polenbild der Deutschen wird weniger von historischen Ereignissen im Zuge des Zweiten Weltkrieges geprägt als vielmehr durch die jüngere Entwicklung nach dem Zusammenbruch des Ostblocks. Das durch die politischen Ereignisse der 1980er Jahre positiv beeinflusste Polenbild der (West-) Deutschen nahm in den 1990er Jahren wieder Schaden, nicht zuletzt durch die hohe Kriminalität, die aus und über Polen Richtung Westen drang.

DANNE (1996) untersucht *nationalitätsspezifische Ideensysteme* und deren Bedeutung für die wirtschaftliche Transformation. Dafür bestimmt er u.a. die Variablen kollektive Werte und individuelle Werte, die er vergleichend für West- und Ostdeutschland sowie Polen gegenüberstellt. Der verfolgte Ansatz ist inhaltlich dem Sozialkapital und der *cultural embeddedness* ähnlich (vgl. Kap. 2.3.4).

Die kollektiven Werte werden bestimmt durch Machtdistanz, Unsicherheitsvermeidung, Individualismus und die Ego-Sozial-Dimension. Demnach ist die *a) Machtdistanz* (Akzeptanz von Autorität) in Polen höher als in Deutschland, wofür überkommene starke hierarchische Strukturen und schwierige wirtschaftliche Verhältnisse verantwortlich sind. Die *b) Unsicherheitsvermeidung* (Suche nach Konstanten in Lebensplanung) ist in Westdeutschland am geringsten, allerdings mit steigender Tendenz, was typisches Merkmal für komplexe Gesellschaften der Industrieländer ist. Im Vergleich ist die Unsicherheitsvermeidung in Ostdeutschland größer als in Polen, wofür die historische Entwicklung des deutschen Sozialstaates verantwortlich gemacht wird, der weit früher als in Polen Vorsorgefunktionen übernahm. Daraus resultieren eher formelle Institutionen wie Gesetze als informelle Strategien der Unsicherheitsvermeidung. Die Reihung ist beim *c) Individualismus* umgekehrt, der in Westdeutschland am größten ist. In den postsozialistischen Gesellschaften wird die individuelle Freiheit als Gegensatz zur kollektiven Sicherheit gesehen, die daraus resultierende Ungleichheit aufgefasst als Ungerechtigkeit. Für die *d) Ego-Sozial-Dimension* (Sozialisationsmuster, Wertigkeit von Leistung oder zwischenmenschlichen Beziehungen etc.) ist die wirtschaftliche Lage ausschlaggebend, so dass dieser Wert für Polen am größten ist. Demnach sind Werte wie beruflicher Aufstieg, Leistung und Verdienst dominant.

Die individuellen Werte setzen sich zusammen aus sozialen, intrinsischen und materiellen Komponenten. Hierbei zeigt sich, dass in Ostdeutschland ein ähnlicher Wertewandel wie in Westdeutschland einsetzt, der zur Betonung intrinsischer Faktoren wie Selbstverwirklichung führt. Allerdings sind aufgrund der wirtschaftlichen Situation die materiellen Werte noch relativ bedeutsam. Entsprechend dominieren in Polen materielle Werte.

Trotz vieler Ähnlichkeiten in den Transformationsländern (bspw. hohe Bedeutung der Arbeit und materieller Werte) kommt DANNE zu dem Schluss, dass nationalitätsbedingte Einflüsse die system-

spezifischen überlagern. Dennoch können hier Entwicklungspfade erkannt werden, die Wurzeln im Realsozialismus besitzen.

4.3 Raumstruktur und Verflechtungen

4.3.1 Siedlungsnetz und Bevölkerung

Die von CHRISTALLER in den 1930er Jahren entwickelte Theorie der Zentralen Orte⁵¹ wurde vielfach kritisiert und weiterentwickelt. Trotz aller Mängel bildet es weiterhin die Grundlage der bundesdeutschen Raumordnung. Nachfolgend wird insbesondere auf die Unterschiede der oberzentralen Systeme in beiden Teilräumen hingewiesen.

Mecklenburg-Vorpommern ist durch eine disperse Siedlungsstruktur mit einem hohen Anteil kleiner Siedlungen gekennzeichnet und ausgesprochen ländlich geprägt. Das Städtenetz besteht überwiegend aus kleinen und mittelgroßen Städten, wobei im östlichen Landesteil selbst die Oberzentren nicht mehr als 70.000 Einwohner besitzen. Die räumlichen Folgen der Transformation bewirkten eine Reduzierung der zentralen Funktionen. Insbesondere ländliche Zentralorte wie auch die kleineren Landstädte mussten einen Bedeutungsverlust hinnehmen. Dazu trug u.a. die administrative Neugliederung bei.

Das historische Zentrum der Region Pommern bildete Stettin, derzeit mit 416.000 Einwohnern. An der Küste übernahm Swinemünde (heute Świnoujście) zentrale Funktionen. Mit der Grenzziehung 1945 wurden diese Städte von ihrem westlichen Umland abgetrennt und gerieten selbst in eine Randlage. In Mecklenburg-Vorpommern war es somit notwendig, neue Zentren zu schaffen. Im 1952 gebildeten Bezirk Neubrandenburg wurde die mittelgroße Stadt ausgebaut zu einer sozialistischen Bezirksstadt und vervierfachte in den folgenden 30 Jahren ihre Einwohnerzahl. Dies war verbunden mit einer gezielten Ansiedlung von Industriebetrieben und Arbeitskräften aus den Südbezirken der DDR. Nach 1989/90 setzte wie im ganzen Land ein dramatischer Bevölkerungsrückgang ein, der bis heute etwa 10 % des Bevölkerungsstandes von 1989 umfasst. Die großen Städte Mecklenburg-Vorpommerns verloren überdurchschnittlich viele Einwohner (Neubrandenburg bspw. fast 23 %), davon 1/3 durch Suburbanisierung. Dies könnte als Gesundung der künstlich geschaffenen Strukturen angesehen werden. Allerdings verweisen WEIß und HILBIG (1998: 795-796) auf die drohenden Folgen der Migration, da sie altersspezifisch, geschlechtlich und qualifikationsorientiert selektiv wirkt. Im Gegensatz dazu ist die Bevölkerungsentwicklung der vergangenen zehn Jahre in Westpommern stabil. Die historische Siedlungsstruktur ist auf polnischer Seite zwar ähnlich, jedoch stärker auf das Zentrum Szczecin ausgerichtet. Dieses besitzt mit einem Einzugsgebiet von etwa 1 Mio. Einwohner Metropolfunktion (vgl. MAB MV 2001: 57). Eine ähnlich starke Position hat Świnoujście mit etwa 44.000 Einwohnern in einem ländlich geprägten Umland der Inseln Usedom/Uznam und Wollin/Wolin.

Die Barrierefunktion der deutsch-polnischen Grenze verhindert bislang die Neubelebung von alten Siedlungsstrukturen und deren zentralem System. Allerdings stellt die Lage der beiden großen Städte Szczecin und Świnoujście eine Besonderheit im deutsch-polnischen Grenzraum dar, wo die starken

⁵¹ Auf eine umfassende Darstellung wird an dieser Stelle verzichtet. Vgl. dazu bspw. Schätzl 1998: 69-88.

Zentren zumeist auf deutscher Seite liegen und Entwicklungsimpulse aussenden können.⁵² Die Wirkung von polnischer Seite aus auf die deutsche periphere Grenzregion ist weitaus schwieriger.

Im Zuge der EU-Osterweiterung wird auch in Mecklenburg-Vorpommern die Öffnung der Grenze für den freien Personenverkehr und die damit verbundene Zuwanderung von Polen befürchtet (vgl. Kap. 3.2.4 und 5.3.7.2). Realistische Einschätzungen gehen jedoch davon aus, dass Mecklenburg-Vorpommern nur in geringem Maße Migrationsziel sein wird. Zum einen sind Ziele für Zuwanderer aus ökonomischen Gründen interessant (vgl. dazu auch Kap. 3.2.4), so dass Mecklenburg-Vorpommern wenig Potenzial für ausländische Arbeitskräfte bietet. Zum anderen befördern vorhandene Netzwerke von Migranten den Zuzug. Mecklenburg-Vorpommern besitzt allerdings nur einen Ausländeranteil von 1,8 % an der Bevölkerung, was im Bundesdurchschnitt sehr gering ist (vgl. auch Abb. 5-14). Attraktiv für *temporäre* Migration könnten die Hochschulen des Landes sein sowie Branchen mit einem hohen Saisonkräftebedarf wie Tourismus und Landwirtschaft. Prognosen gehen von einer Zuwanderung aus den MOEL nach Mecklenburg-Vorpommern bis 2020 von lediglich 7.200 Personen aus. In diesem Umfang wird die Migration weder zu einer Gefährdung des einheimischen Arbeitskräftemarktes noch zu einer Überfremdung führen - kann allerdings auch nicht der negativen demographischen Entwicklung im Land entgegenwirken. Aufgrund der langen Übergangsfristen, in denen sich die ökonomischen Verhältnisse angleichen, wird auch die Zahl der Grenzpendler gering ausfallen (vgl. MAB 2001: 88-92).

4.3.2 Infrastruktur

Die für die grenzüberschreitenden Aktivitäten relevante Infrastrukturausstattung des nördlichen deutsch-polnischen Grenzraumes wird durch die natürlichen Gegebenheiten, insbesondere die Gewässer, erschwert. Zudem wurden die historischen Verbindungen während des Zweiten Weltkrieges bzw. nach der Grenzziehung 1945 zerstört. Aus diesen Rahmenbedingungen resultiert, dass es zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Westpommern lediglich zwei Grenzübergänge gibt, die für Kraftfahrzeuge geeignet sind sowie ein weiterer im angrenzenden Brandenburg, der für den Untersuchungsraum relevant ist.

Ersichtlich wird aus Abb. 4-2, dass es v.a. im nördlichen Teil Defizite in der grenzüberschreitenden Infrastruktur gibt, wo bislang kein Grenzübergang für Bahn und Kraftfahrzeuge vorhanden ist. Geplant ist ein Übergang auf Usedom (Garz), der auch für Pkw passierbar ist. In der lokalen Bevölkerung gehen damit Befürchtungen einher, dass sich die verkehrliche Situation in der Sommersaison weiter verschlechtert und der motorisierte Verkehr zunimmt (vgl. Kap. 5.3.7.2). Mit Hilfe europäischer Fördermittel soll außerdem die Linie der Usedomer Bäderbahn UBB bis nach Świnoujście verlängert werden. Ein weiterer Grenzübergang ist zwischen Hintersee und Dobieszczyń geplant, der allerdings nur für den kleinen Grenzverkehr in der 15-km-Zone zur Verfügung steht.

⁵² Umfangreiche Untersuchungen liegen beispielsweise für die Doppelstädte Frankfurt/Oder – Stubice und Görlitz – Zgorzelec vor (vgl. u.a. LISIECKI 1996a; WAACK 2000).

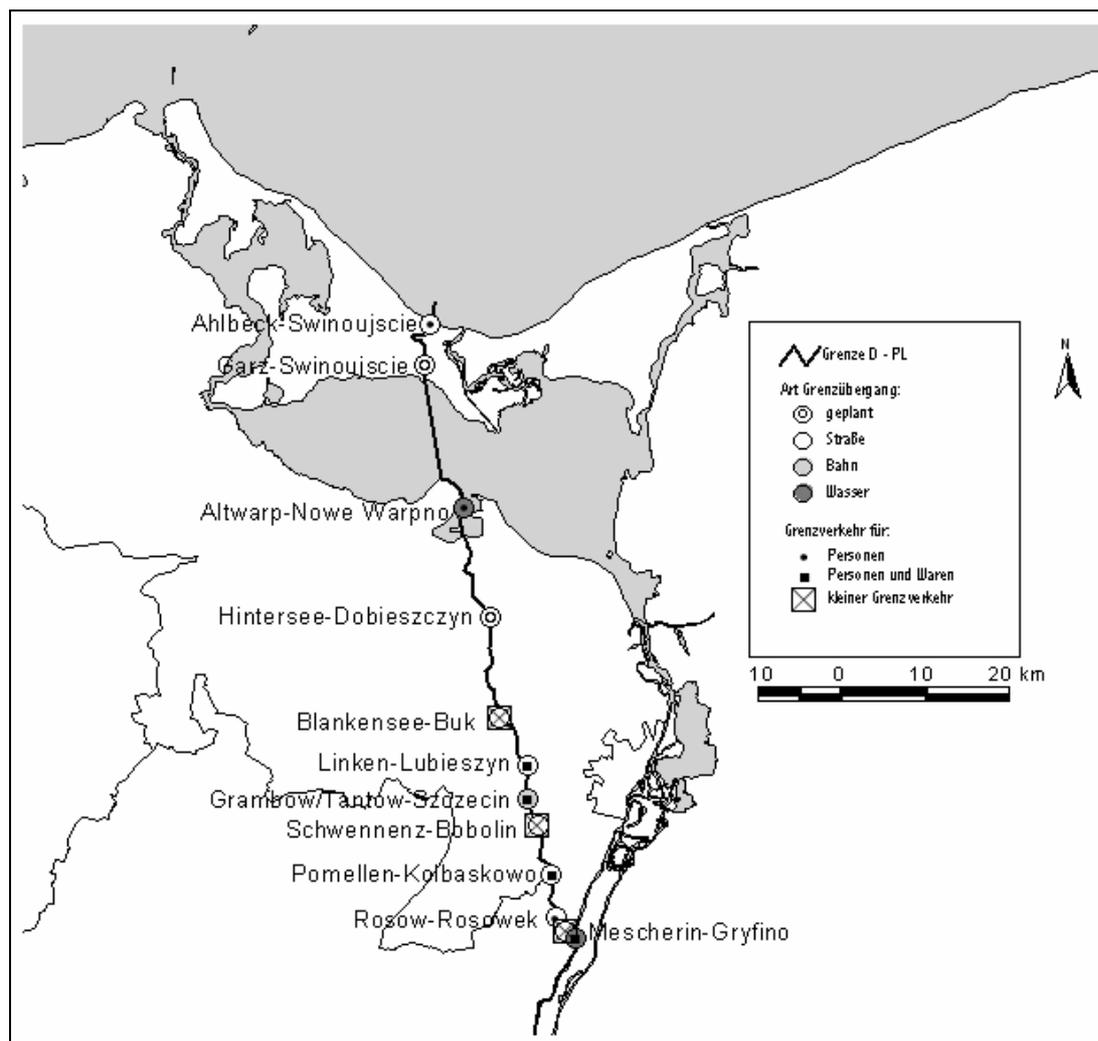


Abb. 4-2: Grenzübergänge im nördlichen deutsch-polnischen Grenzraum
(Quelle: WWW.INFOPOLEN.DE 14.08.2003)

Vor allem touristisch interessant sind die Möglichkeiten, per Schiff nach Polen bzw. Deutschland zu fahren. Verschiedene Routen werden von deutschen und polnischen Reedereien angeboten, deren wirtschaftliche Basis allerdings der zollfreie Einkauf während der Fahrt ist. Mit Wegfall des Duty-Free-Shoppings werden sich die Passagierzahlen deutlich reduzieren, diese betrifft v.a. die Verbindung Altwarp – Nowe Warpno. In Hinblick auf die bevorstehende Entwicklung wurde bereits die Einrichtung eines *Duty-Free-Fonds* vorgeschlagen, in dem Mittel für die zukünftig notwendige Kompensation gesammelt werden (vgl. BÜTOW/RÖNICK 2000). Für den Seebrückenverkehr von den Badeorten Usedom nach Świnoujście und Szczecin gilt diese negative Prognose nicht, da sich hier v.a. für Touristen interessante Ausflugsrouten ergeben. Durch den Aus- bzw. Neubau der Seebrücken konnte in diesem Bereich ein neuer Markt erschlossen werden. Schwierigkeiten gibt es allerdings in den polnischen Häfen, wo offensichtlich aus Konkurrenzgründen polnische Reeder bevorzugt werden, was in der lokalen Presse deutlichen Nachklang findet und wenig zur Annäherung beider Seiten beiträgt.

Für Schiffspassagiere ist Świnoujście somit relativ gut zu erreichen, weniger gut jedoch mit anderen Verkehrsmitteln, da sich die Stadt über mehrere Inseln erstreckt. Derzeit gibt es lediglich eine Fährverbindung; Pläne für einen Tunnel scheiterten bislang an der Finanzierung. Interessant könnte die Wiedereinrichtung der Bahnverbindung von Berlin nach Heringsdorf über Świnoujście sein, wozu

allerdings der Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Karniner Brücke notwendig ist. Dies wurde auch von der deutsch-polnischen Raumordnungskommission empfohlen (vgl. BMRO 1995), erscheint derzeit aber unrealistisch.

Im Strukturkonzept Usedom-Wolin findet sich die Empfehlung, dass die Kaiserbäder Bansin, Heringsdorf, Ahlbeck sowie die Stadt Świnoujście ein gemeinsames regionales Zentrum bilden. Dabei konzentrieren sich die Seebäder auf die touristische Entwicklung, in Świnoujście liegt der Schwerpunkt auf der Hafententwicklung (vgl. RPV 2000). Gerade dies kann sich jedoch als schwierig herausstellen, da hier durchaus konfligierende Raumannsprüche bestehen bzw. entstehen können (Stichwort Ölhafen). Umso mehr ist eine gemeinsame Entwicklungsstrategie notwendig.

4.3.3 Regionale und überregionale Kooperation

Bereits Anfang der 1990er Jahre wurden erste Konzepte für den deutsch-polnischen Grenzraum entwickelt. Dazu zählen u.a. die *Raumordnerischen Leitbilder*, die von der 1992 gegründeten deutsch-polnischen Raumordnungskommission erarbeitet wurden (vgl. BMRO 1995). Regionale grenzübergreifende Konzepte schlossen sich an, wie der sog. *Stolpe-Plan* für die Oderregion, das *Grenzüberschreitende Entwicklungs- und Handlungskonzept* der Euroregion Pomerania oder das *Strukturkonzept zur nachhaltigen Entwicklung der Inseln Usedom-Wolin*. Auf internationaler Ebene besitzen v.a. Entwicklungskonzepte für den Ostseeraum (*South Baltic Arc*, *BaltCoast*, *Baltic 21* u.a.) regionale Bedeutung. Mecklenburg-Vorpommern ist Mitglied der Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes (BSSSC) und der Konferenz der peripheren Küstenregionen (KPKR) sowie der Ostsee-Kommission (vgl. WWW.MV-REGIERUNG.DE 13.08.2003).

Seit 1991 existieren Erklärungen zur Zusammenarbeit zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und den angrenzenden polnischen Woiwodschaften. Nach der polnischen Verwaltungsreform wurde eine „Gemeinsame Erklärung über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ im Juni 2000 mit der neuen Woiwodschaft Westpommern unterzeichnet. Ein gemeinsamer Ausschuss beider Regionen koordiniert alle Aktivitäten. Zur Unterstützung des EU-Beitritts Polens gab es von 2001 bis 2003 das Twinning-Projekt im Rahmen des EU-Programms PHARE mit der Woiwodschaft Westpommern, das die polnische Verwaltung auf europäische Fördermodalitäten, v.a. die Strukturfonds, vorbereiten soll (vgl. WWW.MV-REGIERUNG.DE 13.08.2003).

Auf kommunaler Ebene existieren zahlreiche deutsch-polnische Partnerschaften (vgl. WWW.MV-REGIERUNG.DE 12.02.2001), die in erster Linie dem Austausch auf politischer Ebene dienen.

Im Folgenden sollen zwei Kapitel mit besonderer Bedeutung für die regionale Verflechtung der nördlichen deutsch-polnischen Grenzregion behandelt werden. Das betrifft zum einen die Zusammenarbeit im Bereich Wirtschaft und zum anderen die Euroregion Pomerania. Beides wird hauptsächlich für den deutschen Teil des Untersuchungsraumes betrachtet.

4.3.3.1 Wirtschaftliche Kooperationen

Die bestehenden wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschland und Polen sind nicht im Grenzraum entstanden; die in Polen investierenden Unternehmen stammen zum größten Teil aus

Westdeutschland. Nach der Hoppenstedt Firmendatenbank 2001 gibt es 833 deutsche Unternehmen mit Beteiligungen und/oder Niederlassungen in Polen, von denen lediglich 40 aus den neuen Bundesländern stammen, darunter nur ein Unternehmen aus MV. Im Vergleich dazu gibt es im Raum Berlin-Brandenburg relativ viele Unternehmen, die sich in Polen engagieren; die höchste Konzentration besteht jedoch im Ruhrgebiet und im Rhein-Main-Raum (vgl. KRÄTKE 2001b: 773; Abb. 4-3).

Dies hat als Ursache sicherlich zum einen die ökonomische Stärke dieser westlichen Regionen, zum anderen aber auch die Nutzung der bestehenden Verbindungen nach Polen aufgrund historischer oder jüngerer Migration nach Deutschland. Hier zeigt sich deutlich, dass die räumliche Nähe keinen automatischen Nutzen für die grenzüberschreitende Kooperation erbringt. Vielmehr wird der Granzraum übersprungen und muss lediglich die Last des Transits bewältigen, mit geringen Chancen davon zu profitieren.

Die ökonomischen Hemmnisse (neben den soziokulturellen) in den deutschen Grenzregionen, die eine Kooperation mit polnischen Unternehmen behindern, sind vielfältig. So ist die Grenze bislang noch eine physische Barriere, die sich nach Ablauf der Übergangsfristen im Zuge der EU-Osterweiterung auflösen wird. Als (nicht intendierte) Folge der Transformation entstand in den östlichen Bundesländern eine wirtschaftliche Strukturschwäche durch die plötzliche Deindustrialisierung, den Zusammenbruch der bestehenden Netzwerke und die Filialisierung durch westdeutsche Unternehmen. Daraus folgt auch die mangelnde Kooperationsbereitschaft bzw. -fähigkeit, da die Unternehmen noch kaum etabliert sind und als Filialen kein eigenes Entscheidungspotenzial besitzen (vgl. KRÄTKE 2001b: 775-776).

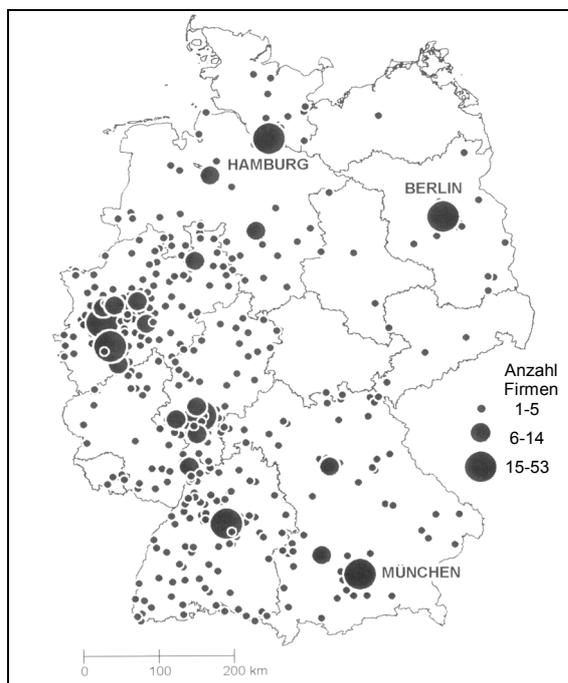


Abb. 4-3: Standorte von deutschen Unternehmen mit Firmenbeteiligungen oder Niederlassungen in Polen (Quelle: KRÄTKE 2001b: 774)

Eine Untersuchung der Deutsch-Polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Gorzów zu Erfahrungen deutscher Unternehmen in Polen (vgl. DPW 2000) ergab, dass deutsche Unternehmen bei ihrem Auslandsengagement Neugründungen präferieren, die ihnen uneingeschränktes Entscheidungsrecht sichern. Als Standorte sind v.a. Warschau, Schlesien (Śląsk: Wrocław, Katowice) und Großpolen

(Wielkopolska: Poznań) interessant. Für kleine und Kleinstunternehmen ist außerdem Westpommern attraktiv. Bei der Bewertung der Mitarbeiter gibt es im Übrigen kaum Unterschiede zwischen den deutschen und polnischen Arbeitskräften. Ein wichtiges Ergebnis der Untersuchung ist, dass das Engagement in Polen nicht auf die Standortvorteile wie niedrige Löhne und Produktionskosten zurückzuführen ist. Vielmehr steht an erster Stelle die Erschließung eines neuen Marktes, wobei Polen seit dem ersten Panel 1996 bis zum zweiten Panel 2000 bereits an Bedeutung als Absatzmarkt gewonnen hat. Gleichzeitig wird Polen als Beschaffungsmarkt wichtiger. Diesem Bild entspricht auch der Umgang mit Gewinnen der deutschen Unternehmen in Polen: Nur ein geringer Teil transferiert diesen nach Deutschland, drei Viertel der Unternehmen reinvestieren.

Etwa die Hälfte der befragten Unternehmen geht davon aus, dass nach dem EU-Beitritt polnische Unternehmen erfolgreich auf den deutschen Markt drängen werden, ein weiteres Viertel sieht gute Chancen in spezifischen Bereichen und auf regionalen Märkten.

Hemmnis der deutsch-polnischen Wirtschaftskooperation ist nach wie vor die Situation an der Grenze, allerdings mit abnehmender Tendenz. Verstärkt wird Kritik an der polnischen Verwaltung und Bürokratie geübt, wobei die Vorbereitung des EU-Beitritts einen nicht unwesentlichen Beitrag dazu liefert. Als positiv werden die weichen Standortfaktoren wie Lohnniveau und Qualifikation/Motivation der Arbeitskräfte genannt sowie die Verbesserung des Dienstleistungs- und Lebensniveaus in Polen. Insgesamt zeigten sich beim zweiten Panel bereits zwei Drittel der befragten Unternehmen (sehr) zufrieden mit ihrem Engagement in Polen.

1998 wurde von den Service- und Beratungszentren der Kommunalgemeinschaft Europaregion Pomerania eine Unternehmensbefragung zur grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeit durchgeführt, an der sich über 100 Unternehmen der Landkreise Uecker-Randow, Ostvorpommern, Nordvorpommern und Rügen sowie der kreisfreien Städte Greifswald und Stralsund beteiligten (vgl. SBC 1999):

Osteuropa bildet einen deutlichen Schwerpunkt bei den Auslandsaktivitäten von Unternehmen im östlichen Mecklenburg-Vorpommern, wobei Polen mit fast 40 % an erster Stelle steht. Vor allem als Absatzmärkte sind diese Länder interessant, die Produktionsverlagerung spielt zumindest bislang kaum eine Rolle für Unternehmen der Region. Auch für das zukünftige Auslandsengagement sind eher Export/Import entscheidend als die Produktion im Ausland. Als Form der Zusammenarbeit werden v.a. Kooperationsverträge genutzt. Dabei sind die Kontakte zumeist in den 90er Jahren entstanden und gehen nur zu einem geringen Teil auf ältere Beziehungen zurück.

Als Hemmnisse der deutsch-polnischen Kooperation wurden vor allem weiche Standortfaktoren genannt. An erster Stelle der Nennungen, die als (sehr) problematisch eingeschätzt wurden stehen wirtschaftliche Risiken, Bürokratie und Zollformalitäten. Es folgen Infrastrukturmängel und fehlende Marktkenntnisse. Für die Überwindung der Schwierigkeiten wird insbesondere auf Beratung, persönliche Erfahrungen und den Austausch von Erfahrungen Wert gelegt. Interessanterweise spielen Sprachprobleme bezüglich der Kooperation mit Polen eine deutlich geringere Rolle als mit anderen MOEL, zum Beispiel dem Baltikum. Anzunehmen ist, dass die deutschen Unternehmer von den Kenntnissen der polnischen Partner profitieren, ohne dass eine Änderung dieses Missverhältnisses zu erwarten ist.

Die Beratung zu Fragen der deutsch-polnischen Kooperation wurde verschiedentlich institutionalisiert. So stehen sich die Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Gorzów, das Deutsch-Polnische Haus der Wirtschaft in Szczecin, die IHK zu Neubrandenburg und die Service- und Beratungszentren der Pomerania zum Teil als Konkurrenten gegenüber.

Berichte aus der praktischen Beratungstätigkeit machen deutlich, dass die Förderung der Zusammenarbeit nicht zwangsläufig positiv wirkt. Auch negative Erfahrungen sind möglich, die vorhandene Vorurteile bestätigen und zu einem Rückzug des Engagements in Polen führen. Als Hauptunterschied wird die andere Mentalität angeführt. Die grundsätzlich positiv zu bewertende Flexibilität der polnischen Unternehmer führt bisweilen zu einer spontanen Änderung von Absprachen und unkoordinierten Einzelinitiativen.

Von der Osterweiterung der Europäischen Union erwarten die Unternehmen in der Region insbesondere Beschäftigungsmöglichkeiten für polnische (u.a.) Arbeitskräfte. Dem gegenüber stehen Ängste v.a. der Handwerksbetriebe vor einem Preisdumping durch polnische Betriebe, die von den günstigeren Rahmenbedingungen in Polen profitieren können.

Die Ergebnisse der regionalen Untersuchung lassen wenig Schlüsse auf die wirtschaftliche Kooperation zwischen Unternehmen aus dem östlichen Mecklenburg-Vorpommern und Polen zu. Deutlich wird jedoch, dass das *Maquiladora-Konzept*⁵³, das von einigen Wirtschaftswissenschaftlern entsprechend der Situation im US-amerikanisch – mexikanischen Grenzraum als Chance gesehen wurde, im deutsch-polnischen Grenzraum nicht greift. Vielmehr ist für das Engagement deutscher Unternehmen im Ausland v.a. das Erschließen neuer Märkte (für den Absatz und in geringerem Maße auch für die Beschaffung) wichtig. Dies gilt besonders für Kooperationen mit Unternehmen in den Transformationsländern.

4.3.3.2 Europaregion Pomerania

Ursprünglich entstanden Euroregionen an europäischen Binnengrenzen (bis auf die Euroregion Basiliensis) auf Initiative lokaler und regionaler Akteure. Ausgangspunkt waren kommunale Probleme, die v.a. in größeren Siedlungen und ihrem Umland auftraten. Daher sind die alten Euroregionen relativ kleinräumig abgegrenzt. Mit der Neuorganisation der europäischen Strukturfonds ab 1989 und der Einrichtung des europäischen Sonderprogramms INTERREG ging eine Umorientierung der grenzüberschreitenden Aktivitäten einher, so dass verstärkt ökonomische Interessen in den Vordergrund treten.

Die Euroregionen, die nach 1990 entstanden, wurden politisch-administrativ top down installiert. Im Gegensatz zu älteren, westlichen Euroregionen gibt es hier kaum gemeinsame kommunale Probleme, die bereits einen Handlungsdruck erzeugt hätten. Sie sind daher auch nicht mehr lokal abgegrenzt, sondern werden nach Osten immer großräumiger. Zudem gibt es in diesen Grenzregionen ein starkes ökonomisches Gefälle, das es in solcher Stärke in den westlichen Euroregionen nie gab, wodurch die

⁵³ In den 1960er und 70er Jahren begann die Industrialisierung der mexikanischen Grenzregion, um Arbeitsplätze zu schaffen. Es wurden Montage-Filialen errichtet, in denen zollfrei importiertes Ausgangsmaterial mittels billiger mexikanischer Arbeitskräfte veredelt und anschließend von den USA reimportiert wurde. In den 1980er Jahren zeigte sich dieses Modell außerordentlich erfolgreich (vgl. u.a. GANSTER 1996).

Fördermittel zu Ausgleichsströmen führen. Neben dem positiven Effekt des Kapitalzuflusses bewirken die Fördermittel jedoch eine immer stärkere Steuerung der regionalen Entwicklung von oben nach Maßgaben der gesamten Europäischen Union, was nicht immer den Erfordernissen vor Ort entspricht. Die regionale Entwicklung wird demzufolge eher an den Fördermöglichkeiten ausgerichtet als an den realen Erfordernissen. Außerdem werden Eigeninitiativen untergraben, denn solange keine Fördermittel fließen, beginnen keine Aktivitäten (vgl. u.a. SCHAMP 1995).

Im nördlichen deutsch-polnischen Grenzraum wurde 1995 die Europaregion POMERANIA gegründet, die den Dachverband der deutschen Kommunalgemeinschaft Pomerania e.V., des polnischen kommunalen Zweckverbandes (heute Verein) der Gemeinden Westpommerns Pomerania und der Stadt Szczecin bildet. 1998 trat der Gemeindeverband Skåne der Europaregion POMERANIA bei. Auf deutscher Seite umfasst die POMERANIA die zwei kreisfreien Städte Stralsund und Greifswald sowie sechs Landkreise der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg (vgl. Abb. 4-4).

Da die Kommunen weder auf polnischer noch auf deutscher Seite über Handlungskompetenzen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verfügen, sind sie gezwungen, auf private Rechtsformen (Kommunalgemeinschaften/Zweckverbände) zurückzugreifen (vgl. SCHAMP 1995: 8). Letztlich sind aber die administrativen bzw. föderativen Strukturen entscheidend. Zwar besitzt die Geschäftsstelle der Kommunalgemeinschaft Europaregion POMERANIA e.V. wichtige Funktionen bei der Vergabe der INTERREG-Mittel, schließlich liegt die hauptsächliche Kompetenz jedoch auf Landesebene. Daher werden aufgrund unterschiedlicher Vorgehensweisen und Fördersätze in den Bundesländern die vorpommerschen und brandenburgischen Mitglieder der Euroregion ungleich behandelt. Zudem ist die Koordinierung mit der polnischen Seite (Kopplung mit Mitteln aus PHARE-CBC) problematisch (vgl. dazu u.a. SCHWAB 1997).

So Streitbar die Förderung einiger Projekte in der Region ist, tragen die entsprechenden Richtlinien zur deutsch-polnischen Kooperation bei. In der neuen Förderperiode 2000-2006 sollen hier zudem strengere Maßstäbe angesetzt werden, so dass nicht nur polnische Partner (auf dem Papier) Voraussetzung sind, sondern eine wirkliche Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Projekten nachzuweisen ist.

Die Euroregion POMERANIA zeigt sich vor allem als politisches und ökonomisches Instrument, das in der Region kaum verwurzelt ist und bislang wenig identitätsstiftend wirkt. Der Beitritt Polens zur Europäischen Union schafft einheitliche europäische Fördermodalitäten, wodurch derzeit bestehende Schwierigkeiten erheblich reduziert werden. Wenn allerdings Mecklenburg-Vorpommern aus der Ziel-1-Förderung herausfällt (vgl. Kap. 3.2.4) könnte sich die Pomerania als ökonomisches Instrument erübrigen. Eine Chance für ihre neue Aufgabendefinition bestünde in der Entwicklung grenzüberschreitender, integrierter Projekte, die wirklich dem Zusammenwachsen der deutsch-polnischen Grenzregion dienen.

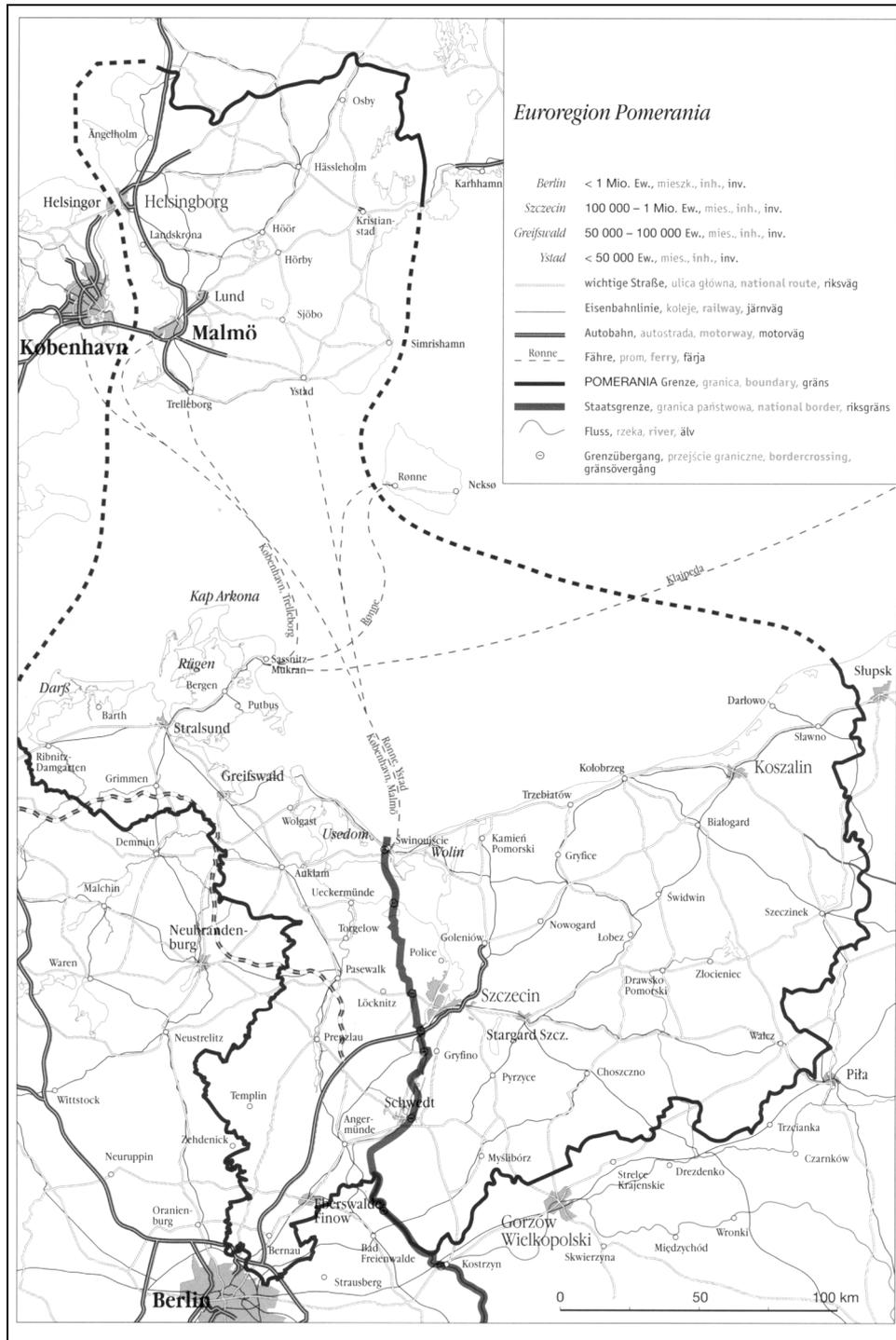


Abb. 4-4: Das Gebiet der Euroregion Pomerania (Quelle: EUROPAREGION POMERANIA E.V.)

5 Empirische Basis

5.1 Ziel der Untersuchung

Aus *organisationszentrierter* Sicht ist in den vergangenen Jahren eine Verstärkung der Verflechtungen im deutsch-polnischen Grenzraum zu konstatieren. Insbesondere nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union werden sie sich weiter verstärken, so dass die Grenze (nach Ablauf der Übergangsfristen) ihre trennende Funktion nahezu vollständig verlieren wird. *Akteurszentriert* ist eine Differenz zwischen der potenziellen und der realen Interaktion festzustellen. Obwohl die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dies ermöglichen, ist der Austausch zwischen der Bevölkerung beider Grenzräume relativ gering. Diese Differenz zu erfassen und nach möglichen Gründen zu suchen, war Ziel der empirischen Erhebung. Als Erfassungsmuster diente der individualisierte Raumansatz VAN HOUTUMS (vgl. Kap. 2.1.4):

Der *Handlungsraum (action space)* wurde durch Fragen nach realisierten Fahrten über die Grenze und vorhandenen Kontakten zu Polen/Deutschen bestimmt. Der *Erfahrungsraum (cognition space)*, der geprägt ist durch subjektive Erfahrungen und Kenntnisse des Raumes, ist mit Fragen zu Kontakten sowie zu Sprachkenntnissen erfasst worden. Das umfassendste Feld bildet der *emotionale Raum (affection space)*. Gefragt wurde nach der regionalen Identität und Verbundenheit, den Einstellungen zu den Nachbarn und der Wahrnehmung von Fremdenfeindlichkeit.

Zusätzlich gab es einen größeren Fragekomplex zu der bevorstehenden Osterweiterung bzw. dem EU-Beitritt Polens und den damit verbundenen positiven wie negativen Erwartungen. Fragen zur Person schlossen die Befragung ab (vgl. Fragebogen im Anhang III).

Die gesamte Arbeit war darauf ausgerichtet, Entwicklungsszenarien für den Grenzraum zu entwickeln. Für die Betrachtung der zukünftigen Entwicklung ist weniger die derzeit aktive Bevölkerung entscheidend, sondern vielmehr die kommende Generation mit ihren spezifischen Einstellungen und Werten. Geprägt werden diese durch Schule und Elternhaus. Die Erwachsenen wirken hier praktisch als Multiplikatoren und deuten Zukunftstrends an. Aus diesem Grund fiel die Zielgruppenentscheidung auf Eltern mit Kindern.

Für die zukünftige Entwicklung ist außerdem das Humankapital einer Region entscheidend. Aus diesem Grund sollten junge Erwachsenen an den Gymnasien/Lyzeen befragt werden, die nicht nur die nächste Generation sondern gleichzeitig die zukünftige „Elite“ des Landes bilden, d.h. die zukünftigen Entscheidungsträger sind. Von daher sind Einstellungen und Erwartungen dieser Gruppe besonders wichtig.

5.2 Methodisches Vorgehen

5.2.1 Zugang

Für die Befragung wurden entsprechend der Zielstellung zwei unterschiedliche Befragungsgruppen bestimmt. Die erste Zielgruppe bildeten Eltern mit Kindern, die über die Grundschulen angesprochen wurden, da hier noch alle sozialen Schichten zu finden sind, ohne dass eine besondere Beachtung der Verteilung erfolgen müsste. In den höheren Klassen 3 und 4 ist bereits ein gewisses Verständnis für die Thematik (Befragung, Polen, Grenze) zu erwarten. Außerdem sind bestimmte Fragen auf schulpflichtige Kinder orientiert, bspw. ob es befürwortet wird, an der Schule Polnischunterricht anzubieten. Die zweite Gruppe bildeten junge Erwachsene der 11. Klassen an deutschen Gymnasien resp. der 2. Klassen an polnischen Lyzeen⁵⁴. Berücksichtigt wurde dabei, dass die Schüler noch nicht mit den intensiven Prüfungsvorbereitungen zum Abitur beschäftigt sind, um eine (auch von Seiten der Schulleiter und Lehrer) höhere Bereitschaft zur Teilnahme an der Befragung zu gewährleisten.

Diese Bestimmung der Zielgruppen empfahl den Zugang über die Schulen im Untersuchungsgebiet. Die Gruppe der jungen Erwachsenen konnte über die Schulen und die entsprechende Auswahl der Klassen direkt angesprochen werden. Organisatorisch bot es sich an, die Zielgruppe der Eltern von Grundschulern ebenfalls über die Schulen indirekt anzusprechen. Zum einen erleichtert dieser Feldzugang die Ansprache der Zielgruppe, zum anderen ist die Ausschöpfungsquote sehr viel höher, als dies mit einer Haushaltsbefragung zu erreichen ist.⁵⁵ Die Rücklaufquote ist bei einer Schulbefragung prinzipiell überdurchschnittlich, da sich das Kosten-Nutzen-Verhältnis für die Probanden günstiger darstellt. Ist die Befragung von den Institutionen Bildungsministerium, Schulamt, Schule genehmigt, zeigt sich für den einzelnen Schüler ein Nutzen durch das Ausfüllen des Fragebogens; der Ausfall einer Schulstunde wird meistens positiv bewertet. Bei Haushaltsbefragungen entstehen eher Kosten in Form von Zeit und Aufwand für die Befragung, was die Beteiligungsbereitschaft reduziert.

Die Realisierung der Befragung auf deutscher Seite erfolgte über die Schulen (Grundschulen und Gymnasien) im eingegrenzten Untersuchungsraum. Dazu lag eine Genehmigung des Kultusministeriums Mecklenburg-Vorpommern vor, ebenso waren die beiden zuständigen Schulämter (Greifswald und Neubrandenburg) informiert und hatten ihr Einverständnis erklärt. Auf polnischer Seite wurde die Befragung im Grenzraum an Grundschulen (*szkoły podstawowe*) und Lyzeen (*licea*) realisiert. Die Genehmigung dazu erteilte der *Kurator Oświaty* in Szczecin.⁵⁶

Die Absprachen zur Realisierung der Befragung erfolgten telefonisch mit den jeweiligen Schulleitern. Es wurde vereinbart, keinen Druck auf die Schüler und Eltern auszuüben und konsequent auf die Freiwilligkeit der Teilnahme hinzuweisen. Den Schulen wurden die entsprechende Anzahl der jeweils erforderlichen Fragebögen zugesandt, die in den Klassen verteilt und nach dem Ausfüllen zurückgeschickt wurden. Teilweise konnten die Eltern auf den Elternabenden informiert bzw. dort die

⁵⁴ Das polnische Schulsystem gliedert sich seit der Reform 1999/2000 in 6 Jahre Grundschule/*szkoła podstawowa*, 3 Jahre *gimnazjum* und 3 Jahre *liceum*.

⁵⁵ Dabei wurde auf Erfahrungen aus dem Dissertationsprojekt von Kampschulte (1999), Universität Tübingen zurückgegriffen, das sich mit der Situation im österreichisch-ungarischen Grenzraum befasst.

⁵⁶ Teile der Untersuchung wurden vom Land Mecklenburg-Vorpommern finanziell aus Mitteln des HWP-Fachprogrammes „Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre“ unterstützt.

Fragebögen verteilt werden. In drei Gymnasien war es möglich, die schriftlichen Befragungen persönlich im Unterricht bzw. einer Freistunde durchzuführen.

Für den Fragebogen wurde eine standardisierte Form mit teilweise offenen Fragen gewählt. Der Umfang des Fragebogens für Schüler sollte 15 Minuten nicht überschreiten, um ein Ausfüllen in der Schule (Thema für den Unterricht Politik/Gesellschaftskunde oder Beantwortung in der Pause) zu ermöglichen. Zudem besteht bei einem großen Umfang (schon Seitenzahl ist ausschlaggebend) die Gefahr einer abschreckenden Wirkung mit daraus folgend hoher Verweigerungsquote. Der Fragebogen wurde für die Eltern entsprechend angepasst. Der spezifizierte polnische Fragebogen entspricht dem deutschen im Wesentlichen, so dass eine Gegenüberstellung der Aussagen möglich ist.

Aufgrund der teilweise langwierigen Absprachen mit den Behörden und darauffolgend den einzelnen Schulen erstreckte sich die Befragung im gesamten Untersuchungsraum fast über ein Jahr: auf deutscher Seite im Jahr 2001 von Ende Mai bis Mitte Juli sowie nach der Sommerpause von Anfang September bis Anfang Oktober. Im polnischen Teil des Untersuchungsraumes fand die Befragung von Dezember 2001 bis März 2002 statt.

5.2.2 Untersuchungsorte

Insbesondere die Einstellung der Menschen im unmittelbaren Grenzraum sollte untersucht werden. Dieser Grenzraum wurde für die Befragung auf deutscher Seite definiert als Bereich des sog. Kleinen Grenzverkehrs. Laut Anlage zum Deutsch-Polnischen Abkommen über den Kleinen Grenzverkehr sind alle Gemeinden im 15-Kilometer-Grenzbereich darin enthalten. Auf polnischer Seite wurde entlang der Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern ein entsprechender Grenzstreifen von 15 km gezogen. In diesem direkten Grenzraum wurden alle Grundschulen berücksichtigt. Zusätzlich sollten in den grenznahen größeren Städten (mit zentralen Funktionen) Personen befragt werden. Dies ermöglichte Schlussfolgerungen auf unterschiedliche Einstellung bei der Stadt- und Landbevölkerung.

Aufgrund der zentralisierteren Struktur bei den Gymnasien bzw. Lyzeen erfolgte die Befragung der Zielgruppe Schüler weiträumiger und bezog alle Grenzkreise auf deutscher wie auf polnischer Seite ein. Außerdem wurden für diese Gruppe ebenfalls Schulen in den regionalen Zentren einbezogen.

Die Auswahl der Untersuchungsorte (vgl. Tab. 5-1) erfolgte anhand der Schullisten, die die Schulämter Greifswald und Neubrandenburg sowie das *Kuratorium Oświaty* der Woiwodschaft Westpommern zur Verfügung stellten (vgl. Anhang II).

Tab. 5-1: Auswahl der Untersuchungsorte und -schulen (Anzahl)

	D - Vorpommern	PL - Westpommern
Grundschulen/ Szkoły Podstawowe	<ul style="list-style-type: none"> • alle Grundschulen bzw. verbundene Schulen mit Grundschulteil im direkten Grenzraum (17) • eine zufällige Auswahl von Grundschulen der Städte Greifswald und Neubrandenburg (8) 	<ul style="list-style-type: none"> • alle Grundschulen im direkten Grenzraum sowie eine zufällige Auswahl in Świnoujście (13) • eine zufällige Auswahl von Grundschulen in Wolin, Police und Szczecin (5)
Gymnasien/ Licea	<ul style="list-style-type: none"> • alle Gymnasien in den Grenzkreisen Ostvorpommern und Uecker-Randow (8) • eine zufällige Auswahl der städtischen Gymnasien in den Oberzentren Greifswald und Neubrandenburg (2) 	<ul style="list-style-type: none"> • alle Lyzeen der Grenzkreise, d.h. nur in Świnoujście und Police (3) • eine zufällige Auswahl der Lyzeen in Szczecin (2)

Insgesamt wurden auf deutscher Seite 25 Grundschulen und 10 Gymnasien, auf polnischer Seite 18 Grundschulen und 5 Lyzeen in die Untersuchung einbezogen (vgl. Abb. 5-1). Dabei sind Schulen, die eine Teilnahme ablehnten (vgl. Kap. 5.3.1), nicht berücksichtigt.

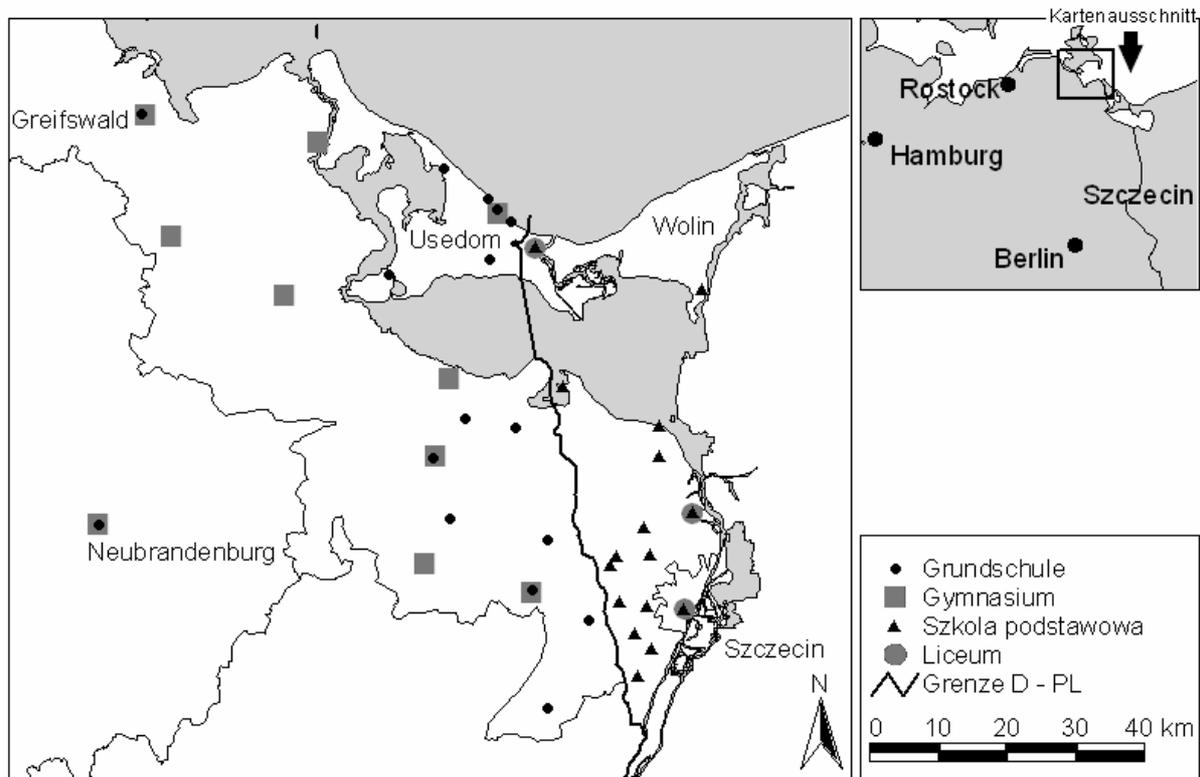


Abb. 5-1: Befragungsorte im Untersuchungsgebiet (Quelle: Eigene Darstellung)

5.2.3 Methodendiskussion

Im Interesse der Zielstellung der Untersuchung war es notwendig, den Grenzraum näher zu bestimmen. Dafür liegt weder eine allgemein noch wissenschaftlich verbindliche Abgrenzung vor. Da der Kontakt und die Einstellungen im unmittelbaren Grenzraum untersucht werden sollten, bot es sich an, auf das Gebiet des Kleinen Grenzverkehrs zurückzugreifen. Diese Zonierung von 15 km basiert zwar auf einer gesetzlichen Grundlage ist real jedoch relativ willkürlich.

Zum Teil wird behauptet, dass vor allem im unmittelbaren Grenzraum das Verhältnis der Bewohner zu den Grenznachbarn weniger positiv und offen ist als etwas weiter von der Grenze entfernt. Diese These soll hier nicht untersucht und falsifiziert/verifiziert werden. Untersuchungsgegenstand sind die grenzüberschreitende Interaktion und deren Einflussfaktoren.

Im Rahmen dieser Befragung war es nicht möglich, stärker soziologisch orientierte Fragestellungen aufzunehmen, um beispielsweise Stereotypen und Vorurteile zu erfassen. Zum einen hätte eine solche Erhebung den veranschlagten Zeitrahmen gesprengt, zum anderen ist das Untersuchungskonzept (Verteilen der Fragebögen über die Schulen, Ausfüllen im Unterricht) dafür ungeeignet. Auch wenn derartige Ergebnisse in dem hiesigen Zusammenhang wünschenswert gewesen wären, muss dies anderen Studien überlassen bleiben. In der vorliegenden Arbeit wird für dieses Thema auf Sekundärdaten zurückgegriffen.

Ein positiver Aspekt von schriftlichen Befragungen ist u.a. die im Vergleich zu mündlichen Befragungen größere Distanz zwischen Interviewer und Befragten. Dies kann sich bei Fragen mit einer hohen Erwartungshaltung hinsichtlich der Konformität günstig auf das Antwortverhalten auswirken, im vorliegenden Fragebogen z.B. bei Fragen zur sozialen Distanz und Fremdenfeindlichkeit, Ängsten und Erwartungen.

Nicht ausreichend untersucht ist hingegen, inwieweit das Gruppenverhalten die Befragungsergebnisse beeinflusst, da es in Klassenräumen kaum möglich ist, einen Fragebogen ohne Beobachtung des Nachbarn auszufüllen. Für diesen Bereich gibt es bislang zu wenig Methodenuntersuchungen (vgl. OBERWITTLER/NAPLAVA 2002).

Bei der Beobachtung der Befragung vor Ort konnte festgestellt werden, dass es zum Teil zu Diskussionen über bestimmte Fragen in der Gruppe kam. Dabei entstand nach eigener Feststellung jedoch keine negative Gruppendynamik. Als positiver Effekt, der z.T. auch auf Fragebögen vermerkt wurde, ist der Anstoß zum Nachdenken über die Thematik (Polen, EU, Osterweiterung) zu konstatieren. Positiv war die außerordentlich hohe Rücklaufquote, die aus dem eingeräumten Freiraum an der Schule sowie der teilweise persönlichen Ansprache der Schüler resultierte.

5.3 Ergebnisse

5.3.1 Rücklauf

Alle angesprochenen Gymnasien beteiligten sich an der Untersuchung, wobei es teilweise gestattet wurde, die Befragung persönlich während der Unterrichtszeit durchzuführen. Von den ausgewählten 25 deutschen Grundschulen lehnten 4 eine Befragung ab (eine Schule war eine Sprachheilschule, was aus der Liste des Schulamtes nicht hervorgegangen war; drei Schulen standen kurz vor der Auflösung bzw. Fusionierung und hatten nach eigener Aussage „andere Sorgen“). Die polnischen Schulen erklärten sich alle zur Teilnahme bereit; nur eine der Grundschulen sandte keine Fragebögen zurück.

Insgesamt war der Rücklauf relativ groß, aber mit Werten zwischen 4 % und 100 % weit gestreut (vgl. Abb. 5-2). Die variierenden Ausschöpfungsquoten lassen sich in erster Linie auf das unterschiedlich starke persönliche Engagement der Schulleiter und Lehrer zurückführen.

Der unterschiedliche Zeitpunkt der Befragung hatte auf die Rücklaufquote keinen direkt nachzuweisenden Einfluss: hohe wie niedrige Quoten gab es zum Schuljahresende wie auch zum Schuljahresbeginn. Der relativ lange Befragungszeitraum auf deutscher Seite von Mai bis Oktober 2001 hatte zur Folge, dass die Ereignisse des 11. September in diesen hinein fielen. Dies hatte jedoch keine nachzuweisenden Auswirkungen; genannte Zukunftsängste bezogen sich zwar durchaus auf Frieden/Krieg, politische Stabilität u.ä., dies jedoch auch vor dem historischen Datum.

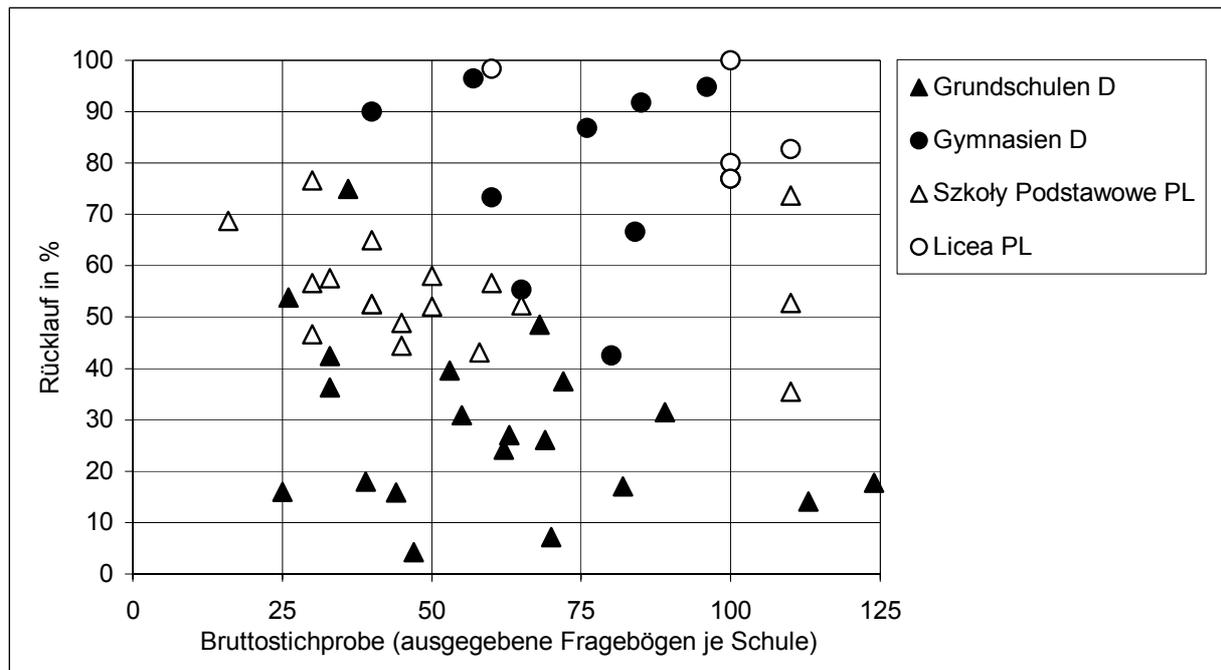


Abb. 5-2: Streuung der Rücklaufquoten (Quelle: Eigene Erhebung 2001/2002)

Insgesamt wurden im deutschen Teil des Untersuchungsraumes 341 Haushalte befragt. Die Rücklaufquote⁵⁷ betrug 27,4 % (vgl. Tab. 5-2). Überdurchschnittlich gut war der Rücklauf auf der Insel Usedom mit 36,8 %. Dies lässt sich zurückführen auf die unmittelbare Betroffenheit der Einwohner durch den Grenzübergang Ahlbeck.

An den Gymnasien wurden 573 deutsche Schüler (+ 23 polnische) befragt. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 77,1 %. Damit liegen insgesamt 914 auswertbare Fragebögen für die deutsche Seite des Untersuchungsraumes vor.

Auf polnischer Seite wurden über die Grundschulen 499 Haushalte befragt. Die Rücklaufquote betrug 54,1 %. An den Lyzeen wurden 407 Schüler befragt, was einem Rücklauf von 86,6 % entspricht. Insgesamt liegen somit für den polnischen Untersuchungsraum (inkl. der 23 Fragebögen polnischer Schüler an deutschen Gymnasien) 929 Fragebögen vor.

Tab. 5-2: Rücklaufquoten und Anzahl der Fragebögen im Untersuchungsraum

	deutsch		polnisch	
	Fragebögen	Rücklaufquote	Fragebögen	Rücklaufquote
Haushalte (Grundschulen)	341	27,4 %	499	54,1 %
Gymnasien/Lyzeen	573	77,1 %	407 + 23	86,6 %
gesamt	914		929	

⁵⁷ Die Rücklaufquote bezieht sich auf die bereinigte Bruttostichprobe, die sich aus der Gesamtschülerzahl der ausgewählten Klassen ergibt. Schulen, die nicht an der Befragung teilnahmen, wurden in die Berechnung nicht einbezogen, da diese Entscheidung auf institutioneller Ebene nicht mit der einzelner Individuen gleichzusetzen ist (vgl. auch OBERWITTLER/NAPLAVA 2002: 52).

Für beide Zielgruppen kann aufgrund des Auswahlmodus von einer repräsentativen Befragung ausgegangen werden.

Die Ergebnisse lassen Schlüsse auf die entsprechenden Bevölkerungsgruppen der jungen Erwachsenen und Eltern zu. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass insbesondere die Gruppe der älteren Bevölkerung/Bevölkerung ohne Kinder aus der Erhebung herausfällt. Dies ist jedoch der Konzentration der Forschungsarbeit auf die zukünftige Entwicklung im Untersuchungsraum geschuldet und daher vertretbar.

5.3.2 Persönliche Angaben

Auf deutscher Seite waren 65,3 % der Befragten an den Gymnasien weiblichen Geschlechts, 32,6 % männlich. Der höhere Anteil weiblicher Befragter entspricht dem ungleichen Geschlechterverhältnis an den Gymnasien (57 % weiblich; vgl. STLA MV 2001). Außerdem lässt sich daraus schließen, dass v.a. männliche Befragte die Teilnahme ablehnten.

Die Befragung der Eltern ergab ein Geschlechterverhältnis von 64,5 % Frauen und lediglich 18,8 % Männern. Diese Situation ist darauf zurückzuführen, dass in den Familien traditionell die Frauen die Kinderbetreuung übernehmen, wozu auch das Ausfüllen eines Fragebogens zählt, der über die Schule mitgegeben wird. Zudem sind Frauen generell „umfragefreundlicher“. Außerdem gab es bei den Haushalten eine höhere Anzahl von Fragebögen, die keine Angaben zum Geschlecht enthielten (16,7 %). Zumindest teilweise kann in diesen Fällen davon ausgegangen werden, dass beide Elternteile am Ausfüllen des Fragebogens beteiligt waren. Dies war zwar nicht vorgesehen, ein „Familienskonsens“ beeinträchtigt jedoch nicht das Ergebnis der Untersuchung, da das Ziel explizit darin bestand, die Einstellungen der Eltern mit Einfluss auf die zukünftige Entscheider-Generation zu erfassen. Insofern kann eine gemeinsame Antwort der Elternteile eher den beidseitigen Erziehungseinfluss widerspiegeln.

Auf polnischer Seite war die Verteilung der Geschlechter ähnlich, mit einem höheren Anteil weiblicher Befragter. Bei den Haushalten gaben 72,7 % weiblich an, 23,4 % männlich. Hierfür sind die bereits genannten Ursachen zu vermuten.

An den Lyzeen betragen die Werte 68,1 % für weiblich und 29,1 % für männlich. Nur zu einem Teil lässt sich das damit begründen, dass an den allgemeinbildenden Lyzeen (*Publiczne Licea Ogólnokształcące*) mehr Schülerinnen (im Durchschnitt der Woiwodschaft 61,4 %) lernen. Dafür ist der Anteil der männlichen Schüler an den technischen und beruflichen Lyzeen höher (vgl. URZĄD STAT. 2001). Auf Kreisebene liegen keine Daten vor, so dass die Angaben für den Untersuchungsraum nicht spezifiziert werden können. Auch hier ist eine höhere Verweigerungsquote unter den männlichen Schülern zu vermuten.

Der Mittelwert für die Kinderzahl der Familien liegt bei 2,2 für die deutschen Familien und mit 2,3 etwas höher für die polnischen Familien. Minimum und Maximum betragen 1 und 12 bzw. 1 und 13 Kinder. Der Median liegt in Deutschland wie in Polen bei 2 Kindern.

19,6 % der deutschen Befragten gaben an, alleinerziehend zu sein bzw. bei einem alleinerziehenden Elternteil zu leben. Auf polnischer Seite liegt dieser Wert etwas niedriger mit 12,9 %. Die durch-

schnittliche Kinderzahl dieser Familien beträgt 2,2 (D) bzw. 2,3 (PL) und unterscheidet sich nicht von den Gesamtdurchschnittswerten.

Die Auswertung der Berufstätigkeit der Eltern stellte sich als schwierig dar. Die Frage nach Beruf und Tätigkeit wurde nur selten vollständig beantwortet. 25,3 % (D) bzw. 20,3 % (PL) machten dazu keine Angaben. Eine umfassende Auswertung ist somit nur bedingt möglich. Da erfahrungsgemäß die Zuordnung zu vorgegebenen Kategorien gerade für Schüler schwierig ist, wurde im deutschen Fragebogen eine offene Fragestellung gewählt. Dies hat sich bei der Anwendung nicht bewährt. Vor allem Schüler verstanden den Sinn dieser Fragen nicht (was aus einigen Kommentaren hervorging) und ließen sie offen. Für den polnischen Fragebogen wurde eine Vorgabe von Kategorien für die Tätigkeit der Eltern gewählt. Die Verweigerungsquote war hier allerdings nur geringfügig niedriger (20 statt 25 %).

Der Anteil der Arbeitslosen erscheint mit 6,0 % (D) gering. Hier kann angenommen werden, dass eine ausweichende Antwort (nur Beruf) bzw. keine Angaben gemacht wurden. Auf polnischer Seite liegt der Anteil der Arbeitslosen bei 12,7 %.

Unterschiede bei den Berufsangaben der Eltern ergeben sich in der Gruppe der Akademiker/Beamten, wo der Anteil in Deutschland mehr als doppelt so hoch ist wie in Polen. Bei den Selbständigen (einer kleineren Gruppe) ist das Verhältnis umgekehrt, hier ist in Polen der Anteil der Selbständigen mehr als doppelt so hoch. Gleiches gilt auch für die Gruppe der Hausfrauen. In Polen ist außerdem die Gruppe der Rentner bedeutend größer.

Aufgrund der mangelhaften Beantwortung dieser Frage muss auf eine weitere Auswertung wie auch Korrelationen verzichtet werden.

5.3.3 Kontakte nach Polen

Die Häufigkeit der Fahrten ins Nachbarland wurde zweifach erfasst: zum einen mit einer qualitativen Einschätzung (regelmäßig/unregelmäßig), zum anderen mit einer quantitativen Aussage (wie oft pro Woche/Monat/Jahr).

20,6 % der deutschen Befragten gaben an, regelmäßig nach Polen zu fahren, 69,0 % unregelmäßig und 10,3 % nie (0,1 % k.A.). Damit sind fast 90 % der Befragten mindestens einmal in Polen gewesen. Ähnlich ist die Verteilung auf polnischer Seite: 19,9 % gaben an, regelmäßig nach Deutschland zu fahren, 61,5 % unregelmäßig und 16,9 % nie (1,7 % k.A.). Ein Fünftel der Bewohner im Grenzraum fährt demnach regelmäßig ins Nachbarland.

Bei den quantitativen Aussagen ergeben sich teilweise deutliche Unterschiede zwischen der deutschen und der polnischen Gruppe (vgl. Abb. 5-3). Die verhältnismäßig große Gruppe der Polen, die öfter als achtmal im Monat nach Deutschland fährt, wird hauptsächlich durch Schüler gebildet, die das deutsch-polnische Gymnasium in Löcknitz besuchen. Insgesamt fahren die Deutschen häufiger nach Polen, wenn auch die größte Gruppe die nur ein- bis zweimal jährlich Reisenden bilden.

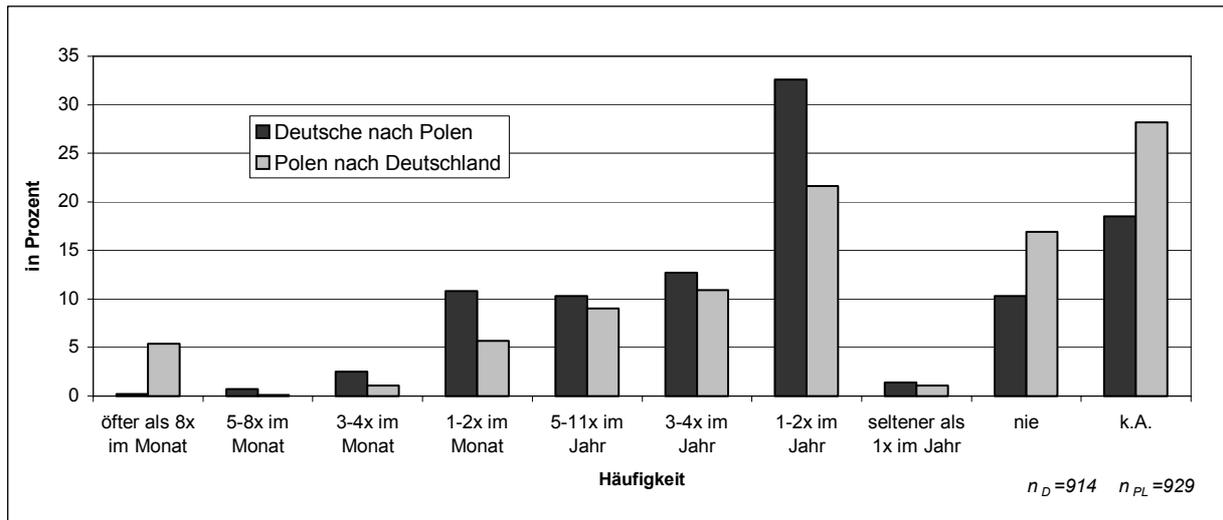


Abb. 5-3: Häufigkeit der Fahrten ins Nachbarland (Quelle: Eigene Erhebung 2001/2002)

Betrachtet man dies zusammen mit den angegebenen Reisezwecken, so wird deutlich, dass dafür Einkaufen (v.a. Zigaretten) hauptsächlich ist (vgl. Abb. 5-4). Für die Befragten auf beiden Seiten der Grenze ist das Einkaufen mit Abstand häufigster Grund für Reisen ins Nachbarland. Für die Deutschen folgen touristische Reisezwecke und „anderes“, das sich in erster Linie als Tanken (9,4 %) herausstellt.

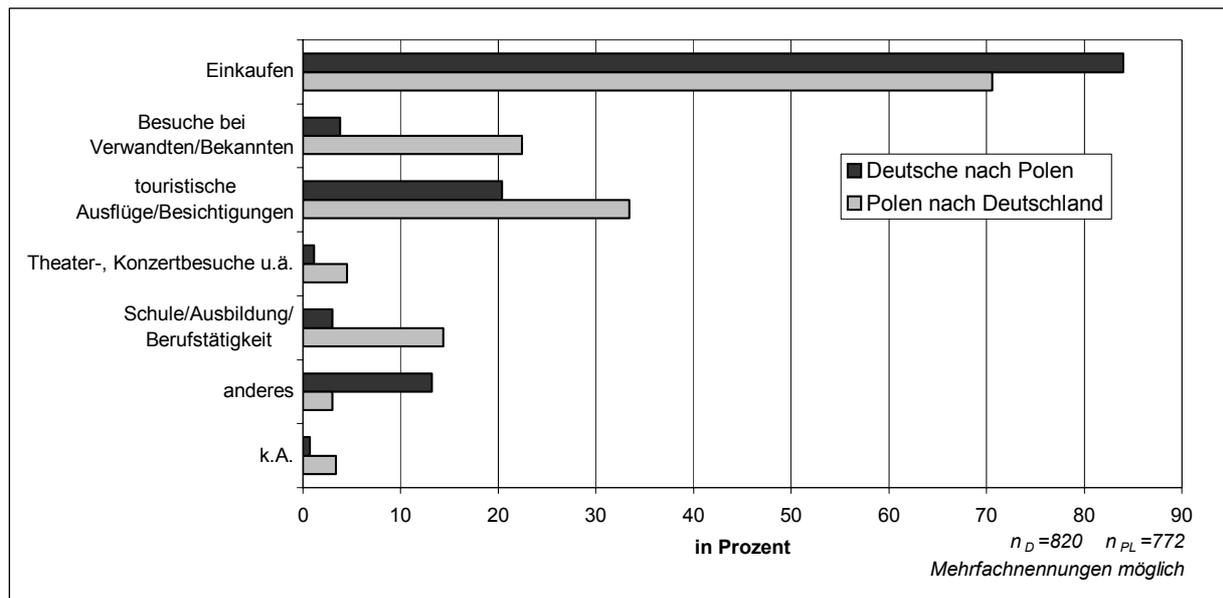


Abb. 5-4: Zweck der Fahrten ins Nachbarland (Quelle: Eigene Erhebung 2001/2002)

Für polnische Reisende folgen an zweiter und dritter Stelle touristische Ausflüge und der Besuch von Verwandten/Bekanntem als Reisegrund. Es fahren weitaus mehr Polen (v.a. Schüler) zum Zweck der Ausbildung oder beruflichen Tätigkeit nach Deutschland als umgekehrt.

Die meisten der Befragten fahren mit dem Pkw ins Nachbarland (vgl. Abb. 5-5) - trotz mangelhafter Infrastruktur in Form fehlender Übergänge für den MIV, langer Wartezeiten und der Angst vor Diebstählen. Auffällige Unterschiede zwischen Deutschen und Polen bei der Wahl der Verkehrsmittel gibt

es lediglich bei Fahrrad und Bus. Mehr polnische Schüler benutzen diese Verkehrsmittel für eine Fahrt über die Grenze. Dass Schiff und Fußgänger einen relativ großen Anteil einnehmen, hängt mit der besonderen Grenzsituation zusammen, wo wenige Grenzübergänge für Pkw existieren, dafür aber Möglichkeiten des Schiffstransfers bestehen (vgl. Kap. 4.3.2).

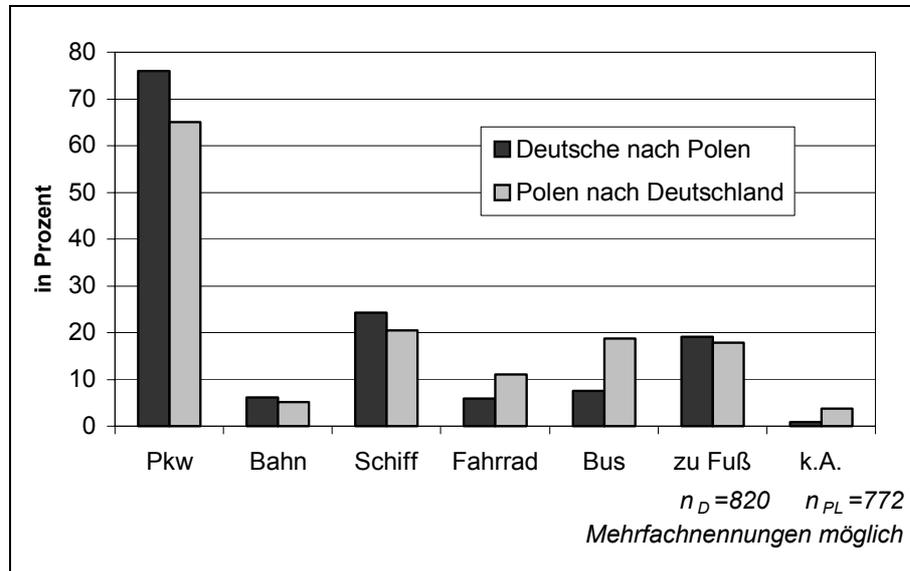


Abb. 5-5: Wahl der Verkehrsmittel (Quelle: Eigene Erhebung 2001/2002)

Bei den Grenzübergängen nannten die deutschen Befragten (Mehrfachnennungen möglich) etwa gleich oft Ahlbeck-Świnoujście (41,3 %) und Linken-Lubieszyn (43,7 %), was insofern erstaunt, da der Grenzübergang Ahlbeck nur für Fußgänger passierbar ist. Zwar gibt es unmittelbar hinter der Grenze einen der typischen Grenzmärkte, der jedoch in den letzten Jahren kleiner wurde und an Bedeutung verloren hat. Das Tanken als Reisegrund fällt hier ganz weg. Halb so stark wird der Übergang Altwarp-Nowe Warpno (19,6 %) von deutschen Grenzgängern frequentiert, was praktisch beinhaltet, mit dem Schiff zum zollfreien Einkauf einmal nach Polen und zurück zu fahren.

Anders ist die Verteilung bei den polnischen Befragten. Erwartungsgemäß nutzen weniger Personen die Grenzübergänge Świnoujście-Ahlbeck (24,2 %) und Nowe Warpno-Altwar (13,6 %). Auch wenn das Einkaufen ebenso wie bei den Deutschen häufigster Reisegrund ist, sind doch die Nachfragestrukturen anders, die sich eher auf hochwertige Güter richten und demzufolge auf Einkaufszentren der grenznahen Städte. Aus diesem Grund nehmen die Grenzübergänge Lubieszyn-Linken (30,9 %) und Kołbaskowo-Pomellen (43,3 %), die für den Pkw-Verkehr zugelassen sind, eine größere Bedeutung ein. Bei einem Drittel aller Fahrten werden allerdings trotzdem Grenzübergänge benutzt, die nur für Fußgänger zugelassen sind bzw. für den Schiffsverkehr, da ein häufiger Reisegrund touristische Ausflüge sind, wie z.B. das Flanieren an den Promenaden der Seebäder Usedom.

Obwohl die Mehrzahl der deutschen wie der polnischen Befragten relativ häufig ins Nachbarland fährt, sind die Unterschiede bei den Angaben zu Kontakten sehr groß: So geben 20,6 % der Deutschen und 46,3 % der Polen an, Kontakt zu Deutschen bzw. Polen zu haben (vgl. Abb. 5-6).

Dabei ist zu berücksichtigen, dass „Kontakt“ ein subjektives Empfinden ist. Für eine Person entsteht bereits beim Einkaufsgespräch Kontakt, für eine andere vielleicht erst beim namentlichen Kennen-

lernen. Auch in der Untersuchung LISIECKIS (1996b: 112) gab es einen sehr hohen Wert von 58,1 % der deutschen Befragten in Frankfurt/Oder und Guben (also direkten Grenzstädten bzw. geteilten Städten), die angaben, keinen Kontakt zu Polen zu haben. Die typischen Grenzmärkte und konsumorientierte Reisen sind also kaum geeignet, Kontakte zwischen den Bewohnern der Grenzregion herzustellen, negative Stereotype abzubauen und eine Annäherung der Menschen zu bewirken.

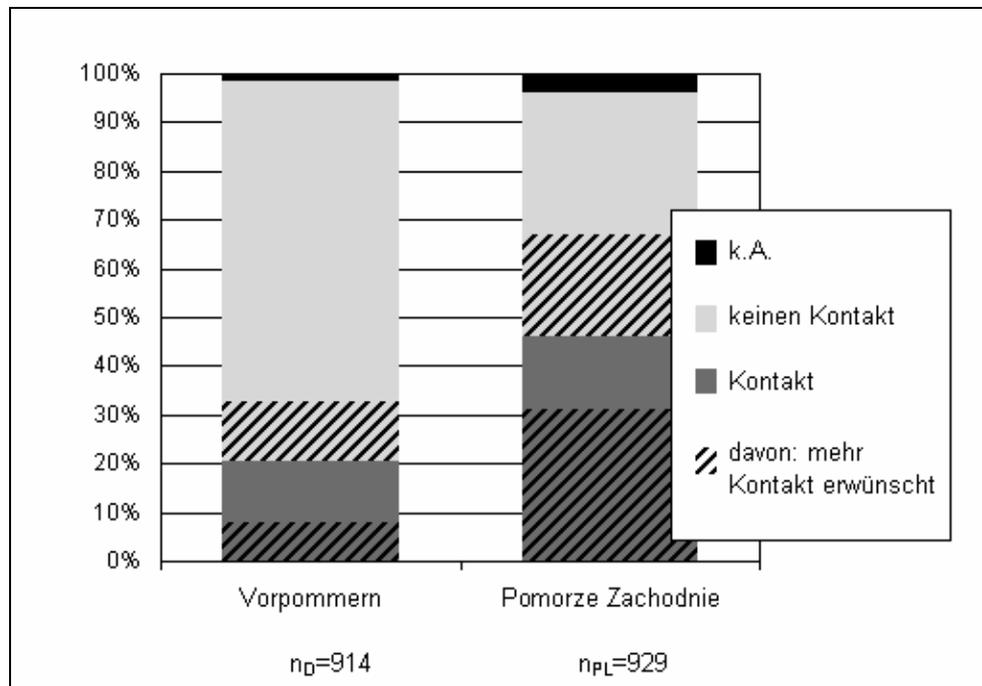


Abb. 5-6: Kontakt zu Nachbarn (Quelle: Eigene Erhebung 2001/2002)

Bei der Frage nach einer Intensivierung der Kontakt sind starke Unterschiede in den beiden Teilräumen auszumachen: Bei den polnischen Befragten ist in beiden Gruppen (Kontakt/kein Kontakt zu Deutschen) der Wunsch nach mehr Kontakten zwei- bis dreimal größer als auf deutscher Seite (zusammen D 19,8 %; PL 51,6 %). Ursachen dafür sind zum einen die lange Trennung der Grenzregionen, zum anderen mangelndes Interesse aufgrund der typischen Westorientierung in den postsozialistischen Transformationsregionen, was auch auf Vorpommern zutrifft und damit das Interesse an den östlichen Nachbarn in den Hintergrund drängt.

Die vorhandenen Kontakte werden für die deutschen Befragten durch private Kontakte (52,1 %) und Kontakte über Schule/Beruf (44,7 %) bestimmt (vgl. Abb. 5-7). Mit 11,7 % nehmen die Vereine den dritten Rang ein. Insbesondere Sportvereine haben hier eine wichtige Funktion und tragen zum Austausch bei.

Für die polnischen Befragten werden die Kontakte stärker durch privaten Austausch bestimmt (71,4 %) als für die deutschen. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass Schüler zum Teil ihre Kontakte zu den privaten gezählt haben, was dem Fragebogen geschuldet ist⁵⁸. Berufliche Motive der

⁵⁸ In der polnischen Version des Fragebogens war zunächst lediglich die Rubrik beruflich aufgeführt, der entsprechende Zusatz beruflich/schulisch fehlte teilweise.

Kontakte gaben 25,3 % der Befragten an. Die Vereine sind mit 5,1 % weniger bedeutsam. Insgesamt wird jedoch deutlich, dass die organisierten Aktivitäten der Schulen erheblichen Anteil an der Kontaktaufnahme der deutschen und polnischen Nachbarn miteinander haben.

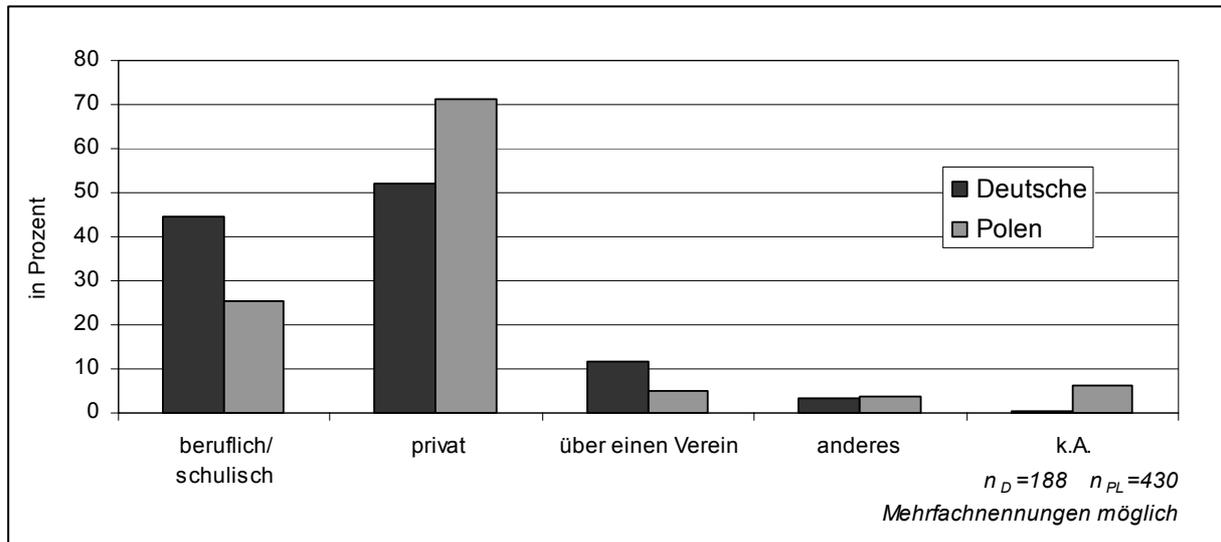


Abb. 5-7: Art der Kontakte (Quelle: Eigene Erhebung 2001/2002)

Interessant ist, die heutige Intensität der Kontakte mit der Situation vor 1990 zu vergleichen. Auf deutscher Seite gaben nur 14,7 % der Befragten an, bereits vor 1990 Kontakte nach Polen gehabt zu haben (vgl. Abb. 5-8). Dies sind keineswegs nur ältere Befragte aus der Gruppe der Eltern, sondern zu zwei Drittel Gymnasiasten.

Aus der Gruppe der Befragten mit früheren Kontakten nach Polen gab mehr als die Hälfte an, dass es mehr Kontakte waren als heute. Für einen gleich großen Anteil dieser Gruppe waren es früher genauso viel Kontakte wie heute oder weniger. Diese Zahlen implizieren eine negative Entwicklung. Erstaunlich ist, dass bei den Gymnasiasten sogar ein noch höherer Anteil angibt, vor 1990 mehr Kontakt gehabt zu haben. In Anbetracht des Alters könnte hier eine Wahrnehmungsverschiebung vorliegen. Bei den Eltern geben weniger Befragte mehr Kontakt vor 1990 an (mehr Kontakt: Gesamtgruppe 7,8 %, Schüler 9,2 %, Eltern 5,3 %). Die Werte zu geringerem Kontakt differieren nicht zwischen beiden Gruppen.

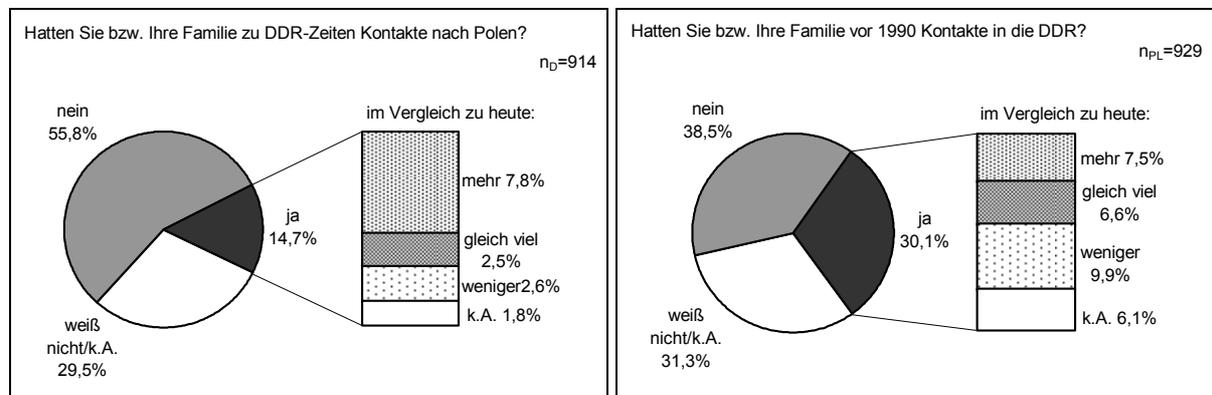


Abb. 5-8: Kontakte nach Polen/in die DDR vor 1990 (Quelle: Eigene Erhebung 2001/2002)

Insgesamt ist auf deutscher Seite der Anteil der Befragten mit Kontakten nach Polen vor 1990 zwar gering, wird jedoch dominiert von der Aussage mehr Kontakt als heute. Dies erscheint aufgrund der Grenzsituation zunächst widersprüchlich. Einerseits kann das der bereits in Erwägung gezogenen Wahrnehmungsverschiebung der jungen Erwachsenen geschuldet sein. Andererseits ist es denkbar, dass gerade die Bevölkerung mit Kontakten nach Polen sehr intensive Kontakte hatten, die heute aus verschiedenen Gründen nicht mehr oder weniger stark existieren.

Auf polnischer Seite gaben 30,1 % der Befragten an, bereits vor 1990 Kontakte nach Ostdeutschland gehabt zu haben. Der Vergleich zu heute lässt keine so deutliche Aussage zur Entwicklung zu: Mehr Kontakt hatte demnach jeder vierte Befragte, jeder Fünfte genauso viel wie heute. Etwa ein Drittel gab an, weniger Kontakt gehabt zu haben. Bei dieser Frage gab es auf polnischer Seite kaum Unterschiede zwischen den Angaben der Eltern und der Schüler.

Einen entscheidenden Faktor für die Kontaktaufnahme stellt die Sprache dar. Hier sind deutliche Unterschiede bei den Kenntnissen der Sprache des Nachbarlandes festzustellen (vgl. Abb. 5-9). Nur 11,2 % der deutschen Befragten gaben an, Polnischkenntnisse (verschiedener Stufen) zu besitzen. Demgegenüber besitzen 61,5 % der Polen Deutschkenntnisse. Etwa gleich groß ist die Gruppe der Befragten, die (noch) keine Kenntnisse der Nachbarsprache besitzen, aber diese gern erwerben möchten (12,4 bzw. 12,6 %).

Auch qualitativ sind Unterschiede der Sprachkenntnisse zu verzeichnen. Bei der Selbsteinschätzung gab fast jeder zehnte polnische Befragte (9,8 %) an, gut oder sehr gut Deutsch zu sprechen. Auf deutscher Seite besitzt nicht einmal jeder Hundertste (0,7 %) vergleichbare Polnischkenntnisse.

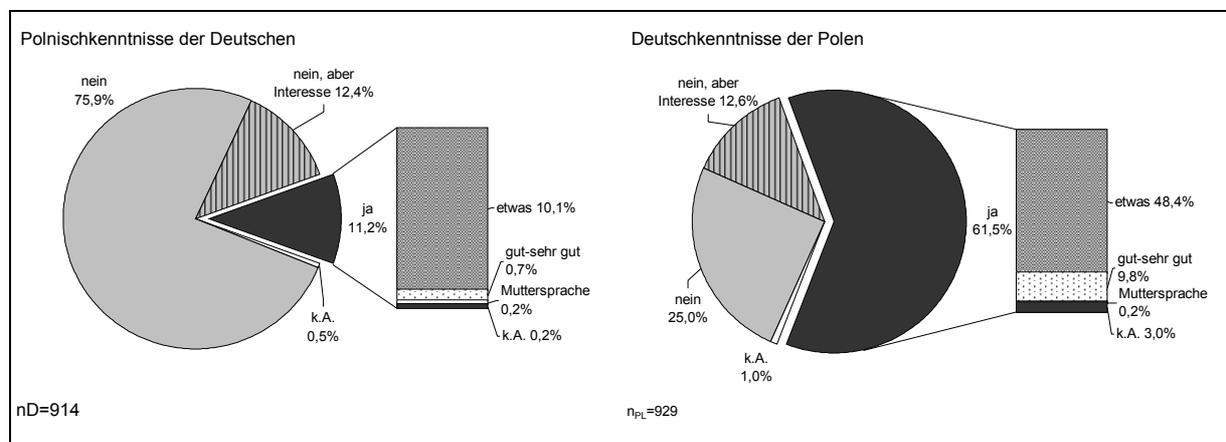


Abb. 5-9: Sprachkenntnisse (Quelle: Eigene Erhebung 2001/2002)

Ein Viertel (24,8 %) der deutschen Befragten befürwortet die Möglichkeit, an den Schulen Polnisch zu lernen. Dabei ist die Befürwortung in der Gruppe der Eltern mit 31,4 % größer als die der Schüler/Gymnasiasten mit 20,9 %. Bei der Zustimmung der Eltern gibt es allerdings deutliche Unterschiede zwischen dem unmittelbaren Grenzraum und den kreisfreien Städten. In den Städten Greifswald und Neubrandenburg beträgt die Befürwortung des Polnisch-Unterrichtes an den Schulen nur 19,3 %. Im Grenzraum liegt die Befürwortung bei 37,8 %, wo durch die unmittelbare Betroffenheit eher Notwendigkeiten und evtl. Chancen gesehen werden.

Im Bereich der Sprachkenntnisse gibt es eine deutliche Diskrepanz zwischen beiden Grenzregionen. Ursachen dafür sind die jüngere Geschichte sowie aktuellen Tendenzen wie die bereits erwähnte Westorientierung. Drei Viertel (77,4 %) der Polen würden es begrüßen, wenn die Deutschen Polnisch lernen würden. Dabei ist die Zustimmung bei den jungen Erwachsenen an den Lyzeen größer als bei den befragten Eltern.

Die vergleichende Betrachtung des Fremdsprachenunterrichtes in beiden Teilräumen zeigt deutliche Unterschiede auf: In der Woiwodschaft Westpommern wählen im obligatorischen Fremdsprachenunterricht 44,6 % der Schüler Deutsch, womit diese Sprache in der Bedeutung nur knapp hinter Englisch mit 53,1 % liegt. Die Bedeutung des Russischen nimmt weiterhin ab und liegt derzeit bei 6,3 %; Französisch konnte bislang nicht aufholen und besitzt lediglich einen Anteil von unter 3 % (vgl. URZĄD STAT. 2001).

In Mecklenburg-Vorpommern wählen 83,7 % der Schüler Englisch, 15,7 % Französisch und 10,7 % Russisch als Fremdsprache in der Schule. Polnisch liegt mit einem Anteil von 0,06 % weit abgeschlagen und in der Bedeutung noch hinter Schwedisch mit 0,2 % (vgl. STLA MV 2001).

5.3.4 Region

Im Fragekomplex zu den Regionen Vorpommern und Westpommern wurde nach der Verbundenheit beider gefragt. Für die Mehrheit der Befragten sind die Grenzregionen wirtschaftlich wie kulturell miteinander verbunden (vgl. Abb. 5-10).

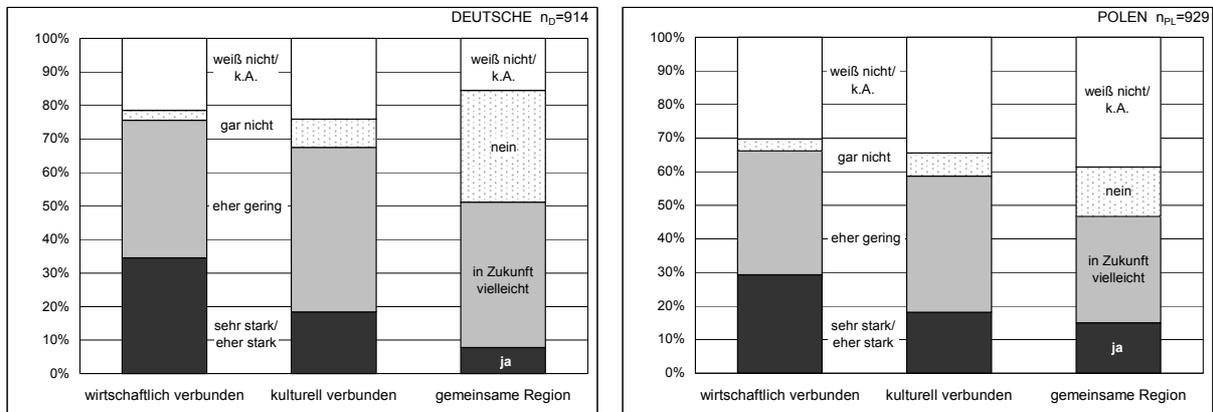


Abb. 5-10: Verbundenheit der Regionen (Quelle: Eigene Erhebung 2001/2002)

Von den deutschen Befragten schätzen 34,5 % die wirtschaftliche Verbundenheit als sehr stark bis eher stark ein, 41 % als eher gering. Lediglich 3 % verneinen eine Verbundenheit. Die kulturelle Verbundenheit wird geringer eingeschätzt. 18,4 % halten sie für sehr stark bis eher stark, 49,1 % für eher gering. 8,4 % sehen keinerlei kulturelle Verbundenheit zwischen beiden Grenzregionen.

Unterschiede gibt es in der Einschätzung der regionalen Verbundenheit zwischen Grenzraum und kreisfreien Städten. Dabei wirkt die Grenznähe wiederum bestärkend; hier wird die Verbundenheit höher bewertet. Befragte mit Kontakten zur polnischen Bevölkerung bewerteten die Verbundenheit ebenfalls höher, allerdings sind die Unterschiede nur gering.

Ein Drittel der polnischen Befragten (29,3 %) schätzt die wirtschaftliche Verbundenheit beider Grenzregionen als sehr stark und eher stark ein, 36,9 % als eher gering. Die kulturelle Verbundenheit wird auch auf polnischer Seite als geringer eingeschätzt. 18,1 % beurteilen sie als sehr stark bis eher stark, 40,6 % als eher gering. Keine Verbundenheit stellen lediglich 3,8 % bzw. 14,1 % der Befragten fest.

Vor allem bei der wirtschaftlichen Verbundenheit ließen sich deutliche Unterschiede zwischen den befragten polnischen Eltern und Schülern ablesen: Während nur 22,6 % der Eltern die wirtschaftliche Verbundenheit mit sehr/eher stark angaben, waren dies bei den Schülern 36,9 %. Auf die deutschen Befragten trifft diese Aussage ebenfalls zu (22 % Eltern, 36 % Schüler). Diese Differenzen sind bei der Beurteilung der kulturellen Verbundenheit jedoch nicht festzustellen bzw. nur gering ausgeprägt.

Die zu konstatierende relativ geringe Verbundenheit beider Grenzräume resultiert aus der politischen Situation einer über Jahrzehnte währenden starken Trennung. Allerdings konnte sich in den vergangenen Jahren nicht zuletzt aufgrund der ökonomischen Rahmenbedingungen bereits eine wirtschaftliche Verflechtung entwickeln, so dass sie die kulturelle Verbundenheit bereits übertrifft. Die kulturelle Distanz ist aufgrund der Sprachbarriere noch immer sehr groß.

Dennoch meinen bereits 15 % der Polen und 7,8 % der Deutschen, dass Vorpommern und Westpommern bereits heute eine gemeinsame Region bilden. Zusammen mit den 31,6 % bzw. 43,4 %, die meinen „in Zukunft vielleicht“, ist dies als Chance für eine gemeinsame Region zu erkennen.

Um Aussagen zur regionalen Identität zu ermöglichen, wurde im Rahmen der Untersuchung nach der Heimat gefragt, wobei sich deutliche Unterschiede in den beiden Teilräumen ergaben (vgl. Abb. 5-11).

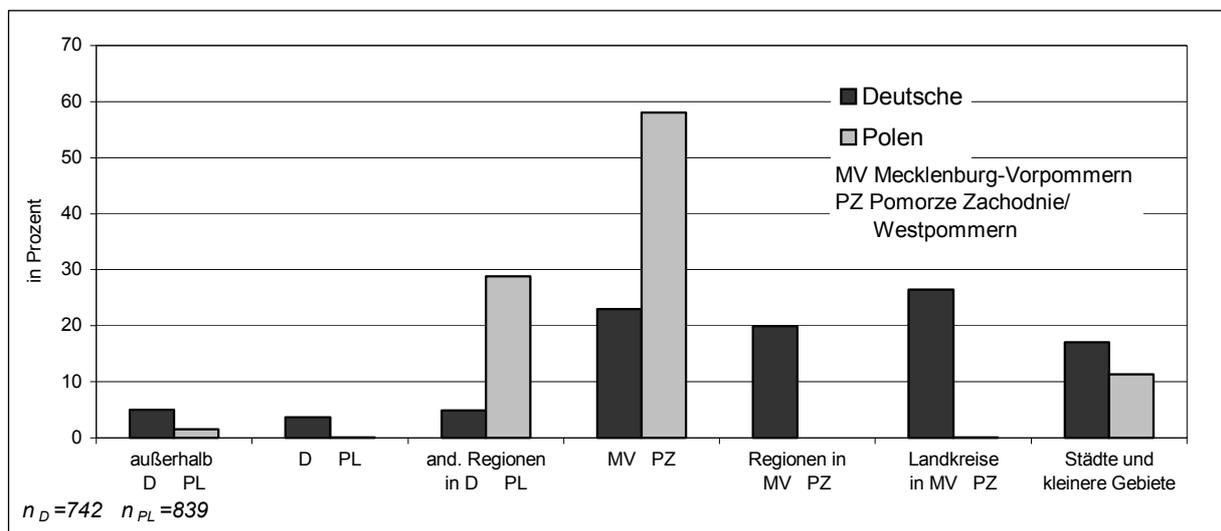


Abb. 5-11: Heimatbegriff der deutschen und polnischen Befragten, Anteil an allen Nennungen (Mehrfachnennungen möglich), gruppiert (Quelle: Eigene Erhebung 2001/2002)

Auf der deutschen Seite wird Deutschland öfter als Heimat genannt, in Polen hat der Regionalismus scheinbar bereits stärker gegriffen, so dass das Heimatgefühl seltener auf das Land insgesamt bezogen wird. Obwohl die Woiwodschaft Westpommern erst seit Anfang 1999 existiert, bezogen sich im Rahmen der Untersuchung 2001/2002 bereits 58 % der Heimat-Nennungen der polnischen Befragten

auf Westpommern oder die Woiwodschaft Westpommern. Kleinere regionale Einheiten (z.B. die früheren Woiwodschaften Szczecin und Koszalin oder die gleichzeitig mit den Woiwodschaften eingeführten Kreise) spielen keine Rolle. Lediglich einige Orte werden – meist zusammen mit größeren Einheiten – genannt. Die politisch-administrative Entwicklung mit einer Abkehr vom Zentralismus und einer neuen Betonung der Regionen kann daher als erfolgreich angesehen werden. In Vorpommern verteilt sich das Heimatgefühl stärker auf die verschiedenen Gebietseinheiten. Die Regionalisierung zeigt sich hier stärker fragmentiert als im benachbarten Westpommern. Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, Teilräume davon ebenso wie Landkreise und kleinere Gebiete sind als Projektionsebenen des Heimatgefühls anteilmäßig etwa gleich bedeutend. Die Landkreise spielen in Deutschland nicht nur politisch eine größere Rolle als in Polen. Obwohl sie als Gebietseinheiten 1994 völlig neu gebildet wurden, nannten die Befragten überdurchschnittlich oft Kreise als Heimatregion. Die Europaregion Pomerania wurde nicht genannt.

5.3.5 Einstellungen zu den Nachbarn

Nahezu die Hälfte der Deutschen (47 %) gab an, familiäre Wurzeln im heutigen Polen zu besitzen. 37,1 % der polnischen Befragten haben Verwandte in Deutschland. Diese historischen wie aktuellen Bezüge müssten für eine stärkere Verbindung beider Bevölkerungsgruppen sorgen, zumindest für ein größeres Interesse aneinander, was sich in der Realität jedoch nicht bestätigt.

Die Einstellungen zu den Nachbarn konnten im Rahmen dieser Untersuchung nur angeschnitten werden (vgl. Kap. 5.2.3). Gefragt wurde nach dem Interesse der Polen und Deutschen aneinander bzw. an Europa in einer Selbst- und in einer Fremdeinschätzung. Die Durchschnittswerte der Angaben zeigten Unterschiede auf (vgl. Abb. 5-12).

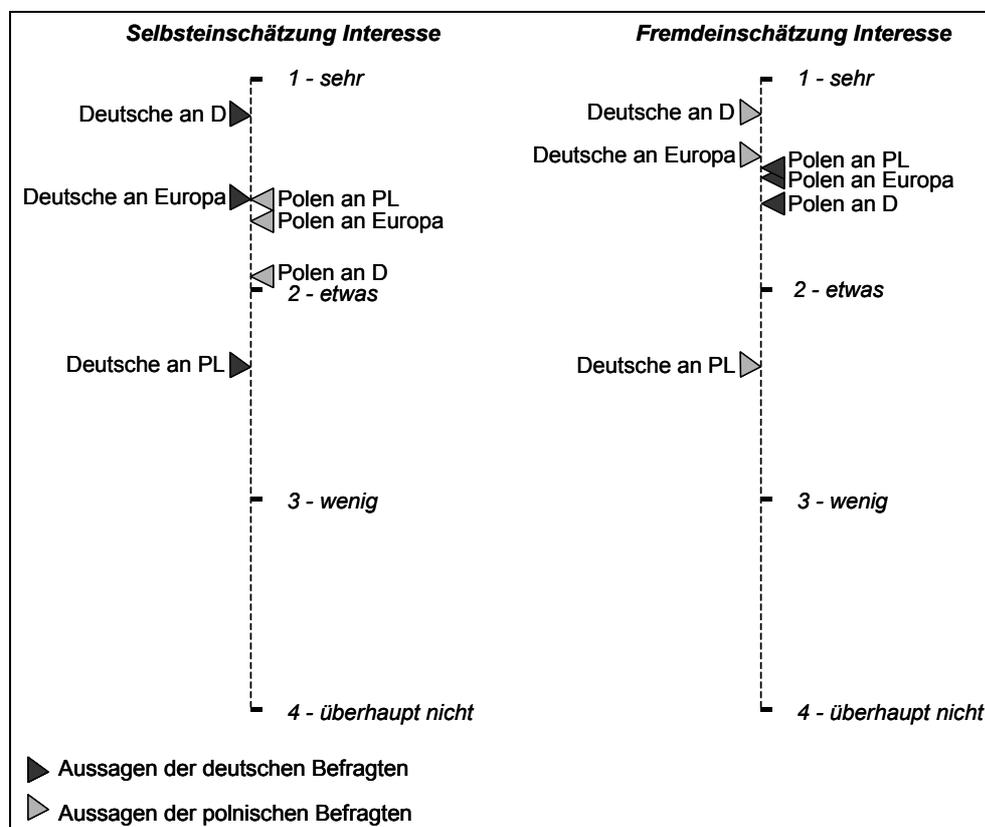


Abb. 5-12: Einschätzung des Interesses aneinander/an Europa (Quelle: Eigene Erhebung 2001/2002)

Deutlich wird, dass das Interesse am eigenen Land ganz oben steht, gefolgt vom Interesse an Europa und relativ weit abgeschlagen folgt erst das Interesse am direkten Nachbarland.

Interessanterweise sind die Werte der Selbsteinschätzung negativer als die Fremdeinschätzung; ist das wechselseitige Bild voneinander also positiver als die Realität.

Die stark trennende Wirkung der Grenze führte zu einer Entfremdung der beiden Grenzräume bzw. ihrer Bewohner. Dies drückt sich u.a. in der Stärke der sozialen Distanz zwischen beiden Bevölkerungsgruppen aus. Die diesbezügliche Erhebung lehnt sich an eine Untersuchung von LISIECKI (1996) an. In fünf Stufen wird der Grad der Verbundenheit bzw. Distanz erfasst, wobei sich die Intensität mit jeder Frage erhöht, die von Aufhalten im Nachbarland bis zur Familienmitgliedschaft reichen. Erfragt wird, mit welcher Nähe die Befragten einverstanden sind (vgl. Abb. 5-13).

Als genereller Trend ist abzulesen, dass mit zunehmender Nähe die Zustimmung abnimmt während die Ablehnung steigt. Gleichzeitig wächst aber in beiden Gruppen auch der Anteil der Unschlüssigen bzw. Nicht-Antwortenden. Dies könnte damit zusammenhängen, dass es zu diesen Fragestellungen noch keine Meinungsbildung gab, was ebenfalls ein Indiz für große soziale Distanz wäre.

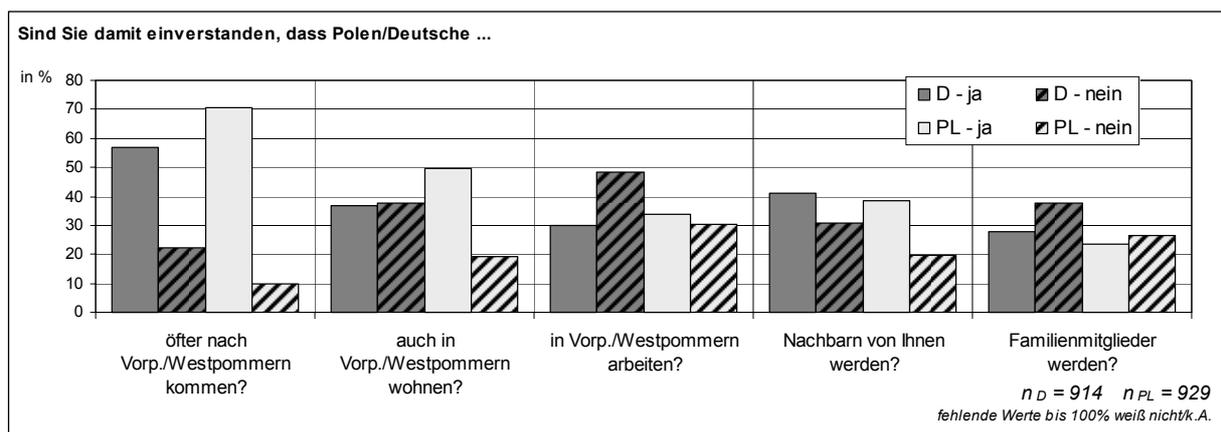


Abb. 5-13: Soziale Distanz (Quelle: Eigene Erhebung 2001/2002)

Die Zustimmung der Deutschen ist bezüglich der Besuchsfrequenz (Frage 1) am stärksten. Interessanterweise wird die direkte Nachbarschaft (Frage 4) unproblematischer gesehen als die generelle Ansiedlung von Polen in Vorpommern (Frage 2). Dies könnte Ausdruck der Angst vor gesellschaftlicher Überfremdung sein, wohingegen die individuelle Xenophobie weniger Ausdruck findet. Die Zustimmung zur Familienmitgliedschaft (Frage 5) ist am geringsten, fast gleich niedrig die Zustimmung bezüglich der Arbeitsaufnahme (Frage 3). Betrachtet man die Werte der Ablehnung der deutschen Befragten, ragt die Säule mit den Angaben zum Arbeitsort (Frage 3) heraus, wobei die Angst aufgrund des angespannten Arbeitsmarktes eine tragende Rolle spielt. Im Vergleich dazu sind die Angaben der polnischen Befragten positiver. Die Ablehnung übertrifft lediglich bei der Frage der Familienmitgliedschaft die Zustimmung.

Bei der Einzelbetrachtung der Fragestellungen zeigt sich, dass die Mehrheit der deutschen und polnischen Befragten mit häufigeren Besuchen der Nachbarn einverstanden ist. Die Zustimmung ist auf beiden Seite der Grenze mit 57,1 % bzw. 70,7 % relativ hoch. Andererseits stimmt bedenklich,

dass auf deutscher Seite jeder fünfte und auf polnischer Seite jeder zehnte Befragte häufigere Besuche der Nachbarn ablehnt.

Bereits bei der zweiten Stufe (Wohnsitz) halten auf deutscher Seite Zustimmung und Ablehnung sich in etwa die Waage (37 % bzw. 37,5 %). In Westpommern (PL) wird auch die Frage des Wohnsitzes als relativ unproblematisch eingeschätzt: 49,7 % haben nichts dagegen einzuwenden, dass Deutsche in Westpommern wohnen, 19,2 % sind damit nicht einverstanden.

Die dritte Stufe (Arbeitsaufnahme) besitzt auf deutscher Seite die höchsten Werte der Ablehnung mit 48,5 %. Nur 29,9 % sind damit einverstanden, dass Polen in Zukunft in Vorpommern arbeiten. Obwohl der polnische Arbeitsmarkt ebenso angespannt ist, die soziale Situation noch schwieriger, ist die Ablehnung hier weniger stark (30,4 %). Dieser Anteil wird sogar von der Zustimmung mit 33,9 % übertroffen.

Die direkte Nachbarschaft wird auf beiden Seiten als weniger problematisch angesehen. Hier ist die Zustimmung jedoch in Vorpommern (D) mit 40,9 % etwas höher als in Westpommern (PL) mit 38,6 %.

Die Frage nach der Familienmitgliedschaft wird als einzige auf beiden Seiten der Grenze überwiegend ablehnend beantwortet (37,5 % bzw. 26,7 %). Bei dieser Frage ist eine Differenziertheit nach Geschlechtern zu vermuten. Auf deutscher Seite zeigen sich 32 % der Frauen mit einer Familienmitgliedschaft einverstanden, aber nur 22,7 % der Männer. Diese Differenz lässt sich für die polnischen Befragten insgesamt jedoch nicht finden. Bei den Schülern gibt es diesen Geschlechterunterschied durchaus: Bei den Frauen überwiegt die Zustimmung zur Familienmitgliedschaft Deutscher, bei den Männern dominiert die Ablehnung.

Bei den anderen Fragen der Stufen eins bis vier lässt sich weder in Vorpommern noch in Westpommern eine Differenz zwischen den Geschlechtern erkennen. Unterschiede gibt es teilweise zwischen den befragten Schülern und den Eltern. Obwohl die polnischen Oberschüler (noch) wenig von Problemen des Arbeitsmarktes betroffen sind, ist die Ablehnung der Frage 3 (Arbeit) in dieser Gruppe bedeutend stärker (Eltern 25,5 %, Schüler 36 %). Bei den anderen Fragen gibt es diese Unterschiede zwischen den beiden polnischen Gruppen nicht.

Auf deutscher Seite findet sich ein Muster durchgehend bei allen Fragen: Die Zustimmung ist an den Gymnasien am größten, am geringsten dagegen bei den Eltern in den kreisfreien Städten. Zu schlussfolgern ist daraus, dass bereits in den grenznahen größeren Städten Neubrandenburg und Greifswald das Interesse geringer ist als im unmittelbaren Grenzraum. Zudem scheinen die Gymnasiasten aufgeschlossener als viele Eltern. Zu hoffen ist, dass die Eltern ihre negativere Einstellung nicht in gleich starkem Maße an die heutigen Grundschüler weitergeben und/oder dass Schule und Gemeinschaft entgegenwirken können. Günstig wirken dabei Kontakte zu den Bewohnern des Nachbarlandes: Deutsche Befragte mit Kontakten zur polnischen Bevölkerung hatten bei allen fünf Fragen deutlich höhere Werte der Zustimmung, geringere der Ablehnung. Gleiches gilt auch für die polnischen Befragten; der Kontakt zu Deutschen verringert die soziale Distanz, wenn auch in unterschiedlicher Stärke bei den einzelnen Stufen, so dass weitere Faktoren Einfluss besitzen.

5.3.6 Fremdenfeindlichkeit

Eine besondere Problematik ist die Entwicklung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Osten Deutschlands. Dafür gibt es unterschiedliche Erklärungen, aber noch fehlen schlüssige Konzepte, dem zu begegnen. Die Fremdenfeindlichkeit in ostdeutschen Kommunen wird mitverantwortlich gemacht für den fehlenden wirtschaftlichen Aufschwung, da sie als negativer weicher Standortfaktor mögliche Investoren abschreckt. Obwohl in den neuen Bundesländern die Anteile der ausländischen Bevölkerung sehr gering sind, stehen dem stärker verbreitete fremdenfeindliche Einstellungen der Einwohner gegenüber (vgl. Abb. 5-14).

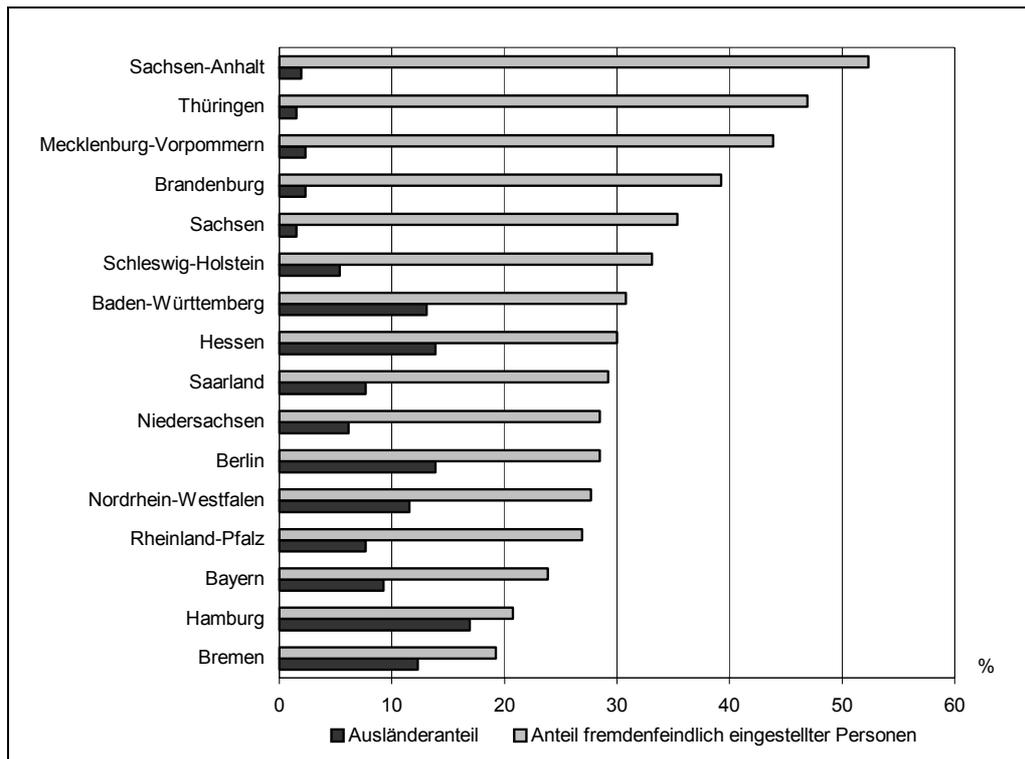


Abb. 5-14: Fremdenfeindlichkeit und Ausländeranteile nach Bundesländern
(Quelle: Darstellung nach AHLHEIM/HEGER 2000: 29)

Die Fremdenfeindlichkeit hat auch Einfluss auf die deutsch-polnischen Beziehungen, insbesondere da einzelne Vorfälle durch die Medien stark verbreitet wurden.

Im Untersuchungsraum gaben auf deutscher Seite 52,5 % der Befragten an, dass Fremdenfeindlichkeit ein alltägliches Problem sei (vgl. Abb. 5-15). 30,5 % nehmen sie als Randerscheinung wahr, nur 2,8 % meinen, sie existiere nicht. Dabei sehen Frauen die Alltäglichkeit stärker, für Männer ist Fremdenfeindlichkeit überdurchschnittlich stark eine Randerscheinung. Differenziert nach Eltern und Schüler ergibt sich ein deutlicher Unterschied: 61,8 % der Gymnasiasten bezeichnen die Fremdenfeindlichkeit als alltäglich, demgegenüber 37 % der Eltern. Dafür gaben überdurchschnittlich viele Eltern (17 %) an „weiß nicht“. Dies zeigt, dass Fremdenfeindlichkeit ein Problem der Jugendlichen und damit der Schulen und an den Schulen ist. Nachzufragen bleibt, ob die Eltern die Probleme nicht wahrnehmen können, da sie in einer anderen gesellschaftlichen Sphäre als den Familien und dem öffentlichen Raum auftritt, oder sich dem verschließen.

Die Entwicklung der Fremdenfeindlichkeit wird von 54,7 % der Befragten als wachsend eingeschätzt. 33,1 % gehen von einer (jetzt/zukünftig) abnehmenden Tendenz aus. Hier beurteilen Frauen die Entwicklung negativer als Männer; Unterschiede zwischen Eltern und Schülern gibt es nicht.

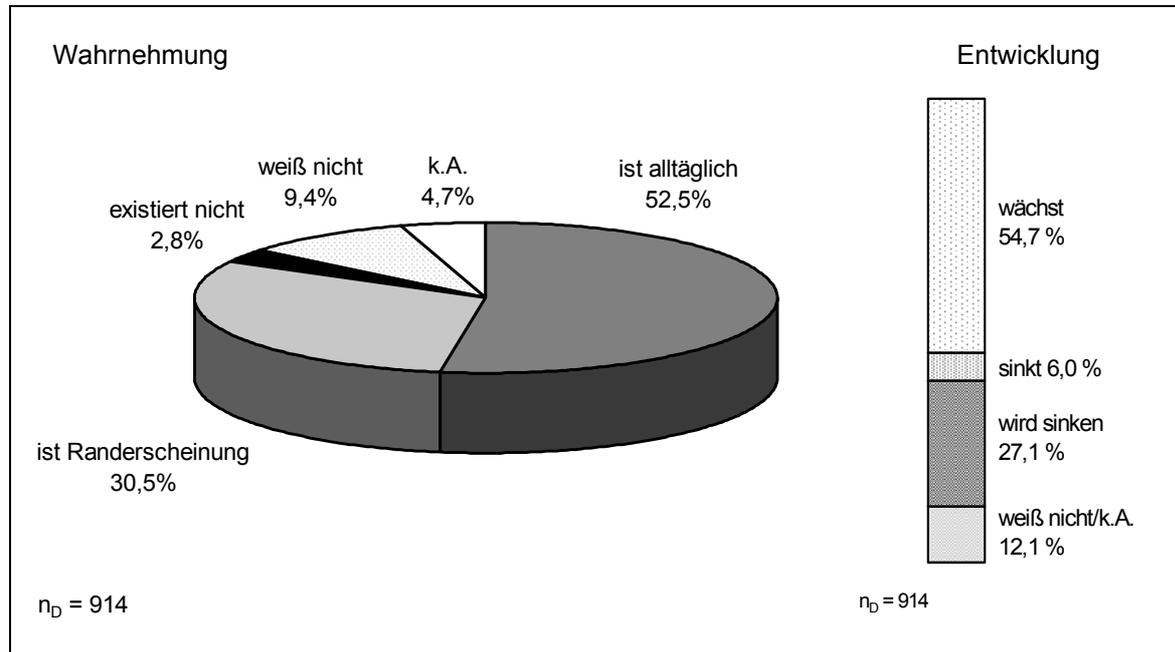


Abb. 5-15: Fremdenfeindlichkeit in Vorpommern (Quelle: Eigene Erhebung 2001/2002)

Die Wahrnehmung der Fremdenfeindlichkeit in Deutschland durch die polnischen Befragten ist relativ stark. 7,8 % der Befragten meinen, sie persönlich *oft* angetroffen zu haben, 18,7 % *selten*. 42,8 % geben an, davon zwar nicht persönlich betroffen zu sein, zumindest aber davon gehört zu haben. 29 % sind noch nie, weder direkt noch indirekt, mit der Fremdenfeindlichkeit in Deutschland in Berührung gekommen. Demnach hatte jedoch mehr als ein Viertel der Befragten persönliche Erfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit in Deutschland.

Aber auch auf polnischer Seite können die bestehenden Ängste zu einem offenen Ausbruch der Fremdenfeindlichkeit führen: 78,9 % der Befragten sagen, dass es sie gibt, davon meinen 17,4 % sogar, sie täglich anzutreffen. Lediglich 5,7 % vertreten die Auffassung, dass es keine Fremdenfeindlichkeit in Polen gäbe. In der Einschätzung tendieren Schüler eher als Eltern dazu, sie als alltägliches Phänomen zu bezeichnen.

5.3.7 Die EU-Osterweiterung

Im Rahmen der Untersuchung wurde nach Einstellungen und Erwartungen bezüglich der EU-Osterweiterung bzw. des EU-Beitritts Polens gefragt. Auf polnischer Seite befürwortet die Mehrheit der Befragten (58,5 %) den Beitritt Polens zur Europäischen Union (vgl. Abb. 5-16). Damit entspricht die Zustimmung im polnischen Teil des Untersuchungsgebietes etwa dem polnischen Durchschnitt, die Ablehnung ist deutlich niedriger (vgl. Kap. 3.2.2).

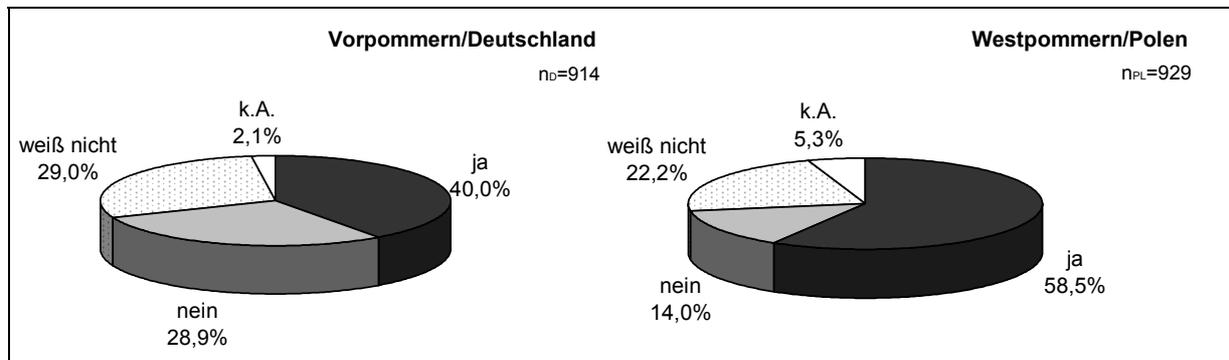


Abb. 5-16: Finden Sie es gut, dass Polen Mitglied der EU wird?
(Quelle: Eigene Erhebung 2001/2002)

Auf deutscher Seite begrüßen 40 % der Befragten den EU-Beitritt Polens. Dabei gibt es eine deutliche Differenz zwischen der Gruppe der Schüler mit 45,4 % und der Gruppe der Eltern mit 31,3 %. Die Ablehnung ist in Vorpommern (D) mit 28,9 % doppelt so groß wie in Westpommern (PL) mit 14 %. Auch hier lässt sich ein positiver Einfluss deutsch-polnischer Kontakte ablesen. Der Anteil der deutschen Befragten mit Kontakten zu Polen, die für einen EU-Beitritt Polens stimmen, ist deutlich höher als in der Gruppe ohne Kontakte. Auf die Ablehnung des EU-Beitritts haben Kontakte zu polnischen Bürgern allerdings keinen nachzuweisenden Einfluss.

Insgesamt sind diese Werte deutlich positiver als die Daten des Eurobarometers 2001 (vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION 2001b: 53). Danach stimmen in Deutschland 35 % der Befragten für eine Erweiterung und 47 % dagegen. Die räumlich direkt betroffenen Länder Deutschland und Österreich sowie Frankreich (Stichwort Landwirtschaft) haben demnach die niedrigsten Werte der Zustimmung. Am höchsten ist diese in den jüngeren EU-Mitgliedsstaaten wie Griechenland und Spanien, die zudem räumlich weit entfernt sind.

32,9 % der Polen meinen, dass auch in Deutschland die Haltung zum EU-Beitritt Polens eher positiv sei. Real ist der Anteil im deutschen Untersuchungsraum mit 40,0 % etwas größer. Demgegenüber glauben 21 % der Polen, die Haltung der Deutschen sei kritisch bzw. 13,8 % gehen von einer eher negativen Haltung der Deutschen aus.

Umgekehrt halten die Deutschen wiederum die Polen für recht kritisch (39,7 %) was den Beitritt zur Europäischen Union betrifft. Nur 8,3 % meinen, die Haltung in Polen sei eher negativ. Insgesamt wird damit die Kritik am EU-Beitritt deutlich überschätzt. 34,6 % der deutschen Befragten meinen, die Haltung in Polen sei eher positiv.

Bei der Gegenüberstellung zweier jeweils konträrer Aussagen zur Bewertung der EU-Osterweiterung ist die Meinung der polnischen Befragten optimistischer als die der Deutschen (vgl. Abb. 5-17).

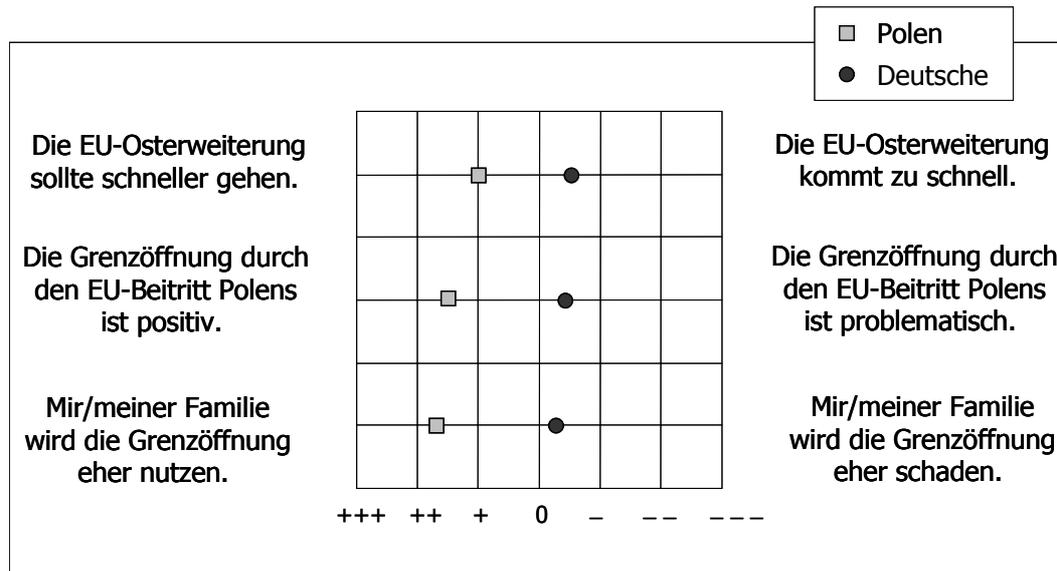


Abb. 5-17: Bewertung der EU-Osterweiterung, Polaritätsprofil Mittelwerte (Quelle: Eigene Erhebung 2001/2002)

Bei den Polen gibt es ein eher positives Meinungsbild, die Einschätzung der Deutschen liegt im negativen Bereich. Obwohl im allgemeinen Stimmungsbild Polens die Meinung vorherrscht, dass die EU-Osterweiterung nicht weiter verzögert werden darf, gibt es lediglich eine schwache Tendenz zur Aussage, dass die Erweiterung schneller gehen sollte. Insgesamt ist auf beiden Seiten der Grenze die persönliche Bewertung positiver als die allgemeine.

Im Detail zeigt sich ein deutliches Muster beider Profile (vgl. Abb. 5-18). In Vorpommern (D) gibt es einen leichten Anstieg der Werte bei allen drei Aussage-Paaren von stark positiv (+++) zu stark negativ (---). In Westpommern (PL) ist bei allen drei Aussage-Paaren eine deutliche Mehrheit der stark positiven Bewertung (+++) zu vermerken. Auf beiden Seiten der Grenze ist der Anteil der Unentschiedenen (0), die weder zu der einen noch zu der anderen Aussage tendieren, relativ groß.

Insgesamt bewerten die deutschen Befragten (41,4 %) die EU-Osterweiterung eher als zu schnell. Allerdings ist mehr als ein Drittel mit dem Tempo zufrieden (0); 23,2 % meinen, die Erweiterung sollte schneller vollzogen werden.

„Die Osterweiterung sollte schneller gehen.“ wird von den polnischen Befragten stark befürwortet (zus. 58,7 %). Allerdings ist die Zustimmung nicht ungeteilt, 23,1 % sind anscheinend mit dem derzeitigen Tempo zufrieden (0). 18,3 % beurteilen das Tempo als zu schnell.

Die Aussagen zum Tempo der EU-Osterweiterung sind kritischer als die des Eurobarometers 2001, wonach 21 % der Deutschen den Prozess eher verlangsamten, 15 % ihn beschleunigen würden und 46 % mit dem Tempo zufrieden sind (vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION 2001b: 56).

Eine deutliche Mehrheit (73,6 %) der Polen bewertet die Grenzöffnung durch den EU-Beitritt Polens positiv, nur 11,8 % als problematisch. Auf deutscher Seite gibt es zwei starke Gruppen auf beiden Seiten: 31,3 % halten sie für positiv, 46,2 % für problematisch.

Bei der persönlichen Einschätzung sind die Anteile ähnlich verteilt. 73,4 % der polnischen Befragten erwarten einen persönlich Nutzen aus der Grenzöffnung; in einer nationalen Umfrage waren dies lediglich 39 % (vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION 2001a: 59). 36 % erwarten keinen persönlichen Nutzen.

Bei den Deutschen sind es nur 22,4 % der Befragten, die einen persönlichen Nutzen erwarten, dagegen befürchtet ein höherer Anteil (31,7 %), dass die Grenzöffnung ihnen persönlich eher schaden wird. Bei diesen letzten gegenüber gestellten Aussagen war der Anteil der Deutschen, die „weder noch“ (0) wählten, besonders hoch. Zu vermuten ist, dass keine oder geringere persönliche Konsequenzen erwartet werden.

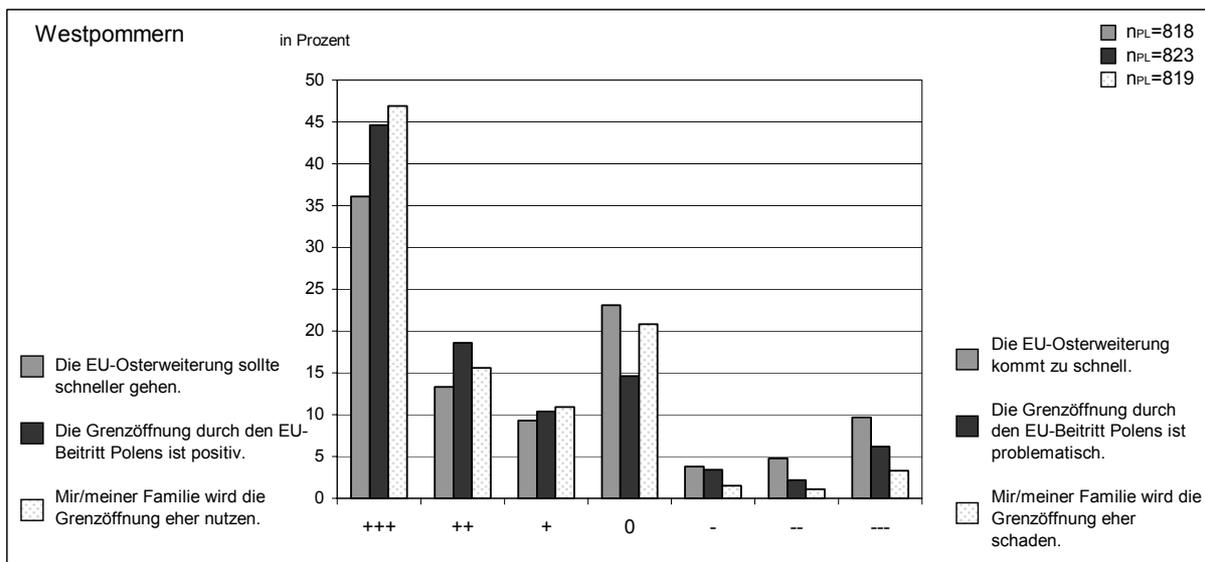
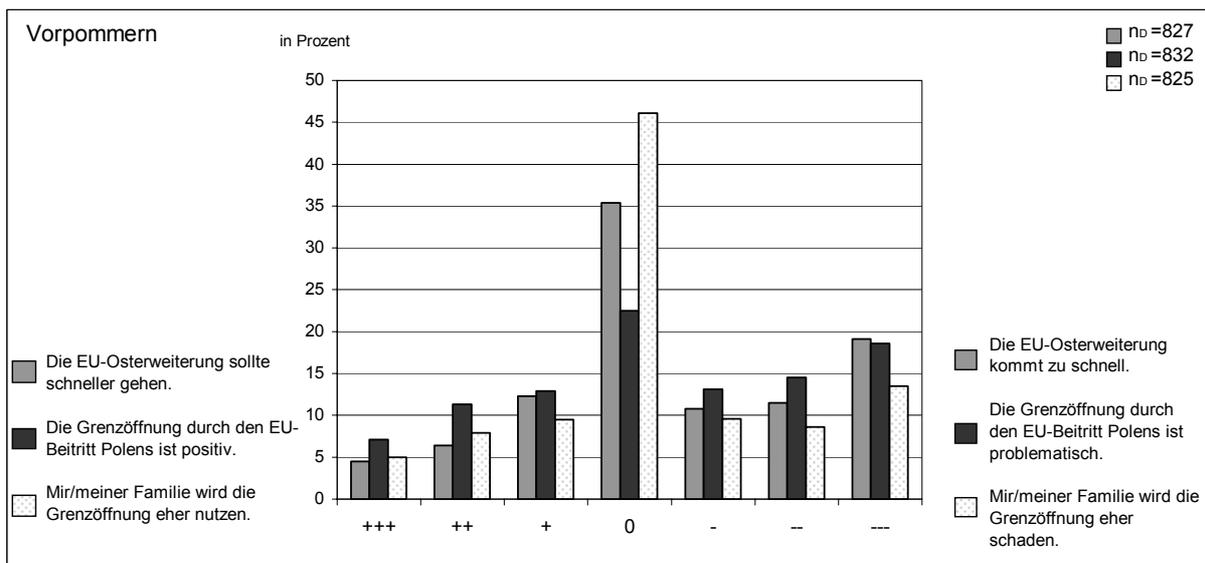


Abb. 5-18: Bewertung der EU-Osterweiterung und ihrer (persönlichen) Folgen (Quelle: Eigene Erhebung 2001/2002)

Insgesamt sind die Angaben der deutschen Befragten im Untersuchungsgebiet positiver als auf nationaler Ebene. Laut Eurobarometer 2001 erwarten 8 % der Deutschen, dass ihr Leben nach der

Erweiterung besser wird, 61 % erwarten keine Veränderungen und 20 % gehen von einer Verschlechterung aus (vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION 2001b: 60).

In diesem Fragekomplex wurde des Weiteren in offener Fragestellung nach Erwartungen und Ängsten bezüglich der EU-Osterweiterung gefragt sowie nach Forderungen an die Politik, damit die Regionen Vorpommern und Westpommern von der Erweiterung profitieren können.

Bei den Angaben der deutschen ebenso wie der polnischen Befragten zeigt sich, dass die Erwartungen wie Ängste kaum von persönlichen Erfahrungen bestimmt sind. Es dominieren Aussagen, die sich eher auf regionalem oder gar nationalem Maßstab bewegen.

Um allgemeine Aussagen zu ermöglichen, wurden die Angaben thematisch gruppiert. Diese eher quantitativ orientierte Herangehensweise an eine qualitative Fragestellung hat natürlich Mängel. So unterliegt die Formulierung der Themen bzw. deren Zusammenfassung und Aufspaltung dem subjektiven Einfluss. Die Zuordnung der Aussagen kann im Einzelfall diskutiert werden. Die Übersetzung der polnischen Antworten verursacht möglicherweise Nuancen von Meinungsverschiebungen. Die angegebenen Zahlen sind daher nur als Orientierungswerte für die Größendimensionen zu verstehen. Es wurden so wenig Aussagen wie möglich/wie nötig zusammengefasst, um den unterschiedlichen Formulierungen und damit möglicherweise Wertungen gerecht zu werden.

5.3.7.1 Erwartungen

Bei den Erwartungen bezüglich der EU-Osterweiterung gibt es eine gewisse Übereinstimmung zwischen den deutschen und den polnischen Befragten. Dadurch ist es möglich, thematische Antwortkategorien zu bilden, die in Teilen vergleichbar sind (vgl. Abb. 5-19).

Zu den beiden Themen *Wirtschaft* und *Arbeit* gab es die häufigsten Nennungen. Beide Seiten erhoffen sich eine positive Wirtschaftsentwicklung, die sich auch auf den Arbeitsmarkt auswirkt. In Polen kommt die Möglichkeit der Arbeitsmigration in die EU hinzu; darauf bezieht sich etwa ein Fünftel der Nennungen zum Thema Arbeitsmarkt.

Bei den Deutschen folgt an dritter Stelle nach Anzahl der Nennungen die Kategorie *Kontakte-Kultur-Beziehungen*. Von der Erweiterung der Europäischen Union Richtung Osten wird erwartet, dass es mehr Kontakte zu/nach Polen gibt, mehr kulturellen Austausch und allgemein bessere Beziehungen. Diese drei erstgenannten Themen der deutschen Befragten entsprechen den Erhebungen des Eurobarometers in den 15 Mitgliedsländern: Wirtschaft, Beschäftigung, Kultur (vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION 2001b: 61).

An vierter Stelle der Nennungen rangiert das Thema *Reisen-Grenze-Zoll*. Positive Effekte werden für das Reisen erwartet, dass ohne Grenzen, Visapflicht und Zollbestimmungen leichter wird. Zudem gibt es weniger Staus an den Grenzen. Des Weiteren wird allgemein eine *Verbesserung der Situation in Polen* und den anderen östlichen Transformationsländern erwartet sowie eine *Stärkung der Europäischen Union*.

Auf polnischer Seite steht nach den am häufigsten genannten Themen *Wirtschaft* und *Arbeit* (mit deutlichem Abstand) an dritter Stelle der Erwartungen eine *Verbesserung der Lebensbedingungen in Polen*. Dies ist sicherlich der anhaltend schlechten Lage der Bevölkerung in Polen zuzuschreiben. Es folgen ebenso wie auf deutscher Seite Erwartungen, dass das *Reisen* erleichtert wird und dass sich die

Beziehungen zwischen beiden Ländern verbessern, Kontakte verstärken etc. Wenn auch mit deutlich weniger Nennungen folgt das Thema *Europa*, wo sich v.a. Aussagen finden zur Vereinigung, Integration und gemeinsamen Entwicklung Europas.

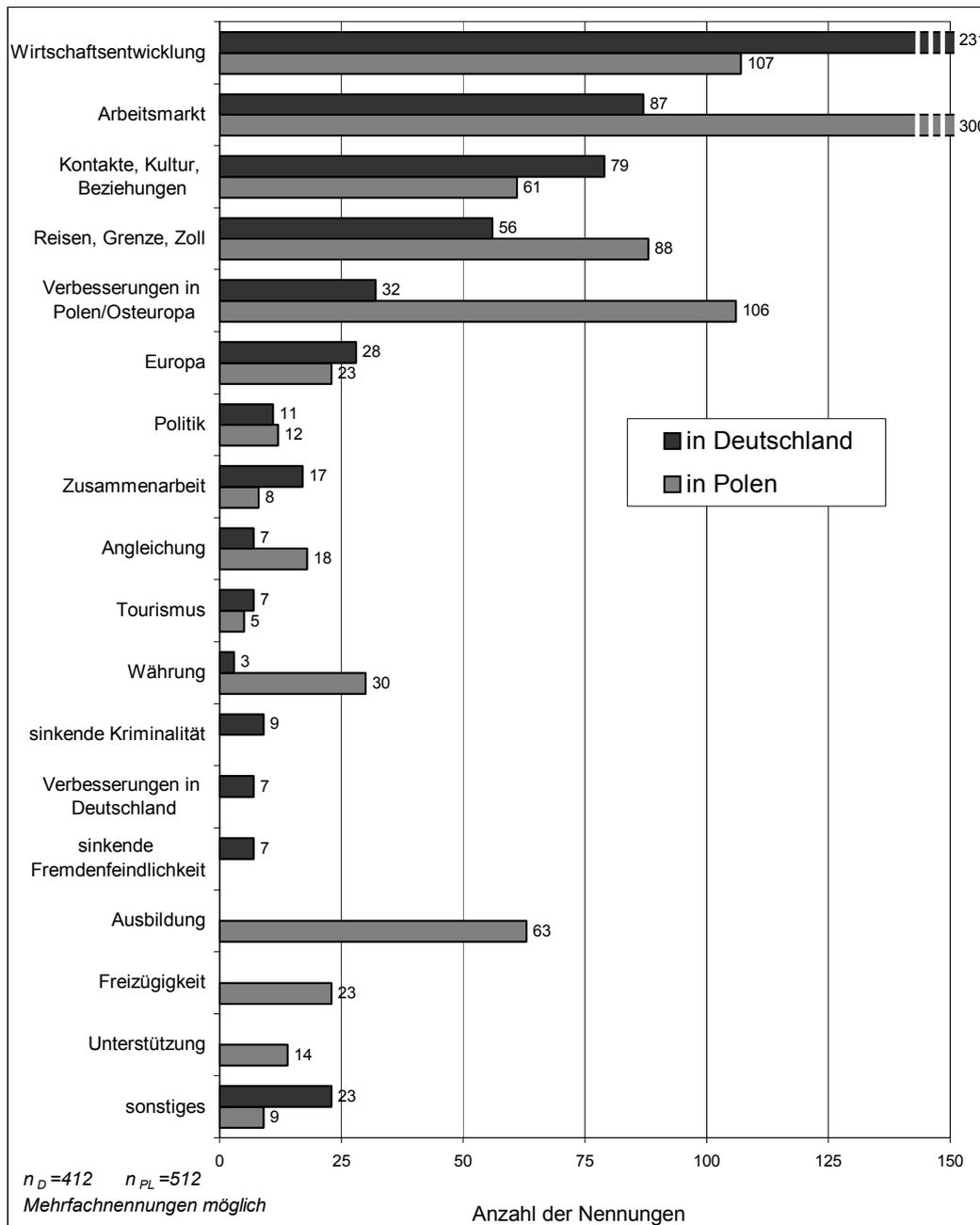


Abb. 5-19: Erwartungen an die EU-Osterweiterung, Anzahl der Nennungen thematisch gruppiert (Quelle: Eigene Erhebung 2001/2002)

Die weiteren gemeinsamen Themen sind in der Bedeutung nachgeordnet. Dazu zählen die Themen *Politik*, *Zusammenarbeit*, *Angleichung*, *Tourismus* und *Währung*. Mit dem Beitritt zur Europäischen Union wird beiderseits automatisch der Beitritt zur Euro-Zone verbunden und positiv bewertet, da eine gemeinsame Währung das Geldtauschen erübrigt. Im Bereich Politik sind Nennungen der Meta-Ziele wie Frieden und Beendigung des Ost-West-Konfliktes zusammengefasst, darunter auch Aussagen, wonach Polen an der Seite der EU-Mitglieder gestärkt im Falle eines Krieges sei.

Zusätzlich gibt es Themen, die nur von deutscher oder nur von polnischer Seite aufgegriffen wurden. Bei den Deutschen sind dies Hoffnungen auf einen Rückgang der *Kriminalität* und *Fremdenfeindlichkeit*. Daneben wird eine *Verbesserung der Situation in Deutschland* erwartet, dies betrifft zum Beispiel den Wohnungsmarkt.

Ausschließlich polnische Themen sind *Bildung*, *Freizügigkeit* und *Unterstützung*. Eine große Rolle spielen für die polnischen Befragten – und hier nicht nur für die Schüler – die besseren Bildungsmöglichkeiten, die ihnen mit dem Beitritt zur Europäischen Union offen stehen werden. In entgegengesetzter Richtung existiert bei den deutschen Befragten keine positive Erwartung bezüglich der Bildungsmöglichkeiten in Polen oder anderen ostmitteleuropäischen Ländern. Neben der Freizügigkeit für Arbeitnehmer wird selbige auch in anderen Bereichen geschätzt, v.a. beziehen sich die Aussagen auf die freie Wahl des Wohnsitzes. Natürlich sind mit dem Beitritt auch Hoffnungen auf (finanzielle) Unterstützung durch die EU und deren Mitgliedsländer verbunden.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Erwartungen in beiden Regionen wenig differieren. Besonders in die Wirtschaftsentwicklung werden hohe Erwartungen gesetzt, die der hohen Arbeitslosigkeit entgegenwirken soll.

5.3.7.2 Ängste

Bei den Ängsten gibt es ähnlich wie bei den positiven Erwartungen eine Überschneidung von Themenbereichen, aber auch einige Themen, die nur auf einer Seite der Grenze wichtig sind. Die Anzahl der Nennungen, also die Bedeutung der einzelnen Themen differiert jedoch erheblich zwischen der Einschätzung der Deutschen und der der Polen (vgl. Abb. 5-20).

In Deutschland bewegen sich die stärksten Ängste um den *Arbeitsmarkt*. Die Gefahr eines Ansturms billiger Arbeitskräfte aus dem Osten ist eine der ersten Assoziationen mit der Osterweiterung. Polen befürchten bei diesem Thema eher den Arbeitsplatzabbau aufgrund der Konkurrenz aus dem Westen.

An zweiter Stelle steht auf deutscher Seite die Angst vor dem Anstieg der *Kriminalität*. Treffend formulierte ein Befragter auf die Frage nach Ängsten hinsichtlich der EU-Osterweiterung: „blödes Vorurteil, ich weiß, aber Kriminalität“. Diese beiden Themen stehen jedoch EU-weit auf den vorderen Plätzen der Ängste hinsichtlich der Erweiterung (vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION 2001b: 61). Sie werden von polnischer Seite weitaus seltener genannt.

Auf beiden Seiten etwa gleich stark vertreten sind Befürchtungen um die *Wirtschaftsentwicklung*. Diese Ängste sind zwar weniger häufig als positive Erwartungen bezüglich der Wirtschaftsentwicklung, aber dennoch sehr stark. Damit verbunden ist in Polen die Angst vor einer *Verschlechterung der Lebensverhältnisse*. Jedoch gilt auch hier, dass weitaus häufiger eine Verbesserung erwartet wird.

Die Angst vor einem *Preisanstieg* ist v.a. ein Thema bei den deutschen Befragten. Mit dem Beitritt Polens zur EU werden sich die Preise angleichen, zudem fallen günstige zollfreie Einkäufe weg, die im sozial schwachen Vorpommern eine wichtige Rolle innehaben. Eben diese Angleichung der Preise befürchten auch die polnischen Befragten, die eine Diskrepanz zwischen dem Anstieg der Preise und dem Wachstum der Löhne befürchten.

Die weiteren Themen *Migration*, *Kultur* und *Politik* sind für die Deutschen nachrangig. Nicht so für die polnischen Befragten, wobei die Themen Kultur und Politik ineinander spielen. Es bestehen Ängste, dass Polen seine Identität und Unabhängigkeit verliert, ebenso wie seine Kultur und Traditio-

nen. Außerdem besteht Skepsis hinsichtlich des EU-Beitritts, dass Polen von anderen Mitgliedsstaaten dominiert und als Mitglied zweiter Klasse behandelt werden könnte. Zudem gibt es Befürchtungen um die Beitrittsbedingungen.

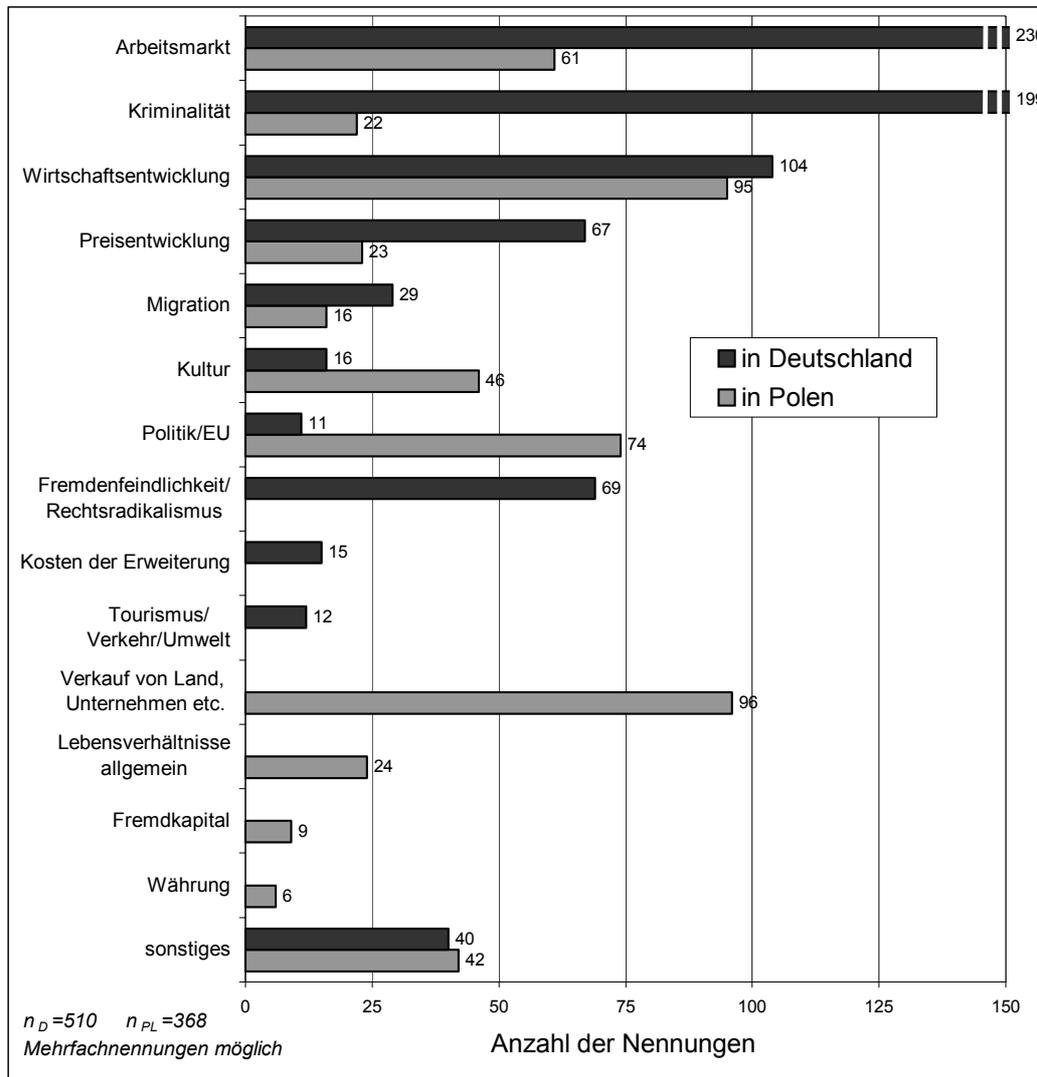


Abb. 5-20: Ängste bezüglich der EU-Osterweiterung, Anzahl der Nennungen thematisch gruppiert (Quelle: Eigene Erhebung 2001/2002)

Ausschließlich deutsche bzw. polnische Themen existieren auch bei den Ängsten der Befragten. Dazu zählen für die Deutschen Befürchtungen um einen Anstieg von *Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus* und die *Kosten der Erweiterung*, die von allen Mitgliedsländern der EU getragen werden müssen. Räumlich spezifische Ängste gibt es auf Usedom, wo eine Zunahme des *Tourismus* (evtl. auch Grenzöffnung für Pkw) und damit des *Verkehrs* auf der Insel befürchtet werden. Einige Aussagen beziehen sich auf Gefährdungen der *Natur und Umwelt*.

Ein sehr spezifisch polnisches Thema ist der *Erwerb von Grund und Boden* durch Ausländer. Dieses Thema ist gleichbedeutend mit der *Wirtschaftsentwicklung*. Befürchtet wird ein Ausverkauf des Landes, aber auch der Betriebe und somit eine Fremdbestimmung. Ursachen für diese Ängste sind in der Geschichte zu suchen, da der polnische Staat mehrmals von der Landkarte verschwand. Dieses Thema ist bereits hinlänglich stark in der Öffentlichkeit und in den Medien präsent. Im polnischen

Wahlkampf 2001 wurde es gezielt eingesetzt, um Befürchtungen zu schüren und Gegnerschaft zum EU-Beitritt aufzubauen. In diese Kategorie fallen ebenfalls die weiteren polnischen Themen wie die Angst vor zuströmendem *Fremdkapital* und vor dem Verlust der eigenen *Währung*, da beides mit einer Zunahme des Einflusses von außen verbunden ist.

Eine der stärksten Ängste der Deutschen bezüglich der Grenzöffnung durch den EU-Beitritt Polens betrifft den erwarteten Zustrom von Arbeitsmigranten. Gefragt, ob sie nach Möglichkeit in Deutschland arbeiten würden, antworteten 61,6 % der polnischen Befragten mit ja. Nach Mecklenburg-Vorpommern würden jedoch nur 33,4 % gehen. Dabei gibt es keine deutlichen Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Die Bereitschaft in Deutschland zu arbeiten, ist allerdings bei den Schülern (74,4 %) höher als bei den befragten Eltern (50,5 %); dies betrifft ebenso die Zustimmung, in Mecklenburg-Vorpommern zu arbeiten (Schüler 38,1 %; Eltern 29,3 %).

Im Gegenzug sind nur 24,6 % der Deutschen bereit, Arbeitsmöglichkeiten in Polen wahrzunehmen. Dabei ist die Zustimmung bei den männlichen Befragten mit 31,5 % etwas höher. Zwischen den Angaben der Eltern und Schülern gibt es keine Unterschiede.

5.3.7.3 Forderungen an die Politik

Welche Forderungen ergeben sich nun für die Befragten an die Politik und die Politiker?

Die häufigsten Nennungen auf deutscher Seite beziehen sich auf die *Wirtschaftsentwicklung* und den *Arbeitsmarkt* (vgl. Abb. 5-21). Typische Aussagen sind „Ansiedlung von Betrieben“ und „Schaffung von Arbeitsplätzen“, die eine gewisse Erwartungs- und Konsumhaltung implizieren. In diesem Bereich kommt deutlich der starke Paternalismus zum Ausdruck.

Auf polnischer Seite sind die stärksten Themenfelder *Zusammenarbeit* und *Politik*. Polen erhoffen sich Impulse aus der Zusammenarbeit mit Deutschland und der Intensivierung der Kontakte. Die Aussagen zur Politik beziehen sich zu einem Teil auf Politiker, was sicherlich dem Wahlkampf (Parlamentswahl im September 2001) geschuldet ist. Des Weiteren sind für die polnischen Befragten ebenfalls die Themen *Wirtschaft* und *Arbeitsmarkt* von Bedeutung. Auch hier finden sich Forderungen nach Investitionen, Schaffung von Arbeitsplätzen und Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Der mentalen Ebene wird von beiden Seiten eine etwa gleich große Bedeutung beigemessen. Hier geht es v.a. um den *Abbau von Vorurteilen*. Weitere gemeinsame Themen sind *Investitionen in die Infrastruktur*, *Anpassung der Gesetze*, eine verstärkte *Förderung von sonstigen Aktivitäten* sowie die *Tourismusentwicklung*.

Spezifisch deutsche Themen sind Forderungen an den Staat, die *EU-Osterweiterung zu unterlassen* oder an besondere Bedingungen zu knüpfen. Außerdem wird von der Politik eine *Angleichung an den Westen* gefordert, *Maßnahmen gegen die Ausländerfeindlichkeit* und gegen die zu erwartenden *Migrationsströme*. Ausschließlich polnische Themen gibt es nicht.

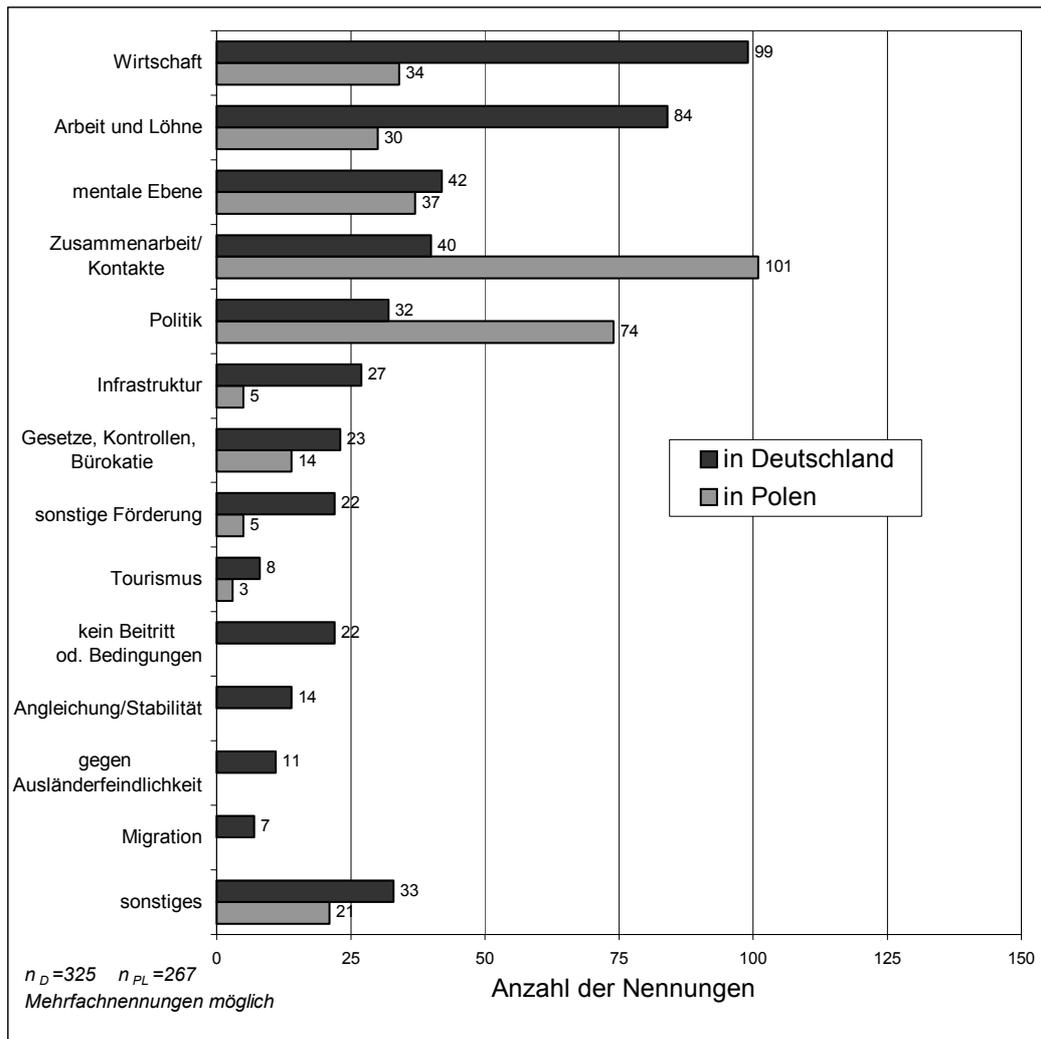


Abb. 5-21: Forderungen an die Politik, Anzahl der Nennungen thematisch gruppiert (Quelle: Eigene Erhebung 2001/2002)

5.3.8 Zusammenfassung

Zusammenfassend sollen die Ergebnisse bezogen auf die drei individuellen Räume (vgl. Kap. 2.1.4) betrachtet werden:

Der Handlungsraum (*action space*) wird durch die grenzüberschreitenden Fahrten und die Kontakte der Akteure im Grenzraum bestimmt. Beiderseits der Grenze gab jeder Fünfte an, regelmäßig in das Nachbarland zu fahren. Nur jeder Zehnte (D) bzw. jeder Sechste (PL) reist demnach nie über die deutsch-polnische Grenze. Allerdings sind die Fahrten überwiegend konsumorientiert, seltener touristisch. Der Pkw spielt daher als Transportmittel eine große Rolle. Aus dieser Situation resultiert die geringe Kontaktstärke zwischen den Bewohnern der Grenzregionen – allerdings mit einer deutlichen Schiefe: nur jeder fünfte Deutsche, aber fast jeder zweite Pole gab an, Kontakt zu Polen bzw. Deutschen zu haben.

Der Erfahrungsraum (*cognition space*) wird durch die Fahrten in die Nachbarregion, durch Kontakte zu deren Bewohnern und vorhandene Sprachkenntnisse bestimmt. Für die Kontakte sind in erster Linie private Motive entscheidend, allerdings dicht gefolgt von den beruflich bzw. schulisch organisierten.

Diese Kontakte sind nicht nur auf die Grenzregion bezogen, sondern die Frage wurde allgemein formuliert. Somit kann auf das Interesse an den Nachbarn geschlossen werden, das bei der polnischen Bevölkerung sehr viel größer ist. Dafür spricht auch, dass nur 20 % der Deutschen mehr Kontakt als derzeit vorhanden wünschen, aber mehr als die Hälfte der Polen solches Interesse bekundet.

In einigen Bereichen lässt sich durchaus eine positive Wirkung deutsch-polnischer Kontakte aufzeigen, so z.B. hinsichtlich der Einschätzung der wirtschaftlichen Verbundenheit der Region. Diese positive Rückkopplung lässt sich aber nicht herstellen für ähnlich gelagerte Bereiche wie die kulturelle Verbundenheit oder die soziale Distanz.

Speziell für Schüler mit Kontakten zu Polen (wovon ein wesentlicher Teil auf Kontakten über die Schulen basiert) lässt sich eine positive Wirkung aufzeigen. Die Anteile der Befragten, die die wirtschaftliche und kulturelle Verbundenheit ‚eher stark‘ einschätzen sind bei Schülern mit Kontakten höher, ebenso der Anteil derer, die bereits jetzt oder in Zukunft eine gemeinsame Region sehen. Kontakte verringern ebenso die soziale Distanz, die insgesamt dennoch sehr hoch ist.

Mitverantwortlich für die geringe Intensität der Kontakte ist die Sprachbarriere. Hier gibt es ein deutliches Missverhältnis zwischen beiden Seiten: auf deutscher Seite besitzen nur 11 % polnische Sprachkenntnisse gegenüber 62 % der Polen mit Deutschkenntnissen. Aber bereits in dem relativ kleinräumig abgegrenzten Untersuchungsraum als Grenzregion wird ersichtlich, dass das Interesse in unmittelbarer Nähe zur Grenze vorhanden und stärker ist als in den grenzferneren kreisfreien Städten.

Der emotionale Raum (*affection space*) wird u.a. bestimmt durch die regionale Identität und die Einstellungen zu den Nachbarn. Trotz der schwierigen historischen Entwicklung ist der familiäre Bezug zum anderen Land relativ stark, wenn auch sehr unterschiedlich: So hat mehr als jeder dritte Befragte auf polnischer Seite Verwandte in Deutschland. Fast jeder zweite Deutsche hat familiäre Wurzeln im heutigen Polen, was sich jedoch v.a. auf die vertriebene deutsche Bevölkerung bezieht. Nachdem diese historische Beziehung über Jahrzehnte in der DDR nicht oder geschönt dargestellt wurde, ist dieser Bezug v.a. für die junge Bevölkerung sehr abstrakt.

Dennoch wird die wirtschaftliche wie kulturelle Verbundenheit beider Grenzregionen bejaht. Dass hierbei die wirtschaftliche Verbindung stärker eingeschätzt wird, ist einerseits Ausdruck für die kulturelle Barriere zwischen den Bewohnern aufgrund der Sprache und andererseits für Effekte v.a. der wirtschaftlichen Internationalisierung/Globalisierung, die davon unabhängig stattfinden. Als Zukunftspotenzial kann gewertet werden, dass auf beiden Seiten etwa die Hälfte der Befragten bereits jetzt oder zukünftig die Zusammengehörigkeit der Grenzregion sieht.

Bereits bei der Auswertung der Kontakte und der Sprachkenntnisse wurde eine Diskrepanz bezüglich des gegenseitigen Interesses der Grenzbevölkerung deutlich. Die Frage zeigt, dass das Interesse an Europa deutlich größer ist als an den Nachbarn, was der präferierten Westorientierung in beiden Regionen entspricht.

Als Konsequenz ergibt sich aus den genannten Faktoren eine große soziale Distanz zwischen der deutschen und der polnischen Bevölkerung im Grenzraum. Wichtige Einflussfaktoren sind dabei auf der Metaebene angesiedelt und betreffen die allgemeine Wirtschaftslage und den Arbeitsmarkt. Allerdings zieht sich die soziale Distanz weiter bis in den privaten Raum mit einer deutlichen Ablehnung starker Nähe (Familienmitgliedschaft).

Einfluss auf die deutsch-polnischen Beziehungen nimmt die Fremdenfeindlichkeit, die nach Einschätzung der Befragten auf beiden Seiten der Grenze existiert. Allerdings ist dies ein sehr verallgemeinernder Begriff und bezieht sich nicht zwangsläufig und erst recht nicht ausschließlich auf die Bevölkerung des Nachbarlandes. Diese tritt v.a. im Alltagsleben der Schüler auf. Bedenklich muss stimmen, dass mehr als die Hälfte der deutschen Befragten angab, dass die Fremdenfeindlichkeit wächst.

Insgesamt ist festzustellen, dass v.a. die soziale Distanz aufgrund kultureller Barrieren Ursache ist für die Diskrepanz zwischen realer und potenzieller Interaktion im nördlichen deutsch-polnischen Grenzraum.

Die EU-Osterweiterung wird auf beiden Seiten mehrheitlich befürwortet, wenn dies auch mit zahlreichen Ängsten verbunden ist. Auch hier zeigt sich ein deutlicher Einfluss von Metafaktoren; die persönlichen Folgen der Erweiterung werden positiver bewertet als die allgemeinen.

Bei den assoziierten Erwartungen und Ängsten gibt es eine große Übereinstimmung auf beiden Seiten. Dabei besteht neben der Hoffnung auf eine Verbesserung der Wirtschaftslage auch die Erwartung einer Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen, einer Intensivierung der Kontakte u.ä.

Deutlich wurde bei den Erwartungen wie bei den Forderungen an die Politik, dass der Paternalismus v.a. auf deutscher Seite sehr stark ist. Dies belegen Forderungen an die Politik zu investieren, Arbeitsplätze zu schaffen, für die Ansiedlung von Unternehmen zu sorgen etc. Zwar ist dieser Paternalismus auch unter den Aussagen der polnischen Befragten anzutreffen, jedoch m.E. nicht so stark. Eher wird die Verbesserung der Rahmenbedingungen in Polen gefordert, werden verbesserte Chancen für das persönliche Engagement gesehen, z.B. durch den Zugang zu besseren Bildungsmöglichkeiten.

6 Bilanz und Fazit

6.1 Zusammenfassende Betrachtung

Aus dem Zusammenspiel der in die Untersuchung eingeflossenen theoretischen Ansätze entsteht ein Modell, das aktuelle Prozesse in ihrer räumlichen Wirkung darstellt (vgl. Abb. 6-1): Die gesellschaftlichen Prozesse sind zum einen eingebettet in die drei Sphären Politik, Wirtschaft und Soziales. Zum anderen werden sie beeinflusst durch die Rahmenbedingungen aller räumlichen Ebenen (lokal bis international-global). Bei der Betrachtung der Entwicklung im deutsch-polnischen Grenzraum sind Transformation und Europäisierung die aktuell wichtigsten Einflussfaktoren. Deren Wirkung ist vielschichtig und in unterschiedlicher Intensität in allen gesellschaftlichen Sphären zu bemerken.

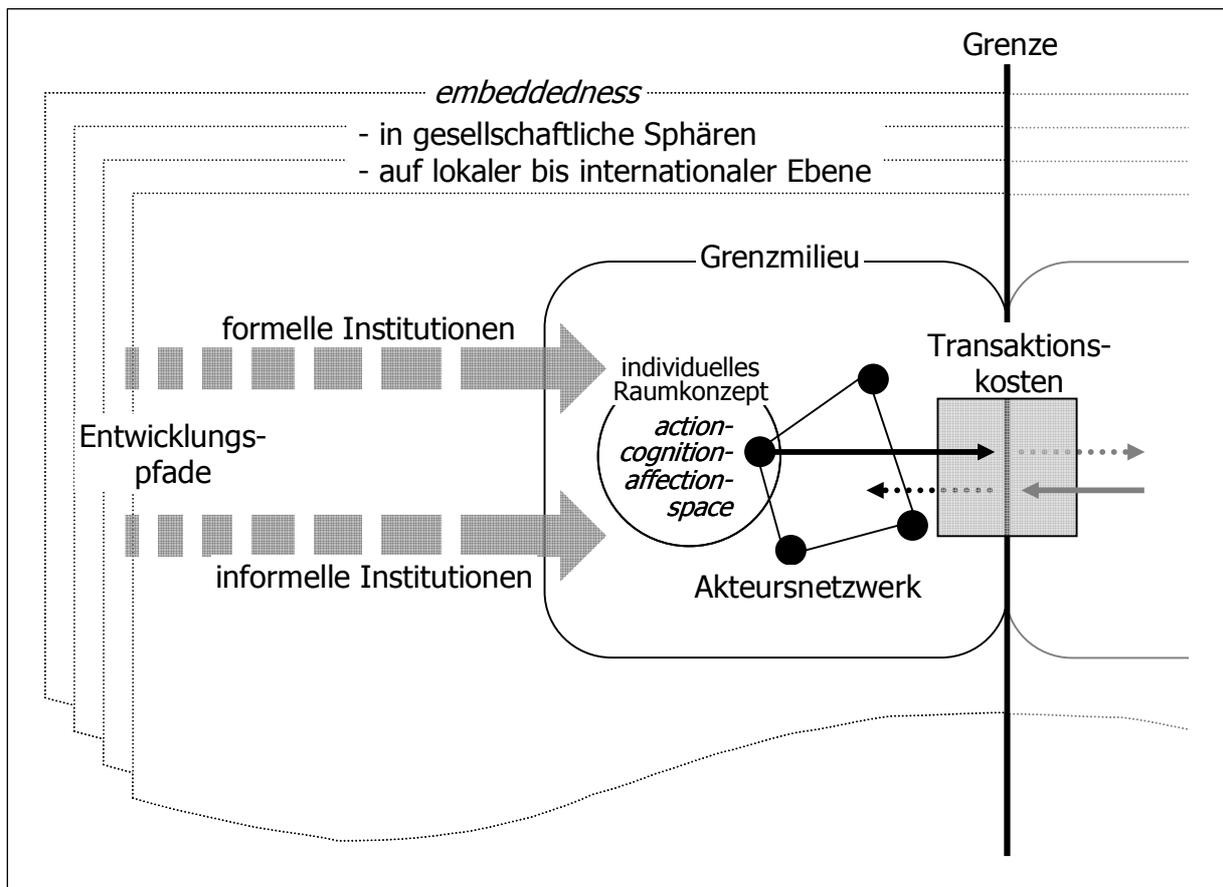


Abb. 6-1: Synthese (Quelle: Eigene Darstellung)

Die Einbettung erfolgt aber nicht nur in die derzeitigen Rahmenbedingungen, vielmehr wirken historische Prozesse nach. Für den Untersuchungsraum wurden Entwicklungspfade von Grenze und Region aufgezeigt, außerdem hat das System des Realsozialismus in allen gesellschaftlichen Bereichen spezifische Pfade angelegt. Diese Entwicklungspfade bestimmen daher die formellen wie auch die informellen Institutionen. Insbesondere in der sozialen Sphäre zeigen sich informelle Institutionen persistent. Im Gegenzug wirken die spezifischen Institutionen auf die einbettenden Faktoren zurück und prägen diese mit. Die Gesamtheit der Rahmenbedingungen (gesellschaftliche und räumliche Einbettung sowie Entwicklungspfade) wirkt sowohl auf das Individuum als auch auf

Gruppen von Akteuren, die Netzwerke oder Milieus bilden. Hier sind ebenfalls Rückkopplungen festzustellen.

Im Untersuchungsraum besteht eine besondere Spezifik durch die postsozialistischen Pfade. So sind weiterhin Unterschiede in der Mentalität, im Einstellungs- und Wertesystem zwischen Ost- und Westdeutschen festzustellen. Scheinbar gibt es nationenübergreifende Folgewirkungen des Realsozialismus wie Paternalismus und Defizite in der Entwicklung der Zivilgesellschaft, die in Ostdeutschland wie in Polen (u.a. Transformationsländern) zu finden sind. Auf Entwicklungspfaden bewegen sich ebenso die Einstellungen, die das Verhältnis zwischen den Gruppen (bspw. der Bevölkerung beiderseits der Grenze) bestimmen. So gibt es durchaus Unterschiede im Verhältnis der Ost- und der Westdeutschen zu Polen und vice versa.

Neben den formellen Institutionen (Gesetze, Zollbestimmungen etc.) und informellen Institutionen (Einstellungen, Werte etc.) wird das persönliche Agieren vom individuellen Raumkonzept geprägt. Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass der Aktionsraum der Mehrheit der Befragten durchaus grenzüberschreitend ist. Allerdings haben diese Aktivitäten einen geringeren Einfluss auf den Erfahrungsraum als zu vermuten ist. Die Kontaktdichte ist eher gering und zudem mit einer deutlichen Schiefe zwischen der deutschen und der polnischen Befragungsgruppe versehen. Der emotionale Raum ist durch widersprüchliche Aussagen gekennzeichnet: So ist die Bewertung der Verbundenheit beider Grenzräume relativ hoch, die soziale Distanz zwischen beiden Bevölkerungsgruppen jedoch gleichzeitig sehr stark, v.a. im familiären Bereich. Es bestätigt sich die These, dass die regionalen Prozesse nicht oder wenig von der lokalen Bevölkerung mitgetragen werden. Zudem bildet sich ein regionales Milieu heraus, das eher nach innen und nach Westen orientiert ist, als dass es ein Grenzmilieu mit einem starken Raumbezug Richtung Polen/Osten formt.

Eingeschränkt wird das Interagieren zudem durch die anfallenden Transaktionskosten. Die Höhe der aufzuwendenden Transaktionskosten bestimmen sowohl formelle Institutionen wie rechtliche Bestimmungen als auch informelle Institutionen wie Sprachkenntnisse und interkulturelle Kommunikationsfähigkeiten. Die Transaktionskosten sind daher in Grenzräumen besonders relevant. Im nördlichen deutsch-polnischen Grenzraum sind sie (noch) als hoch einzuschätzen.

6.2 Charakterisierung des nördlichen deutsch-polnischen Grenzraumes

Die Grenze im (nördlichen) deutsch-polnischen Grenzraum muss nach wie vor als Barriere beurteilt werden: Politisch trennt sie zwei Staaten mit unterschiedlichen administrativen Strukturen. Der Beitritt Polens zur Europäischen Union zum 1. Mai 2004 wird bestehende Barrieren teilweise abbauen, weitere werden nach Ablauf der Übergangsfristen reduziert, andere bleiben jedoch erhalten, da sie in nationale Zuständigkeiten fallen.

Obwohl sich die harten Standortfaktoren seit Anfang der 1990er Jahre v.a. durch Investitionen in die Infrastruktur verbessert haben, ist die Anzahl der Grenzübergänge unzureichend; zudem erschweren physiogeographische Bedingungen (Inseln, Gewässer) den Austausch über die Grenze hinweg. Andererseits bieten die besonderen natürlichen Voraussetzungen ein Potenzial für die touristische Inwertsetzung, die grenzüberschreitende Interaktionen beinhalten und den Austausch zwischen beiden Seiten fördern kann. Im Zuge der EU-Osterweiterung werden sich die harten Standortfaktoren verbessern und somit die Transaktionskosten senken. Die weichen Faktoren besitzen jedoch eine

stärkere Persistenz, lassen sich weniger gezielt von außen beeinflussen und schränken daher das grenzüberschreitende Interagieren ein. So wird die Grenze nach Ablauf der Übergangsfristen ihre formelle Barrierefunktion nahezu vollständig verlieren. Als mentale Barriere kann sie jedoch weiterhin wirken und stellt die entscheidende Komponente für die Entwicklung im Grenzraum dar.

Nach der Grenzziehung war lange Zeit von entfremdeten Grenzräumen zu sprechen; heute gibt es eine Entwicklung zu *co-existent borderlands*, mit gelegentlichen Kontakten der Bevölkerung. Der Schritt zu interdependenten Grenzräumen ist jedoch momentan nicht abzusehen (vgl. Abb. 2-1). So dominiert im deutschen Grenzraum weiterhin die Orientierung nach innen, ist die Gruppe der *national borderlanders* sehr groß (vgl. Kap. 2.1). Das Bewusstsein einer besonderen peripheren Lage ist vorhanden, die Thematisierung erfolgt auf unterschiedlichen Ebenen, insbesondere bei den lokalen und regionalen Eliten. Hingegen wird die räumliche Nähe zu Polen weniger reflektiert. Hier findet sich ein deutliches Phänomen der unterschiedlichen Wahrnehmung der Abgrenzung, die eher nach innen als nach außen orientiert ist.

Es ist eine Divergenz zwischen realer und potenzieller Interaktion im Grenzraum zu verzeichnen. Die potenzielle Interaktion wird aufgrund der Verbesserung der Rahmenbedingungen größer. Dazu trägt v.a. die Grenzöffnung im Zuge der EU-Osterweiterung bei. Die reale Interaktion wächst nicht in gleichem Maße. Verantwortlich dafür sind in erster Linie (persistente) informelle Institutionen wie soziale Distanz und Stereotype. Zudem erhöhen mangelnde Kommunikationsfähigkeiten die Transaktionskosten und schränken daher die Interaktion ein.

6.3 Potenziale der Grenzregion

Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich auf die Rolle der Menschen bei der räumlichen Entwicklung im nördlichen deutsch-polnischen Grenzraum. In diesem Sinne sollen Potenziale und Risiken der regionalen Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der ortsansässigen Bevölkerung aufgezeigt werden, was einer fokussierten SWOT-Analyse⁵⁹ entspricht. Nachfolgend wird dies in einzelnen Kapiteln zur sozialen, wirtschaftlichen und politischen Dimension sowie für die Raumausstattung allgemein dargestellt.

6.3.1 In der sozialen Dimension

Als eine Schwäche des Untersuchungsraumes kann angesehen werden, dass nur eine geringe Verbundenheit aufgrund historischer Entwicklungspfade zwischen den beiden Teilräumen besteht. Im Gegensatz zu westlichen Europaregionen ist eine Anknüpfung an alte Beziehungsmuster schwierig, da die historische regionale Verwurzelung der Menschen fehlt. Zwar gibt es eine gemeinsame Geschichte (bspw. Gemeinsamkeiten durch die schwedische Besetzung), der Bevölkerungsaustausch im

⁵⁹ SWOT: strengths – weaknesses – opportunities – threats

Im Deutschen wird diese Bewertung von Standortfaktoren zumeist als Stärken-Schwächen-Analyse zusammengefasst, woraus sich nachfolgend Entwicklungschancen herleiten lassen. Die Bezeichnung SWOT ist demnach umfassender; die Analyse stellt auch Entwicklungsrisiken dar.

Eine umfassende SWOT-Analyse für die Euroregion Pomerania findet sich im Entwicklungs- und Handlungskonzept (POMERANIA 1999).

polnischen Westpommern und die politische Behandlung des Themas machen einen direkten regionalen Bezug (Pommern) jedoch schwierig. Dennoch besteht Offenheit, z.B. die Schwedenzeit gemeinsam touristisch zu vermarkten.

Von der Bevölkerung wird die Verbundenheit beider Regionen in kultureller Hinsicht geringer als in wirtschaftlicher eingeschätzt. Dies weist darauf hin, dass die historische Verbundenheit (jedenfalls für die jüngere Bevölkerung) eine weniger große Rolle spielt als aktuelle Prozesse der Europäisierung und Globalisierung. Eine Entwicklungschance für den Grenzraum könnte sein, dass die Mehrheit der Befragten auf beiden Seiten eine gemeinsame Region in Zukunft für möglich hält.

Aufgrund der Bevölkerungsumsiedlung fehlt in der Region der allmähliche Übergang von einer Sprache zur anderen, evtl. mit einer zweisprachigen Zone. Zudem bewirkte die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte trotz einer gemeinsamen sozialistischen Vergangenheit eine starke Abschottung voneinander. Diese Entwicklungspfade wirken nach und äußern sich in einem unterschiedlich ausgeprägten Interesse aneinander. Daher besteht eine geringe Bereitschaft auf deutscher Seite, polnische Sprachkenntnisse zu erwerben. Auf polnischer Seite sind Deutschkenntnisse weit verbreitet, nicht zuletzt ist dies darauf zurückzuführen, dass es eine starke Orientierung auf die westliche Bundesrepublik gab und gibt, wodurch persönliche Entwicklungschancen erwartet werden (bspw. im Bildungsbereich).

Auf die Nationalitäten verallgemeinert ist das Interesse der Polen an den Deutschen stärker als umgekehrt. Polnische Befragte besitzen deutlich mehr Kontakte zu Deutschen und wünschen stärker eine Intensivierung dieser Kontakte. Die von deutscher Seite v.a. konsumorientierte Verflechtung mit Polen trägt wenig zu deutsch-polnischen Kontakten und einem stärkeren Interesse an den Nachbarn bei.

Auf deutscher Seite kann außerdem konstatiert werden, dass das Grenzmilieu als solches nicht existiert. Die periphere Lage wird eher wahrgenommen als die Nähe nach Polen. Demzufolge werden Entwicklungschancen stärker im Westen als im Osten gesehen. Die hier festzustellende typische Westorientierung der Transformationsländer schlägt sich im Migrationsgeschehen nieder: Vorpommern hat die Folgen anhaltender Abwanderung v.a. junger, gut ausgebildeter Bevölkerungsteile zu tragen, deren Ziel aus ökonomischen Gründen die alten Bundesländer sind. Die demographische Entwicklung der vergangenen Jahre ist in Westpommern demgegenüber positiv; die Bevölkerungsprognose weist bis 2030 für die Städte ein Bevölkerungswachstum aus (vgl. URZAD STAT. 2001).

Nach Ablauf der Übergangsfristen für den freien Personenverkehr wird es zu einer stärkeren Migration aus Polen (und den anderen EU-Beitrittsländern) nach Deutschland kommen. Allerdings wird das Ziel der Migranten aus o.g. Gründen (vgl. Kap. 4.3.1) nur in sehr geringem Umfang Mecklenburg-Vorpommern sein. Die Chance, von diesem Humankapital zu profitieren, besteht demnach für Vorpommern nicht oder kaum. Für Westpommern besteht die Gefahr, dass v.a. junge Bevölkerung abwandert. Jedoch gehen die Untersuchungen zumeist von einer Dominanz der temporä-

ren Migration aus. Die remigrierende Bevölkerung mit einem spezifischen Wissen und die damit verbundene qualitative Veränderung des Produktionsfaktors Arbeit könnte ein Potenzial für die Entwicklung der polnischen Regionen sein.⁶⁰

KOLLMORGEN (2001: 29) sieht auch in den sozialistischen Pfadabhängigkeiten mögliche Standortvorteile der ostmitteleuropäischen Länder, was sich in der Spezifik von Urbanisierung, Bildung und Geschlechtergleichstellung ausdrückt. Die mit der Transformation einhergehenden Umbrucherfahrungen können für die weiteren Prozesse der Modernisierung nützen.

Gleichzeitig brachten die Transformationsprozesse aber eine Unsicherheit in der persönlichen Lebensplanung, die in den realsozialistischen Gesellschaften außerordentlich stabil war. Die fehlende Orientierung in der Familie und Gesellschaft kann als Hauptursache der starken fremdenfeindlichen Tendenzen v.a. unter der jungen Bevölkerung angesehen werden. Diese kommen zwischen Deutschen und Polen weniger offen zu Tage als noch vor einigen Jahren. Es gibt jedoch eine große soziale Distanz zwischen den Bevölkerungsgruppen und beiderseits Befürchtungen vor Überfremdung. Diese Faktoren belasten das Verhältnis und behindern eine Annäherung.

Insgesamt ist die Einstellung der Bevölkerung als widersprüchlich einzuschätzen. Einerseits wird eine Verbundenheit beider Grenzregionen gesehen, andererseits sprechen das Interesse und die Angaben zur sozialen Distanz gegen die Aussage. Dies kann als Bestätigung der eingangs formulierten These verstanden werden: Politisch und wirtschaftlich wird eine Verknüpfung im deutsch-polnischen Grenzraum angestrebt. Die mentale Haltung der Bevölkerung spricht jedoch (noch) gegen diese Entwicklung. Verantwortlich dafür sind nicht historische Ressentiments, wie vergleichend mit dem deutsch-französischen Grenzraum vermutet wird. Vielmehr stehen Ängste, die mit aktuellen Prozessen verbunden sind, hinter diesen Einstellungen. Zusammen mit dem pfadabhängigen geringen Interesse der Ostdeutschen an Polen sind dies Faktoren, die durchaus beeinflussbar scheinen.

6.3.2 In der wirtschaftlichen Dimension

Die wirtschaftliche Ausgangssituation in einigen Regionen Ostdeutschlands schränkt eine Reaktion auf mögliche Herausforderungen im Zuge der EU-Osterweiterung deutlich ein. Aufgrund der ökonomischen Schwäche der neuen Bundesländer können diese kaum an den erwarteten positiven Effekten der Osterweiterung partizipieren (vgl. SCHMIDT-SEIWERT 2001: 789, 796).

Wirtschaftlich ist eine gegenläufige Tendenz der Entwicklung in den Grenzregionen zu bemerken. Die polnischen Grenzregionen profitieren vom Handel, ziehen mehr Investitionen an und haben einen positiven Migrationssaldo. Die ostdeutschen Grenzregionen hingegen entwickeln sich zu „wirtschaftlichen Passivregionen“ (vgl. KOWALKE 1999: 122).

⁶⁰ SCHÄTZL (1998: 213) zeigt bspw. auf, dass die qualitativen Veränderungen des Produktionsfaktors Arbeit in Form von Lernethik ein entscheidender Faktor der positiven Wirtschaftsentwicklung der südostasiatischen Staaten in den 1990er Jahren waren.

Das Maquiladora-Konzept (vgl. Kap. 4.3.3.1) greift in den Transformationsländern nicht.⁶¹ Die Unternehmensbefragungen zeigen deutlich, dass v.a. die Erschließung neuer Märkte Motor des Engagements deutscher Unternehmen in Polen und in den anderen MOEL ist. Da auch zunehmend Beschaffungsmärkte in den Transformationsländern genutzt werden, sieht ZSCHIEDRICH (2000: 381) die Bildung von Ost-West-Wertschöpfungspartnerschaften. „Die materielle Basis für diese Wertschöpfungspartnerschaften bilden die ausländischen Direktinvestitionen, denn diese bringen weit mehr als Kapital in diese Länder. Sie transferieren moderne Managementtechniken, Qualitätsbewusstsein, eine verbesserte Service- und Kundendienstmentalität und bewirken nicht zuletzt tief greifende Verhaltensänderungen bei den Mitarbeitern in den MOE-Unternehmen gegenüber den Anforderungen in den internationalen Märkten.“

Die Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Unternehmen im Untersuchungsraum ist bislang relativ gering, was der Wirtschaftsstruktur bzw. deren Schwäche geschuldet ist. Ansätze sind jedoch vorhanden und mit den vorhandenen Strukturen ein (zumindest quantitativ) ausreichendes Netz von Informations- und Beratungsmöglichkeiten.

Eine Chance für die wirtschaftliche Entwicklung stellt das bereits erprobte polnische Unternehmertum dar, das sich durchaus zu einem innovativen Milieu entwickeln kann. Hingegen ist die Marktplatzwirtschaft bereits rückläufig und bietet kein Konzept für die zukünftige wirtschaftliche Basis der Region. In Vorpommern wird das Agieren eben dieses aktiven Unternehmertums (mit zudem günstigeren nationalen Rahmenbedingungen) v.a. in den sog. sensiblen Branchen (wie Bau, Handwerk, Transport) als Konkurrenz befürchtet. Eine Chance besteht darin, hochwertige Leistungsangebote aufzubauen, die durchaus das Potenzial besitzen, den polnischen Markt zu erschließen (vgl. MAB MV 2001: 135-136).

Die ähnlichen Voraussetzungen in den beiden Teilräumen Vorpommern und Westpommern erfordern mittelfristig eine Kooperation im Bereich der maritimen Wirtschaft ebenso wie im Tourismus, wo es Entwicklungspotenziale gibt. Nicht übersehen werden darf dabei jedoch, dass der größte Teil dieses Raumes ländlich und landwirtschaftlich geprägt ist. Polnische Untersuchungen zeigen, dass die ortsansässige Bevölkerung in diesen Bereichen ein deutliches Defizit der Förderung sieht (vgl. STRYJAKIEWICZ 2002: 117). Dies gilt in ähnlicher Weise auch für den deutschen Teil des Untersuchungsraumes.

6.3.3 In der politischen Dimension

Eine Chance für die Entwicklung des deutsch-polnischen Grenzraumes ist die aktuell sehr präzente EU-Osterweiterung mit entsprechenden Fördermöglichkeiten etc. Dadurch rückt Polen als direkter östlicher Nachbar stärker in das Wahrnehmungsfeld der regionalen Akteure. Dies kann einen Entwicklungsschub für die deutsch-polnische Zusammenarbeit bewirken.

⁶¹ Solche Entwicklungsansätze waren durchaus vorhanden. Die Preisvorteile bei der Produktion relativierten sich jedoch schnell und führten zu einer weiteren Verlagerung der Produktionsstandorte gen Osten (bspw. von Ungarn nach Rumänien). In den neuen Bundesländern waren eher günstige Steuer- und Fördermodalitäten für die Standortwahl entscheidend.

Die langen Übergangsfristen sind für Unternehmen in Vorpommern eine Chance, sich auf die vollständige Öffnung der Grenze vorzubereiten. Allerdings hätte dies bereits zum Beitritt Polens zur Europäischen Union zum 1. Mai 2004 stärker geschehen können, so dass wiederum das ungenutzte Verstreichen von Fristen zu befürchten ist. Als Entwicklungsrisiko ist einzuschätzen, dass aufgrund der Übergangsregelungen die derzeitige Dynamik im Prozess der Europäisierung als Chance und „Mitfahrgelegenheit“ verpasst wird.

Die Europaregion Pomerania wird hier v.a. als politisches Instrument eingeordnet. Mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union könnte sie ihre volle Aktivität, unbehindert von Problemen der (Nicht-)Zugehörigkeit zu EU, entfalten und regionale Integrationsprozesse unterstützen. Da sie sich zumindest auf deutscher Seite momentan jedoch auf die Aufgabe der Verteilung europäischer Struktur- fördermittel konzentriert, besteht die Gefahr, dass die Europaregion als Organisation obsolet wird, sobald Mecklenburg-Vorpommern aus dem Fördergebiet herausfällt.

Noch besteht ein Widerspruch zwischen dem politischen Bestreben einer regionalen Verflechtung beider Grenzräume und der Bereitschaft der Bevölkerung, diese Prozesse mitzutragen (vgl. Kap. 6.3.1). Gleichzeitig sind Fragmente eines pfadabhängigen Paternalismus zu finden, der auf die Initiierung von Aktivitäten von oben warten lässt. Damit einher geht die noch schwach entwickelte Zivilgesellschaft in der Region.

6.4 Raumstrukturelle Wirkungen und Szenarien

Trotz programmatischer Bestrebungen der sozialistischen Territorialplanung wie auch der aktuellen Raumordnung, eine Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in allen Teilräumen herzustellen, lässt sich eine zunehmende Differenzierung bis hin zur „Verstärkung tradierter disparater Raummuster“ (FÖRSTER 2002: 49) konstatieren. Die metropolitanen Regionen, v.a. der Hauptstädte, gewinnen an Bedeutung während damit gleichzeitig ein Bedeutungsverlust peripherer und ländlicher Regionen einhergeht. Bislang fehlen tragfähige Konzepte für den ländlichen Raum, in dem die Transformationsprozesse deutliche (nicht intendierte) Spuren hinterlassen haben und zum Teil kumulative Prozesse zirkulärer Verursachung, im Sinne eines Teufelskreises der negativen Entwicklung, in Gang setzten.

Die Vorstellung einer räumlichen Ausbreitung von regionalen Bezügen findet sich in allen Konzepten und Entwicklungsplänen. Gewandelt hat sich allerdings deren Muster von der gleichmäßigen Ausbreitung (wie noch in den Modellen von CHRISTALLER und THÜNEN) hin zum Konzept der Entwicklungsachsen, demnach sich die Spread-Effekte entlang bestehender (v.a. Verkehrs-) Achsen bewegen. Empirisch sind allerdings Übersprungeffekte nachzuweisen, wonach wirtschaftlich starke Regionen mit anderen strukturstarken Regionen verbunden sind – unabhängig von ihrer räumlichen Lage zueinander (vgl. KRÄTKE 2001b: 771). Diese Tendenz wird durch moderne Verkehrs- und Kommunikationsmittel forciert, so dass sich die Regionalplanung von der Vorstellung einer integrierten Entwicklung von Gesamtträumen trennen muss. Stattdessen werden sich einzelne Zentren entwickeln, die nicht mehr zwangsläufig über den Raum miteinander verbunden sind. Mosaiks oder „Leopardenfelle“ mit Zwischenräumen werden die Entwicklungskorridore ersetzen (vgl. KRÄTKE u.a. 1997: 407). Dies gilt auf Makroebene für die europäische *Blaue Banane* ebenso wie auf Mikroebene für die regionalen Städtenetze.

6.4.1 Entwicklungsoptionen

Im Folgenden werden Entwicklungsoptionen für die Teilräume aufgezeigt und anschließend zu Szenarien zusammengefasst.

VORPOMMERN - ENTWICKLUNGSCHANCE ODER PERIPHERISIERUNG

Für Vorpommern besteht die Chance, von der überregionalen Entwicklung zu profitieren und insbesondere positive Effekte der EU-Osterweiterung zu nutzen. Mit dem allmählichen Abbau der Grenze als Barriere kann der unmittelbare ländlich-periphere Grenzraum im Landkreis Uecker-Randow von der Agglomeration Szczecin in den Bereichen Versorgung, Suburbanisierung, Naherholung profitieren. Damit verbunden wäre allerdings ein Bedeutungsverlust der bisherigen Zentren der Region.

Es besteht jedoch gleichfalls die Option einer verstärkten Peripherisierung Vorpommerns, das von der Entwicklung übersprungen wird. Szczecin besitzt traditionell eine starke Verbindung (infrastrukturell wie mental) nach Berlin und ist außerdem eher auf Hamburg sowie andere deutsche Großstädte orientiert. Das potenzielle Umland Szczecins in Vorpommern wird kaum wahrgenommen. Insofern muss damit gerechnet werden, dass Vorpommern von bestimmten Raumwirkungen ausgelassen wird. Dies betrifft die Migration aus den MOEL nach Deutschland wie auch große Teile der wirtschaftlichen Aktivitäten aus Polen.

WACHSTUMSPOL SZCZECIN ODER ENTWICKLUNGSSTAU

Für die zukünftige Entwicklung wird der Stadt Szczecin große Bedeutung als Wachstumspol und Investitionszentrum beigemessen, woraus positive Effekte für die – gemeinsame grenzüberschreitende – Region erwachsen können (vgl. MAB MV 2001: 93). Dieser Prognose entspricht die relativ gute Position der Region Szczecin im polnischen Maßstab aufgrund der Lage im *western belt* (vgl. FASSMANN 1997: 30).⁶²

KORCELLI (1997: 227-228) weist allerdings auf die starken regionalen Disparitäten hin. So gehört die Region um Szczecin zu den führenden Regionen, die übrige Woiwodschaft jedoch zur Kategorie der Regionen sozioökonomischen Verfalls, wo die Probleme v.a. aus dem Niedergang der staatlichen Landwirtschaft mit damit einhergehender hoher Arbeitslosigkeit resultieren. Diese Situation ist der im peripheren ländlichen Raum Vorpommerns sehr ähnlich.

Weitere Probleme der regionalen Dynamik resultieren aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten der maritimen Wirtschaft und einem allgemeinen Reformstau.

FRAGMENTIERTE ENTWICKLUNG ODER GEMEINSAME NUTZUNG DER POTENZIALE

Die Bestrebungen einer gemeinsamen Entwicklung gehen *top down* aus. Ihnen fehlt bislang die *Verwurzelung* in der Region. Allerdings gibt es keine Behinderungen dieser Aktivitäten, vielmehr ist ein deutliches Desinteresse zu vermerken.

⁶² Dem steht konträr die Entwicklung an der Ostgrenze Polens gegenüber. Für diese Region sieht GORZELAK (1997: 129) keine Entwicklungs- und Modernisierungsimpulse, weder durch das endogene Kapital noch durch grenzüberschreitende Kooperationen. „It is therefore very likely that the eastern wall will become the ‚dead end‘ of Central Europe.“

Teilweise werden auf deutscher Seite Hoffnungen in die von Szczecin ausgehenden Entwicklungsimpulse gesetzt. Mit starker Konzentration auf interne Probleme werden Schwierigkeiten der polnischen Nachbarregion leicht übersehen oder falsch eingeschätzt.

In Teilbereichen gibt es durchaus Interesse an einer Kooperation, wie beispielsweise auf der Insel Usedom/Uznam, wo lokal ein Problemdruck besteht, was die Zusammenarbeit deutscher und polnischer Kommunen erforderlich macht.

Von polnischer Seite wird Vorpommern kaum wahrgenommen, ist Szczecin eher auf Berlin und das polnische Netz der Wachstumsinseln, u.a. mit Gdańsk, Poznań, Wrocław und Warszawa orientiert (vgl. auch KORCELLI 1997: 230).

Eine Chance und guten Anknüpfungspunkt einer gemeinsamen Entwicklung bieten die Kooperationen im Bereich der Oder und im Ostseeraum.

6.4.2 Szenarien der Entwicklung im nördlichen deutsch-polnischen Grenzraum

BEST-CASE-SZENARIO: GEMEINSAME ENTWICKLUNG

Unter optimistischer Betrachtung könnte der nördliche deutsch-polnische Grenzraum mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union zusammenwachsen – mit einem gewissen zeitlichen Puffer durch die Übergangsregelungen. Die wirtschaftliche Integration schreitet schnell voran, wobei Szczecin als aufstrebende Metropolregion wichtige Entwicklungsimpulse liefert. Es entstehen vielfältige grenzüberschreitende Kontakte, die zu einem allmählichen Abbau der Grenzbarriere führen. Vor allem die strukturschwachen peripheren Gebiete des Landkreises Uecker-Randow profitieren von der räumlichen Nähe zum Oberzentrum Szczecin. Die Suburbanisierung überschreitet problemlos die Grenze, die Einwohner Szczecins bilden ein großes Potenzial für Naherholung im Umkreis der Metropole. Die gesamte Region profitiert von der wirtschaftlichen Entwicklung; maritime Wirtschaft, Tourismus und Landwirtschaft sind deren wichtigste Standbeine.

Aufgrund der politischen wie wirtschaftlichen Integration und derer positiven Effekte werden die Erwartungen der Bevölkerung erfüllt, pflanzen sich fort und lassen kritische Stimmen rasch verstummen. Allmählich wächst das Interesse der Deutschen an den polnischen Nachbarn; die Medien berichten vom Tagesgeschehen beiderseits der deutsch-polnischen Grenze. Die Wahrnehmung der Barrierefunktion der Grenze verringert sich. Das Sprachangebot an den Schulen wird um Polnisch erweitert. Vor allem die Bildungseinrichtungen auf deutscher und auf polnischer Seite tragen zu einem lebhaften Austausch junger Bevölkerung bei und bewirken eine Attraktivitätssteigerung der Region.

WORST-CASE-SZENARIO: GREEN HOLE

Szczecin entwickelt sich weniger dynamisch als noch vor wenigen Jahren erwartet, kann jedoch alte Beziehungen nach Berlin beleben. Die Woiwodschaft Westpommern als Ganzes kann davon nicht profitieren, statt weiträumiger Spread-Effekte treten Polarisierungseffekte (backwash-effects) auf und verstärken die regionalen Disparitäten.

Die deutsch-polnische Grenze wird weiterhin als Barriere von der Bevölkerung wahrgenommen. Die schlechte wirtschaftliche Situation lässt kaum Kooperationen über die Grenze hinweg entstehen. Die von deutscher Seite ausgehenden Kontakte nach Polen beschränken sich weiterhin v.a. auf konsumorientierte Reisen ins Nachbarland. Diese tragen wenig zur Annäherung der Menschen bei. Die

Verlagerung der Nachfrage wirkt sich negativ auf den deutschen Grenzraum aus und ist bis in die Oberzentren zu spüren.

Vorpommern wird von der Entwicklung übersprungen; es tritt das Szenario *Green Hole* (vgl. BENTHIEN u.a. 1996) ein. Wichtige Verkehrs- und Entwicklungsachsen lassen Vorpommern bereits heute zu einem peripheren Raum werden bzw. verstärken diese Tendenz. In den Entwicklungsleitbildern auf überregionaler wie regionaler Ebene finden sich solche Ansätze (vgl. u.a. BMRO 1995; RPV VORPOMMERN 2002). Zwischen den Achsen Hamburg-Berlin und Szczecin-Berlin liegend wird Vorpommern zu einem Raum, der nur Ergänzungsfunktionen (u.a. für Erholung und Entsorgung) erfüllt.

Unter der deutschen Bevölkerung verstärken sich Ängste vor wirtschaftlichen Aktivitäten aus den jungen östlichen EU-Ländern, was eine ablehnende Haltung mit sich bringt. Es bleibt bei der Westorientierung; die Abwanderung hält an und führt zu einer weiteren Schwächung der peripheren Gebiete. Aufgrund der beschriebenen Situation wird Vorpommern von polnischer Seite aus kaum wahrgenommen und bei Aktivitäten (Wirtschaftskooperationen, Migration etc.) übersprungen.

Die Summe der Faktoren bewirkt, dass schließlich auch das politische Interesse an einer regionalen Verflechtung abnimmt; im Gegenzug wirken kaum Initiativen von oben zur Beförderung grenzüberschreitender Kontakte.

CROSS-SZENARIO

Realistisch muss eingeschätzt werden, dass Szczecin derzeit (aus deutscher Sicht) ein unattraktiver Standort ist und seine Metropolfunktion nicht wahrnimmt. Dennoch besitzt die Region im polnischen Vergleich eine relativ gute Position; zukünftig ist eine positive Entwicklung zu erwarten. Die Lage Szczecins in der Region/Woiwodschaft lässt erwarten, dass eher Polarisations- als Spreadeffekte auftreten. Vor allem der ländliche Raum wird im Ganzen nicht von den Entwicklungsimpulsen profitieren können. Stattdessen werden sich die regionalen Disparitäten verstärken.

Für den direkten Grenzraum bedeutet das, dass Teile Uecker-Randows durchaus in das Einzugsgebiet Szczecins fallen, in dem Spread-Effekte wirken. Eine Entwicklung vom peripheren Raum zum Umland der Metropole scheint möglich. Dazu tragen u.a. Suburbanisierung in die eine Richtung und Nachfrageverlagerung in die andere Richtung bei.

In diesem unmittelbaren Grenzraum wird sich die Interaktionsdichte zwischen Vorpommern und Westpommern erhöhen. Dies befördert auch die in diesem Teilbereich relativ günstige infrastrukturelle Ausstattung. Es verstärken sich die Kontakte zwischen den Menschen, wodurch mentale Barrieren abgebaut werden. Die langen Übergangsfristen bis zur vollständigen Öffnung der Grenze tragen bei zu einer Normalisierung der Europäisierungsprozesse (im Sinne von Gewöhnung), die nun weniger bedrohlich wirken. Negative Begleiterscheinung dessen ist jedoch, dass die aktuelle Aufbruchstimmung ungenutzt verstreicht und wiederum von Passivität überlagert wird.

Im nördlichen Teilbereich zwischen den Kaiserbädern und Świnoujście wird sich ebenfalls eine Verstärkung der Interaktion über die Grenze hinweg ergeben, da hier der lokale Problemdruck Initiativen einfordert.

Die Impulse werden jedoch nicht ausreichen, eine regionale Integration Vorpommerns und Westpommerns zu erreichen. Die Wahrnehmung Polens, Westpommerns und Szczecins ist in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung noch immer gering. Die allmähliche Öffnung der Grenze nach dem EU-Beitritt Polens wird kaum spürbare Veränderungen mit sich bringen, so dass eine Änderung der Wahrnehmung nicht zu erwarten ist.⁶³ In Teilräumen ist eine Verringerung der Interaktionsdichte zu erwarten, wenn die finanzielle Basis der Schiffsverbindungen aufgrund des Wegfalls der Duty-Free-Einkäufe nicht mehr gesichert ist.

Aufgrund dieser Situation werden sich die Einstellungen zu den Nachbarn kaum ändern. Lediglich im direkten deutschen Grenzraum wird sich das ohnehin größere Interesse an Polen verstärken. So können sich mehr Interaktionen entfalten, wirtschaftliche Kooperationen, deutsch-polnische Schulen u.ä. sich weiter entwickeln.

Die Erfahrungen der kommenden Jahre werden Erwartungen und Ängste der Bevölkerung bezüglich der EU-Osterweiterung bestätigen oder widerlegen. Da m.E. in Vorpommern kaum Veränderungen zu spüren sein werden, wird sich eher Gleichgültigkeit verbreiten, als dass eine positive Haltung zur dominierenden wird.

Insgesamt ist von einer differenzierten räumlichen Entwicklung auszugehen:

- a) Es wird im unmittelbaren Grenzraum stärkere Verflechtungen zwischen Vorpommern und Westpommern geben. Dies betrifft Nahbereiche von Szczecin und von Świnoujście. In diesen Teilräumen wird die Grenze ihre trennende Funktion nach und nach verlieren. Langfristig ist von der Entwicklung interdependenter Grenzräume auszugehen. Für die Bevölkerung werden grenzüberschreitende Aktivitäten Normalität werden. Aufgrund des vorhandenen Handlungsbedarfes ist von einer hohen Akzeptanz auszugehen. Die zunächst erfolgende wirtschaftliche und kommunale Kooperation wird als Impuls auf die Bevölkerung beiderseits der Grenze wirken und zu einer Erhöhung der Interaktionsdichte beitragen. Es entwickelt sich ein Grenzmilieu mit spezifischen Merkmalen, woraus sich Entwicklungschancen für die Akteure in der Region ergeben.
- b) Diese Entwicklung ändert nichts an den bestehenden oberzentralen Funktionen auf deutscher Seite des Untersuchungsgebietes. Die Bedeutungsverluste für die Stadt Neubrandenburg aufgrund der stärkeren Orientierung des Grenzraumes nach Szczecin sind als gering einzuschätzen. Die Wahrnehmung des polnischen Oberzentrums Szczecin ist nach wie vor gering.
- c) Die Spread-Effekte der Zentren liefern keine ausreichenden Entwicklungsimpulse für die strukturschwachen Gebiete. Die „Speckgürtel“ der kreisfreien Städte bewirken Backwash-Effekte, wodurch Potenzial aus den Städten selbst wie aus dem weiteren Umland abgezogen wird. Auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze bleiben ländlich-periphere Gebiete als „Resträume“ mit einem sehr ähnlichen Problemdruck. Hier könnte sich das Szenario *Green Hole* erfüllen. Im direkten Grenzraum bietet sich für die strukturschwachen peripheren Räume die Chance, gemeinsame Lösungsansätze zu entwickeln, bspw. die Versorgungsinfrastruktur betreffend.

⁶³ Vor allem im nördlichen Teil Vorpommern dominiert neben der West- eine Nordorientierung zu schwedischen Partnern, die augenscheinlich eine positivere Akzeptanz unter der Bevölkerung genießt.

Positive Erfahrungen im direkten Grenzraum können unter bestimmten Bedingungen auf beide Regionen wirken, d.h. auf die Bevölkerung, und längerfristig eine Annäherung bewirken. Die tendenziell entfremdeten Grenzräume können sich zu koexistierenden mit einem deutlichen Qualitätssprung entwickeln.

6.5 Handlungsempfehlungen

Im Folgenden werden Handlungsempfehlungen formuliert, die sich zum einen auf den deutschen Teil des Untersuchungsraumes konzentrieren und zum anderen - entsprechend der Orientierung der Arbeit - insbesondere auf die Bevölkerung Bezug nehmen.

GORZELAK (2001: 748) benennt *qualitative* Standortfaktoren, die zunehmend Bedeutung für die Entwicklung von Regionen erlangen: „Science and education potential; good living conditions with high roles of environment and culture; modern and reliable infrastructure; institutional background; efficient public administration; high social capital, and, the most important component, trust“. Diese Bereiche müssen besonders in strukturschwachen, peripheren Regionen verstärkt gefördert werden, um den negativen kumulativen Kreislauf zu durchbrechen.

Ein wichtiger Faktor ist die Bildung, die Grundvoraussetzung nicht nur für das Humankapital einer Region ist, sondern auch die Herausbildung des Sozialkapitals mitbestimmt. Das Sozialkapital stärkt die Zivilgesellschaft als Basis für demokratische Strukturen. Sie steht dem aufgrund der pfadabhängigen Entwicklung noch vorhandenen Paternalismus in den Transformationsgesellschaften entgegen und ist notwendig, um eine selbstbestimmte Entwicklung in der Region zu gewährleisten.

Gleichzeitig ist es möglich, über Information und Bildung ein regionales Selbstbewusstsein zu schaffen, das nicht nur auf die Schwächen der Region (strukturschwach, peripher) abzielt, sondern deren Besonderheit als Chance begreift. Dies kann ein wirksames Instrument gegen die Orientierungsdefizite Jugendlicher sein und bietet den Ansatz dafür, vor Ort nach Entwicklungschancen zu suchen. Gleichzeitig bietet die Herausbildung eines regionalen Milieus Vertrauen in der Gruppe und im Handeln der einzelnen Akteure. Den durch die Transformationsprozesse hervorgerufenen Unsicherheiten, aus denen u.a. auch die Fremdenfeindlichkeit resultiert, könnte so begegnet werden. Es ist selbstverständlich, dass diese Möglichkeiten der Institutionalisierung bedürfen. Die Betreuung Jugendlicher, v.a. in Problemgebieten der Städte und auf dem Land darf weder dem Selbstlauf noch bestimmten rechtsorientierten Gruppen überlassen bleiben. So lange die Zivilgesellschaft keine tragfähigen Strukturen herausgebildet hat, sind Top-down-Initiativen notwendig.

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass Kontakte zwischen beiden Bevölkerungsgruppen durchaus dazu beitragen können, Vorurteile abzubauen und das Interesse an den Nachbarn zu verstärken. Dass dies nicht deutlicher wird, liegt an den mehrheitlich zeitlich wie räumlich punktuellen Kontakten mit einer gewissen Oberflächlichkeit. Wichtig scheint die kontinuierliche Intensivierung der deutsch-polnischen Kontakte. Die regelmäßigen Einkaufsfahrten tragen nicht zur Annäherung der Deutschen und Polen bei. Treffend passt dazu die Aussage eines Befragten, die sich unter Forderungen an die

Politik fand: „mehr Zusammenarbeit an allen Tagen, nicht nur an Feiertagen“. Eine Chance bieten v.a. im direkten Grenzraum deutsch-polnische Vereine in den Bereichen Sport, Musik u.ä. Die besten Voraussetzungen bestehen an den deutsch-polnischen Schulen mit gemischten Klassen.

Voraussetzung für eine Intensivierung der Kontakte ist die Fähigkeit zur Kommunikation miteinander. Noch ist auf deutscher Seite die Einstellung dominant, dass Polen ohnehin Deutsch sprechen, oder zumindest Englisch – was der Realität entspricht. Zumindest unter Jugendlichen ist eine Verständigung auf dieser Basis möglich. Andererseits ist es eine Frage der Einstellung, sich auf diese Fähigkeiten zu verlassen oder selbst Polnisch zu lernen. Dieses Angebot sollte an den Schulen stärker offeriert werden. Das Beispiel des Heringsdorfer Gymnasiums zeigt, dass das Angebot kein Selbstläufer ist, sondern des starken Engagements von Seiten der Schule bedarf, um bei den Eltern Vorurteile abzubauen und Chancen aufzuzeigen. Der Spracherwerb führt nicht nur zu einer Verbesserung der Verständigungsmöglichkeiten. Damit einher geht der Ausbau von Fähigkeiten der interkulturellen Kommunikation, der im zusammenwachsenden Europa und einer globalisierten Welt zunehmende Bedeutung zukommt. Dies beschreibt eine Chance, die aus der Spezifik von Grenzmilieus erwächst (vgl. Kap. 2.1.4).

Noch ist das Interesse auf deutscher Seite gering, mit polnischen Schulen in Kontakt zu treten. Das von polnischer Seite geäußerte Interesse kann derzeit nicht befriedigt werden. Hier ist ein stärkeres Engagement notwendig, womit einzelne Lehrer an den Schulen neben den alltäglichen Aufgaben überfordert sind.

Zudem beschränken paternalistische Haltungen und eine in der Region verwurzelte starke Passivität, einzelne Initiativen. Problematisch erscheint nicht nur in diesem Bereich, dass vielfach *Bottom-up*-Ansätze von politischen und kommunalen Trägern erwartet werden. Angesichts der lokalen und regionalen spezifischen Bedingungen sind jedoch Impulse *top down* notwendig, die initiieren und gleichzeitig integrieren.

Eine wichtige Rolle kommt aktuell den Medien zu; nicht umsonst wird die Herausbildung einer *Mediengesellschaft* postuliert. Medien prägen stark die öffentliche Meinungsbildung, die persönliche Erfahrungen überlagert. Daraus ergeben sich wichtige Konsequenzen für die Entwicklung des Interagierens im Grenzraum: Der persönliche Kontakt ist zweifellos wichtig, führt aber nicht unbedingt zu einer Änderung der individuellen (negativen) Einstellungen. Zudem muss beachtet werden, dass diese Änderung nicht zwangsläufig positiv ist, negative Erfahrungen und eine Verfestigung von Stereotypen sind durchaus möglich (s.a. Erfahrungen von deutschen Unternehmern mit polnischen Kooperationspartnern, Kap. 4.3.3.1). Der *induktive* Ansatz, über persönliche Erfahrungen das Meinungsbild zu beeinflussen, zeigt sich bislang als nicht ausreichend. Zum einen benötigt diese Entwicklung Zeit und eine Vielzahl von einzelnen Induktionen. Zum anderen muss stärker dem Einfluss der Medien Rechnung getragen werden, was bedeutet, den *deduktiven* Ansatz stärker zu betonen. Dabei sollte nicht länger der (oftmals negative) Einzelfall in den Medien breiten Raum einnehmen und die öffentliche Meinung dominieren, sondern eine insgesamt positive Grundeinstellung erkennbar sein. Eine Intensivierung der Aktivitäten auf Makroebene und im Bereich der Medien ist dafür notwendig; der Öffentlichkeitsarbeit muss von den Lobbyisten ein höherer Stellenwert beigemessen werden. Dies sind wichtige Instrumente zur Beeinflussung von persistenten

informellen Institutionen i.S.v. Einstellungen und Werten. Das einzelne Engagement muss in den Alltag transferiert werden, wobei die lokalen Medien gefragt sind.

An dieser Stelle ist es interessant, die beiden deutschen Lokalzeitungen *Ostseezeitung* und *Nordkurier* zu vergleichen. Im *Nordkurier* finden sich zahlreiche Informationen zu Polen und seit kurzem existiert eine Jugendseite zu polnischen Themen. Durch die Zusammenarbeit mit dem *Kurier Szczeciński* gibt es einen interessanten Austausch von Beiträgen. Im Übrigen verringert die Kooperation die Transaktionskosten. In der *Ostseezeitung* finden sich hingegen kaum Informationen zu Polen, allerdings entwickelt sich eine Kooperation zwischen der Wolgaster Regionalausgabe der *Ostsee-Zeitung* und dem *Wyspiarz* aus Świnoujście/Swinemünde. Ein weiteres Beispiel ist *Radio Pomerania*, ein gemeinsames Projekt deutscher und polnischer Journalisten über gemeinsame Aktivitäten im Grenzraum. Dies ist ein sicherlich engagiertes Projekt, das jedoch mit einer monatlich einstündigen Sendung leider nur geringe Ausstrahlungskraft besitzt (und eher älteres Publikum als Jugendliche anspricht).

Bislang reagierten die Medienvertreter eher zögerlich bis ablehnend auf dieses Ansinnen und verwiesen auf das mangelnde Interesse bei der ortsansässigen Bevölkerung. Dies ist jedoch ein Kreislauf, den möglicherweise die gezielte Öffentlichkeitsarbeit der Lobbyisten durchbrechen kann.

Unter Berücksichtigung der räumlichen Szenarien ergibt sich ein Handlungsbedarf für die Region Vorpommern. So ist einerseits eine Stärkung *nach innen* durch Vernetzung, Abstimmung und Koordination notwendig, um nicht durch die Maschen der größeren Netze (u.a. Hamburg – Berlin – Poznań/Szczecin) zu fallen, sondern gegebenenfalls davon zu profitieren. Zum anderen bedarf es einer gezielten Orientierung *nach außen*. Für Teile des östlichen Mecklenburg-Vorpommerns ist Szczecin ein neues, mögliches Zentrum. Wie weit dieses Zentrum ausstrahlen und Funktionen übernehmen wird, ist heute noch nicht abzuschätzen. Bislang mangelt es in weiten Teilen der Bevölkerung jedoch an der Wahrnehmung der Chancen, die sich Richtung Osten bieten.

Die pfadabhängigen, v.a. informellen Institutionen sind auch als Chance zu begreifen. Sie wirken mit bei der Bildung der Milieus und spezifizieren die Zivilgesellschaft, die sich entwickelt. Die Erfahrungen der Transformationsprozesse können jedenfalls positiv auf die weiteren Modernisierungserfordernisse wirken.

7 Zusammenfassung

7.1 Zusammenfassung

Die spezifische Grenzsituation im nördlichen deutsch-polnischen Grenzraum ist Resultat relativ junger politischer Prozesse in Folge des Zweiten Weltkrieges. Die damit einhergehende Bevölkerungs-umsiedlung und die nachfolgende jahrzehntelange Abschottung führte zur Herausbildung *entfremdeter* Grenzräume (vgl. MARTINEZ 1994a). Im Unterschied zum mittleren und südlichen deutsch-polnischen Grenzraum liegt das größte regionale Zentrum mit der Stadt Szczecin auf polnischer Seite. Zudem finden sich hier keine geteilten Städte, die in den anderen Grenzregionen Entwicklungsimpulse für die deutsch-polnische Kooperation liefern (z.B. Frankfurt-Slubice, Görlitz-Zgorzelec). Die physio-geographischen Gegebenheiten (Inseln und Gewässer) schränken die Interaktionsmöglichkeiten zwar ein, bieten jedoch gleichzeitig ein besonderes Potenzial durch ihre touristische Inwertsetzung.

Von politischer wie wirtschaftlicher Seite gibt es Bestrebungen einer stärkeren Kooperation und Annäherung beider Grenzregionen, die u.a. durch den Beitritt Polens zur Europäischen Union unterstützt werden. Die vorliegende Untersuchung analysiert, inwieweit die ortsansässige Bevölkerung die Prozesse mitträgt, da der Rückhalt in der Region Basis für den Erfolg der Bestrebungen ist.

Das theoretische Fundament der Untersuchung bilden drei Blöcke:

Erstens ist die Grenzraumforschung eng mit sozialwissenschaftlichen Ansätzen verbunden, die sich auf die Interaktionen im Raum konzentrieren und auf die Bestimmungsfaktoren des individuellen Agierens. Hierbei sind Erfahrungen aus der Psychologie in die Raumwissenschaft eingeflossen.

Zweitens ist die Transformation der aktuell wichtigste gesellschaftliche Prozess der Umstrukturierung. Dies ist ein komplexer Prozess, der nicht uneingeschränkt als Modernisierung der postsozialistischen Gesellschaften aufgefasst werden kann. Er umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche, woraus sich Probleme aufgrund der Gleichzeitigkeit der Transformation ergeben.

Drittens formen wirtschafts- und sozialgeographische Theorien das Fundament der Untersuchung. Insbesondere zeigt sich, dass Institutionen im Sinne der Neuen Institutionenökonomik und die Pfadabhängigkeit der Entwicklung zu berücksichtigen sind.

Aus dem Zusammenspiel der Theorien entsteht ein Modell, das aktuelle Prozesse in ihrer räumlichen Wirkung darstellt: Die gesellschaftlichen Prozesse sind auf allen Ebenen (lokal bis global) eingebettet in die drei Sphären Politik, Wirtschaft und Soziales. Dabei wirken historische Prozesse nach und führen zu einer pfadabhängigen Entwicklung, die sich in den informellen wie formellen Institutionen niederschlägt. Im Gegenzug wirken die Institutionen auf die Rahmenbedingungen der Entwicklung zurück und prägen diese mit. Die Gesamtheit der Rahmenbedingungen wirkt auf das Individuum wie auch auf Gruppen von Akteuren, die ein bestimmtes Milieu bilden. Das Handeln des Einzelnen wird zudem durch das individuelle Raumkonzept determiniert (vgl. *the spatial triad of personality*, VAN HOUTUM 1999a). Die Summe all dieser Einflussfaktoren bestimmt das Interagieren. Eingeschränkt wird es durch die anfallenden Transaktionskosten, die bei grenzüberschreitenden Aktivitäten beson-

ders relevant sind, u.a. aufgrund unterschiedlicher Sprachen, rechtlicher Bestimmungen und informeller Regeln.

Die Einbettung in internationale Prozesse wird insbesondere mit der Europäisierung berücksichtigt, die in Wechselbeziehung zur Transformation steht und starken Einfluss auf die Entwicklung im Grenzraum, zumal an der bisherigen EU-Außengrenze, besitzt. Deutlich wird, dass es trotz vieler Ähnlichkeiten nicht möglich ist, die bevorstehende EU-Osterweiterung mit vorherigen Erweiterungen der Europäischen Union gleichzusetzen.

Die Analyse des Untersuchungsraumes, der das östliche Mecklenburg-Vorpommern und den westlichen Teil der Województwo Zachodniopomorskie (Woiwodschaft Westpommern) umfasst, zeigt eine stark pfadabhängige Entwicklung der beiden postsozialistischen Regionen auf.

Politisch gab es in den vergangenen Jahren eine Annäherung beider Seiten, die u.a. durch die Verwaltungsreform in Polen unterstützt wurde. In der wirtschaftlichen Entwicklung sind deutliche Unterschiede zwischen beiden Teilräumen zu verzeichnen; die Transformation ist in Polen noch nicht vollendet. Der deutsche Teil des Untersuchungsgebietes ist im nationalen Maßstab als rückständig anzusehen; der polnische Teil, insbesondere die Region Szczecin, zählt im nationalen Vergleich zu den eher wirtschaftsstarken Räumen. Aus diesem Grund sind die ökonomischen Unterschiede im nördlichen deutsch-polnischen Grenzraum weniger stark als auf nationaler Ebene. Da die deutschen Oberzentren schwach entwickelt sind und eine tragfähige wirtschaftliche Basis in der Region fehlt, gehen von deutscher Seite kaum Entwicklungsimpulse aus; Szczecin als historisches Zentrum kann - zumindest bislang - diese Lücke nicht füllen.

Für die grenzüberschreitende Interaktion ist die soziale gesellschaftliche Sphäre entscheidend, in der sich die starke Persistenz informeller Institutionen äußert. Im deutschen Grenzraum orientiert sich die Bevölkerung eher nach innen, ein spezifisches Grenzmilieu existiert nicht. Stiegen die Sympathiewerte der Polen für die Deutschen in den vergangenen Jahren, sind sie doch nur mittelmäßig im Vergleich zu anderen Ländern. In Deutschland ist eine adäquate Entwicklung nicht zu bemerken. Die Beziehungen werden weniger durch historische Ereignisse als vielmehr durch Stereotype bestimmt, die durch die jüngere Entwicklung induziert wurden (Kriminalität bspw.).

Für beide Räume sind Entwicklungsmuster mit Wurzeln im Realsozialismus bedeutsam. Dies betrifft die Aktivitäten der polnischen Wirtschaft ebenso wie soziale Bedingtheiten, die sich u.a. in der Unsicherheitsvermeidung und dem Paternalismus in beiden Gesellschaften äußern.

Die Betrachtung der organisationszentrierten Interaktion im nördlichen deutsch-polnischen Grenzraum zeigt, dass die physiogeographischen, infrastrukturellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen diese einschränken. In der Organisationsstruktur gibt es verschiedene Ansätze, die sich teilweise überlagern und miteinander konkurrieren. Gezielte politische Kooperationen sind v.a. auf Landes- bzw. Woiwodschaftsebene zu finden.

Die seit einigen Jahren bestehende Europaregion Pomerania bleibt aufgrund der rechtlichen Voraussetzungen ein formeller Zusammenschluss dreier Kommunalgemeinschaften in Schweden, Polen und Deutschland. Es ist bisher nicht gelungen, den Gedanken einer grenzüberschreitenden Region umzusetzen.

Die akteurszentrierte Interaktion im Grenzraum wurde empirisch erfasst. Die Primärerhebung konzentrierte sich auf die zukünftige Entwicklung im Untersuchungsraum. Daher wurden junge Erwachsenen und Eltern von Grundschulern befragt; insgesamt liegen 914 Fragebögen für die deutsche Seite und 929 Fragebögen für die polnische Seite vor. Inhaltlich orientierte sich die Befragung am individuellen Raumkonzept VAN HOUTUMS.

Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass es einen relativ starken Personenverkehr über die Grenze hinweg gibt, der sich allerdings nicht oder kaum in persönlichen Kontakten der Befragten niederschlägt. Deutlich wird in verschiedenen Fragekomplexen eine Asymmetrie zwischen den deutschen und den polnischen Befragten: Bezüglich der Kontakte, des Interesses an den Nachbarn und der Sprachkenntnisse gibt es ein deutliches Ost-Westgefälle, so dass von einer typischen Westorientierung zu sprechen ist. Insgesamt lässt sich eine positive Wirkung der zumeist formell organisierten Kontakte auf das deutsch-polnische Verhältnis und Interagieren konstatieren. Dass dies nicht deutlicher wird, liegt an den mehrheitlich zeitlich wie räumlich punktuellen Kontakten mit einer gewissen Oberflächlichkeit. Die wirtschaftliche Verbundenheit beider Regionen wird deutlich höher als die kulturelle bewertet. Daran zeigt sich, dass aktuelle Prozesse wichtiger sind als die historische Verbindung beider Grenzräume. Gleichzeitig ist die kulturelle Barriere sehr hoch. So zeigt sich die soziale Distanz als relativ stark: Gelegentliche Besuche werden von der Mehrzahl der Befragten befürwortet, eine Familienmitgliedschaft wird jedoch deutlich abgelehnt. Die Fremdenfeindlichkeit als weicher, negativer Standortfaktor ist auf beiden Seiten präsent. Vor allem Schüler, deutsche wie polnische, schätzen sie als alltägliches Phänomen ein.

Bezüglich des EU-Beitritts Polens gibt es zahlreiche Erwartungen und Ängste, die sich in der Haltung der Bevölkerung zu diesen politischen Prozessen niederschlagen. Generell ist die Zustimmung zum EU-Beitritt Polens in Polen größer als in Deutschland. Ebenso bewerten die polnischen Befragten das Tempo der Osterweiterung sowie die damit verbundene Grenzöffnung allgemein und im persönlichen Nutzen positiver als die deutschen. Bei den Erwartungen dominieren eindeutig Nennungen zu den Bereichen Wirtschaft und Arbeit, für die positive Impulse erwartet werden. Auf polnischer Seite werden außerdem Chancen durch den Zugang zu Bildungseinrichtungen in Ländern der Europäischen Union gesehen. In den Ängsten lassen sich auf beiden Seiten der Grenze Stereotype wiederfinden: Sie betreffen auf deutscher Seite v.a. den Arbeitsmarkt und die zunehmende Kriminalität. An die Politik werden dementsprechend Forderungen nach einer besseren Wirtschaftsentwicklung und der Schaffung von Arbeitsplätzen gestellt, worin sich der überkommene Paternalismus äußert. Für Polen ist in erster Linie die Angst vor dem Ausverkauf des polnischen Bodens mit der Osterweiterung verbunden sowie die Angst vor dem Verlust der Souveränität. Auf beiden Seiten wird aber auch der Wunsch nach einer besseren/verstärkten Zusammenarbeit beider Länder formuliert.

Hinsichtlich der (Arbeits-)Migration zeigen sich fast zwei Drittel der Polen bereit, (zeitweise) in Deutschland zu arbeiten. Deutlich ist die Differenzierung zu Mecklenburg-Vorpommern, wohin nur ein Drittel der Befragten gehen würde. Wie jüngere Studien belegen, besteht für Mecklenburg-Vorpommern keine Gefahr durch einen starken Zustrom ausländischer Arbeitskräfte – damit allerdings auch keine Chance angesichts der demographischen Entwicklung. Im Gegenzug ist lediglich ein Viertel der Deutschen bereit, in Polen eine Arbeit aufzunehmen.

Zusammenfassend lässt sich für die akteurszentrierte Interaktion eine Divergenz zwischen realer und potenzieller Verflechtung im Grenzraum feststellen. Die potenzielle Interaktion wird aufgrund

günstigerer Rahmenbedingungen größer. Dazu trägt v.a. die Grenzöffnung im Zuge der EU-Osterweiterung bei. Die reale Interaktion wächst nicht in gleichem Maße. Verantwortlich dafür sind in erster Linie (persistente) informelle Institutionen wie soziale Distanz und Stereotype. Zudem erhöhen mangelnde Kommunikationsfähigkeiten die Transaktionskosten und schränken daher die Interaktion ein.

Aus der Bewertung der bisherigen Ergebnisse lassen sich Entwicklungsrisiken und -potenziale für die beiden Grenzregionen herleiten. Politisch ist das Bestreben der Bildung einer gemeinsamen (Europa-)Region bislang wenig erfolgreich. Die Zivilgesellschaft ist gering ausgebildet, so dass die regionale Entwicklung stark vom Paternalismus geprägt und von Fördermitteln abhängig ist. Die Wahrnehmung der direkten polnischen Nachbarschaft ist auf deutscher Seite noch immer gering, was sich nach dem EU-Beitritt Polens voraussichtlich nicht ändern wird, da die konkreten Auswirkungen kaum spürbar sein werden. Dennoch gibt es relativ günstige politische Rahmenbedingungen für eine Annäherung beider Grenzregionen. Die wirtschaftliche Situation ist in der Region Szczecin eher positiv, wenn auch deutlich geringer als noch vor einigen Jahren. Mecklenburg-Vorpommern kann nur eingeschränkt von der Osterweiterung profitieren, da kaum Unternehmen existieren, für die eine Produktionsverlagerung (mit dem Ziel der Markterschließung) interessant wäre. Kooperationsbeziehungen in den wichtigen Wirtschaftsbereichen des Landes wie maritime Wirtschaft, Tourismus und Landwirtschaft sind bislang kaum vorhanden. In der sozialen gesellschaftlichen Dimension ist eine pfadabhängig geringe Verbundenheit der Regionen einschließlich des Interesses aneinander zu konstatieren. Bislang besteht kein Grenzmilieu auf deutscher Seite; eher dominiert die Orientierung nach innen, worauf die Wahrnehmung als Peripherie basiert. Chancen könnten sich für postsozialistische Gesellschaften aus den Umbrucherfahrungen ergeben. Die daraus resultierenden Unsicherheiten bewirken aber u.a. auch fremdenfeindliche Tendenzen.

Folgendes räumlich differenziertes Entwicklungsszenario scheint realistisch: Szczecin ist aus deutscher Sicht ein bislang unattraktiver Standort und erfüllt die Metropolfunktion nicht. Das potenzielle Umland Szczecins auf deutscher Seite wird kaum wahrgenommen, eher gibt es eine Orientierung auf Berlin/Hamburg und die Einbindung in europäische Netze. Daher sind die von Szczecin als regionalem Zentrum ausgehenden Impulse gering und wirken lediglich im unmittelbaren Grenzraum, wo es zu einer Verstärkung der Interaktion kommen wird. Der offensichtliche Handlungsbedarf befördert kleinräumige Kooperationen um Szczecin sowie auf Usedom/Uznam um Świnoujście und die benachbarten Kaiserbäder. Gleichzeitig ist in anderen Teilräumen durch den Wegfall des Duty-free-Shoppings eine Verringerung der Interaktionsdichte möglich.

Die funktionale Bedeutung der deutschen Oberzentren im Untersuchungsraum Greifswald und Neubrandenburg wird aufgrund des geringen Einflusses Szczecins nicht beeinträchtigt. Im Speckgürtel dieser Städte gibt es weiterhin eine positive Entwicklung; aus den Zentren wie aus dem weiteren Umland wird Potenzial abgezogen (*backwash-effects*). Es bleiben auf beiden Seiten der Grenze „Resträume“, die ländlich peripher geprägt sind und einen ähnlichen Problemdruck besitzen, in denen sich das Szenario eines *Green Hole* erfüllen könnte. Durch die EU-Osterweiterung besitzen Räume in unmittelbarer Grenznähe eine Entwicklungschance durch die Herausbildung *koexistierender* Grenz-

räume. Diese könnten jedoch später ausstrahlen (*spread-effects*) und die Entwicklungsimpulse weitergeben.

Unter der Zielprämisse der vorliegenden Arbeit lassen sich für Vorpommern folgende Handlungsempfehlungen formulieren: Bildung ist die Grundvoraussetzung für die Entwicklung nicht nur des Human-, sondern auch des Sozialkapitals. Daraus entsteht sich eine tragfähige Zivilgesellschaft, die Voraussetzung ist für eine selbstbestimmte Entwicklung der Region. Bis dahin sind allerdings Top-down-Initiativen notwendig.

Information und Bildung sollen zusammen dazu beitragen, ein regionales Selbstbewusstsein zu formen, aus dem ein regionales Milieu entstehen kann. Erst aus der Spezifik des Grenzmilieus erwachsen Chancen für die Bevölkerung peripherer Grenzräume.

Die zeitlich wie räumlich punktuellen Kontakte sollten kontinuierlich intensiviert werden. Voraussetzung dafür sind jedoch bessere Kommunikationsfähigkeiten (Sprache, interkulturelle Kommunikation), was einer Förderung bedarf.

Bei all diesen Ansätzen spielen die Medien eine wichtige Rolle, wobei stärker deduktiv gearbeitet werden muss. Nicht der (oftmals negative) Einzelfall sollte in den Medien breiten Raum einnehmen und die öffentliche Meinung bestimmen, sondern eine insgesamt positive Grundhaltung erkennbar sein. Der Öffentlichkeitsarbeit der Lobbyisten ist ein höherer Stellenwert beizumessen.

Für Vorpommern insgesamt ist eine Stärkung nach innen und gezielte Orientierung nach außen erforderlich, damit das Szenario *Green Hole* nicht für die gesamte Region eintritt. Die Schwächen der Peripherie dürfen sich nicht in einem zirkulären Prozess kumulieren. Vielmehr sind von deutscher Seite auch Chancen im Osten zu suchen.

7.2 Summary

The specific characteristics of the northern areas around the German-Polish border are result of some relatively recent political processes due to the Second World War. Resettlement of the population as well as the subsequent long division of the border regions led to *alienated borderlands* (MARTINEZ 1999a). Unlike the central and southern areas around the German-Polish border the largest urban city (Szczecin) is situated on the Polish side. In addition, there are no "shared" cities (such as Frankfurt-Słubice, Goerlitz-Zgorzelec on other trans-border German-Polish areas) that stimulate German-Polish cooperation. The physio-geographical features like isles and waters restrict interaction possibilities, but have at the same time great touristic value.

From the political and economic viewpoint there are efforts to improve cooperation between both areas, which will surely be facilitated by Poland's entry to the European Union. This study analyse the population acceptance of this increased interaction, which is viewed by many as a precondition for greater prosperity.

Theoretical basis of this research comprises of three blocks:

Firstly, the research draws upon sociological studies, which focus on interactions and conditions influencing actions of individuals within the area. Therefore, the research also includes knowledge of psychology and social geography.

Secondly, transformation is one of the most crucial processes in the restructuring. This is a complex process, which should not exclusively be treated as modernization of post-socialist societies. It covers all social field areas connected with the problems caused by the complexity of simultaneous transformation.

Thirdly, we have to bear in mind that various economic and socio-geographical theories provide a basis for the research. In particular, we have to take into consideration *institutions* in sense of the New Institutional Economics as well as the path dependency of a certain development.

From the theoretical basis of the research we may construct a model representing actual processes and their spatial impacts: The processes are embedded in the social spheres politics, economy and social life on various levels from local to global. Additionally, we have to involve all historical processes, which form the path dependency development and are reflected in both formal and informal institutions. In return, the institutions effect back to the general conditions and form their development.

The whole of general conditions exerts an influence on an individual as well as groups of individuals, which form a certain social milieu. The acting of individuals additionally depends on their individual concept of space (cf. *the spatial triad of personality*, VAN HOUTUM 1999a). The total of these factors of influence determines interaction. This is however hindered by costs of transaction, which are of great relevance to cross-border activities as well as by different languages, juristic restrictions and informal rules.

The embeddedness in international processes is taking into consideration especially the europaization, which is interrelated with transformation and has strong influence to the development of the cross-border areas, in particular at the external border of the European Union. It is nevertheless clear that despite some similarities the forthcoming enlargement of the European Union cannot be compared to those previously.

The analysis of the researched area including the eastern part of Mecklenburg-Vorpommern and western part of Województwo Zachodniopomorskie (Western Pomerania) clearly outlines the path dependency development of both post-socialist regions.

On the political level the two regions have become closer in the recent years, also due to the administrative reform in Poland. With regard to economic development there are striking differences; the process of transformation has not yet been completed in Poland. The German part of the researched area is considered to be less developed from a national point of view, yet the Polish one, particularly Szczecin is amongst one of the most economically advanced areas in Poland. Therefore the economic differences between the northern German and Polish areas are smaller than on a national level. Due to the fact that German cities with high central function are poorly developed and the economic basis is

missing in the region, there are fewer impulses for further development from the German side. Szczecin being a historical centre cannot fill in the gap either - at least as yet.

Furthermore, social issues are crucial for trans-border interaction. Here one can also observe a strong persistence of informal institutions. People living on the German area are rather inwards orientated (*national borderlanders*) and there is no specific border milieu. The degree of sympathy expressed by the Polish towards Germans has increased in the recent years but it is still moderate when compared with other countries. There is no similar development in Germany. Relations are determined not by historical events but rather by stereotypes (for example regarding delinquency) induced by recent development.

Both of the regions have roots in real socialism, which play a crucial role in their development. This concerns both the activities of the Polish economy and social conditions expressed by, for example avoidance of insecurity and paternalism, which are present in both cultures.

The study of interaction of organizations in the northern German-Polish region around the border shows that physio-geographical, infrastructural and economic conditions restrict them. The structure of organizational interaction has some overlapping and competitive elements. Specific political cooperation one can find especially on the county and regional level.

Europaregion Pomerania, which was initiated in recent years, is because of juristic restrictions still a formal federation of three communities in Sweden, Poland and Germany. It has not yet been successful in the realisation of a trans-border (trans-national) region.

The research on individual interaction was empirically tested. The survey focused on the development of the region in the future. Therefore young adults and parents of primary school children were questioned; altogether there were 914 questionnaires from the German respondents and 929 from the Polish ones. The questionnaire was based on the individual concept of space by VAN HOUTUM.

It may be concluded that although there is significant passenger traffic across the border, it is not or little reflected in personal contact. In various questionnaire sections there is a clear asymmetry between the German and Polish respondents concerning personal encounters, the range of interest in the neighbours, and language knowledge. There is a clear east-west tendency resulting in a typical western orientation. On balance, one can say that (formally organized) encounters exert a positive influence on German-Polish relation and interaction. It is not very plain because contacts are often limited both in time and space.

The economic bond of the two border regions was estimated as being considerably higher than the cultural bond. It shows that current affairs and processes seem to be of far greater relevance than the historical ones. Moreover, there exists a great social distance. The majority of respondents advocate occasional visits but reject family affiliation. Furthermore, on both sides there is a xenophobic tendency, which is obviously a negative soft factor for investments. In particular pupils, both German and Polish consider xenophobia as something happening on a daily basis.

With regard to Poland's entry into the European Union, there are numerous expectations and fears, which are mirrored in peoples' attitude towards political processes. Generally, there is greater approval regarding the issue in Poland than in Germany. Polish respondents view more positively, both the pace of the extension to the East, and opening of borders as well as the personal benefits resulting from the enlargement. The expectations of positive changes usually concern a country's economy and job opportunities. The Polish population also hopes to benefit from the educational possibilities provided by the European Union. The fears confirm the stereotypes: The German population is afraid of the effects on their job market and increasing delinquency. There are claims and demands concerning better economic development and creation of new job opportunities, which is expression of paternalism. The Polish population worries about the forthcoming sale of the Polish land and private property. Both sides also expect improved and intensified cooperation between Germany and Poland.

With regard to work migration, nearly two thirds of the Polish population claims to be ready to work in Germany. Obviously, the situation changes concerning Mecklenburg-Vorpommern, where solely one third of the respondents would go to work. According to recent studies, Mecklenburg-Vorpommern will not be endangered by the influx of foreign workers, at the same time however there is no chance for the region to demographically develop. In return, only a quarter of the German population is willing to work in Poland.

On balance, one can state that in terms of personal interaction there is a big gap between potential and real interaction. The potential interaction is increasing because of better general conditions, especially the opening of borders in the course of the enlargement of the EU. The real interaction does not increase equally. This is the result of (persistent) informal institutions such as social distance and stereotypes. Moreover insufficient capabilities of communication raise costs of transaction and limit interaction.

It can be deduced from previous studies that there are some risks and benefits resulting from further development within the region. From the political perspective the endeavours to create a common Region (or Europaregion) have not yet been successful.

The civil society is not sufficiently educated, as a result regional development to a large degree depends on paternalism and financial support. In Vorpommern the perception of Poland as neighbouring country is poorly marked. That will not change after Poland's entry into the European Union because effects are little. However, there is a relatively convenient political environment for the improvement of social interaction in both of the border regions. The economic situation in Szczecin and its surrounding is rather positive, even if considerably worse when compared to the situation from a couple of years ago. Mecklenburg-Vorpommern will benefit from the enlargement to the East to only a limited degree, because there are not many companies that would be interested in relocation of production (aiming at entering, opening up and developing a foreign market).

Until now there is only little cooperation within the most important economical branches of the area, such as maritime economy, tourism and agriculture. With regard to social dimension, there is a path dependant minor connection between the regions and low interest in each other. There is no border milieu on the German side; an inwards orientated attitude characterizes peoples' behaviour and that is

why the notion of a periphery appears. Chances could be result from the experience of the post-socialist societies after political turn. Nevertheless, unstableness and insecurity, which result from this social development, may again cause for instance xenophobic tendencies.

The following spatially differentiated scenario seems realistic: From the German perspective Szczecin is still an unattractive location and does not fulfil a metropolitan function. There is no perception of their German surrounding or rather an orientation towards Berlin/Hamburg and involvement in the European networks. As a result all the impulses coming from Szczecin are low and its regional surrounding work solely in the immediate border areas, where increased interaction is possible. The obvious call for action and cooperation will concentrate around Szczecin as well as Świnoujście and Keiserbaeder. At the same time, owing to elimination of duty-free shopping there can be an expected reduction of interaction densities in other areas of the region.

The functional importance of German cities in the researched area Greifswald and Neubrandenburg will not be affected by Szczecin, due to its weak influence. In the area of those centres, suburbia will still bring about positive effects and will still be drawn from both centres and from more distant surrounding areas (*backwash-effects*). On both sides of border there will be remaining spaces, which are rural periphery and have the same problems. There could fulfil the scenario of a *green hole*.

Altogether, the eastern enlargement of the European Union will bring a chance of development for the immediate surrounding of the border, where coexisting borderlands will be form, which can later radiate (*spread-effects*) and stimulate further development.

As further practical solutions to the problem of development in the northern area around the German-Polish border this study may provide the following suggestions: Education is the basic condition of creating not only human capital, but also social capital. Based on good education there can develop a civil society, which is a prerequisite for further self-determined development of the region. Nevertheless, until then are always top-down initiatives needed.

Information and education should both contribute to forming a regional identity and self-confidence, out of which there can emerge a regional milieu. Only the specific border milieu may provide opportunities for the population of peripheral border areas.

The contacts, limited in space and time, should be intensified with continuity. Preconditions for increased interaction include better communicative skills (language, intercultural communication), which demands promotion and financial support.

The media plays a vital role in all the above-mentioned cases. One should however work more deductively. Presentation in the media and subsequent public opinion should be based not only on single (often negative) cases. Rather a more positive position in general must be recognizable and should determine the public opinion. The public job of lobbyists must have a more significant value.

It is essential for Vorpommern to have a strong orientation inwards and a concrete one directed outwards, to avoid the scenario *Green Hole* occurring for the whole region. The weaknesses of the periphery cannot accumulate in a circular process. Rather one should look for opportunities also in the East.

7.3 Podsumowanie

Spezyczna sytuacja na północnych terenach przygranicznych Niemiec i Polski jest rezultatem stosunkowo młodych procesów politycznych będących skutkiem II Wojny Światowej. Będąc jej przesiedlenia ludności jak i trwające dziesiątki lat podziały terytorialne doprowadziły do powstania tzw. obcych obszarów granicznych (*alienated borderlands*, MARTINEZ 1999a).

W odróżnieniu od środkowych i południowych obszarów przy granicy niemiecko-polskiej, tereny północne wykazują ze względu na cechy fizjogeograficzne, ograniczone możliwości interakcji ale równocześnie mają bogate walory turystyczne. Kolejną cechą szczególną obszaru północnego jest fakt, że funkcję głównego centrum regionu pełni Szczecin, miasto leżące po jego polskiej stronie. Poza tym, nie ma na nim miast częściowo niemieckich, częściowo polskich takich jak np. Frankfurt-Słubice czy Goerlitz-Zgorzelec, które są na innych obszarach czynnikami pobudzającymi kooperację niemiecko-polską.

Ze strony gospodarczej zaobserwować można starania w kierunku umocnienia współpracy oraz zbliżenia się obydwu regionów, co z pewnością wkrótce zostanie przypieczętowane wejściem Polski do Unii Europejskiej. Niniejsza praca analizuje stopień w jakim ludność zamieszkująca te tereny zaakceptuje nadchodzące zmiany, bowiem poparcie z jej strony jest czynnikiem warunkującym sukces całego przedsięwzięcia.

Teoretyczną podstawą niniejszych badań są trzy bloki tematyczne.

Po pierwsze, niniejsza praca analizuje społeczno-gospodarcze badania regionu koncentrujące się głównie na interakcji i kooperacji na badanym obszarze. Istotną rolę odgrywają tu obserwacje z dziedziny psychologii i geografii społecznej.

Po drugie, transformacji jest obecnie najistotniejszym procesem społecznym dotyczącym przemian na badanym terenie. Proces ten jest procesem niezwykle złożonym i nie może być w tym wypadku traktowany jedynie jako modernizacja terenów postsocjalistycznych. Obejmuje on wszystkie aspekty społeczne wynikające z przebiegających synchronicznie różnorodnych przemian.

Po trzecie, fundamentem niniejszych badań są także teorie z zakresu gospodarki i geografii społecznej. Przede wszystkim należy tu wziąć pod uwagę instytucje według definicji *nowej ekonomii instytucji* oraz zależności wynikające z rozwoju historycznego terenu.

Z powyższych teorii wyłania się model funkcjonowania regionu, który pozwala na dokładniejszą interpretację aktualnych procesów takich jak: procesy regionalne, które są ściśle powiązane ze sferą społeczną (polityką, gospodarką i przemianami społecznymi) w wymiarze lokalnym i międzynarodowym. Dodatkowo należy tu uwzględnić czynniki historyczne, które kształtują ogólne warunki rozwoju terenu i znajdują odbicie w instytucjach formalnych i nieformalnych. Instytucje te naturalnie nadają danemu obszarowi określony charakter i wpływają na jego rozwój.

Ogólne warunki rozwojowe terenu (otoczenie) wpływają zarówno na jednostkę jak i na grupy ludzkie tworzące poszczególne środowiska ludzkie. Zachowanie jednostki jest więc uwarunkowane indywidualnym konceptem regionu, który tworzy przestrzeń dla modelu zachowań, doświadczeń i emocji (porównaj: *the spatial triad of personality*, VAN HOUTUM 1999a). Konceptem łączącym w sobie

wszystkie powyższe czynniki jest interakcja, która jest niestety ograniczana poprzez koszty transakcji (szczególnie istotne przy działalności przygranicznej) a także przez problemy językowe, ustalenia prawne i reguły prawa zwyczajowego.

Zaangażowanie w procesy międzynarodowe badanego regionu jest tu ściśle powiązane z procesem europeizacji, który natomiast wiąże się z transformacją i ma znaczny wpływ na rozwój badanego terenu przygranicznego, w szczególności jeśli granica ta była dotychczas granicą zewnętrzną Unii Europejskiej na wschodzie.

Oczywistym wydaje się też, że mimo wielu podobieństw w procesach powiększania granic Unii Europejskiej, nadchodzące ich rozszerzenie na wschód nie jest porównywalne z poprzednimi.

Niniejsza analiza obejmująca region wschodni Mecklenburg-Vorpommern i zachodnią część Województwa Zachodniopomorskiego wyraźnie ukazuje skutki procesów historycznych obydwu postsocjalistycznych regionów.

Z politycznego punktu widzenia doszło w ostatnich latach do zbliżenia obu stron m.in. poprzez reformę administracyjną Polski. Rozwój gospodarczy obydwu regionów natomiast wykazuje znaczne różnice; transformacja wydaje się być w Polsce procesem niedokończona. Część niemiecka badanego terenu jest uważana za znacznie słabiej rozwiniętą w stosunku do pozostałej części Niemiec, natomiast badany region polski, a w szczególności Szczecin, należy do jednych z najsilniejszych gospodarczo terenów Polski. Z tego też powodu, różnice gospodarcze między północnym obszarem przygranicznym Niemiec i Polski są mniejsze niż różnice gospodarcze między tymi regionami w ich skali narodowej. Ponieważ główne centra niemieckie są słabo rozwinięte i brakuje tu odpowiedniej bazy gospodarczej, strona niemiecka wykazuje mniej inwencji i impulsów rozwojowych. Szczecin, jako ośrodek historyczny, jak dotąd też nie mógł wypełnić tej luki.

Decydującym czynnikiem interakcji okołogranicznej jest też działalność społeczna. Ludność żyjąca na terenach niemieckich jest raczej skoncentrowana na kwestiach wewnętrznych regionu, nie istnieje tu też konkretne środowisko przygraniczne. Mimo że badania opinii społecznej wykazały, iż stopień sympatii ludności polskiej do niemieckiej wzrósł w zeszłych latach, jest on jednak nadal niski w porównaniu do innych krajów. W Niemczech nie zaobserwowano natomiast podobnego zjawiska. Stosunki do sąsiedniej ludności są tu rzadziej oceniane poprzez wydarzenia historyczne, częściej natomiast poprzez stereotypy (dotyczące np. przestępczości), które powstały stosunkowo niedawno.

Istotnym czynnikiem rozwoju dla obydwu regionów jest socjalizm realny, który uwidacznia się w polskiej działalności gospodarczej jak i zależnościach społecznych takich jak przykładowo paternalizm występujący zarówno w polskich jak i niemieckich społecznościach.

Kwestie organizacji i interakcji na północnym obszarze okołogranicznym Polski i Niemiec wydają się być ograniczane przez warunki fizjogeograficzne, infrastrukturalne i gospodarcze. Struktura organizacyjna składa się z różnych elementów, które często się pokrywają lub też ze sobą konkurują. Pewną działalność kooperacyjną można zaobserwować na poziomie landów i województw. Powstały przed

kilku laty Euroregion Pomerania jest z powodów prawnych nadal formalnym związkiem trzech spółek komunalnych w Szwecji, Polsce i Niemczech. Do tej pory nie udało się jeszcze wcielić w życie idei regionu transgranicznego.

Interakcji międzyludzka na badanych terenach została zbadana empirycznie. Badania w tej dziedzinie koncentrowały się przede wszystkim na rozwoju danego terenu w przyszłości. Dlatego też respondentami byli młodzi dorośli i rodzice dzieci szkół podstawowych. W sumie dostępnych jest 914 ankiet ze strony niemieckiej i 929 ze strony polskiej. Tematycznie ankiety opracowane były na podstawie indywidualnego konceptu terenu VAN HOUTUMA.

Okazuje się, że można zaobserwować duże przemieszczanie się ludności przez granicę niemiecko-polską, które jednak nie wykazuje podobnego nateżenia w kontaktach indywidualnych i osobistych. Odpowiedzi w różnych rubrykach tematycznych wskazują też na wyraźną asymetrię między respondentami niemieckimi i polskimi w kwestii kontaktów osobistych, zainteresowania sasiadującą ludnością oraz umiejętności językowych. Statystycznie można zaobserwować wyraźny spadek wschodnio-zachodni pozwalający na wyciągnięcie wniosku o typowej orientacji na zachód. Można też skonstatować, że (formalnie organizowane) kontakty oddziałują pozytywnie na stosunki niemiecko-polskie i polepszają integrację. Nie jest to widoczne, ponieważ kontakty te są sporadyczne i w pewnym sensie powierzchowne. Ponadto można stwierdzić, że pokrewieństwo gospodarcze jest oceniane wyżej niż kulturowe. Wynika z tego też, że procesy aktualny wydają się być ważniejsze od wydarzeń historycznych. Jednocześnie badane tereny wykazują duże bariery kulturowe i stosunkowo duży dystans społeczny: większość respondentów popierała okazjonalne wizyty, jednak odrzucała nawiązywanie bliższych kontaktów rodzinnych.

Po obu stronach granicy można też zaobserwować tendencje ksenofobiczne. Przede wszystkim uczniowie, zarówno Niemcy jak i Polacy oceniają go jako zjawisko występujące na badanych obszarach na porządku dziennym.

Wejście Polski do Unii Europejskiej wiąże się z licznymi oczekiwaniami i obawami, które odzwierciedlają się w nastawieniu społeczeństwa do tychże przemian politycznych. Generalnie aprobata dotycząca wejścia Polski do Unii jest w Polsce większa niż w Niemczech. Polscy respondenci bardziej pozytywnie widzą też tempo zmian wynikające z rozszerzenia Unii na wschód i wiążące się z nim otwarcie granic, jak też korzyści osobiste. Oczekiwania polepszenia sytuacji dotyczą głównie gospodarki i miejsc pracy. Po stronie polskiej pozytywnie ocenia się również dostęp do edukacji w krajach Unii Europejskiej. Obawy strony niemieckiej wiążą się z rynkiem pracy i wzmożoną przestępczością, co potwierdzają istniejące uprzedzenia i stereotypy.

Wejście do Unii Europejskiej to również obawy Polaków o wyprzedanie polskiej ziemi i utratę suwerenności oraz czekania lepszego rozwoju gospodarczego, stworzenia nowych miejsc pracy i wyrównania różnic plac. Zarówno strona niemiecka jak i polska popierają konieczność zintensyfikowania współpracy między Niemcami a Polska.

W kwestii migracji za pracą, niemal dwa trzecia Polaków jest gotowa do (częściowego) podjęcia pracy w Niemczech. Naturalnie, różnica jest znaczna w wypadku Mecklenburg-Vorpommern, dokąd udałaby się jedynie jedna trzecia respondentów. Jak wykazują wcześniejsze badania, nie istnieje

zagrożenie przyływem obcokrajowców do Mecklenburg-Vorpommern w celach zarobkowych, co jednak jednocześnie nie daje perspektywy rozwoju demograficznego tego regionu. Z drugiej strony, jedynie jedna czwarta Niemców jest gotowa podjąć pracę w Polsce.

Reasumując należy stwierdzić, że w kwestii interakcji interpersonalnej istnieje duży rozdźwięk między potencjalną a realną współpracą. Interakcja potencjalna wydaje się większa ze względu na korzystne okoliczności, takie jak na przykład otwarcie granic i rozszerzenie Unii Europejskiej na wschód. Interakcja realna natomiast nie wzrasta w proporcjonalnym rozmiarze. Przyczyną są tu głównie instytucje nieformalne oraz dystans społeczny i istniejące stereotypy. W dalszej kolejności należy wymienić niewystarczające umiejętności językowe jak i koszty transakcji.

Powyższe spostrzeżenia zarysowują ryzyka wiążące się z rozwojem badanych obszarów oraz ich potencjał. Z politycznego punktu widzenia starania dążące do budowy wspólnej Europy Regionów jak dotychczas nie okazały się bardzo udane. Społeczeństwo jest generalnie niewystarczająco wykształcone, dlatego też rozwój regionalny nadal ulega wpływom stosunków paternalistycznych i uzależniony jest od środków materialnych.

Obecnie istnieją jednak stosunkowo korzystne warunki polityczne sprzyjające zbliżeniu się analizowanych regionów. Sytuację gospodarczą rejonu Szczecina można ocenić jako pozytywną, nawet jeśli jest ona znacznie gorsza niż przed kilkoma laty. Mecklenburg-Vorpommern natomiast poniesie z rozszerzenia Unii na wschód nieznaczne korzyści, bowiem nie istnieją na tymże terenie przedsiębiorstwa zainteresowane zmianą kierunku produkcji w celu otwarcia nowych rynków zbytu. Nie istnieje też jak dotąd współpraca na polu istotnych gałęzi gospodarki takich jak gospodarka morska, turystyka i rolnictwo. W wymiarze społecznym można zaobserwować niewielkie powiązania ludności ze względu na wydarzenia historyczne jak i nikłe obopólne zainteresowanie sobą badanych regionów.

Nie istnieje też środowisko graniczne po stronie niemieckiej. Dominuje raczej postawa introwertyczna, koncentrująca się na sprawach wewnętrznych regionu. Szanse zmian dla postsocjalistycznych środowisk możnaby upatrywać we wspólnym doświadczaniu zmian. Jednak wynikające z nich obawy i niepewność zazwyczaj prowadzą do tendencji ksenofobicznych.

Następujący scenariusz rozwoju przestrzennego wydaje się brzmieć całkiem realnie:

Z niemieckiego punktu widzenia Szczecin jest miastem mało atrakcyjnym i nie spełnia funkcji metropolii. Nikt nie przywiązuje też większej wagi do rodzimych terenów po stronie niemieckiej. Zaobserwować można będzie raczej zainteresowanie Berlinem i Hamburgiem oraz zaangażowanie w sprawy Europy. Z tego też powodu Szczecin jako centrum regionu nie wykazuje dużej siły przebicia i znajduje wpływy jedynie na najbliższych obszarach przygranicznych, gdzie też dojdzie do interakcji. Wyraźny impuls do działania skupi się na regionalnych kooperacjach, wokół Szczecina, Świnoujścia, na wyspie Usedom/Uznam i Keiserbaeder. Jednocześnie możliwa jest redukcja interakcji poprzez zlikwidowanie handlu bezcłowego na innych obszarach. Istotna rola miast niemieckich na badanym obszarze Greifswald i Neubrandenburg nie zostanie umniejszona ze względu na niewielki zakres wpływu Szczecina. W okolicach tych centrów niemieckich nadal będzie można zaobserwować pozytywny rozwój. Z tych centrów oraz ich okolic będzie też można nadal czerpać potencjał (tzw.

backwash-effects). Po obu stronach pozostaną przestrzenie resztkowe, tzn. obszary na których będzie mógł się wypełnić scenariusz *Green Hole*.

Reasumując, rozszerzenie Unii na wschód niesie ze sobą szanse rozwoju jedynie dla terenów najbliższej granicy poprzez rozbudowę współistniejących i sąsiednich obszarów granicznych, które mogą w późniejszym czasie też zacząć „promieniować” (tzw. *spread-effects*) i pobudzać do rozwoju dalsze tereny.

Przesłankami niniejszej pracy są też sugestie dalszych działań na terenie Pomorza Przedniego, które są przedstawione w poniższym paragrafie.

Edukacja jest podstawowym warunkiem rozbudowy nie tylko zasobów ludzkich lecz również społecznych. Na jej podstawie rozwija się świadome społeczeństwo cywilne, wpływające na pozytywny rozwój regionu. Do tego niezbędne są jednak nadal inicjatywy top-down. Informacja i edukacja powinny razem przyczyniać się do formowania tożsamości i świadomości regionu, z której zostanie uformowane środowisko regionu. Dopiero ze specyfiki obszaru przygranicznego mogą powstać szanse zmian ludności zamieszkującej obszary peryferyjne. Sporadyczne kontakty interpersonalne powinny być stopniowo intensyfikowane. Aby to się jednak stało, muszą polepszyć się umiejętności językowe społeczeństwa (nauczanie języków polskiego i niemieckiego, komunikacja interkulturalna), co wymaga wsparcia (finansowego).

We wszystkich powyższych rozwiązaniach istotną rolę odgrywają media, gdzie należałoby postępować bardziej deduktywnie. Prezentowany przez media pojedynczy, często negatywny model zachowań, który formuje opinię społeczną, powinien zostać zastąpiony modelem wielowymiarowym i pozytywnym. Należałoby również zwrócić większą uwagę na pracę lobbistów.

Dodatkowo, aby scenariusz *Green Hole* nie dotyczył całego regionu Pomorza Przedniego, istotnym jest wzmocnienie orientacji dośrodkowej i konkretna działalność na zewnątrz regionu Pomorza Przedniego. Należy unikać skupiania się na sferach mało produktywnych regionu i powtarzaniu błędów. Strona niemiecka powinna też szukać i docenić szanse rozwoju na wschodzie.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- ABRAHAM, THOMAS/ESER, THIEMO W. (1999): Regionalentwicklung in Mittel- und Osteuropa im Spannungsfeld von Transformation und Integration am Beispiel Polens. In: Raumforschung und Raumordnung H. 2/3, S. 83-95.
- ACKERMANN, ROLF (2001): Pfadabhängigkeit, Institutionen und Regelreform. Tübingen (= Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften; 120).
- ACKERMANN, ULRIKE (2001): Ein Samtener Vorhang vor der Osterweiterung? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B15, S. 3-5.
- AHLHEIM, KLAUS/HEGER, BARDO (²2000): Der unbequeme Fremde. Fremdenfeindlichkeit in Deutschland - empirische Befunde. Schwalbach/Ts.
- AHLKE, BRIGITTE/GÖDEDECKE-STELLMANN, JÜRGEN/ILLÉS, IVÁN/SCHÖN, KARL PETER (1999): Regionen und regionale Zusammenarbeit in Europa. In: Informationen zur Raumentwicklung H. 9/10, S. 687-709.
- ALECKE, BJÖRN/UNTIEDT, GERHARD (2001): Das Migrationspotenzial nach einer EU-Osterweiterung: Ein Überblick. In: Osteuropa-Wirtschaft H. 2, S. 125-150.
- ALECKE, BJÖRN/UNTIEDT, GERHARD (2002): Perspektiven der EU-Osterweiterung: Gesamt- und regionalwirtschaftliche Ergebnisse. In: ifo Schnelldienst H. 1, S. 15-23.
- AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EG (Hrsg.) (1979): Die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Luxemburg (= Europäische Dokumentation; 5).
- AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EG (Hrsg.) (1990): Die Europäische Gemeinschaft und ihre östlichen Nachbarn. Luxemburg (= Europäische Dokumentation; 8).
- AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EG (Hrsg.) (1992): Vom Binnenmarkt zur Europäischen Union. Luxemburg.
- AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EG (Hrsg.) (1994a): Fragen und Antworten zur Europäischen Union. Luxemburg.
- AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EG (Hrsg.) (1994b): Mecklenburg-Vorpommern in der Europäischen Union. Luxemburg.
- AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EG (Hrsg.) (1995): Die Organe und Institutionen der Europäischen Union. Luxemburg.
- ARBEITSGEMEINSCHAFT DER WIRTSCHAFTSKAMMERN entlang der Grenze zu den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsstaaten (Hrsg.) (2000): Controlling für die EU-Erweiterung in den Grenzregionen. Bayreuth/Regensburg.
- ARL (Hrsg.) (1994): Materialien zu den räumlichen Entwicklungen in Europa aus polnischer und deutscher Sicht. Hannover (= Arbeitsmaterial 201).
- ARL (Hrsg.) (1995): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover.
- ARL (Hrsg.) (1996): Planerische und raumordnungsrechtliche Betrachtung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aus polnischer und deutscher Sicht. Hannover (= Arbeitsmaterial 232).
- ASCHAUER, WOLFGANG (1995): Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in Osteuropa auf den ungarisch-österreichischen und ungarisch-rumänischen Grenzraum. Potsdam.
- ASCHAUER, WOLFGANG (1997): Identität als Begriff und Realität. In: HELLER, W. (Hrsg.). Identität - Regionalbewußtsein - Ethnizität. Potsdam (= Praxis Kultur- und Sozialgeographie 13), S. 1-16.
- ASCHAUER, WOLFGANG (2000): Regionale Identität als empirischer Untersuchungsgegenstand - Aufbruch in die "Normalwissenschaft"? In: geographische revue H. 1, S. 55-60.
- ASCHAUER, WOLFGANG/DANIELZYK, RAINER (1999): Neuorientierung der Regionalforschung? Ein Disput. In: geographische revue H. 1, S. 73-80.
- BAFOIL, FRANCOIS (1999): Post-communist borders and territories: conflicts, learning and rule - building in Poland. In: International Journal of Urban and Regional Research 23 (Sept. 1999) 3, pp. 567-582.

- BAHADIR, SEFIK ALP (Hrsg.) (1999): Kultur und Region im Zeichen der Globalisierung. Neustadt an der Aisch.
- BAHRENBURG, GERHARD (2002): Globalisierung und Regionalisierung: die 'Enträumlichung' der Region. In: Geographische Zeitschrift H. 1, S. 52-63.
- BANÚS, ENRIQUE (2002): Dabei sein ist (fast) alles: 15 Jahre spanische EU-Mitgliedschaft. In: WeltTrends Nr. 34, S. 81-94.
- BARJAK, FRANZ (1997): Wirtschaftliche Lage und Wirtschaftsförderung an der deutsch-polnischen Grenze. In: Wirtschaft im Wandel H. 7, S. 16-21.
- BARJAK, FRANZ (1998): Ostdeutsche Grenzregionen zu Polen und Tschechien. In: WAGENER, H.-J./FRITZ, H., S. 220-244.
- BARJAK, FRANZ/HEIMPOLD, GERHARD (1999): Development Problems and Policies at the German Border with Poland - Regional Aspects of Trade and Investment. Halle (= Institut für Wirtschaftsforschung. Discussion Papers; 101).
- BATHELT, HARALD (1994): Die Bedeutung der Regulationstheorie in der Wirtschaftsgeographischen Forschung. In: Geographische Zeitschrift H. 2, S. 63-90.
- BATHELT, HARALD/GLÜCKLER, JOHANNES (2002): Wirtschaftsgeographie. Stuttgart.
- BATHELT, HARALD/GLÜCKLER, JOHANNES (2000): Netzwerke, Lernen und evolutionäre Regionalentwicklung. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie H. 3-4, S. 167-182.
- BENKENSTEIN, MARTIN/BRILLOWSKI, KARL-HEINZ/RAUSCHER, MICHAEL/WERZ, NIKOLAUS (Hrsg.) (2001): Politische und wirtschaftliche Transformation Osteuropas. Chancen und Potenziale für die neuen Bundesländer. Wiesbaden.
- BENTHIE, BRUNO/ALBRECHT, WOLFGANG/BÜTOW, MARTIN (1996): Wirtschaftlicher, sozialer und touristischer Problemraum Mecklenburg-Vorpommern. In: ALBRECHT, W. (Hrsg.). Mecklenburg-Vorpommern: Standbein (?) Tourismus. Greifswald (= Greifswalder Beiträge zur Rekreationsgeographie, Freizeit- und Tourismusforschung; 7), S.14-24.
- BERGER, PETER A. (2001): Lebensläufe und Mobilität in Ostdeutschland. In: BENKENSTEIN, M. et al., S. 171-200.
- BERNDT, CHRISTIAN (1999): Institutionen, Regulation und Geographie. In: Erdkunde H. 53, S. 302-316.
- BERTELSMANN STIFTUNG (Hrsg.) (⁴2000): Kosten, Nutzen und Chancen der Osterweiterung für die Europäische Union. Gütersloh.
- BEYME, KLAUS VON (2000): Zivilgesellschaft - Von der bürgerlichen zur nachbürgerlichen Gesellschaft? In: MERKEL, W., S. 51-70.
- BEYME, KLAUS VON (2001): Die Transformation Ostdeutschlands im Vergleich der postkommunistischen Systeme. In: BENKENSTEIN, M. et al., S. 3-29.
- BINGEN, DIETER (1997): Die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen seit 1991. Köln (= BIOst; 52).
- BINGEN, DIETER (1998): Deutschland, Polen und die europäische Integration. In: FRANZKE, J., S. 171-181.
- BINGEN, DIETER (²1999): Die Republik Polen. Eine kleine politische Landeskunde. München.
- BINGEN, DIETER/MALINOWSKI, KRZYSTOF (Hrsg.) (1999): Deutsche und Polen auf dem Weg zu einer partnerschaftlichen Nachbarschaft 1989-1998: Versuch einer Bilanz (Konferenzmaterialien). Köln.
- BLOTEVOGEL, HANS HEINRICH (1996): Auf dem Weg zu einer "Theorie der Regionalität": Die Region als Forschungsobjekt der Geographie. In: BRUNN, G., S. 44-68.
- BLOTEVOGEL, HANS HEINRICH (2000): Zur Konjunktur der Regionsdiskurse. In: Informationen zur Raumentwicklung H. 9/10, S. 491-506.
- BLUM - MINISTERIUM FÜR BAU, LANDESENTWICKLUNG UND UMWELT MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) (1995): Raumordnungsbericht Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.
- BMRO - BUNDESMINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU (1995): Raumordnerische Leitbilder für den Raum entlang der deutsch-polnischen Grenze. Bonn.

- BMV - BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU- UND WOHNUNGSWESEN (D)/AMT FÜR WOHNUNGSWESEN UND STADTENTWICKLUNG (PL) (2001): Aktualisierung der Raumordnerischen Leitbilder für den Raum entlang der deutsch-polnischen Grenze. Entwurf. Dresden/Warschau.
- BMWT - BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE (Hrsg.) (1999): Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa. Berlin (= BMWi-Dokumentation; 459).
- BMWT - BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE (Hrsg.) (2001): PREPARITY. Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung. Berlin.
- BOECKLER, MARC/LINDNER, PETER (1999): "Cultural turn"? Zum Umgang mit der "Entterritorialisierung von Kultur" in der Wirtschafts- und Sozialgeographie. In: BAHADIR, S. A., S. 105-128.
- BOHLE, DOROTHEE (1999): Der Pfad in die Abhängigkeit? Eine kritische Bewertung institutionalistischer Beiträge in der Transformationsdebatte. Berlin (= WZB discussion paper FS I 99-103).
- BOHLE, DOROTHEE (2002): Europas neue Peripherie: Polens Transformation und transnationale Integration. Münster.
- BOJANOWSKI, TOMASZ/KURZPA, JACEK (1999): Legale und illegale grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit. In: BINGEN, D./MALINOWSKI, K., S. 22-23.
- BOSCHMA, RON/LAMBOUY, JAN/SCHUTJENS, VERONIQUE (2002): Embeddedness and Innovation. In: TAYLOR, M./LEONARD, S., pp. 19-35.
- BOULANGER, CHRISTIAN (1999): "Politische Kultur" und "Zivilgesellschaft" in der Transformationsforschung: Versuch einer Annäherung und Kritik. In: Berliner Osteuropa Info H. 13, S. 14-18.
- BRADE, ISOLDE/GRIMM, FRANK-DIETER (Hrsg.) (1998): Städtesysteme und Regionalentwicklungen in Mittel- und Osteuropa. Rußland, Ukraine, Polen. Leipzig (= Beiträge zur Regionalen Geographie; 46).
- BRÄHLER, ELMAR/RICHTER, HORST-EBERHARD (1999): Deutsche - zehn Jahre nach der Wende. Eine vergleichende Ost-West-Untersuchung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 45, S. 24-31.
- BRAUN, GERALD (Hrsg.) (1998): Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Außenhandel Deutschlands und Polen. Rostock (= Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforchung; 12).
- BRUNN, GERHARD (Hrsg.) (1996): Region und Regionsbildung in Europa: Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde. Baden-Baden.
- BRUNNER, GEORG (Hrsg.) (2000): Politische und ökonomische Transformation in Osteuropa. Berlin (= Osteuropaforschung; 36).
- BRUNSEN, FRANK (1999): Die Revolution in der DDR. Ambivalenzen einer Selbstbefreiung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B45, S. 3-14.
- BUCHHOFER, EKKEHARD (1999): Polnische Industrieunternehmen in der Transformation. In: PÜTZ, R., S. 37-46.
- BUCHHOFER, EKKEHARD/KORTUS, BRONISLAW (Hrsg.) (1994): Deutschland und Polen. Geographie einer Nachbarschaft in Europa. Frankfurt M. (= Studien zur Internationalen Schulbuchforschung; 81).
- BUCHHOFER, EKKEHARD/KORTUS, BRONISLAW (1999): Zur Geographie der Transformation polnischer Industriefirmen bis 1994. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie H. 43, S. 16-31.
- BUCHHOLZ, HANNS J./GRIMM, FRANK-DIETER (Hrsg.) (1994): Zentralsysteme als Träger der Raumentwicklung in Mittel- und Osteuropa. Leipzig (= Beiträge zur Regionalen Geographie; 37).
- BÜRKNER, HANS-JOACHIM (1996): Geographische Grenzraumforschung vor neuen Herausforderungen - Forschungskonzeptionen vor und nach der politischen Wende. In: BÜRKNER, H.-J./KOWALKE, H., S. 1-11.
- BÜRKNER, HANS-JOACHIM (2000): Globalisierung, gesellschaftliche Transformation und regionale Entwicklungspfade in Ostmitteleuropa. In: Europa Regional H. 3/4, S. 28-34.
- BÜRKNER, HANS-JOACHIM/KOWALKE, HARTMUT (Hrsg.) (1996): Geographische Grenzraumforschung im Wandel. Potsdam.

- BÜRKNER, HANS-JOACHIM/MATTHIESEN, ULF (2002a): Grenzmilieus im potentiellen Verflechtungsraum von Polen mit Deutschland. Abschlussbericht zum IRS-Projekt. Erkner.
- BÜRKNER, HANS-JOACHIM/MATTHIESEN, ULF (2002b): Sieben Thesen zu den krisenhaften Auswirkungen der Osterweiterung der Europäischen Union auf die deutsch-polnische Grenzregion. In: IRS aktuell Nr. 34, S. 5-7.
- BUSKE, NORBERT (2000): Die Rolle Vorpommerns im verständigungspolitischen Prozess zwischen Deutschland und Polen und beim Zusammenwachsen in der Europäischen Union. Schwerin (= Forum für Pommern; 2).
- BÜTOW, MARTIN/RÖNICK, KERSTIN (2000): Tourismusentwicklung im Bereich der Gemeinde Altwarp, Landkreis Uecker-Randow (Machbarkeitsstudie, unveröff.). Greifswald.
- BUTZIN, BERNHARD (2000): Netzwerke, Kreative Milieus und Lernende Region: Perspektiven für die regionale Entwicklungsplanung? In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie H. 3/4, S. 149-166.
- BZPB - Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (1991): Deutsche und Polen. Bonn (= Informationen zur politischen Bildung; 142/143).
- BZPB - Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (³1995): Der Weg zur Europäischen Union. Bonn (= Reihe Kontrovers).
- CBOS - Centrum Badania Opinii Społecznej (2002): Poparcie dla wejścia Polski do Unii Europejskiej i opinie o negocjacjach w sprawie rolnictwa. Warszawa (= CBOS 24).
- CBOS - Centrum Badania Opinii Społecznej (2003a): Poparcie dla integracji europejskiej w Polsce, Czechach, na Węgrzech po szczycie w Kopenhadze. Warszawa (= CBOS 21).
- CBOS - Centrum Badania Opinii Społecznej (2003b): Społeczne poparcie dla integracji z Unii Europejskiej. Warszawa (= CBOS 27).
- CBOS - Centrum Badania Opinii Społecznej (2003c): Poparcie dla integracji Polski z Unii Europejskiej tydzień przed referendum akcesyjnym. Warszawa (= CBOS 95).
- CBOS - Centrum Badania Opinii Społecznej (2003d): Czy Polacy lubią inne narody? Warszawa (= CBOS 1).
- CHANCELLERY OF THE PRIME MINISTER REP. OF POLAND (2000): Accession Negotiations. Poland on the Road to the European Union. Warszawa.
- CLEMENS, GABRIELE (Hrsg.) (1999): Die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union. Hamburg (= Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik; 1).
- COMMISSION OF THE EUROPEAN COMMUNITIES (ed.) (2001): Communication from the Commission on the Impact of Enlargement on Regions Bordering Candidate Countries. Community Action for Border Regions. Brussels.
- COURBIS, RAYMOND/WELFE, WŁADYSŁAW (eds.) (1999): Central and Eastern Europe on its Way to European Union. Simulation Studies based on Makromodels. Frankfurt M.
- CROISSANT, AUREL/LAUTH HANS-JOACHIM/MERKEL, WOLFGANG (2000): Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich. In: MERKEL, W., S. 9-49.
- CROME, ERHARD/FRANZKE, JOCHEN (1998): Die DDR und Polen. Betrachtungen über das Verhältnis der Ostdeutschen zu den Polen. In: FRANZKE, J., S. 198-211.
- CSABA, LÁSLÓ (1999): Economics of Transition: Quo Vadis? In: Berliner Osteuropa Info H. 13, S. 12-13.
- CSÉFALVAY, ZOLTÁN (1997): Aufholen durch regionale Differenzierung? Von der Plan- zur Marktwirtschaft - Ostdeutschland und Ungarn im Vergleich. Stuttgart.
- CZIJOMER, ERHARD (2002): Polen und der europäische Integrationsprozess. In: PRADETTO, A./LINZ, O., S. 149-159.
- CZYŻ, TERESA (1999): Die neue territoriale Struktur der Verwaltung und die regionale sozio-ökonomische Struktur in Polen. In: Europa Regional H. 1. Leipzig, S. 33-44.
- DANIELZYK, RAINER/OßENBRÜGGE, JÜRGEN (1993): Perspektiven geographischer Regionalforschung. In: Geographische Rundschau H. 4, S. 210-216.
- DANNE, GUNTRAM (1996): Die Rolle von Mentalität und arbeitsbezogenen Wertstrukturen in Transformationsgesellschaften: eine vergleichende Studie über kulturelle Werte, Arbeitsmotivation

- und Arbeitszufriedenheit in ostdeutschen, polnischen und westdeutschen Unternehmen. Hamburg.
- DASCHER, KRISTOF (1998): Kooperation über Grenzen hinweg. Die mitteleuropäischen Grenzregionen aus Sicht der Ökonomie. In: WAGENER, H.-J./FRITZ, H., S. 196-219.
- DAUDERSTÄDT, MICHAEL (2000): Demokratisierung der Integration: Volksabstimmungen zur Erweiterung und Vertiefung der EU. Friedrich-Ebert-Stiftung. Electronic ed.
- DECKER, FRANK (2001): Mehr Demokratie wagen: Die Europäische Union braucht einen institutionellen Sprung nach vorn. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B5, S. 33-37.
- DELHEY, JAN (2001): Osteuropa zwischen Marx und Markt. Hamburg (= Beiträge zur Osteuropaforschung; 4).
- DELHEY, JAN (2002): Die Entwicklung der Lebensqualität nach dem EU-Beitritt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B1-2, S. 31-38.
- DIALOG - Deutsch-Polnisches Magazin Nr. 62-63/2003.
- DICKEN, PETER/LLOYD, PETER (1999): Standort und Raum: theoretische Perspektiven in der Wirtschaftsgeographie. Stuttgart.
- DIEWALD, MARTIN/SOLGA, HEIKE (1997): Berufliche Transformationsprozesse in Ostdeutschland. Ergebnisse und Desiderate der soziokulturellen Transformationsforschung. In: WIEGOHLS, J./WIESENTHAL, H., S. 221-238.
- DINGSDALE, ALAN (1999): New Geographie of Post-Socialist Europe. In: The Geographical Journal, Vol. 165, No. 2, pp. 145-153.
- DOLIŃSKA, XYMENA (2001): Polen und seine Bürger in den Augen der Deutschen. In: Instytut Spraw Publicznych, S. 6-61.
- DOMAŃSKI, RYSZARD (ed.) (1998a): The Spatial Transformation of the Economy. Warszawa (= Studia Regionalia; 7).
- DOMAŃSKI, RYSZARD (ed.) (1998b): Emerging Spatial and Regional Structures of an Economy on Transition. Studia Regionalia. Warszawa (= Studia Regionalia; 8).
- DOMAŃSKI, RYSZARD (ed.) (1999): The Competitiveness of Regions in the Polish and European Perspective. Warszawa (= Studia Regionalia; 9).
- DONGES, JÜGEN B. et al. (Hrsg.) (1998): Osterweiterung der Europäischen Union. Als Chance begreifen. Frankfurt M.
- DONNAN, HASTINGS/WILSON, THOMAS M. (1999): Borders: Frontiers of Identity, Nation and State. Oxford/New York.
- DPW - DEUTSCH-POLNISCHE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT AG (Hrsg.) (1999a): Wirtschaftshandbuch Polen. Band 1+2. Gorzów Wlkp.
- DPW - DEUTSCH-POLNISCHE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT AG (Hrsg.) (1999b): Wirtschaftsstandort Polen. Gorzów Wlkp./Frankfurt O.
- DPW - DEUTSCH-POLNISCHE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT AG (2000): Erfahrungen deutscher Unternehmen in Polen (unveröff.). Gorzów Wlkp.
- DRIVER, FELIX (1995): Politische Geographie und Staatsbildung. In: MATZNETTER, W., S. 80-89.
- DROTH, ALF/GRIMM, FRANK-DIETER/HAASE, ANNEGRET (2000): Polen aktuell. Leipzig (= Institut für Länderkunde Leipzig. Daten - Fakten - Literatur zur Geographie Europas; 6).
- DSSW - DEUTSCHES SEMINAR FÜR STÄDTEBAU UND WIRTSCHAFT (1995): Wirtschaftsförderung im grenznahen Raum am Beispiel der Region Frankfurt/Oder., Tagungsband 13.12.1994. Frankfurt O./Bonn.
- DSSW - DEUTSCHES SEMINAR FÜR STÄDTEBAU UND WIRTSCHAFT (Hrsg.) (o.J.): Die Förderungen der Europäischen Strukturfonds in den neuen Ländern und in Ost-Berlin 1994 bis 1999. Bonn (= DSSW-Schriften; 12).
- DZT - DEUTSCHE ZENTRALE FÜR TOURISMUS (2001): Über den ehemaligen "Eisernen Vorhang" hinweg. Eine Stellungnahme der DZT zum Einfluss der Öffnung Osteuropas auf den Deutschlandtourismus. In: Integra H. 1, S. 7-9.

- EBERWEIN, WOLF-DIETER/KERSKI, BASIL (Hrsg.) (2001): Deutsch-polnische Beziehungen zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages: Eine Interessen- und Wertegemeinschaft? Berlin (= WZB-Papers P 01-305).
- EBERWEIN, WOLF-DIETER/REITER, JANUSZ (1999): Die deutsch-polnischen Beziehungen. Eine Interessen- und Wertegemeinschaft? Berlin.
- ECKART, KARL/KLÜTER, HELMUT (Hrsg.) (1996): Aktuelle sozialökonomische Strukturen, Probleme und Entwicklungsprozesse in MV. Berlin (= Schriftenreihe der Gesell. für Deutschlandforschung; 51).
- ECKER-EHRHARDT, MATTHIAS (2001): Werte, Interessen, Gemeinschaftssinn? Ergebnisse der "Deutsch-Polnischen Elitestudie". Berlin (= WZB-Papers P 01-301).
- ECKER-EHRHARDT, MATTHIAS (2002): Die deutsche Debatte um die EU-Osterweiterung - Ein Vergleich ihres ideellen Vorder- und Hintergrundes. Berlin (= WZB-Papers P 02-303).
- EGER, THOMAS (2000): Systemtransformation als umfassender institutioneller Wandel: Die fünf Dimensionen der Transformationsprozesse in Osteuropa. Frankfurt O. (= Frankfurter Institut für Transformationsstudien. Arbeitsberichte/Discussion Papers; 12).
- EHLERS, ECKART (1998): Current German geography in a globalizing world of science. A documentation and personal interpretation. In: GeoJournal no. 1-2, pp. 57-68.
- EICH-BORN, MARION (2003): Strukturadaptationsprozesse in Mecklenburg-Vorpommern unter besonderer Berücksichtigung der Schiffbauindustrie. Greifswald (Habil.).
- EISSRICH, DANIEL (2001): Systemtransformation aus der Sicht der Neuen Institutionenökonomik. Frankfurt M./New York.
- ELSING, STEFAN (1999): Strukturfonds der Europäischen Union. In: RaumPlanung H. 85, S. 113-117.
- ELTGES, MARKUS (2001): Europäische Strukturpolitik im Zeichen der EU-Osterweiterung. In: Informationen zur Raumentwicklung H. 11/12, S. 727-736.
- ERLEI, MATHIAS/LESCHKE, MARTIN/SAUERLAND, DIRK (1999): Neue Institutionenökonomik. Stuttgart.
- ESCH, MICHAEL G. (1998): "Gesunde Verhältnisse". Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik 1939-50. Marburg (= Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung; 2).
- ESER, THIEMO W. (1998): Räumliche Auswirkungen der geplanten Osterweiterung auf die Regionen der EU. In: Informationen zur Raumentwicklung H. 9, S. 587-607.
- EU-NACHRICHTEN (div. Ausgaben 2003). Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (o.J.): Die Europäische Union - Erweiterung. Eine historische Gelegenheit. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (2000): Regelmäßiger Bericht 2000 der Kommission über die Fortschritte Polens auf dem Weg zum Beitritt. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (2001a): Eurobarometer. Applicant Countries. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (2001b): Eurobarometer. Bericht Nr. 55. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (2001c): Perceptions of the European Union. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (2001d): Im Dienste der Regionen. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (2003): Bericht der Kommission über die Heranführungshilfe (PHARE - ISPA - SAPARD) 2001. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (2001e): Regelmäßiger Bericht 2001 der Kommission über die Fortschritte Polens auf dem Weg zum Beitritt. Brüssel.
- EUROREGION POMERANIA (Hrsg.) (o.J.): Euroregion Pomerania. Eine Kurzdarstellung. Löcknitz.
- EUROREGION PRO EUROPA VIADRINA (Hrsg.) (1999): Die Euroregion Pro Europa Viadrina stellt sich vor. Frankfurt O.
- FALKOWSKI, MATEUSZ (2001): Deutschland und die Deutschen in den Augen der Polen. In: Instytut Spraw Publicznych, S. 62-94.
- FASSMANN, HEINZ (Hrsg.) (1997): Die Rückkehr der Regionen. Beiträge zur regionalen Transformation Ostmitteleuropas. Wien (= Beiträge zur Stadt- und Regionalforschung; 15).

- FASSMANN, HEINZ (1997): Die Rückkehr der Regionen - regionale Konsequenzen der Transformation in Ostmitteleuropa: Eine Einführung. In: FASSMANN, H., S. 13-35.
- FASSMANN, HEINZ (1998): Auswanderung aus Polen - Polen im Ausland. In: Geographische Rundschau H. 1, S. 18-23.
- FASSMANN, HEINZ (1999): Regionale Transformationsforschung - Konzepte, Modelle und empirische Befunde. In: PÜTZ, R., S. 11-20.
- FASSMANN, HEINZ (2000): Zum Stand der Transformationsforschung in der Geographie. In: Europa Regional H. 3/4, S. 13-19.
- FASSMANN, HEINZ/HINTERMANN, CHRISTIANE (1997): Migrationspotential Ostmitteleuropa. Wien (= ISR-Forschungsberichte; 15).
- FASSMANN, HEINZ/HINTERMANN, CHRISTIANE (1998): The emigration potential of Central Europe. In: BURDOCK, J./GRIMM, F.-D./PAUL, L. (eds.): The political geography of current East-West relations. Leipzig (= Beiträge zur Regionalen Geographie; 47), pp. 142-152.
- FASSMANN, HEINZ/LICHTENBERGER ELISABETH (Hrsg.) (1995): Märkte in Bewegung. Metropolen und Regionen in Ostmitteleuropa. Wien/Köln/Weimar.
- FASSMANN, HEINZ/LICHTENBERGER ELISABETH (1995): Phänomene der Transformation. Eine Zusammenfassung. In: FASSMANN, H./LICHTENBERGER E., S. 227-244.
- FASSMANN, HEINZ/MÜNZ, RAINER (Hrsg.) (1996): Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends, politische Reaktionen. Frankfurt M./New York.
- FASSMANN, HEINZ/WARDENGA, UTE (1999): Der Begriff Mitteleuropa in politisch-geographischer Sicht. In: Geographische Rundschau H.1, S. 26-31.
- FH STRALSUND, FB WIRTSCHAFT, BALTIC MANAGMENT STUDIES (Hrsg.) (2001): 6. Internationales Ostseeforum 16. November 2000. Investitionsstrategien in Mittel- und Osteuropa (Tagungsband). Stralsund.
- FISCHER, JÜRGEN/MESSNER, FRANK/WOLLMUTH, KARL (Hrsg.) (1992): Die Transformation der osteuropäischen Länder in die Marktwirtschaft. Münster/Hamburg (= Osteuropa Politik; 3).
- FLATH, MARTINA (1997): Neue Grenzen in Europa. In: Praxis Geographie H. 10, S. 12-15.
- FLEJTERSKI, STANISLAW (1992): Deutschland als Wirtschaftspartner westpommerischer Firmen: Tendenzen, Faktoren, Entwicklungsmöglichkeiten. In: FISCHER, J. et al., S. 412-421.
- FÖRSTER, HORST (2000a): Grenzen und Grensräume in der geographischen Forschung. In: STÖBER, G./MAIER, R., S. 71-89.
- FÖRSTER, HORST (2000b): Transformationsforschung: Stand und Perspektiven. In: Europa Regional H. 3/4, S. 54-59.
- FÖRSTER, HORST (2002): Zur Integrationsfähigkeit der mittel- und südosteuropäischen Länder aus wirtschaftsgeographischer Sicht. In: STÖBER, G., S. 41-54.
- FRACKIEWICZ, LUCYNA (1997): Gesellschaftliche Folgen der Umwandlungsperiode in Polen. In: MUSIL, J./STRUBELT, W., S. 101-116.
- FRANTZ, CHRISTIANE (2000): EU-Integration als Transformationsrahmen? Demokratische Konsolidierung in Polen durch die Europäische Union. Opladen (= Politikwissenschaftliche Paperbacks; 29).
- FRANZ, PETER/HERLYN, ULFERT (1994): "Wir leiden weiter, aber auf einem höheren Niveau". Befunde einer Panelstudie in einer thüringischen Mittelstadt. In: Berliner Journal für Soziologie H. 2, S. 233-247.
- FRANZEN, WOLFGANG/HAARLAND, HANS PETER/NIESSEN, HANS-JOACHIM (2000): Transformationsbarometer Osteuropa 2000. Frankfurt M./New York.
- FRANZEN, WOLFGANG/HAARLAND, HANS PETER/NIESSEN, HANS-JOACHIM (2002): Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union. Transformationsbarometer Osteuropa 2002. Frankfurt M./New York.
- FRANZKE, JOCHEN (2000): 10 Jahre Transformation in Polen. Potsdam (= WeltTrends; 27).
- FRANZKE, JOCHEN (Hrsg.) (1998): Polen: Staat und Gesellschaft im Wandel. Berlin (= Potsdamer Textbücher; 2).

- FREITAG, ROLF (2001): Marktpotenziale und Grenzen für den Tourismus in und aus Osteuropa. In: Jahrbuch für den Fremdenverkehr, S. 41-53.
- FREUDENSTEIN, ROLAND/TEWES, HENNING (2001): Die Osterweiterung und der deutsche Arbeitsmarkt: Testfall für die deutsch-polnische Interessengemeinschaft. Sankt Augustin (= Schriften der KAS; 33).
- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG MV (Hrsg.) (1993): Die Odermündung - Region mit Zukunft? Schwerin.
- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG MV (Hrsg.) (1996): Mecklenburg-Vorpommern. Land am Rand - für immer? Schwerin.
- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (Hrsg.) (2001a): Ökonomische Konsequenzen einer EU-Osterweiterung. (= Wirtschaftspolitische Diskurse; 131). Electronic edition.
- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (Hrsg.) (2001b): Die Zukunft der Europäischen Strukturfonds vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung. Bonn (= Wirtschaftspolitische Diskurse; 145).
- FRITSCH, MICHAEL (2001): Innovationspolitik im Transformationsprozess. In: BENKENSTEIN, M. et al., S. 97-117.
- FUKUYAMA, FRANCIS (2000): Social Capital and Civil Society. Washington DC (= IMF Working Papers WP/00/74)
- FÜRST, DIETRICH (1997): Auf dem Weg zu einer europäischen Raumordnung und die Rolle der Regionen in Deutschland. IN: Dokumente und Informationen zur schweizerischen Orts-, Regional- und Landesplanung - DISP 130. Zürich, S. 1-8.
- GAEBE, WOLF (1998): Industrie. In: KULKE, E., S. 87-155.
- GANSTER, PAUL (1996): On the Road to Interdependence? The United States-Mexico Border Region. In: IRS, pp. 171-191.
- GEIGER, MICHAEL (1997): Europas Grenzen – grenzenloses Europa. In: Praxis Geographie H. 10, S. 4-11.
- GELDNER, NORBERT (1995): Institutionenökonomie. Ein Überblick. Wien (= WIFO Working Papers; 73).
- GENOSKO, JOACHIM (1996): Regionale Differenzen der Wirtschaftsstrukturen. In: STRUBELT, W. et al., S. 111-142.
- GENOSKO, JOACHIM (1997): Der wirtschaftliche Transformationsprozess am Beispiel Ostdeutschlands. In: MUSIL, J./STRUBELT, W., S. 131-140.
- GENOV, NIKOLAI (1999): Osteuropa - wohin? Thesen. In: Berliner Osteuropa Info H. 13, S. 7-11.
- GIERING, CLAUS (1998): Institutionelle Reformchancen. In: Bertelsmann Stiftung, S. 55-68.
- GÖHLER, GERHARD (Hrsg.) (1997): Institutionenwandel. Opladen (= Leviathan Sonderheft 16).
- GÖRMAR, WILFRIED/KURNOL, JENS/STRADE, ANDREAS (2001): Transnationale Kooperationen. Raumentwicklung und Osterweiterung der Europäischen Union. In: RaumPlanung H. 1, S. 5-10.
- GÓRZ, BRONISŁAW/ULISZAK, RADOSŁAW (2002): Poland's agriculture faces integration into the European Union. In: STÖBER, G., S. 76-90.
- GORZELAK, GRZEGORZ (1996): The Regional Dimension of Transformation in Central Europe. London/Bristol.
- GORZELAK, GRZEGORZ (1998): Europäische Integration und Regionalpolitik in den Transformationsländern. In: WAGENER, H.-J./FRITZ, H., S. 303-325.
- GORZELAK, GRZEGORZ (2001): Regional Development in Central Europe and European Integration. In: Informationen zur Raumentwicklung H. 11/12, S. 743-749.
- GRABHER, GERNOT (1995): Die Eleganz von Inkohärenz. Institutionelles Erbe, Privatisierungsstrategien und regionalwirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland und Ungarn. In: ALTHALER, K. S. (Hrsg.). Sozioökonomische Forschungsansätze. Marburg (= Beiträge zur Sozialökonomie; 2), S. 145-169.
- GRABHER, GERNOT (1996): Neue Bundesländer? Zur Rolle des historischen Erbes in der Reorganisation von Betrieben und Regionen in Brandenburg. Berlin (= WZB Discussion Paper FS I 96-104).

- GRABHER, GERNOT/STARK, DAVID (1998): Organisation der Vielfalt: Evolutionstheorie, Netzwerkanalyse und Postsozialismus. in: Raum H. 32, S. 46-53.
- GRANOVETTER, MARK (1985): Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness. In: American Journal of Sociology Vol. 91 no. 3, pp. 481-510.
- GREIF, FRANZ (Hrsg.) (2001): Die Grenzgebiete Österreichs und seiner östlichen Nachbarn. Wien (= Schriftenreihe der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; 91).
- GRIMM, FRANK-DIETER (Hrsg.) (1995): Regionen an deutschen Grenzen. Leipzig (= Beiträge zur Regionalen Geographie; 38).
- GRIMM, FRANK-DIETER (1996): Diskrepanzen und Verbundenheiten zwischen den deutschen, polnischen und tschechischen Grenzregionen an der Lausitzer Neisse ("Euroregion Neisse"). In: Europa Regional H. 1, S. 1-14.
- GRIMM, FRANK-DIETER/WEIGEL, OLIVER (1995): Siedlungsstruktur und Zentralsysteme westlich von Oder und Neiße. Historischer Hintergrund und Entwicklungstrends. In: GRIMM, F.-D., S. 73-91.
- GROß, BERND/SCHMITT-EGNER, PETER (1994): Europas kooperierende Regionen. Baden-Baden.
- GRUBER, H./LAMPIG, H./LUTZ, W./SCHAMP, E. (Hrsg.) (1995): Neue grenzüberschreitende Regionen im östlichen Mitteleuropa. Frankfurt M. (= Frankfurter Wirtschafts- und Sozialgeographische Schriften; 67).
- GUS - GŁOWNY URZĄD STATYSTYCZNY (2001): Rocznik Statystyczny 2001 Rzeczypospolitej Polskiej. Warszawa.
- GUTMANN, GERNOT (2000): Zur Frage der Relevanz von Rahmenbedingungen und von wirtschaftlichem Entwicklungsstand in den beitrittswilligen Ländern für eine Osterweiterung der EU aus ordnungstheoretischer Sicht. In: PARASKEWOPOULUS, S., S. 17-40.
- HAASE, ANNEGRET (2002): Südostpolen zwischen Umbruch und Neuorientierung. Spezifika, Perspektiven und Risiken der gesellschaftlichen Entwicklung nach 1990. Leipzig (= Beiträge zur Regionalen Geographie; 56).
- HACKMANN, JÖRG (2000): Stettin: Zur Wirkung der deutsch-polnischen Grenze auf die Stadtentwicklung nach 1945. In: STÖBER, G./MAIER, R., S. 217-234.
- HAHNE, ULF (1985): Regionalentwicklung durch Aktivierung intraregionaler Potentiale: zu den Chancen "endogener" Entwicklungsstrategien. Kiel (= Schriften des Instituts für Regionalforschung der Universität Kiel; 8).
- HALL, P.A./TAYLOR, R.C.R. (1996): Political Science and the Three New Institutionalisms. In: Political Studies XLIV, pp. 936-957.
- HALLET, MARTIN (1997): Wirkungen wirtschaftlicher Integration auf periphere Regionen. Pfaffenweiler.
- HAMILTON, F. E. IAN (1999): Transformation and Space in Central and Eastern Europe. In: The Geographic Journal 165, Part 2, pp. 135-144.
- HARENBERG, BODO (Hrsg.) (1996): Harenberg Lexikon der Gegenwart. Aktuell '97. Dortmund.
- HAUG, SONJA (2002): Die Migration aus Polen gewinnt an Bedeutung. In: BiB-Mitteilungen H. 4, S. 10-18.
- HEITGER, BERNHARD (1992): Die mittel- und osteuropäischen Länder als Unternehmensstandorte. Tübingen (= Kieler Studien; 270).
- HEITZER-SUŠA, ELKE (2001): Die ökonomische Dimension der EU-Osterweiterung: Eine Analyse spezifischer Einflußkanäle zur Ermittlung von Chancen und Risiken in ausgewählten Regionen der EU. Baden-Baden.
- HELLER, WILFRIED (1993): Politische Grenzen und Grenzräume aus anthropogeographischer Sicht. In: WEISBROD, B., S. 173-194.
- HINRICHER, MARTINA (2001): Regionale Auswirkungen der EU-Osterweiterung. Aktivitäten des Bundes. In: Informationen zur Raumentwicklung H. 11/12, S. 713-717.
- HOLZER, JERZY (2002): Polen und Deutsche: Beziehungen und Wahrnehmungen. In: PRADETTO, A./LINZ, O., S. 61-75.

- HOMEYER, INGMAR VON/BÄR, STEFANIE/CARIUS, ALEXANDER/DEIN, SZILVIA (2001): *Umweltpolitik in Mittel- und Osteuropa: Analyse der EU-Osterweiterung*. Berlin.
- HÖNEKOPP, ELMAR/WERNER, HEINZ (1999): *Osterweiterung der Europäischen Union. Droht dem deutschen Arbeitsmarkt eine Zuwanderungswelle?* In: IAB-Kurzbericht Nr. 7. Nürnberg.
- HORN, JÖRG (1997): *Auf dem Weg zur "Euro-Stadt"? Die deutsch-polnische Zusammenarbeit in den an Oder und Neiße geteilten Städten*. BIOst-Sonderveröff. Köln.
- HOUTUM, HENK VAN (1998): *The Development of Cross-Border Economic Relations. A theoretical and empirical study of the influence of the state border on the development of cross-border economic relations between firms in border regions of the Netherlands and Belgium*. Tilburg.
- HOUTUM, HENK VAN (1999a): *Internationalisation and Mental Borders*. In: *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie* Vol. 90, No. 3, pp. 329-335.
- HOUTUM, HENK VAN (1999b): *What is the Influence of Borders on Economic Internationalisation?* In: GIJSEL, P. DE et al. (eds.). *Understanding European cross-border labour markets: issues in economic cross-border relations*. Marburg, pp. 107-141.
- HUBER, PETER/PALME, GERHARD (2000): *Preparity. Regionalwirtschaftliche Entwicklung in den MOEL. Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung. Teilprojekt 3*. Wien.
- HUDSON, RAY (1999): *'The learning economy, the learning firm and the learning region': A sympathetic critique of the limits to learning*. In: *European Urban and Regional Studies* 6 (1), pp. 59-72.
- IAW - INSTITUT FÜR ANGEWANDTE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (1992): *Die deutsch-polnischen Grenzgebiete als regionalpolitisches Problem*. Berlin.
- INSTITUT FÜR HUMAN RESSOURCE DEVELOPMENT AN DER UNIVERSITÄT ROSTOCK/NORDDEUTSCHE LANDESBANK (Hrsg.) (1998): *Polen - Nachbar und Wirtschaftspartner Mecklenburg-Vorpommerns*. Rostock.
- INSTYTUT SPRAW PUBLICZNYCH (Hrsg.) (2001): *Polen und Deutschland. Gegenseitige Wahrnehmung vor der Osterweiterung der Europäischen Union*. Warszawa.
- INTER FINITIMOS/DIALOG (Hrsg.) (2000): *Handbuch Polen-Kontakte: Institutionen - Projekte - Initiativen*. Osnabrück.
- IRS - INSTITUT FÜR REGIONALENTWICKLUNG UND STRUKTURPLANUNG (ed.) (1996): *Border regions in functional transition*. Erkner (= Regio 9).
- JACOBMEYER, WOLFGANG (1995): *Die deutsch-polnischen Beziehungen in der Neuzeit als Konfliktgeschichte*. In: *Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung*, S. 17-33.
- JAKUBOWSKA, LONGINA (2000): *Morality, Rationality and History: Dilemmas of Land Reprivatization in Poland*. Max Planck Institute for Social Anthropology. Halle/Saale (=Working Paper; 8).
- JANZEN, JÖRG (1998): *Agrarstrukturwandel in Westpolen*. In: *Geographische Rundschau* H. 1, S. 42-48.
- JENKIS, HELMUT (2000): *Der Beitritt Zyperns zur Europäischen Union. Eine polit-ökonomische Analyse*. In: *PARASKEWOPOULOS, S.*, S. 235-264.
- JUCHLER, JAKOB (1994a): *Die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik im "postsozialistischen" Transformationsprozeß - zum Wechselspiel von strukturell-allgemeinen und historisch-spezifischen Faktoren*. In: *Berliner Journal für Soziologie* H. 4, S. 485-500.
- JUCHLER, JAKOB (1994b): *Osteuropa im Umbruch: politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993*. Zürich.
- JUCHLER, JAKOB (1995): *Big Bang mit schrillen Tönen: Widersprüche und Widerstände bei der Implementierung des Balcerowicz-Planes in Polen*. In: *RUDOLPH, H.*, S. 79-93.
- JUCHLER, JAKOB (2000): *Zehn Jahre Transformationsprozeß in Polen*. *Osteuropa* H. 2, S. 189-200.
- KAISER, WOLFRAM et al. (1995): *Die EU-Volksabstimmungen in Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen: Verlauf, Ergebnisse, Motive und Folgen*. Wien (= IHS Reihe Politikwissenschaften; 23).

- KALTHOFF, HERBERT/ROSENBAUM, ECKEHARD F. (2000): Wirtschaftswissenschaftliche Transformationsforschung: Stand, Probleme und Perspektiven. In: *Europa Regional* H. 3/4, S. 6-12.
- KAMPSCHULTE, ANDREA (1999): Grenzen und Systeme - Von geschlossenen zu offenen Grenzen? Tübingen (= *Tübinger Geographische Studien*; 127).
- KANZLEI DES VORSITZENDEN DES MINISTERRATES (Hrsg.) (2000): Die Osterweiterung der Europäischen Union: Konsequenzen für Wohlstand und Beschäftigung in Europa. Warschau.
- KEIM, KARL-DIETER (2002): Die räumlichen Beziehungen zwischen Brandenburg und Westpolen - was weiß die Wissenschaft. In: *IRS aktuell* Nr. 37, S. 1-3.
- KEIM, KARL-DIETER (1997): Die europäische Bedeutung Berlin-Brandenburgs in seinen räumlichen Beziehungen mit Polen. In: KUKLIŃSKI, A., Vol. 3/part one, pp. 232-251.
- KERSKI, BASIL (1999): Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990. Berlin (= *WZB papers*).
- KIND, GEROLD (1997): Die wirtschaftsräumliche Situation der fünf neuen Bundesländer vor dem Hintergrund der Entwicklung der früheren DDR. In: MUSIL, J./STRUBELT, W., S. 141-150.
- KLÜTER, HELMUT (1986): Raum als Element sozialer Kommunikation. Gießen (= *Gießener Geographische Schriften*; 60).
- KLÜTER, HELMUT (2000): Räumliche Aspekte von Transformationsproblemen aus systemtheoretischer Perspektive. In: *Europa Regional* H. 3/4, S. 35-51.
- KNEFELKAMP, ULRICH (1998): Historischer Exkurs: Das Streben Europas nach dem Osten oder das Streben des Ostens nach Europa. In: WAGENER, H.-J./FRITZ, H., S. 68-98.
- KOLLMORGEN, RAJ (1994): Auf der Suche nach Theorien der Transformation. Überlegungen zu Begriff und Theoretisierung der postsozialistischen Transformation. In: *Berliner Journal für Soziologie* H. 3, S. 381-399.
- KOLLMORGEN, RAJ (2001): Postsozialismus im 21. Jahrhundert oder: Wozu heute noch Transformationsforschung? Magdeburg (= *Arbeitsbericht*; 9).
- KOLODKO, GRZEGORZ W. (2000): From Shock to Therapy. The Political Economy of Postsocialist Transformation. Oxford/New York.
- KOMORNICKI, TOMASZ (2000): Potoki towarowe polskiego handlu zagranicznego a międzynarodowe powiązania transportowe. Wrocław (= *Prace Geograficzne*; 177).
- KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG (Hrsg.) (1994): Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR): - Ein Modell für Mittel- und Osteuropa? Sankt Augustin (= *Interne Studien*; 87).
- KORCELLI, PIOTR (1997): Regionale Muster der Transition: Polen. In: FASSMANN, H., S. 187-243.
- KORTUS, BRONISŁAW (2002): Über die Beitrittsbereitschaft Polens zur Europäischen Union. In: STÖBER, G., S. 68-75.
- KOWAL, STEFAN/SCHULTZ, HELGA (1998): Neue Grenzen - alte Nachbarn. Deutsche und Polen im Widerstreit von großer Politik und regionaler Kooperation (1919-1990). In: WAGENER, H.-J./FRITZ, H., S. 174-195.
- KOWALKE, HARTMUT (1999): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Ost und West - die neuen Euroregionen an der östlichen Grenze der EU. In: PÜTZ, R., S. 119-131.
- KRAFT, DANIEL (2001): Zur Zukunft der EU angesichts der bevorstehenden Erweiterung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B15, S. 6-12.
- KRASNODEBSKI, ZDZISŁAW/STÄDTKE, KLAUS/GARSZTECKI, STEFAN (Hrsg.): Kulturelle Identität und sozialer Wandel in Osteuropa: das Beispiel Polen. Hamburg (= *Beiträge zur Osteuropaforschung*; 3).
- KRÄTKE, STEFAN (1995): Globalisierung und Regionalisierung. In: *Geographische Zeitschrift* H. 3, S. 207-221.
- KRÄTKE, STEFAN (1996): Regulationstheoretische Perspektiven in der Wirtschaftsgeographie. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* H. 1-2, S. 6-19.
- KRÄTKE, STEFAN (1997): Regionalstrukturen im Transformationsprozeß. In: *PROKLA* 27 H. 2 (107), S. 291-316.

- KRÄTKE, STEFAN (1998): Regionale Integration oder fragmentierte Entwicklung? Die deutsch-polnische Grenzregion im Transformationsprozeß. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* H. 2, S. 117-130.
- KRÄTKE, STEFAN (1999): Regional Integration or Fragmentation? The German-Polish Border Region in a New Europe. In: *Regional Studies*, Vol. 33. 7, pp. 631-641.
- KRÄTKE, STEFAN (2001a): Institutionelle Ordnung und soziales Kapital der Wirtschaftsregionen: Zur Bedeutung von Raumbindung im Kontext der Globalisierung. In: *Geographische Zeitschrift* H. 2+3, S. 144-164.
- KRÄTKE, STEFAN (2001b): Regionale Wirkungen der EU-Osterweiterung. In: *Informationen zur Raumentwicklung* H. 11/12, S. 769-778.
- KRÄTKE, STEFAN/HEEG, SUSANNE/STEIN, ROLF (1997): Regionen im Umbruch. Probleme der Regionalentwicklung an den Grenzen zwischen "Ost" und "West". Frankfurt M./New York.
- KRAUS, PETER A. (2000): Nationalismus und Zivilgesellschaft in Transformationsprozessen. In: MERKEL, W., S. 71-88.
- KRZEMIŃSKI, ADAM (1995): Deutsch-polnische Nachbarschaft als Gewinn und gegenseitige Befruchtung. In: *Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung*, S. 34-44.
- KÜHNE, OLAF (2001): The interaction of industry and town in Central Eastern Europe - an intertemporal comparison based on systems theory and exemplified by Poland. In: *Die Erde* H. 3, S. 161-185.
- KUKLIŃSKI, ANTONI (ed.) (1997): Europe 2010. Vol. 3 (part one)/Vol. 4 (part two): European Space. Baltic Space. Polish Space. Warsaw.
- KULKE, ELMAR (Hrsg.) (1998): *Wirtschaftsgeographie Deutschlands*. Gotha.
- KUNZE, CORNELIE (2000): Die Auswirkungen der Osterweiterung der Europäischen Union auf den deutschen Arbeitsmarkt. In: PARASKEWOPOULUS, S., S. 137-158.
- LAGEMAN, BERNHARD (1998): Die Osterweiterung der EU. Testfall für die "Strukturreife" der Beitrittskandidaten. Brühl (= Bericht des BIOst; 38).
- LANDESREGIERUNG MECKLENBURG-VORPOMMERN (1999): Bericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum. Berichtszeitraum 1998/1999. Schwerin.
- LANDESREGIERUNG MECKLENBURG-VORPOMMERN (2000): Bericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum. Berichtszeitraum 1999/2000. Schwerin.
- LANDESREGIERUNG MECKLENBURG-VORPOMMERN (2001): Osterweiterung der Europäischen Union. Bericht der Landesregierung an den Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.
- LANDKREIS OSTVORPOMMERN/LANDKREIS UECKER-RANDOW (Hrsg.) (o.J.): Zehn Bausteine zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung an der Odermündung. Grimmen/UEckermünde.
- LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN (1996): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit I. Zur Parlamentarischen Zusammenarbeit mit der Woiwodschaft Stettin. Schwerin.
- LANG, KAI-OLAF (2000): Polens Katholizismus und die europäische Integration. Brühl (= Bericht des BIOst; 14).
- LANG, KAI-OLAF (2001): Systemtransformation in Ostmitteleuropa: Eine erste Erfolgsbilanz. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B15, S. 13-21.
- LAVIGNE, MARIE (1999): *The Economics of Transition. From Socialist Economy to Market Economy*. New York.
- LEIMGRUBER, WALTER (1980): Die Grenze als Forschungsobjekt der Geographie. In: *Regio Basiliensis* H. 1/2, S. 67-78.
- LEIPOLD, HELMUT (2000): Offene Ordnungsprobleme einer Osterweiterung der EU. In: PARASKEWOPOULUS, S., S. 41-60.
- LEONARD, SIMON (2002): Local Embeddedness, 'Institutional Thickness' and the State Regulation of Local Labour Markets. In: TAYLOR, M./LEONARD, S., pp. 187-206.
- LEUPOLT, BÄRBEL (2000): Probleme und Perspektiven der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in der Euroregion Pomerania - aus deutscher Sicht. In: STÖBER, G./MAIER, R., S. 235-245.

- LEWICKA, GRAŻYNA/LEWICKI, ROMAN (⁷2001): Langenscheidts Praktisches Lehrbuch Polnisch. Berlin.
- LIPPERT, BARBARA/BECKER, PETER (eds.) (1998): Towards EU membership: transformation and integration in Poland and the Czech Republic. Bonn.
- LISIECKI, STANISŁAW (Hrsg.) (1996): Die offene Grenze. Forschungsbericht polnisch-deutsche Grenzregion (1991-1993). Potsdam (= Frankfurter Studien zur Grenzregion; 2).
- LISIECKI, STANISŁAW (1996a): Einleitung. In: LISIECKI, S., S. 11-20.
- LISIECKI, STANISŁAW (1996b): Die offene Grenze - Wandlungen im Bewußtsein der Grenzbewohner. In: LISIECKI, S., S. 97-115.
- LÖHNIG, CLAUDIA (2001): Zum Stand der wirtschaftlichen Integration unter den Ostseeanrainerstaaten mit Blick auf die Osterweiterung der EU. In: Osteuropa-Wirtschaft H. 2, S. 151-170.
- LÖSCH, DIETER (1999): Sind die mittel- und osteuropäischen Staaten "reif" für eine EU-Mitgliedschaft? In: CLEMENS, G., S. 127-166.
- LOWITZSCH, JENS (2000): Privatisierungsmodelle in Mitteleuropa. In: Berliner Osteuropa Info H. 14, S. 20-23.
- LZPB MV - LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) (1995a): Historischer und geographischer Atlas von Mecklenburg und Pommern. Bd. 1: Mecklenburg-Vorpommern. Das Land im Überblick. Schwerin.
- LZPB MV - LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) (1995b): Historischer und geographischer Atlas von Mecklenburg und Pommern. Bd. 2: Mecklenburg und Pommern. Das Land im Rückblick. Schwerin.
- MAB MV - MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND BAU MECKLENBURG-VORPOMMERN (2001): Expertise zur EU-Osterweiterung. Arbeitsmarktpolitische Konsequenzen und Handlungsoptionen für Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin (= Forschungsberichte zur Arbeitsmarktpolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern; 14).
- MAIER, JÖRG (Hrsg.) (1983): Staatsgrenzen und ihr Einfluß auf Raumstrukturen und Verhaltensmuster I - Grenzen in Europa. Bayreuth (= Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung; 23).
- MAIER, JÖRG (Hrsg.) (1990): Staatsgrenzen und ihr Einfluß auf Raumstrukturen und Verhaltensmuster II - Von geschlossenen zu offenen Grenzen. Bayreuth (= Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung; 26).
- MANGOTT, GERHARD/WALDRAUCH, HARALD/DAY, STEPHEN (eds.) (2000): Democratic Consolidation - The International Dimension: Hungary, Poland and Spain. Baden-Baden (= Wiener Schriften zur Internationalen Politik; 1).
- MANSFELDOVÁ, ZDENKA/SZABÓ, MÁTÉ (2000): Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß Ost-Mitteleuropas: Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei. In: MERKEL, W., S. 89-114.
- MARETZKE, STEFFEN (1997): Der ostdeutsche Transformationsprozeß im Spiegel ausgewählter räumlicher Entwicklungen. In: MUSIL, J./STRUBELT, W., S. 151-183.
- MÄRKER, ALFREDO (2001): Zuwanderungspolitik in der Europäischen Union. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B8, S. 3-10.
- MARKIEWICZ, WŁADYSŁAW (1995): Polen und Deutsche: Ressentiments ohne Ende?. In: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, S. 130-137.
- MARTINEZ, OSCAR J. (1994a): Border People - Life and Society in the U.S.-Mexico Borderlands. Tucson/London.
- MARTINEZ, OSCAR J. (1994b): The Dynamics of Border Interaction. In: SCHOFIELD, C. H. (ed.). Global Boundaries. London/New York (= World Boundaries Vol. 1), pp. 1-15.
- MATTHIESEN, ULF (2002a): Zur Methodik sozialräumlicher Milieuanalysen - Anmerkungen zur Rekonstruktion von Fallstrukturen sowie zur Praxis der Typenbildung. In: DEILMANN, C. (Hrsg.). Zukunft - Wohngebiet. Entwicklungslinien für städtische Teilräume. Berlin, S. 119-136.
- MATTHIESEN, ULF (2002b): Osterweiterung - Brandenburg - Polen: Statement zum "Zukunftsforum Brandenburg 2025". In: IRS aktuell Nr. 37, S. 3-4.

- MATTHIESEN, ULF (2002c): Die Osterweiterung der Europäischen Union und die deutsch-polnische Grenzregion - Problemlagen und Lernchancen. In: IRS aktuell Nr. 34, S. 1-5.
- MATUSIAK, KRZYSZTOF B. (2002): Entrepreneurship - Entwicklung in Polen. In: BRAUN, G./DIENSBURG, C. (Hrsg.): Entrepreneurship im Ostseeraum. Berlin, S. 267-279.
- MATZNETTER, WALTER (Hrsg.) (1995): Geographie und Gesellschaftstheorie. Wien (= Beiträge zur Bevölkerungs- und Sozialgeographie; 3).
- MAYR, ALOIS/TAUBMANN, WOLFGANG (eds.) (2000): Germany Ten Years after Reunification. Leipzig (= Beiträge zur Regionalen Geographie; 52).
- MC FALLS, LAURENCE (2001): Die kulturelle Vereinigung Deutschlands. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B11, S. 23-29.
- MEDICK, HANS (1993): Grenzziehungen und die Herstellung des politisch-sozialen Raumes. In: WEISBROD, B., S. 195-207.
- MERKEL, WOLFGANG (1994): Restriktionen und Chancen demokratischer Konsolidierung in postkommunistischen Gesellschaften. Ostmitteleuropa im Vergleich. In: Berliner Journal für Soziologie H. 4, S. 463-484.
- MERKEL, WOLFGANG (1999): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen (= Systemwechsel; 5).
- MERKEL, WOLFGANG (Hrsg.): (2000): Zivilgesellschaft und Transformation. Opladen.
- MESSENGIEBER, MANUACH (1999): Transformation der Wirtschaftssysteme aus systemtheoretischer Sicht. Ein Beitrag zur Transformationstheorie. Berlin (= Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der FU Berlin, Bereich Recht und Wirtschaft; 6).
- MILBRANDT, BEATE (2000): Finanzielle Aspekte für eine erweiterte europäische Union. In: Berliner Osteuropa Info H. 14, S. 8-9.
- MILDENBERGER, MARKUS (2002): Die Europadebatte in Politik und Öffentlichkeit der ostmitteleuropäischen EU-Kandidatenländer. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B1-2, S. 3-10.
- MINGHI, JULIAN, V. (1994): European Borderlands. International harmony, landscape change and new conflict. In: GRUNDY-WARR, C. (ed.). Eurasia. London/New York (= World Boundaries Vol. 3), pp. 89-98.
- MIOGA, MANFRED (2001): Struktur und Handeln im Regulationsansatz. Die soziale Formbestimmtheit von Handeln und Institutionen. In: REUBER, P./WOLKERSDORFER, G., S. 269-277.
- MOHAN, GILES (2002): Rethinking Institutions and Embeddedness in a Third World Context. In: TAYLOR, M./LEONARD, S., pp. 37-55.
- MÖLLER, DIRK (2001): Humankapitalportfolios als Determinante internationaler Arbeitsmigration - dargestellt am Beispiel Polens und Deutschlands. Köln (= Working Papers 03).
- MÜHLBERG, DIETRICH (2001): Beobachtete Tendenzen zur Ausbildung einer ostdeutschen Teilkultur. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B11, S. 30-38.
- MUSIL, JIRI/STRUBELT, WENDELIN (Hrsg.) (1997): Räumliche Auswirkungen des Transformationsprozesses in Deutschland und bei den östlichen Nachbarn. Opladen (= KSPW; 25).
- MUSIL, JIRI/STRUBELT, WENDELIN (1997): Zur vergleichenden Perspektive der lokalen und regionalen Dimension des politischen und sozialen Wandels in den fünf neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland, der Slowakei, der Tschechischen Republik und in Polen. In: MUSIL, J./STRUBELT, W., S. 11-27.
- NEUSS, BEATE/JURZEK, PETER, HILZ, ELFRAM (Hrsg.) (1998): Grenzübergreifende Kooperation im östlichen Mitteleuropa. Chemnitz (= Occasional Papers; 19).
- NIEDERSÄCHSISCHE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.) (1995): Polen und Deutschland. Nachbarn in Europa. Hannover.
- NIEWRZĘDA, KRZYSZTOF (2003): Im Zentrum oder an der Peripherie des Kontinents. Eine Stadt auf der Suche nach einer neuen Identität. In: DIALOG 62-63, S. 76-82.
- NIJKAMP, PETER/RIENSTRA, SYTZE A. (2000): Internationalization and Localization: A Comparative Analysis of Hard and Soft Factors. In: ROTHENGATTER, W./KOWALSKI, J. (eds.). Soft Factors in Spatial Dynamics. Baden-Baden, pp. 64-85.

- NORTH, DOUGLASS C. (1990): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge.
- NOWISKA, EWA (1999): Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland. In: BINGEN, D./MALINOWSKI, K., S.23-24.
- OBERWITTLER, DIETRICH/NAPLAVA, THOMAS (2002): Auswirkungen des Erhebungsverfahrens bei Jugendbefragungen zu "heiklen Themen" - schulbasierte schriftliche Befragung und haushaltsbasierte mündliche Befragung im Vergleich. In: ZUMA Nachrichten H. 51, S. 49-77.
- OFFE, CLAUS (1998): Die politisch-kulturelle "Innenseite" der Konsolidierung. Eine Anmerkung über Besonderheiten der postkommunistischen Transformation. In: WAGENER, H.-J./FRITZ, H., S. 100-114.
- ORBÁN, ANNAMÁRIA (2000): Trust, Embeddedness and Networks in Economic Relations. In: *Society and Economy in Central and Eastern Europe* H. 4, pp. 152-163.
- ORŁOWSKI, WITOLD M. (2001): Entgegen allem Klischeedenken. Die Erweiterung der Europäischen Union um Polen. Warschau.
- OSMANOVIC, ARMIN (2000): 'New Economic Geography', Globalisierungsdebatte und Geographie. In: *Die Erde* H. 3, S. 241-257.
- OTT, THOMAS (1997a): Erfurt im Transformationsprozeß der Städte in den neuen Bundesländern. Ein regulationstheoretischer Ansatz. Erfurt (= Erfurter Geographische Studien; 6).
- OTT, THOMAS (1997b): Zur Theorie der postsozialistischen Transformation in Ostdeutschland auf städtischer Ebene. In: *Geographische Zeitschrift* H. 4, S. 213-230.
- OTT, THOMAS (2000): Angleichung, nachholende Modernisierung oder eigener Weg? Beiträge der Modernisierungstheorie zur geographischen Transformationsforschung. In: *Europa Regional* H. 3/4, S. 20-27.
- PAASI, ANSSI (2001): "A Borderless world" - Is it only rhetoric or will boundaries disappear in the globalizing world? In: REUBER, P./WOLKERSDORFER, G., S. 133-145.
- PARASKEWOPOULUS, SPIRIDON (Hrsg.) (2000): *Die Osterweiterung der Europäischen Union: Chancen und Perspektiven*. Berlin.
- PAS, NIKOLAUS VAN DER (2001): Die EU-Erweiterung als Pflicht, Chance und Vorteil. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (2001a).
- PĘDZIWIŁ, AURELIUSZ M. (2003): In Temelins Schatten, mit Dekreten unter dem Arm. Tschechien auf dem Weg in die EU. In: *DIALOG* 62-63, S. 30-34.
- PIAZOLO, DANIEL (2002): Entwicklungsunterschiede innerhalb einer erweiterten EU. Herausforderungen und Chancen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B1-2, S. 11-22.
- PICKEL, ANDREAS (1997): Das ostdeutsche Transformationsmuster als Paradebeispiel holistischer Reformstrategie. In: WIEGOHLS, J./WIESENTHAL, H., S. 33-43.
- PISKORSKI, JAN M. (2000): Die deutsch-polnische Grenze und die historisch-geographische Nomenklatur von Grenzterritorien. In: STÖBER, G./MAIER, R., S. 101-108.
- PISKORSKI, JAN M. (Hrsg.) (1999): *Pommern im Wandel der Zeiten*. Szczecin.
- POHL, JÜRGEN (1993): *Regionalbewußtsein als Thema der Sozialgeographie*. München (= Münchener Geographische Hefte; 70).
- POLLACK, DETLEF (1997): Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung. Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B13, S. 3-14.
- POMERANIA E.V (1999): *Grenzüberschreitendes Entwicklungs- und Handlungskonzept der Euroregion Pomerania für den Zeitraum 2000-2006*. Endbericht. Löcknitz.
- POTRYKOWSKI, MAREK (1990): Die Wirtschaft Polens in der Krisenlage, unter besonderer Berücksichtigung der räumlichen Aspekte. In: *Raumforschung und Raumordnung* H. 1, S. 16-18.
- PRADETTO, AUGUST/LINZ, OLIVER (Hrsg.) (2002): *Ostmitteleuropa zwischen regionaler Kooperation und europäischer Integration*. Hamburg (= Studien zur Internationalen Politik 1).
- PRADETTO, AUGUST/LINZ, OLIVER (2002): Der europäische Integrationsprozess in der Wahrnehmung und Beurteilung deutscher politischer Eliten. In: PRADETTO, A./LINZ, O., S. 131-148.

- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (⁴1996): Europa 2000. Die Europäische Union der fünfzehn Staaten. Bonn.
- PUSŁECKI, ZDZISŁAW W. (2002): Der EU-Beitritt Polens - Chance oder Opfergang für die Wirtschaft? In: WeltTrends Nr. 34, S. 52-64.
- PÜTZ, ROBERT (1998a): Einzelhandel im Transformationsprozeß: das Spannungsfeld von lokaler Regulierung und Internationalisierung am Beispiel Polen. Passau.
- PÜTZ, ROBERT (1998b): Polen im Transformationsprozeß. In: Geographische Rundschau H. 1, S. 4-11.
- PÜTZ, ROBERT (Hrsg.) (1999): Ostmitteleuropa im Umbruch. Wirtschafts- und sozialgeographische Aspekte der Transformation. Mainz (= Mainzer Kontaktstudium Geographie; 5).
- PÜTZ, ROBERT (1999): Modernisierung durch Internationalisierung? Die Transformation des Einzelhandels am Beispiel Polen. In: PÜTZ, R., 99-117.
- QUAISSER, WOLFGANG (2001): Wirtschaftliche Konsequenzen der Osterweiterung für Deutschland - ein Überblick. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (2001a).
- RAISER, SIMON (1999): Politische Gestaltung jenseits des Nationalstaates. Berlin (= Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft, Osteuropa-Institut der FU-Berlin; 25).
- RAPACKI, RYSZARD (2000): Corporate Governance in Poland: the Impact of Mass Privatization. In: Osteuropa-Wirtschaft H. 4, S. 394-403.
- RAUSCH, THOMAS (1999): Zwischen Freiheitssuche und DDR-Nostalgie. Lebensentwürfe und Gesellschaftsbilder ostdeutscher Jugendlicher. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B45, S. 32-38.
- REESE-SCHÄFER, WALTER (2000): Politische Theorie heute: neuere Tendenzen und Entwicklungen. München/Wien (= Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft).
- REGIONALNE BIURO GOSPODARKI PRZESTRENNEJ W SZCZECINIE (2001): Plan Zagospodarowania Przestrennego Województwa Zachodniopomorskiego. Szczecin/Koszalin.
- REICHART, THOMAS (1999): Bausteine der Wirtschaftsgeographie. Bern/Stuttgart/Wien.
- REICHERT, DAGMAR (1995): On Boundaries. In: MATZNETTER, W., S. 70-79.
- REIBIG, ROLF (1994): Transformation. Theoretisch-konzeptionelle Ansätze und Erklärungsversuche. Berliner Journal für Soziologie H. 3, S. 323-343.
- REIBIG, ROLF (1997): Transformationsforschung: Gewinne, Defizite, Perspektiven. In: WIEGOHLS, J./WIESENTHAL, H., S. 188-213.
- REUBER, PAUL/WOLKERSDORFER, GÜNTER (Hrsg.) (2001): Politische Geographie: Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics. Heidelberg.
- RIBHEGGE, HERMANN (1997): Die Osterweiterung der Europäischen Union als Herausforderung für die Neuen Bundesländer im Transformationsprozess. Frankfurt O. (=Frankfurter Institut für Transformationsstudien. Diskussion Papers; 5).
- RIBHEGGE, HERMANN (2000): Die wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Osterweiterung der Europäischen Union für die neuen Bundesländer und ihre Grenzregionen. Frankfurt O. (= kowa-arbeitspapiere; 12).
- RIECHERS, ALBRECHT (1995): Polen: Raum, Bevölkerung, Struktur, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. In: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, S. 58-88.
- RIPPEL, PHILIPP (Hrsg.) (2001): Machiavelli, Niccolò. Il Principe - Der Fürst. Italienisch/Deutsch. Stuttgart.
- ROGGEMANN, HERWIG (2000): Die Osterweiterung der Europäischen Union - rechtliche und politische Probleme und Perspektiven. In: Berliner Osteuropa Info H. 14, S. 4-6.
- RÖSCH, OLGA (Hrsg.): (1999): Interkulturelle Kommunikation mit polnischen Partnern in Wirtschaft und Wissenschaft. Berlin (= Wildauer Schriftenreihe; 3).
- RÖSCH, OLGA (Hrsg.) (³2001): Stereotypisierung des Fremden: Auswirkungen in der Kommunikation Berlin (= Wildauer Schriftenreihe; 4).
- ROTHACHER, ALBRECHT (1999): Die Transformation Mitteleuropas: Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Tschechien, Polen, Ungarn, Slowenien, Kroatien und Litauen. Wien (= Schriftenreihe der Wirtschaftskammer Österreich; 82).

- RPV - REGIONALER PLANUNGSVERBAND VORPOMMERN (Hrsg.): (1998): Regionales Raumordnungsprogramm Vorpommern. Greifswald.
- RPV - REGIONALER PLANUNGSVERBAND VORPOMMERN (2000): Strukturkonzept zur nachhaltigen Entwicklung der Inseln Usedom - Wolin. Studie zur grenzüberschreitenden Planung. Schlussbericht. Greifswald/Berlin.
- RPV - REGIONALER PLANUNGSVERBAND VORPOMMERN (2002): Regionales Entwicklungskonzept Vorpommern. Greifswald.
- RUDOLPH, HEDWIG (Hrsg.) (1995): Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen: Handlungslogiken und -ressourcen im Prozess der Transformation. Berlin (= WZB-Jahrbuch).
- SAKSON, ANDRZEJ (1998): Die Deutschen in der öffentlichen Meinung Polens. In: FRANZKE, J., S. 26-240.
- SARETZKI, ANJA/WILKEN, MARKUS/WÖHLER, KARLHEINZ (2002): Lernende Tourismusregionen. Vernetzung als Strategischer Erfolgsfaktor kleiner und mittlerer Unternehmen. Münster/ Hamburg/London (= Tourismus Beiträge zu Wissenschaft und Praxis; 3).
- SAUERLAND, DIRK (2001): Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Regionen - Betrachtungen aus Sicht der Neuen Institutionenökonomik. In: Informationen zur Raumentwicklung H. 8, S. 481-490.
- SBC - SERVICE- UND BERATUNGSZENTREN DER KOMMUNALGEMEINSCHAFT EUROPAREGION POMERANIA E.V (1999): Untersuchung der grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeit von Unternehmen in der Euroregion Pomerania (unveröff.). Anklam.
- SCHABHÜSER, BRIGITTE (1993): Grenzregionen in Europa. Zu ihrer derzeitigen Bedeutung in Raumforschung und Raumordnungspolitik. In: Informationen zur Raumentwicklung H. 10, S. 655-668.
- SCHAMP, EIKE W. (1995): Die Bildung neuer grenzüberschreitender Regionen im östlichen Mitteleuropa. In: GRUBER, H. ET AL., S. 1-18.
- SCHAMP, EIKE W. (2000): Vernetzte Produktion. Industriegeographie aus institutioneller Perspektive. Darmstadt.
- SCHAMP, EIKE W. (2002): Evolution und Institution als Grundlagen einer dynamischen Wirtschaftsgeographie: Die Bedeutung von externen Skalenerträgen für geographische Konzentration. In: Geographische Zeitschrift H. 1, S. 40-51.
- SCHÄTZL, LUDWIG (⁷1998): Wirtschaftsgeographie 1. Theorie. Paderborn/München/Wien/Zürich
- SCHERRER, CHRISTOPH (2001): Jenseits von Pfadabhängigkeit und "natürlicher Auslese": Institutionentransfer aus diskursanalytischer Perspektive. Berlin (= WZB FS II 01-205).
- SCHMIDT-SEIWERT, VOLKER (2001): Regionale Wettbewerbsfähigkeit der Regionen der EU. Potenzielle Auswirkungen im Prozess der EU-Erweiterung. In: Informationen zur Raumentwicklung H. 11/12, S. 789-797.
- SCHNEIDER, KRYSZYNA (1999): Der Transformationsprozess in Polen: politische, wirtschaftliche und soziale Dimension des Wandels. Bonn.
- SCHNUR, OLAF (2002): Wege aus der Exklusion: Sozialkapital als neue Perspektive für die Entwicklung marginalisierter Stadtquartiere. In: MAYR, A./MEURER, M./VOGT, J. (Hrsg.). Stadt und Region. Dynamik von Lebenswelten. Tagungsband. Geographentag Leipzig 2001. Leipzig, S. 306-320.
- SCHOLICH, DIETMAR (1995): Polnisch-deutsche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumplanung - ein wichtiger Baustein in einem zusammenwachsenden Europa. In: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, S. 89-102.
- SCHRADER, HEIKO (2001): Vertrauen, Sozialkapital, Kapitalismen. Überlegungen zur Pfadabhängigkeit des Wirtschaftshandelns in Osteuropa. Magdeburg (= Arbeitsbericht; 13).
- SCHRADER, HELMUT (2002): Social Capital, Local Actor Networks and Differential Economic Performance in Rural Areas - Evidence from Case Studies in Germany. 42nd Congress of the Regional Science Association. Dortmund.
- SCHUHBAUER, JÖRG (1996): Wirtschaftsbezogene regionale Identität. Mannheim (= Mannheimer Geographische Arbeiten; 42).

- SCHULTZ, HANS-DIETRICH (2000): Die Theorie der "natürlichen Grenzen" am Beispiel Polens. In: STÖBER, G./MAIER, R., S. 9-56.
- SCHULTZ, HELGA (Hrsg.) (1999): Bevölkerungstransfer und Systemwandel: ostmitteleuropäische Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg. Berlin (= Frankfurter Studien zur Grenzregion; 4).
- SCHULZE, HOLGER (1997): Neo-Institutionalismus. Ein analytisches Instrument zur Erklärung gesellschaftlicher Transformationsprozesse. Berlin (= Osteuropa-Institut der FU Berlin Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft; 4).
- SCHWAB, OLIVER (1997): Euroregionen an der deutsch-polnischen Grenze - gefangen im Politik- und Verwaltungsnetz? In: Raumforschung und Raumordnung H. 1, S. 4-13.
- SCHWANITZ, SIMONE (²1997): Transformationsforschung: Area Studies versus Politikwissenschaft. Berlin (= Osteuropa-Institut der FU Berlin. Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft; 3).
- SCOTT, JAMES (1999): Comprehending Transboundary Regionalism: Developing an Analytical Domain for Comparative Research. IRS Berichte. Erkner.
- SEKRETARIAT EUROPEJSKI (2002): Bilans negocjacji o członkostwo Polski w Unii Europejskiej. Warszawa.
- STAATSKANZLEI MECKLENBURG-VORPOMMERN (2001): Mecklenburg-Vorpommern in Europa. Schwerin.
- STADELBAUER, JÖRG (2000): Räumliche Transformationsprozesse und Aufgaben geographischer Transformationsforschung. In: Europa Regional H. 3/4, S. 60-71.
- STARK, DAVID/BRUSZT, LÁSZLÓ (1998): Postsocialist Pathways: Transforming Politics and Property in East Central Europe. Cambridge.
- STBA - STATISTISCHES BUNDESAMT (div. Jg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.
- STBA - STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2002): Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.
- STERNBERG, ROLF (2001): New Economic Geography und Neue regionale Wachstumstheorie aus wirtschaftsgeographischer Sicht. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie H. 3-4, S. 159-180.
- STLA MV - STATISTISCHES LANDESAMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (div. Jg.): Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.
- STÖBER, GEORG (Hrsg.) (2002): Polen, Deutschland und die Osterweiterung der EU aus geographischen Perspektiven. Hannover.
- STÖBER, GEORG/MAIER, ROBERT (Hrsg.) (2000): Grenzen und Grenzräume in der deutsch-polnischen Geschichte. Hannover.
- STOJANOV, CHRISTO (2001): Zur Situation der Transformationsforschung. Magdeburg (= Arbeitsbericht; 8. Internet-Fassung).
- STROHMEIER, RUDOLF (Hrsg.) (²1999): Die Europäische Union. Compendium aus deutscher Sicht.
- STRUBELT, WENDELIN/BECKER, ANNETTE (1996): Städte und Regionen - räumliche Folgen des Transformationsprozesses. Berichte der Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. Opladen (= KSPW; 5).
- STRYJAKIEWICZ, TADEUSZ (1996a): Euroregionen an der deutsch-polnischen Grenze und Probleme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. In: BÜRKNER, H.-J./KOWALKE, H., S. 43-54.
- STRYJAKIEWICZ, TADEUSZ (1996b): Euroregionen an Polens Westgrenze - territoriale Einordnung, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Wahrnehmung. In: Geographie und Schule, H. 103, S. 35-42.
- STRYJAKIEWICZ, TADEUSZ (2002): Das polnisch-deutsche Grenzgebiet - eine Herausforderung für den europäischen Integrationsprozess. In: STÖBER, G., S. 104-119.
- Szczegóła, Hieronim (1999): Polnische Ansiedlung in Ostbrandenburg. In: SCHULTZ, H., S. 31-38.
- SZUL, ROMAN (1997): General Trends of the Socio-economic Transformation Processes in Poland after 1989. In: MUSIL, J./STRUBELT, W., S. 87-99.

- SZWANKOWSKI, STANISŁAW (1998): Areas of co-operation and competition of the Szczecin-Świnoujście port and the German North Sea and Baltic ports. In: Bulletin of the Maritime Institute 25/2. Gdańsk, pp. 5-13.
- TATUR, MELANIE (1998): Ökonomische Transformation, Staat und moralische Ressourcen in den postsozialistischen Gesellschaften. PROKLA H. 3, S. 339-374.
- TAYLOR, MICHAEL/LEONARD, SIMON (eds.) (2002): Embedded enterprise and social capital: international perspectives. Hampshire.
- TAYLOR, MICHAEL/LEONARD, SIMON (2002a): Approaching 'Embeddedness'. In: TAYLOR, M./LEONARD, S., pp. 1-18.
- TAYLOR, MICHAEL/LEONARD, SIMON (2002b): Understanding Embeddedness. In: TAYLOR, M./LEONARD, S. (eds.): Embedded Enterprise and Social Capital: International Perspectives. Hampshire, pp. 289-295.
- TAYLOR, ZBIGNIEW (2000): Przekształcenia sieci handlu detalicznego i gastronomii w okresie transformacji społeczno-gospodarczej Polski. Wrocław (= Prace Geograficzne; 175).
- THUEN, TROND (1999): The significance of borders in the East European transition. In: International Journal of Urban and Regional Research 23/4, pp. 738-750.
- TICHY, GUNTHER (2001): Regionale Kompetenzzyklen - Zur Bedeutung von Produktlebenszyklus- und Clusteransätzen im regionalen Kontext. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie H. 3-4, S. 181-201.
- TOMALA, MIECZYŚLAW (1995): Deutsch-polnische Wirtschaftsbeziehungen seit 1919. In: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, S. 45-56.
- TRAUTMANN, GÜNTER (1999): Die Osterweiterung der Europäischen Union - Chancen und Grenzen. In: CLEMENS, G., S. 41-75.
- URBAN, THOMAS (1998): Polen. München (= Beck'sche Reihe Länder 875).
- URZĄD STATYSTYCZNY W SZCZECINIE (2001): Rocznik Statystyczny 2001 Województwa Zachodniopomorskiego. Tom I i II. Szczecin.
- VARWICK, JOHANNES (2002): EU-Erweiterung: Stabilitätsexport oder Instabilitätsimport. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B1-2, S. 23-30.
- VOIGT, GERHARD/DUTKOWSKI, MAREK (2000): Werften an der polnischen Ostseeküste. In: Geographie heute H. 178, S. 12-15.
- VOIGT, STEFAN (2002): Institutionenökonomik. München.
- VOIVODE OF SZCZECIN CITY/REGIONAL OFFICE OF SPATIAL ECONOMY (Hrsg.) (1998): Study and analyses to a structural conceptual design of the islands in the north part of Szczecin Lagoon. Szczecin.
- VORAUER, KARIN (1997): Europäische Regionalpolitik - Regionale Disparitäten: Theoretische Fundierung, empirische Befunde und politische Entwürfe. München/Passau (= Münchener Geographische Hefte; 77).
- WAACK, CHRISTOPH (2000a): "Regionen" an Staatsgrenzen und "Grenzregionen". In: FASSEL, H./WAACK, C. (Hrsg.): Regionen im östlichen Europa - Kontinuitäten, Zäsuren und Perspektiven. Tübingen (= Tübinger Geographische Studien; 128), S. 169-185.
- WAACK, CHRISTOPH (2000b): Stadträume und Staatsgrenzen. Leipzig (= Beiträge zur Regionalen Geographie; 51).
- WAGENER, HANS-JÜRGEN (1996): Transformation als historisches Phänomen. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (2), S. 179-191.
- WAGENER, HANS-JÜRGEN/FRITZ, HEIKO (Hrsg.) (1998): Im Osten was Neues: Aspekte der EU-Osterweiterung. Bonn (= EINE Welt-Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden; 7).
- WAGENER, HANS-JÜRGEN/FRITZ, HEIKO (1998): Transformation - Integration - Vertiefung. Zur politischen Ökonomie der EU-Osterweiterung. In: WAGENER, H.-J./FRITZ, H., S. 16-43.
- WASCHKUHN, ARNOLD/THUMFART, ALEXANDER (Hrsg.) (1999): Politik in Ostdeutschland. Lehrbuch zur Transformation und Innovation. München/Wien.

- WEINERT, RAINER (1997): Institutionenwandel und Gesellschaftstheorie. Modernisierung, Differenzierung und Neuer Ökonomischer Institutionalismus. In: GÖHLER, G., S. 70-93.
- WEISBROD, BERND (Hrsg.) (1993): Grenzland: Beiträge zur Geschichte der deutsch-deutschen Grenze. Hannover.
- WEIß, WOLFGANG (Hrsg.) (1996): Perthes Länderprofile - Mecklenburg-Vorpommern. Gotha.
- WEIß, WOLFGANG/HILBIG, ANTJE (1998): Selektivität von Migrationsprozessen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern. In: Informationen zur Raumentwicklung H. 11/12, S. 793-802.
- WELFENS, PAUL J. J. (1999): Economic Aspects of the Eastern Enlargement of the European Union. Brühl (= Bericht des BIOst; 7).
- WERNER, FRANK (2000): Zur wirtschaftsräumlichen Struktur Osteuropas. In: Berliner Osteuropa Info H.14, S. 16-18.
- WERNER, GABRIELE (1996): Die europäische Regionalpolitik im Spannungsfeld zwischen Wachstums- und Ausgleichspolitik. Die Rolle der Regionalpolitik im Integrationsprozess der Europäischen Gemeinschaft.
- WERNER, HEINZ (2001): Wirtschaftliche Integration und Arbeitskräftewanderungen in der EU. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B8, S. 11-19.
- WIELGOHS, JAN/WIESENTHAL, HELMUT (Hrsg.) (1997): Einheit und Differenz: Die Transformation Ostdeutschlands in vergleichender Perspektive. Berlin.
- WIERZCHOSŁAWSKI, STANISŁAW (1996): Demographische Veränderungen im mittleren Grenzgebiet in der Nachkriegszeit. In: LISIECKI, S., S. 21-52.
- WIESENTHAL, HELMUT (1999): Transformationsforschung als Paradigmentest. In: Berliner Osteuropa Info H. 13, S. 5-7.
- WÖHLKE, WILHELM (Hrsg.) (1991): Länderbericht Polen. Bonn (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung; 296).
- WOLTER, ACHIM (Hrsg.) (1999): Migration in Europa: Neue Dimensionen, neue Fragen, neue Antworten. Baden-Baden (= Schriftenreihe des Europa-Kollegs Hamburg zur Integrationsforschung; 21).
- ZAPF, WOLFGANG/DIERKES, MEINOLF (Hrsg.) (1994): Institutionenvergleich und Institutionendynamik. Berlin (= WZB-Jahrbuch).
- ZAPF, WOLFGANG/HABICH, ROLAND (1994): Sozialberichterstattung: Die Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. In: ZAPF, W./DIERKES, M., S. 327-348.
- ZIEGLER, ASTRID (2001): Regionale Auswirkungen der EU-Osterweiterung. Handlungsempfehlungen für die Politik. In: Informationen zur Raumentwicklung H. 11/12, S. 719-726.
- ZIEMER, KLAUS (1991): Erwerbstätigkeit und Sozialstruktur. In: WÖHLKE, W., S. 95-107.
- ZIEMER, KLAUS (2001): Innen- und außenpolitische Lernprozesse in Polen in den neunziger Jahren. In: BENKENSTEIN, M. et al., S. 155-170.
- ZIMMERMANN, HANS-DIETER (Hrsg.) (2000): Mythen und Stereotypen auf beiden Seiten der Oder. Berlin (= Schriftenreihe des Forum Guardini; 9).
- ZSCHIEDRICH, HARALD (2000): Strategische Ost-West-Wertschöpfungspartnerschaften. In: Osteuropa-Wirtschaft H. 4, S. 379-393.
- ZSCHIEDRICH, HARALD (2003): Globalisierung - Chance und Herausforderung für die Wirtschaften in Mitteleuropa auf dem Weg in die Europäische Union. In: Berichte (IWWWW; 13). Berlin, S. 16-30.
- ZÜRN, M. (1998): Regieren jenseits des Nationalstaates: Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Frankfurt M.
- ZWIENER, ULRICH/SIEMEK, MAREK (Hrsg.) (1992): Polen und Deutsche in Europa. Tradition der Gemeinsamkeit und neue Wege. Deutsch-Polnische Gespräche im Collegium Europaeum Jenense. 8.-9.4.92. Erlangen/Jena (= Schriftenreihe des C.E.J.; 6).

Internetquellen

- WWW.AUSWAERTIGES-AMT.DE (Auswärtiges Amt): Erweiterung der Europäischen Union.
www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/verteifung/erweiterung_html
eingesehen am 16.07.2003a
- WWW.AUSWAERTIGES-AMT.DE (Auswärtiges Amt): Beitrittsreferenden.
www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/eu/beitrittsreferenden.pdf
eingesehen am 16.07.2003b
- WWW.CBOS.PL (Centrum Badania Opinii Społecznej): Wyniki.
www.cbos.pl
eingesehen am 16.07.2003
- WWW.EUROPA.EU.INT (Europäische Kommission): Freizügigkeit – Praktischer Leitfaden für die erweiterte Europäische Union.
www.europa.eu.int/comm/enlargement/negotiations/chapters/chap2/free_movement_of_persons_de.pdf
eingesehen am 30.09.2003
- WWW.EUROPA.EU.INT (Eurostat): Pressemitteilung 30.01.2003: Regionales Pro-Kopf-BIP in der EU und in den Beitrittsländern 2000.
www.europa.eu.int/comm/eurostat/Public/datashop/print-product/DE?catalogue=Eurostat&product=1-30012003-DE-AP-DE&type=pdf
eingesehen am 25.03.2003
- WWW.INFOPOLEN.DE (Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft): Grenzübergänge
www.infopolen.de/wDeutsch/4_Tipps/Grenze/07_Deutschland.asp?navid_382.
eingesehen am 14.08.2003
- WWW.MEHR-EUROPA.DE (Europ. Kommission, Vertretung in der BR Deutschland/Europ. Parlament): Website der Europäischen Kommission in Deutschland zur EU-Erweiterung.
www.mehr-europa.de
eingesehen am 30.09.2003
- WWW.MV-REGIERUNG.DE (Landesregierung MV): Partnerschaften.
www.mv-regierung.de/stk/internat.htm
eingesehen am 12.02.2001
- WWW.MV-REGIERUNG.DE (Landesregierung MV): Kooperationen.
www.mv-regierung.de/stk/eu-abt/kooperat.htm
eingesehen am 13.08.2003
- WWW.STAT.GOV.PL (Główny Urząd Statystyczny)
www.stat.gov.pl/urzedz/szczec/str11.htm
eingesehen am 11.08.2003

Anhang

I Polnische Aussprache, Namen und Begriffe

II Schullisten für den Untersuchungsraum

- für den deutschen Teil des Untersuchungsraumes
- für den polnischen Teil des Untersuchungsraumes

III Fragebögen

- für Schüler an Gymnasien (deutsch)
- für Eltern von Grundschulern (deutsch)
- für Schüler an Lyzeen (polnisch)
- für Eltern von Grundschulern (polnisch)

Polnische Aussprache

ą ę	nasal wie frz. -on, -in	Bonbon Bassin
c	z	Zucker
ć ci	tch	Entchen
cz	tsch	Tscheche
ch	hartes ch	Dach
dz	weiches ds	
dź dzi	dsch	Dschungel
ł		engl. where
ń ni	weiches n (nj)	Kognak
ó	u	Summe
rz ź	weiches sch	Journal
ś si	mittel zw. sch und ch	
sz	sch	Schal
y	kurzes i	Sinn
z	weiches s	Suppe
ź zi	weiches sch	

QUELLE: VEREINFACHT NACH LEWICKA/LEWICKI 2001

Polnische Namen und Begriffe

Szczecin	Stettin
Świnoujście	Swinemünde
szkoła podstawowa	Grundschule (6 Jahre)
gimnazjum + liceum	Gymnasium (3+3 Jahre)
powiat	Kreis
gmina	Gemeinde
województwo	Woiwodschaft
Pomorze Zachodnie	Westpommern
Województwo Zachodniopomorskie	Woiwodschaft Westpommern

Schullisten für den deutschen Teil des Untersuchungsraumes

Quelle: Schulamts Greifswald/Schulamts Neubrandenburg 2001

* Die Angaben wurden aus Datenschutzgründen teilweise entfernt.

GRUNDSCHULEN (X AUSWAHL FÜR BEFRAGUNG)

	Schule	Typ	Schulleiter/in*	Ort + Anschrift*	Tel.*
1.	Grundschule Ahlbeck	Verb. HS/RS + GS		Ahlbeck (Usedom)	
2.	Grundschule Ahlbeck	GS		Ahlbeck (Amt Ueckermünde Land)	
3.	Grundschule Cothenius	GS		Anklam	
4.	Grundschule Gebrüder Grimm	GS		Anklam	
5.	Grundschule Villa Kunterbunt	GS		Anklam	
6.	Grundschule Bansin	GS		Bansin	
7.	Grundschule Dersekow	Verb. HS/RS + GS		Dersekow	
8.	Grundschule Ducherow	Verb. HS/RS + GS		Ducherow	
9.	Grundschule Eggesin	GS		Eggesin	
10.	Grundschule Eichhof	GS		Eichhof	
11.	Grundschule Ferdinandshof	GS		Ferdinandshof	
12.	Grundschule Grambow	GS		Grambow	
13.	Freie Waldorfschule			Greifswald	
14.	Grundschule Caspar David Friedrich	GS		Greifswald	
15.	Grundschule Erich Böhmke	GS		Greifswald	
16.	Grundschule Erich Weinert	GS		Greifswald	
17.	Grundschule Ernst Moritz Arndt	GS		Greifswald	
18.	Grundschule Fritz Reuter	GS		Greifswald	
19.	Greif-Grundschule	GS		Greifswald	
20.	Grundschule Grete Walter	GS		Greifswald	
21.	Hanse-Grundschule	GS		Greifswald	
22.	Grundschule Karl Krull	GS		Greifswald	
23.	Grundschule Karl Marx	GS		Greifswald	
24.	Grundschule Käthe Kollwitz	GS		Greifswald	
25.	Grundschule Martin Andersen Nexö	GS		Greifswald	
26.	Montessori-Grundschule			Greifswald	
27.	Grundschule Pablo Neruda	GS		Greifswald	
28.	Grundschule Gützkow	Verb. HS/RS + GS		Gützkow	
29.	Grundschule Heringsdorf	GS		Heringsdorf	
30.	Grundschule Jatznick	GS		Jatznick	
31.	Grundschule Karlsburg	GS		Karlsburg	
32.	Grundschule Karlshagen	GS		Karlshagen	
33.	Grundschule Fritz Reuter	GS		Kemnitz	
34.	Grundschule des Amtes Insel Usedom-Mitte	GS		Koserow	
35.	Grundschule Krien	Verb. HS/RS + GS		Krien	
36.	Grundschule Fritz Reuter	Verb. HS/RS + GS		Kröslin	
37.	Grundschule Lissan	GS		Lissan	
38.	Grundschule Leopoldshagen	GS		Leopoldshagen	
39.	Grundschule Löcknitz	GS		Löcknitz	
40.	Grundschule Mewegen	GS		Mewegen	
41.	Grundschule Netzwow	GS		Netzwow	
42.	1. Grundschule	GS		Neubrandenburg	
43.	2. Grundschule	GS		Neubrandenburg	
44.	5. Grundschule	GS		Neubrandenburg	
45.	7. Grundschule	GS		Neubrandenburg	

	<i>Schule</i>	<i>Typ</i>	<i>Schulleiter/in*</i>	<i>Ort + Anschrift*</i>	<i>Tel.*</i>
46.	9. Grundschule	GS		Neubrandenburg	
47.	11. Grundschule	GS		Neubrandenburg	
48.	12. Grundschule	GS		Neubrandenburg	
49.	13. Grundschule	GS		Neubrandenburg	
50.	15. Grundschule	GS		Neubrandenburg	
51.	Evangelische Grundschule	GS		Neubrandenburg	
52.	Schule am Bodden	Verb. HS/RS + GS		Neuenkirchen	
53.	Grundschule Pasewalk Mitte	GS		Pasewalk	
54.	Grundschule Pasewalk Ost	GS		Pasewalk	
55.	Grundschule Penkun	GS		Penkun	
56.	Grundschule Riemser Ort	GS		Riemser Ort	
57.	Grundschule J. H. von Thünen	Verb. HS/RS + GS		Rubkow	
58.	Grundschule Fritz Reuter	Verb. HS/RS + GS		Sarnow	
59.	Grundschule Schlatkow	Verb. HS/RS + GS		Schlatkow	
60.	Grundschule Spantekow	Verb. HS/RS + GS		Spantekow	
61.	Grundschule Strasburg	GS		Strasburg	
62.	Pestalozzi-Grundschule	GS		Torgelow	
63.	Grundschule Ückeritz	GS		Ückeritz	
64.	Goethe-Grundschule	GS		Ueckermünde	
65.	Grundschule Ost	GS		Ueckermünde	
66.	Grundschule Usedom	Verb. HS/RS + GS		Usedom	
67.	Grundschule Viereck	GS		Viereck	
68.	Grundschule An der Schwedenschanze	GS		Weitenhagen	
69.	Grundschule Baustraße	GS		Wolgast	
70.	Grundschule Paschenberg	GS		Wolgast	
71.	Grundschule Wolgast	Verb. HS/RS + GS		Wolgast	
72.	Grundschule Zinnowitz	GS		Zinnowitz	
73.	Grundschule Zirchow	Verb. HS/RS + GS		Zirchow	

GYMNASIEN (X AUSWAHL FÜR BEFRAGUNG)

	<i>Schule</i>	<i>Typ</i>	<i>Schulleiter/in*</i>	<i>Ort + Anschrift*</i>	<i>Tel.*</i>
1.	Lilienthal-Gymnasium	Gym		Anklam	
2.	Alexander von Humboldt Gymnasium	Gym		Greifswald	
3.	Friedrich Ludwig Jahn Gymnasium	Gym		Greifswald	
4.	Johann Gottfried Herder Gymnasium	Gym		Greifswald	
5.	Schloss-Gymnasium	Gym		Gützkow	
6.	Maxim Gorki Gymnasium	Gym		Heringsdorf	
7.	Gymnasium Löcknitz	Gym		Löcknitz	
8.	Engels-Gymnasium	Gym		Neubrandenburg	
9.	Alban-Gymnasium	Gym		Neubrandenburg	
10.	Curie-Gymnasium	Gym		Neubrandenburg	
11.	Lessing-Gymnasium	Gym		Neubrandenburg	
12.	Sport-Gymnasium	Gym		Neubrandenburg	
13.	Gymnasium Pasewalk + Außenstelle Strasburg	Gym		Pasewalk	
14.	Gymnasium Torgelow	Gym		Torgelow	
15.	Gymnasium Ueckermünde	Gym		Ueckermünde	
16.	Gymnasium Wolgast	Gym		Wolgast	

Schullisten für den polnischen Teil des Untersuchungsraumes

Quelle: Kuratorium Oświaty w Szczecinie 2001

* Die Angaben wurden aus Datenschutzgründen teilweise entfernt.

GRUNDSCHULEN/SZKOŁY PODSTAWOWE (X AUSWAHL FÜR BEFRAGUNG)

	Nazwa i numer szkoły/placówki	Nazwisko*	Adres*	Tel.*	Powiat	Gmina
1.	Szkoła Podstawowa dla Dorosłych		Trzciańsko Zdrój		Gryfino	Chojna
2.	Szkoła Podstawowa		Borzym		Gryfino	Gryfino
3.	Szkoła Podstawowa Nr 1		Gryfino		Gryfino	Gryfino
4.	Szkoła Podstawowa Nr 2		Gryfino		Gryfino	Gryfino
5.	Szkoła Podstawowa Nr 3		Gryfino		Gryfino	Gryfino
6.	Szkoła Podstawowa Nr 4		Gryfino		Gryfino	Gryfino
7.	Szkoła Podstawowa		Gryfino		Gryfino	Gryfino
8.	Szkoła Podstawowa		Radziszewo		Gryfino	Gryfino
9.	Szkoła Podstawowa		Weltyń		Gryfino	Gryfino
10.	Szkoła Podstawowa Nr 3		Wapnica		Kamień Pom.	Międzyzdroje
11.	Szkoła Podstawowa Nr 2		Międzyzdroje		Kamień Pom.	Międzyzdroje
12.	Szkoła Podstawowa		Dargobądź		Kamień Pom.	Wolin
13.	Szkoła Podstawowa		Kołczewo		Kamień Pom.	Wolin
14.	Szkoła Podstawowa		Kołczewo		Kamień Pom.	Wolin
15.	Szkoła Podstawowa		Ładzin		Kamień Pom.	Wolin
16.	Szkoła Podstawowa		Troszyn		Kamień Pom.	Wolin
17.	Szkoła Podstawowa		Troszyn		Kamień Pom.	Wolin
18.	Szkoła Podstawowa		Wiselka		Kamień Pom.	Wolin
19.	Szkoła Podstawowa		Wolin		Kamień Pom.	Wolin
20.	Szkoła Podstawowa		Wolin		Kamień Pom.	Wolin
21.	Szkoła Podstawowa		Dobra Szczecińska		Police	Dobra Szczecińska
22.	Szkoła Podstawowa w Rzedzinach		Dobra Szczecińska		Police	Dobra Szczecińska
23.	Szkoła Podstawowa		Dołuje		Police	Dobra Szczecińska
24.	Szkoła Podstawowa w Wileckiej		Mierzyn		Police	Dobra Szczecińska
25.	Szkoła Podstawowa w Bezzeczu		Szczecin		Police	Dobra Szczecińska
26.	Szkoła Podstawowa		Będargowo		Police	Kołbaskowo
27.	Szkoła Podstawowa w Kołbaskowie		Kołbaskowo		Police	Kołbaskowo
28.	Szkoła Podstawowa w Przeclawiu		Przeclaw		Police	Kołbaskowo
29.	Szkoła Podstawowa Pl.Zwyciestwa 6		Nowe Warpno		Police	Nowe Warpno
30.	Szkoła Podstawowa		Pilchowo		Police	Police
31.	Szkoła Podstawowa Nr 1		Police		Police	Police
32.	Szkoła Podstawowa Nr 2		Police		Police	Police
33.	Szkoła Podstawowa Nr 3		Police		Police	Police
34.	Szkoła Podstawowa Nr 4		Police		Police	Police
35.	Szkoła Podstawowa Nr 5		Police		Police	Police
36.	Szkoła Podstawowa Nr 6		Police		Police	Police
37.	Szkoła Podstawowa Nr 7		Police		Police	Police
38.	Szkoła Podstawowa Nr 8		Police		Police	Police

	<i>Nazwa i numer szkoły/placówki</i>	<i>Nazwisko*</i>	<i>Adres*</i>	<i>Tel.*</i>	<i>Powiat</i>	<i>Gmina</i>
39.	Szkoła Podstawowa w Trzebiezy, Filia Nieklonczyca 34		Police		Police	Police
40.	Szkoła Podstawowa		Police		Police	Police
41.	Szkoła Podstawowa ul. Szczecińska 31		Tanowo		Police	Police
42.	Szkoła Podstawowa w Trzebiezy		Trzebież		Police	Police
43.	Szkoła Podstawowa dla Dorosłych		Szczecin		Szczecin	Szczecin
44.	Szkoła Podstawowa Nr 1		Szczecin		Szczecin	Szczecin
45.	Szkoła Podstawowa Nr 2		Szczecin		Szczecin	Szczecin
46.	Szkoła Podstawowa Nr 3		Szczecin		Szczecin	Szczecin
47.	Szkoła Podstawowa Nr 4		Szczecin		Szczecin	Szczecin
48.	Szkoła Podstawowa Nr 5		Szczecin		Szczecin	Szczecin
49.	Szkoła Podstawowa Nr 6		Szczecin		Szczecin	Szczecin
50.	Szkoła Podstawowa Nr 7		Szczecin		Szczecin	Szczecin
51.	Szkoła Podstawowa Nr 8		Szczecin		Szczecin	Szczecin
52.	Szkoła Podstawowa Nr 9		Szczecin		Szczecin	Szczecin
53.	Szkoła Podstawowa Nr 10		Szczecin		Szczecin	Szczecin
54.	Szkoła Podstawowa Nr 11		Szczecin		Szczecin	Szczecin
55.	Szkoła Podstawowa Nr 12		Szczecin		Szczecin	Szczecin
56.	Szkoła Podstawowa Nr 13		Szczecin		Szczecin	Szczecin
57.	Szkoła Podstawowa Nr 14		Szczecin		Szczecin	Szczecin
58.	Szkoła Podstawowa Nr 16		Szczecin		Szczecin	Szczecin
59.	Szkoła Podstawowa Nr 18		Szczecin		Szczecin	Szczecin
60.	Szkoła Podstawowa Nr 19		Szczecin		Szczecin	Szczecin
61.	Szkoła Podstawowa Nr 20		Szczecin		Szczecin	Szczecin
62.	Szkoła Podstawowa Nr 21		Szczecin		Szczecin	Szczecin
63.	Szkoła Podstawowa Nr 22		Szczecin		Szczecin	Szczecin
64.	Szkoła Podstawowa Nr 23		Szczecin		Szczecin	Szczecin
65.	Szkoła Podstawowa Nr 24		Szczecin		Szczecin	Szczecin
66.	Szkoła Podstawowa Nr 27		Szczecin		Szczecin	Szczecin
67.	Szkoła Podstawowa Nr 28		Szczecin		Szczecin	Szczecin
68.	Szkoła Podstawowa Nr 30		Szczecin		Szczecin	Szczecin
69.	Szkoła Podstawowa Nr 32		Szczecin		Szczecin	Szczecin
70.	Szkoła Podstawowa Nr 33		Szczecin		Szczecin	Szczecin
71.	Szkoła Podstawowa Nr 34 Malkowskiego 12		Szczecin		Szczecin	Szczecin
72.	Szkoła Podstawowa Nr 35		Szczecin		Szczecin	Szczecin
73.	Szkoła Podstawowa Nr 36		Szczecin		Szczecin	Szczecin
74.	Szkoła Podstawowa Nr 37		Szczecin		Szczecin	Szczecin
75.	Szkoła Podstawowa Nr 39		Szczecin		Szczecin	Szczecin
76.	Szkoła Podstawowa Nr 41		Szczecin		Szczecin	Szczecin
77.	Szkoła Podstawowa Nr 42		Szczecin		Szczecin	Szczecin
78.	Szkoła Podstawowa Nr 43		Szczecin		Szczecin	Szczecin
79.	Szkoła Podstawowa Nr 44		Szczecin		Szczecin	Szczecin
80.	Szkoła Podstawowa Nr 45		Szczecin		Szczecin	Szczecin
81.	Szkoła Podstawowa Nr 46		Szczecin		Szczecin	Szczecin
82.	Szkoła Podstawowa Nr 47		Szczecin		Szczecin	Szczecin
83.	Szkoła Podstawowa Nr 48		Szczecin		Szczecin	Szczecin
84.	Szkoła Podstawowa Nr 49		Szczecin		Szczecin	Szczecin
85.	Szkoła Podstawowa Nr 50		Szczecin		Szczecin	Szczecin
86.	Szkoła Podstawowa Nr 51		Szczecin		Szczecin	Szczecin

	<i>Nazwa i numer szkoły/placówki</i>	<i>Nazwisko*</i>	<i>Adres*</i>	<i>Tel.*</i>	<i>Powiat</i>	<i>Gmina</i>
87.	Szkoła Podstawowa Nr 53		Szczecin		Szczecin	Szczecin
88.	Szkoła Podstawowa Nr 54		Szczecin		Szczecin	Szczecin
89.	Szkoła Podstawowa Nr 55		Szczecin		Szczecin	Szczecin
90.	Szkoła Podstawowa Nr 56		Szczecin		Szczecin	Szczecin
91.	Szkoła Podstawowa Nr 57		Szczecin		Szczecin	Szczecin
92.	Szkoła Podstawowa Nr 59		Szczecin		Szczecin	Szczecin
93.	Szkoła Podstawowa Nr 60		Szczecin		Szczecin	Szczecin
94.	Szkoła Podstawowa Nr 61		Szczecin		Szczecin	Szczecin
95.	Szkoła Podstawowa Nr 62		Szczecin		Szczecin	Szczecin
96.	Szkoła Podstawowa Nr 63 ul. Grodzka 23		Szczecin		Szczecin	Szczecin
97.	Szkoła Podstawowa Nr 64		Szczecin		Szczecin	Szczecin
98.	Szkoła Podstawowa Nr 65		Szczecin		Szczecin	Szczecin
99.	Szkoła Podstawowa Nr 66		Szczecin		Szczecin	Szczecin
100.	Szkoła Podstawowa Nr 68		Szczecin		Szczecin	Szczecin
101.	Szkoła Podstawowa Nr 69		Szczecin		Szczecin	Szczecin
102.	Szkoła Podstawowa Nr 70		Szczecin		Szczecin	Szczecin
103.	Szkoła Podstawowa Nr 71		Szczecin		Szczecin	Szczecin
104.	Szkoła Podstawowa Nr 72		Szczecin		Szczecin	Szczecin
105.	Szkoła Podstawowa Nr 74		Szczecin		Szczecin	Szczecin
106.	Szkoła Podstawowa Nr 1		Świnoujście		Świnoujście	Świnoujście
107.	Szkoła Podstawowa Nr 2		Świnoujście		Świnoujście	Świnoujście
108.	Szkoła Podstawowa Nr 4		Świnoujście		Świnoujście	Świnoujście
109.	Szkoła Podstawowa Nr 6		Świnoujście		Świnoujście	Świnoujście
110.	Szkoła Podstawowa Nr 7		Świnoujście		Świnoujście	Świnoujście
111.	Szkoła Podstawowa Nr 9		Świnoujście		Świnoujście	Świnoujście
112.	Szkoła Podstawowa Nr 10		Świnoujście		Świnoujście	Świnoujście

LYZEEN/LICEA (X AUSWAHL FÜR BEFRAGUNG)

	<i>Nazwa i numer szkoły/placówki</i>	<i>Nazwisko*</i>	<i>Adres*</i>	<i>Tel.*</i>	<i>Powiat</i>	<i>Gmina</i>
1.	I Liceum Ogólnokształcące		Goleniów		Goleniów	Goleniów
2.	I Liceum Ogólnokształcące		Nowogard		Goleniów	Nowogard
3.	II Liceum Ogólnokształcące		Nowogard		Goleniów	Nowogard
4.	I Liceum Ogólnokształcące		Gryfice		Gryfice	Gryfice
5.	II Liceum Ogólnokształcące (w ZSZ)		Gryfice		Gryfice	Gryfice
6.	Liceum Ogólnokształcące (w Zespole Szkół)		Trzebiatów		Gryfice	Gryfice
7.	Liceum Ogólnokształcące (w ZSR)		Ploty		Gryfice	Ploty
8.	I Liceum Ogólnokształcące		Gryfino		Gryfino	Gryfino
9.	Liceum Ogólnokształcące		Golczewo		Kamień Pomorski	Golczewo
10.	Liceum Ogólnokształcące (w ZS)		Barlinek		Myślibórz	Barlinek
11.	Liceum Ogólnokształcące (w ZSZ-1)		Barlinek		Myślibórz	Barlinek
12.	Liceum Ogólnokształcące (w ZS)		Dębno		Myślibórz	Dębno
13.	Liceum Ogólnokształcące (w ZS)		Myślibórz		Myślibórz	Myślibórz
14.	Liceum Ogólnokształcące (w ZS)		Police		Police	Police
15.	Liceum Ogólnokształcące (w ZS)		Lipiany		Pyrzyce	Lipiany
16.	Liceum Ogólnokształcące (w Zespole Szkół)		Pyrzyce		Pyrzyce	Pyrzyce

	<i>Nazwa i numer szkoły/placówki</i>	<i>Nazwisko*</i>	<i>Adres*</i>	<i>Tel.*</i>	<i>Powiat</i>	<i>Gmina</i>
17.	Liceum Ogólnokształcące (w Zespole Szkół)		Łobez		Stargard Szczeciński	Łobez
18.	IV Liceum Ogólnokształcące		Stargard Szczeciński		Stargard Szczeciński	Stargard Szczeciński
19.	V Liceum Ogólnokształcące (w Zespole Szkół)		Stargard Szczeciński		Stargard Szczeciński	Stargard Szczeciński
20.	I Liceum Ogólnokształcące		Stargard Szczeciński		Stargard Szczeciński	Stargard Szczeciński
21.	II Liceum Ogólnokształcące		Stargard Szczeciński		Stargard Szczeciński	Stargard Szczeciński
22.	III Liceum Ogólnokształcące (w ZSZ-1)		Stargard Szczeciński		Stargard Szczeciński	Stargard Szczeciński
23.	I Liceum Ogólnokształcące		Szczecin		Szczecin	Szczecin
24.	II Liceum Ogólnokształcące		Szczecin		Szczecin	Szczecin
25.	III Liceum Ogólnokształcące		Szczecin		Szczecin	Szczecin
26.	IV Liceum Ogólnokształcące		Szczecin		Szczecin	Szczecin
27.	Liceum Ogólnokształcące dla Dorosłych (w ZCE)		Szczecin		Szczecin	Szczecin
28.	Liceum Ogólnokształcące dla Dorosłych Zaoczne		Szczecin		Szczecin	Szczecin
29.	Liceum Ogólnokształcące Nr X		Szczecin		Szczecin	Szczecin
30.	Liceum Ogólnokształcące Nr XII		Szczecin		Szczecin	Szczecin
31.	Liceum Ogólnokształcące Nr XIII		Szczecin		Szczecin	Szczecin
32.	Liceum Ogólnokształcące XXIII		Szczecin		Szczecin	Szczecin
33.	V Liceum Ogólnokształcące		Szczecin		Szczecin	Szczecin
34.	VI Liceum Ogólnokształcące		Szczecin		Szczecin	Szczecin
35.	VII Liceum Ogólnokształcące		Szczecin		Szczecin	Szczecin
36.	VIII Liceum Ogólnokształcące		Szczecin		Szczecin	Szczecin
37.	XVI Liceum Ogólnokształcące		Szczecin		Szczecin	Szczecin
38.	XVII Liceum Ogólnokształcące		Szczecin		Szczecin	Szczecin
39.	XX Liceum Ogólnokształcące (w Zespole Szkół Zarządu Portu)		Szczecin		Szczecin	Szczecin
40.	XXI Liceum Ogólnokształcące (w ZSZ-2)		Szczecin		Szczecin	Szczecin
41.	XI Liceum Ogólnokształcące (w ZS-1)		Szczecin		Szczecin	Szczecin
42.	XIV Liceum Ogólnokształcące (w Zespole Szkół Nr 3)		Szczecin		Szczecin	Szczecin
43.	IX Liceum Ogólnokształcące (w Zespole Szkół Nr 6)		Szczecin		Szczecin	Szczecin
44.	I Liceum Ogólnokształcące		Świnoujście		Świnoujście	Świnoujście
45.	II Liceum Ogólnokształcące		Świnoujście		Świnoujście	Świnoujście

Fragebögen

- für Schüler an Gymnasien (deutsch)
- für Eltern von Grundschulern (deutsch)
- für Schüler an Lyzeen (polnisch)
- für Eltern von Grundschulern (polnisch)



Liebe Schüler,

in wenigen Jahren wird Polen Mitglied der Europäischen Union sein. Die damit verbundenen Änderungen werden Auswirkungen beiderseits der deutsch-polnischen Grenze haben.

Mich interessiert, welche Beziehung die Menschen zum jeweiligen Nachbarland haben und was sie persönlich von der zukünftigen Entwicklung erwarten. Ich würde mich freuen, wenn Sie mein Projekt unterstützen würden, indem Sie sich etwas Zeit (ca. 15 Minuten) für diesen Fragebogen nehmen. Vielen Dank!

Diese Untersuchung ist Teil meiner Doktorarbeit am Geographischen Institut der Universität Greifswald. Die Befragung wurde vom Kultusministerium genehmigt. Die Daten werden anonym ausgewertet. Für weitere Fragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Bitte kreuzen Sie die zutreffenden Kästchen an und/oder füllen Sie die leeren Zeilen aus.

1. Wie oft fahren Sie nach Polen?

- regelmäßig
... mal in der Woche unregelmäßig
... mal im Monat etwa ... mal im Jahr
... mal im Jahr nie

2. Zu welchem Zweck fahren Sie nach Polen? (Mehrfachnennungen sind möglich.)

- Einkaufen
 Besuche bei Verwandten/Bekanntem
 touristische Ausflüge/Besichtigungen
 Theater-, Konzertbesuche o.ä.
 Schule/Ausbildung

anderes:

3. Welchen Grenzübergang benutzen Sie meistens?

- Ahlbeck Altwarp Linken Pomellen ...

4. Welches Verkehrsmittel benutzen Sie dann? (Mehrfachnennungen sind möglich.)

- Pkw/Motorrad Bahn Schiff
 Fahrrad Bus zu Fuß

5. Haben Sie persönlichen Kontakt zu polnischen Bürgern? (Mehrfachnennungen sind möglich.)

- ja nein
 beruflich
 privat
 über einen Verein:
 anderes:

6. Hatten Sie bzw. Ihre Familie zu DDR-Zeiten Kontakte nach Polen?

- ja nein weiß nicht
 mehr als heute
 gleich viel
 weniger als heute

7. Würden Sie sich mehr Kontakt zu polnischen Bürgern wünschen?

- ja, wäre sicherlich in- nein, sehe keinen zukünftig
teressant Grund vielleicht

8. Was würden Sie als Ihre Heimatregion bezeichnen?
.....

9. Hat Ihre Familie Wurzeln in Regionen des heutigen Polens?

ja nein

wer/woher?

10. Haben Sie polnische Sprachkenntnisse?

ja nein
 etwas aber ich würde gern etwas
 gut bis sehr gut Polnisch lernen
 Muttersprache Polnisch

11. Würden Sie es begrüßen, wenn Sie in der Schule Polnisch lernen könnten?

ja nein egal

12. Wie eng sind Ihrer Meinung nach die deutsche und die polnische Grenzregion miteinander verbunden?

	sehr stark	eher stark	eher gering	gar nicht	weiß nicht
wirtschaftlich	<input type="checkbox"/>				
kulturell	<input type="checkbox"/>				

13. Bilden Vorpommern (deutsch) und Westpommern (polnisch) Ihrer Meinung nach eine gemeinsame Region?

ja nein in Zukunft vielleicht weiß nicht

14. Wie ist Ihre Einschätzung?

	sehr	etwas	wenig	überhaupt nicht	weiß nicht
Polen sind					
an Deutschland interessiert	<input type="checkbox"/>				
an Polen interessiert	<input type="checkbox"/>				
an Europa interessiert	<input type="checkbox"/>				

	sehr	etwas	wenig	überhaupt nicht	weiß nicht
Deutsche sind					
an Deutschland interessiert	<input type="checkbox"/>				
an Polen interessiert	<input type="checkbox"/>				
an Europa interessiert	<input type="checkbox"/>				

15. Sind Sie einverstanden damit, dass Polen

a. häufiger nach Vorpommern kommen? ja nein weiß nicht
b. auch in Vorpommern wohnen? ja nein weiß nicht
c. in Vorpommern arbeiten? ja nein weiß nicht
d. Nachbarn von Ihnen werden? ja nein weiß nicht
e. Familienmitglieder werden? ja nein weiß nicht

16. Würden Sie in Polen arbeiten, wenn es die Möglichkeit gäbe?

ja nein weiß nicht



17. Finden Sie es gut, dass Polen Mitglied der EU wird? ja nein weiß nicht

18. Welcher Aussage stimmen Sie eher zu?

(Je näher das Kreuz an der Aussage steht, desto größer ist die Zustimmung.)

Die EU-Osterweiterung sollte schneller gehen.	<input type="checkbox"/>	Die EU-Osterweiterung kommt zu schnell.						
Die Grenzöffnung durch den EU-Beitritt Polens ist positiv.	<input type="checkbox"/>	Die Grenzöffnung durch den EU-Beitritt Polens ist problematisch.						
Mir/meiner Familie wird die Grenzöffnung eher nutzen.	<input type="checkbox"/>	Mir/meiner Familie wird die Grenzöffnung eher schaden.						

19. Was erwarten Sie von der EU-Osterweiterung? (positiv)

Was befürchten Sie aus der EU-Osterweiterung? (negativ)

.....

.....

.....

20. Wie glauben Sie ist die Haltung zum EU-Beitritt in Polen?

eher positiv wird kritisch beurteilt eher negativ weiß nicht

21. Welche Maßnahmen wären Ihrer Meinung nach notwendig, damit Vorpommern von der EU-Osterweiterung profitiert? Was erwarten Sie von der Politik?

.....

.....

22. Wie nehmen Sie Fremdenfeindlichkeit in Ihrer Umgebung wahr?

existiert nicht ist Randerscheinung/ wird von Medien übertrieben ist alltäglich weiß nicht

23. Wie schätzen Sie die Entwicklung der Fremdenfeindlichkeit ein?

wächst sinkt wird mit zunehmender wirtschaftlicher Stabilität sinken weiß nicht

Persönliche Angaben

weiblich männlich

Wo wohnen Sie? seit wann?

zugezogen aus:

Angaben zur Familie: Anzahl der Geschwister ... ja nein

alleinerziehender Elternteil

Beruf und Tätigkeit der Eltern:

.....

.....

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!



Liebe Schüler, liebe Eltern,

in wenigen Jahren wird Polen Mitglied der Europäischen Union sein. Die damit verbundenen Änderungen werden Auswirkungen beiderseits der deutsch-polnischen Grenze haben.

Mich interessiert, welche Beziehung die Menschen zum jeweiligen Nachbarland haben und was sie persönlich von der zukünftigen Entwicklung erwarten. Ich würde mich freuen, wenn Sie mein Projekt unterstützen würden, indem Sie sich etwas Zeit (ca. 15 Minuten) für diesen Fragebogen nehmen. Die Teilnahme ist natürlich freiwillig. Der Fragebogen soll von einem Elternteil ausgefüllt werden und wird dann in der Schule wieder eingesammelt. Vielen Dank!

Diese Untersuchung ist Teil meiner Doktorarbeit am Geographischen Institut der Universität Greifswald. Die Befragung wurde vom Kultusministerium genehmigt. Die Daten werden anonym ausgewertet. Für weitere Fragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Bitte kreuzen Sie die zutreffenden Kästchen an und/oder füllen Sie die leeren Zeilen aus.

1. Wie oft fahren Sie nach Polen?

- regelmäßig
... mal im Monat
- unregelmäßig
etwa ... mal im Jahr
- nie
... mal im Jahr

2. Zu welchem Zweck fahren Sie nach Polen? (Mehrfachnennungen sind möglich.)

- Einkaufen
- Besuche bei Verwandten/Bekanntem
- touristische Ausflüge/Besichtigungen
- Theater-, Konzertbesuche o.ä.

anderes:

3. Welchen Grenzübergang benutzen Sie meistens?

- Ahlbeck Altwarp Linken Pomellen ...

4. Welches Verkehrsmittel benutzen Sie dann? (Mehrfachnennungen sind möglich.)

- Pkw/Motorrad Bahn Schiff
- Fahrrad Bus zu Fuß

5. Haben Sie persönlichen Kontakt zu polnischen Bürgern? (Mehrfachnennungen sind möglich.)

- ja nein
- beruflich
- privat
- über einen Verein:
- anderes:

6. Hatten Sie bzw. Ihre Familie zu DDR-Zeiten Kontakte nach Polen?

- ja nein weiß nicht
- mehr als heute
- gleich viel
- weniger als heute

7. Würden Sie sich mehr Kontakt zu polnischen Bürgern wünschen?

- ja, wäre sicherlich in- nein, sehe keinen zukünftig
teressant Grund leicht

8. Was würden Sie als Ihre Heimatregion bezeichnen?

.....

9. Hat Ihre Familie Wurzeln in Regionen des heutigen Polens?

ja nein

wer/woher?

10. Haben Sie polnische Sprachkenntnisse?

ja nein
 etwas aber ich würde gern etwas
 gut bis sehr gut Polnisch lernen
 Muttersprache Polnisch

11. Würden Sie es begrüßen, wenn Ihr Kind/Ihre Kinder in der Schule Polnisch lernen könnte/n?

ja nein egal

12. Wie eng sind Ihrer Meinung nach die deutsche und die polnische Grenzregion miteinander verbunden?

	sehr stark	eher stark	eher gering	gar nicht	weiß nicht
wirtschaftlich	<input type="checkbox"/>				
kulturell	<input type="checkbox"/>				

13. Bilden Vorpommern (deutsch) und Westpommern (polnisch) Ihrer Meinung nach eine gemeinsame Region?

ja nein in Zukunft vielleicht weiß nicht

14. Wie ist Ihre Einschätzung?

	sehr	etwas	wenig	überhaupt nicht	weiß nicht
Polen sind					
an Deutschland interessiert	<input type="checkbox"/>				
an Polen interessiert	<input type="checkbox"/>				
an Europa interessiert	<input type="checkbox"/>				

	sehr	etwas	wenig	überhaupt nicht	weiß nicht
Deutsche sind					
an Deutschland interessiert	<input type="checkbox"/>				
an Polen interessiert	<input type="checkbox"/>				
an Europa interessiert	<input type="checkbox"/>				

15. Sind Sie einverstanden damit, dass Polen

a. häufiger nach Vorpommern kommen? ja nein weiß nicht
b. auch in Vorpommern wohnen? ja nein weiß nicht
c. in Vorpommern arbeiten? ja nein weiß nicht
d. Nachbarn von Ihnen werden? ja nein weiß nicht
e. Familienmitglieder werden? ja nein weiß nicht

16. Würden Sie in Polen arbeiten, wenn es die Möglichkeit gäbe?

ja nein weiß nicht



17. Finden Sie es gut, dass Polen Mitglied der EU wird? ja nein weiß nicht

18. Welcher Aussage stimmen Sie eher zu?

(Je näher das Kreuz an der Aussage steht, desto größer ist die Zustimmung.)

Die EU-Osterweiterung sollte schneller gehen.	<input type="checkbox"/>	Die EU-Osterweiterung kommt zu schnell.						
Die Grenzöffnung durch den EU-Beitritt Polens ist positiv.	<input type="checkbox"/>	Die Grenzöffnung durch den EU-Beitritt Polens ist problematisch.						
Mir/meiner Familie wird die Grenzöffnung eher nutzen.	<input type="checkbox"/>	Mir/meiner Familie wird die Grenzöffnung eher schaden.						

19. Was erwarten Sie von der EU-Osterweiterung? (positiv)

Was befürchten Sie aus der EU-Osterweiterung? (negativ)

.....
.....
.....

20. Wie glauben Sie ist die Haltung zum EU-Beitritt in Polen?

eher positiv wird kritisch beurteilt eher negativ weiß nicht

21. Welche Maßnahmen wären Ihrer Meinung nach notwendig, damit Vorpommern von der EU-Osterweiterung profitiert? Was erwarten Sie von der Politik?

.....

.....

22. Wie nehmen Sie Fremdenfeindlichkeit in Ihrer Umgebung wahr?

existiert nicht ist Randerscheinung/
wird von Medien übertrieben ist alltäglich weiß nicht

23. Wie schätzen Sie die Entwicklung der Fremdenfeindlichkeit ein?

wächst sinkt wird mit zunehmender wirt- weiß nicht
schaftlicher Stabilität sinken

Persönliche Angaben (des antwortenden Elternteils)

weiblich männlich

Wo wohnen Sie?

zugezogen aus:

wann?

Angaben zur Familie: Anzahl der Kinder ...

alleinerziehender Elternteil

ja

nein

Beruf und Tätigkeit der Eltern:

.....

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!



Szanowni uczniowie,

za kilka lat Polska zostanie członkiem Unii Europejskiej. Wynikną z tego zmiany po obu stronach polsko-niemieckiej granicy.

Jestem zainteresowana, jaki stosunek mają Polacy do państwa ościennego oraz czego w związku z przystąpieniem do Unii Europejskiej oczekują? Cieszyłabym się, gdyby Pan/Pani pomógł/pomogła mi w moim projekcie i wypełnił/wypełniła ten kwestionariusz (czas: ok. 15 minut). Bardzo dziękuję!

To badanie jest częścią mojej pracy doktorskiej przy Instytucie Geograficznym Uniwersytetu w Greifswaldzie. Analiza danych pozostanie anonimowa.

Niech Pan/Pani zakreśli odpowiednie kratki i/albo wypełni wykropkowane miejsca.

1. Jak często jeździ Pan/Pani do Niemiec?

- regularnie nieregularnie nigdy
... razy w tygodniu ok. ... razy w roku
... razy w miesiącu
... razy w roku

2. W jakim celu jeździ Pan/Pani do Niemiec? (Możliwość wielokrotnej odpowiedzi.)

- zakupy
 wizyta u rodziny/znajomych
 wycieczki turystyczne
 wyjazdy kulturalne (teatry, koncerty)
 szkoła/praca

inne:

3. Jakiego przejścia granicznego używa Pan/Pani najczęściej?

- Świnoujście/
Ahlbeck Nowe Warpno/
Altwarp Lubieszyn/
Linken Kołbaskowo/
Pomellen ...

4. Jakiego środka transportu używa Pan/Pani najczęściej? (Możliwość wielokrotnej odpowiedzi.)

- samochód/
motocykl pociąg statek
 rower autobus na pieszo

5. Czy ma Pan/Pani osobisty kontakt z Niemcami? (Możliwość wielokrotnej odpowiedzi.)

- tak nie
 zawodowo
 prywatnie
 przez związek/klub:
 inne:

6. Czy Pan/Pani lub rodzina miał/miała do roku 1990 kontakty z NRD?

- tak nie nie wiem
 więcej niż dzisiaj
 tyle samo
 mniej niż dzisiaj

7. Czy Pan/Pani życzyłby/życzyłaby sobie częstszych kontaktów z Niemcami?
 tak, byłoby na pewno ciekawie nie, nie widzę powodu może w przyszłości
8. Z jakiego regionu Polski Pan/Pani pochodzi – region rodzinny?
.....
9. Czy ma Pan/Pani rodzinę w Niemczech?
 tak nie
10. Czy zna Pan/Pani język niemiecki?
 tak nie
 trochę ale chciałbym/chciałabym się nauczyć
 dobrze - bardzo dobrze
 to mój język ojczysty
11. Czy pochwałaby/pochwalałaby Pan/Pani, gdyby więcej Niemców rozmawiało po polsku albo uczyło się języka polskiego?
 tak nie nie mam zdania
12. Jak blisko Pana/Pani zdaniem jest polski i niemiecki region przygraniczny połączony ze sobą?
- | | bardzo mocno | raczej mocno | raczej słabo | wcale | nie wiem |
|-------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| gospodarczo | <input type="checkbox"/> |
| kulturowo | <input type="checkbox"/> |
13. Czy woj. Zachodniopomorskie i region Pomorze Przednie formują według Pana/Pani jeden region?
 tak nie może w przyszłości nie wiem
14. Jak ocenia Pan/Pani?
- | | bardzo | trochę | mało | wcale | nie wiem |
|----------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Polacy są | | | | | |
| zainteresowani Niemcami (krajem) | <input type="checkbox"/> |
| zainteresowani Polską | <input type="checkbox"/> |
| zainteresowani Europą | <input type="checkbox"/> |
| Niemcy są | | | | | |
| zainteresowani Niemcami (krajem) | <input type="checkbox"/> |
| zainteresowani Polską | <input type="checkbox"/> |
| zainteresowani Europą | <input type="checkbox"/> |
15. Czy zgadza się Pan/Pani z tym, że Niemcy w przyszłości
- a. częściej będą przyjeżdżać do woj. Zachodniopomorskiego? tak nie nie wiem
- b. będą też mieszkać w woj. Zachodniopomorskim? tak nie nie wiem
- c. będą pracować w woj. Zachodniopomorskim? tak nie nie wiem
- d. zostaną Pana/Pani sąsiadami? tak nie nie wiem
- e. zostaną członkami rodziny? tak nie nie wiem



16. Gdyby istniała możliwość, pracowałby/pracowałaby Pan/Pani
w Niemczech? tak nie nie wiem
w Meklemburgii-Pomorzu Przednim? tak nie nie wiem

17. Czy Pana/Pani zdaniem przystąpienie Polski do Unii Europejskiej jest pozytywne?
 tak nie nie wiem

18. Która z odpowiedzi jest Panu/Pani najbliższa?
(Im krzyżyk bliżej wypowiedzi, tym większe dla niej poparcie.)

Rozszerzenie Unii Europejskiej powinno odbywać się szybciej.	<input type="checkbox"/>	Rozszerzenie Unii Europejskiej odbywa się za szybko.						
Otwarcie granic w związku z przystąpieniem Polski do UE jest pozytywne.	<input type="checkbox"/>	Otwarcie granic w związku z przystąpieniem Polski do UE jest problematyczne.						
Dla mnie/mojej rodziny otwarta granica jest korzystna.	<input type="checkbox"/>	Dla mnie/mojej rodziny otwarta granica nie jest korzystna.						

19. Jakie ma Pan/Pani oczekiwania (pozytywne) w związku z przystąpieniem Polski do Unii Europejskiej? Jakie ma Pan/Pani obawy w związku z przystąpieniem Polski do Unii Europejskiej?
-
-
-
-

20. Co Pan/Pani myśli, jaki stosunek mają Niemcy do przystąpienia Polski do UE?
 raczej pozytywny raczej krytyczny raczej negatywny nie wiem

21. Co byłoby potrzebne, żeby rozszerzenie UE wyszło na korzyść woj. Zachodnio-pomorskiemu i Pomorzu Przednim? Czego oczekuje Pan/Pani w sferze politycznej?
-
-

22. Czy doświadczył/ła Pan/Pani osobiście nienawiści do cudzoziemców ze strony Niemców?
 tak, często tak, rzadko nie, ale już słyszałem/ słyszałam o tym nigdy

23. Jak ocenia Pan/Pani nienawiść do cudzoziemców w Polsce?
 nie ma spotyka się rzadko spotyka się codziennie nie wiem

Dane osobiste

kobieta

mężczyzna

Gdzie Pan/Pani mieszka? Od kiedy?.....
dawne miejsce zamieszkania

ilość rodzeństwa ...
rodzina bez jednego z rodziców tak nie

Zawód aktualnie wykonywany przez rodziców:

- bezrobotny/a
- pracownik/pracowniczka (umysłowy/a)
- urzędnik/urzędniczka
- w okresie kształcenia
- gospodyni domowa
- prowadzący/a
samodzielną działalność
gospodarczą
- emeryt/emerytka
- ...

Zawód wyuczony rodziców:

.....
.....

Dziękuję bardzo za współpracę!



Szanowni rodzice,

za kilka lat Polska zostanie członkiem Unii Europejskiej. Wynikną z tego zmiany po obu stronach polsko-niemieckiej granicy.

Jestem zainteresowana, jaki stosunek mają Polacy do państwa ościennego oraz czego w związku z przystąpieniem do Unii Europejskiej oczekują? Cieszyłabym się, gdyby Pan/Pani pomógł/pomogła mi w moim projekcie i wypełnił/wypełniła ten kwestionariusz (czas: ok. 15 minut). Bardzo dziękuję!

To badanie jest częścią mojej pracy doktorskiej przy Instytucie Geograficznym Uniwersytetu w Greifswaldzie. Analiza danych pozostanie anonimowa.

Proszę, aby tylko jeden z rodziców wypełnił kwestionariusz. Niech Pan/Pani zakreśli odpowiednie kratki i/albo wypełni wykropkowane miejsca.

1. Jak często jeździ Pan/Pani do Niemiec?

- regularnie
... razy w tygodniu
... razy w miesiącu
... razy w roku
- nieregularnie
ok. ... razy w roku
- nigdy

2. W jakim celu jeździ Pan/Pani do Niemiec? (Możliwość wielokrotnej odpowiedzi.)

- zakupy
 wizyta u rodziny/znajomych
 wycieczki turystyczne
 wyjazdy kulturalne (teatry, koncerty)
 szkoła/praca
inne:

3. Jakiego przejścia granicznego używa Pan/Pani najczęściej?

- Świnoujście/
Ahlbeck
- Nowe Warpno/
Altwarp
- Lubieszyn/
Linken
- Kołbaskowo/
Pomellen
- ...

4. Jakiego środka transportu używa Pan/Pani najczęściej? (Możliwość wielokrotnej odpowiedzi.)

- samochód/
motocykl
- rower
- pociąg
- autobus
- statek
- na pieszo

5. Czy ma Pan/Pani osobisty kontakt z Niemcami? (Możliwość wielokrotnej odpowiedzi.)

- tak
- nie
- zawodowo
- prywatnie
- przez związek/klub:
- inne:

6. Czy Pan/Pani lub rodzina miał/miała do roku 1990 kontakty z NRD?

- tak
- nie
- nie wiem
- więcej niż dzisiaj
- tyle samo
- mniej niż dzisiaj

7. Czy Pan/Pani życzyłby/życzyłaby sobie częstszych kontaktów z Niemcami?
 tak, byłoby na pewno ciekawie nie, nie widzę powodu może w przyszłości

8. Z jakiego regionu Polski Pan/Pani pochodzi – region rodzinny?
.....

9. Czy ma Pan/Pani rodzinę w Niemczech?
 tak nie

10. Czy zna Pan/Pani język niemiecki?
 tak nie
 trochę ale chciałbym/chciałabym się nauczyć
 dobrze - bardzo dobrze
 to mój język ojczysty

11. Czy pochwałaliby/pochwalałaby Pan/Pani, gdyby więcej Niemców rozmawiało po polsku albo uczyło się języka polskiego?
 tak nie nie mam zdania

12. Jak blisko Pana/Pani zdaniem jest polski i niemiecki region przygraniczny połączony ze sobą?

	bardzo mocno	raczej mocno	raczej słabo	wcale	nie wiem
gospodarczo	<input type="checkbox"/>				
kulturowo	<input type="checkbox"/>				

13. Czy woj. Zachodniopomorskie i region Pomorze Przednie formują według Pana/Pani jeden region?
 tak nie może w przyszłości nie wiem

14. Jak ocenia Pan/Pani?

Polacy są	bardzo	trochę	mało	wcale	nie wiem
zainteresowani Niemcami (krajem)	<input type="checkbox"/>				
zainteresowani Polską	<input type="checkbox"/>				
zainteresowani Europą	<input type="checkbox"/>				

Niemcy są	bardzo	trochę	mało	wcale	nie wiem
zainteresowani Niemcami (krajem)	<input type="checkbox"/>				
zainteresowani Polską	<input type="checkbox"/>				
zainteresowani Europą	<input type="checkbox"/>				

15. Czy zgadza się Pan/Pani z tym, że Niemcy w przyszłości

- a. częściej będą przyjeżdżać do woj. Zachodniopomorskiego? tak nie nie wiem
- b. będą też mieszkać w woj. Zachodniopomorskim? tak nie nie wiem
- c. będą pracować w woj. Zachodniopomorskim? tak nie nie wiem
- d. zostaną Pana/Pani sąsiadami? tak nie nie wiem
- e. zostaną członkami rodziny? tak nie nie wiem



16. Gdyby istniała możliwość, pracowałby/pracowałaby Pan/Pani w Niemczech? tak nie nie wiem
w Meklemburgii-Pomorzu Przednim? tak nie nie wiem

17. Czy Pana/Pani zdaniem przystąpienie Polski do Unii Europejskiej jest pozytywne? tak nie nie wiem

18. Która z odpowiedzi jest Panu/Pani najbliższa?
(Im krzyżyk bliżej wypowiedzi, tym większe dla niej poparcie.)

Rozszerzenie Unii Europejskiej powinno odbywać się szybciej.	<input type="checkbox"/>	Rozszerzenie Unii Europejskiej odbywa się za szybko.						
Otwarcie granic w związku z przystąpieniem Polski do UE jest pozytywne.	<input type="checkbox"/>	Otwarcie granic w związku z przystąpieniem Polski do UE jest problematyczne.						
Dla mnie/mojej rodziny otwarta granica jest korzystna.	<input type="checkbox"/>	Dla mnie/mojej rodziny otwarta granica nie jest korzystna.						

19. Jakie ma Pan/Pani oczekiwania (pozytywne) w związku z przystąpieniem Polski do Unii Europejskiej?
- Jakie ma Pan/Pani obawy w związku z przystąpieniem Polski do Unii Europejskiej?
-
-
-
-

20. Co Pan/Pani myśli, jaki stosunek mają Niemcy do przystąpienia Polski do UE? raczej pozytywny raczej krytyczny raczej negatywny nie wiem

21. Co byłoby potrzebne, żeby rozszerzenie UE wyszło na korzyść woj. Zachodniopomorskiemu i Pomorzu Przedniemu? Czego oczekuje Pan/Pani w sferze politycznej?
-
-

22. Czy doświadczył/ła Pan/Pani osobiście nienawiści do cudzoziemców ze strony Niemców? tak, często tak, rzadko nie, ale już słyszałem/ słyszałam o tym nigdy

23. Jak ocenia Pan/Pani nienawiść do cudzoziemców w Polsce? nie ma spotyka się rzadko spotyka się codziennie nie wiem

Dane osobiste

kobieta

mężczyzna

Gdzie Pan/Pani mieszka? Od kiedy?.....
dawne miejsce zamieszkania
ilość dzieci ...
rodzina bez jednego z rodziców tak nie

Zawód aktualnie wykonywany przez rodziców:

bezrobotny/a
pracownik/pracowniczka
(umysłowy/a)
urzędnik/urzędniczka
w okresie kształcenia
gospodyni domowa
prowadzący/a
samodzielną działalność
gospodarczą
emeryt/emerytka
...

Zawód wyuczony rodziców:

.....
.....

Dziękuję bardzo za współpracę!